

## THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

### Luxus und Konsumgüter

*Hofmeester, Karin/Grewe, Bernd-Stefan (Hrsg.): Luxury in Global Perspective. Objects and Practices, 1600–2000, 338 S., Cambridge UP, Cambridge 2016.*

Fragen nach den sozialen und kulturellen Ausprägungen von Luxus und Konsum, die in Disziplinen wie der Soziologie und der Ethnologie bereits eine lange Tradition haben, finden seit geraumer Zeit auch in der Geschichtswissenschaft verstärkt Beachtung, bildet der Umgang mit materiellen Objekten doch eine aufschlussreiche Schnittstelle von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte. Im Zuge der Beschäftigung mit globalen Zusammenhängen und Interaktionen hat das Interesse an Transfer und Aneignung kostbarer Güter nochmals zugenommen.

In diesen Trend fügt sich auch der vorliegende Sammelband ein, der Luxus in einer Langzeitperspektive von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert behandelt. Um Luxusphänomene in globalhistorischer Perspektive zu erfassen, halten die Herausgeber Karin Hofmeester und Bernd-Stefan Grewe insbesondere den „global commodity chain approach“ (S. 5f.) sowie das Konzept der sozialen Biografie von Objekten für zielführend. Über die Orientierung an diesen Ansätzen hinaus lassen die zehn Beiträge weitere gemeinsame Anliegen erkennen: Sie sprechen zwar auch Luxusdebatten an, legen jedoch den Fokus auf Praktiken der Zirkulation und Aneignung; und sie nehmen nicht primär europäische und nordamerikanische Konsumenten in den Blick, sondern legen Schwerpunkte auf Asien und Afrika.

Edelsteine und Goldschmuck sind aufgrund ihrer Seltenheit und weiträumigen Zirkulation besonders dankbare Studien-

objekte. Kim Siebenhüner, die den Austausch von Juwelen am indischen Mogulhof untersucht, hegt indessen Zweifel, ob der Begriff „Luxus“ in diesem Kontext wirklich angebracht sei, denn ohne Edelsteine ging dort buchstäblich nichts: Sie symbolisierten Macht und sozialen Rang, fungierten als Erinnerungsspeicher und wechselten als Tribute, Geschenke, Kriegsbeute und Erbstücke fortlaufend den Besitzer. Hofmeester betont demgegenüber die Integration von Diamanten in ökonomische Netzwerke: In Indien dienten sie auch außerhalb des höfischen Milieus als Statussymbole und die Entwicklung der Edelsteinschleiferei in der Frühen Neuzeit deutet auf Austauschprozesse zwischen indischen und europäischen Spezialisten hin. Mit der Entdeckung der brasilianischen Diamantvorkommen im frühen 18. Jahrhundert ging ein fundamentaler Wandel des globalen Marktes einher. Grewe geht den Gründen für die besondere Wertschätzung von Goldschmuck im modernen Indien nach. Dieser erklärt sich nicht nur aus dem hohen Symbol- und Prestigewert des Edelmetalls, sondern auch aus seinem Tauschwert, da Kreditgeschäfte in Landgemeinden vorwiegend mit Gold abgesichert wurden. Als die indische Regierung in den 1960er Jahren den Goldimport verbot, stiegen die illegalen Einfuhren massiv an.

Anders als Edelsteine und Gold zeichnen sich chinesisches Porzellan, Baumwolltextilien und Glasperlen nicht durch einen hohen Materialwert aus; dennoch fungierten sie in bestimmten kulturellen Kontexten als Luxuswaren. Anne Gerritsen geht den Gründen für den Aufstieg des blau-weißen Porzellans aus Jingdezhen zu einem globalen Handelsgut nach. Neben der handwerklichen Qualität und der Fähigkeit der dortigen Manufakturen, auf den Anstieg der europäischen Nachfrage mit einer Ausweitung der Produktion zu reagieren, misst sie der Kombination aus obrigkeitlicher Kontrolle und kaiserlicher

Patronage zentrale Bedeutung zu. Giorgio Riello betont, dass indische Baumwolltextilien keineswegs nur die günstige Massware waren, als die sie zumeist angesehen werden. Vielmehr konnten besonders feine und aufwändig gearbeitete Stoffe in Süd- und Südostasien sowie in Europa demonstrative, zeremonielle und gesellschaftliche Luxusbedürfnisse erfüllen. Silvia Ruschak zeigt, dass die in Ghana hochgeschätzten Waxprints Ergebnis eines globalen Technologietransfers sind – die ursprünglich javanische Batiktechnik wurde in den Niederlanden zu einer industriellen Produktion für den westafrikanischen Markt weiterentwickelt – und insbesondere für verheiratete Frauen eine zentrale Rolle spielen. Venezianische Glasperlen, die im 19. Jahrhundert in großen Mengen nach Ostafrika exportiert wurden, fanden dort Karin Pallaver zufolge als Zahlungsmittel wie auch als Ornamente Verwendung. Dem ethnozentrischen Argument, dass europäische Händler ihre afrikanischen Partner mit wertlosen Objekten abgespeist hätten, hält sie entgegen, dass auch die wichtigste Handelsware Ostafrikas, Elfenbein, erst durch die europäische Nachfrage an Wert gewann. Zusammen demonstrieren die Beiträge von Ruschak und Pallaver, dass europäische Güter durchaus afrikanische Luxusbedürfnisse befriedigen konnten (und können).

Martha Chaiklin zeigt, dass sich Schildpatt in Japan seit dem 17. Jahrhundert von einem Luxusgut, das insbesondere bei der Herstellung von Frauenhaarschmuck Verwendung fand, allmählich zu einem Alltagsgut breiterer Bevölkerungsschichten entwickelte. Jonas Kranzer skizziert die globale Zirkulation von Elfenbein im 19. Jahrhundert, wobei er die unterschiedlichen Wertzuschreibungen seitens der beteiligten Akteure – afrikanische Jäger, arabische und indische Händler in Sansibar, Auktionshäuser in London und Antwerpen sowie Produktionsstätten in Europa und

Nordamerika – betont. Die Wertschätzung für Objekte wie Billardkugeln und Klaviertasten aus Elfenbein schwand, als adäquate Ersatzprodukte aus Kunststoff produziert werden konnten und Elefanten als schützenswerte Tiere wahrgenommen wurden. Bernhard Gissibl behandelt abschließend die Konjunkturen der modernen Großwild-Safari in Ostafrika in ihren politischen, ökonomischen, sozio-kulturellen und diskursiven Kontexten. Gesetzliche Beschränkungen, hohe Preise und das Image eines elitären Männersports in freier Wildbahn machten die Großwildjagd in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer exklusiven Domäne von Adeligen und Millionären.

Insgesamt bieten die durchweg gründlich recherchierten und methodisch reflektierten Beiträge interessante, mitunter überraschende Einblicke in die globale Zirkulation von Objekten und bereichern die aktuelle Debatte um die historischen Dimensionen von Luxus und Konsum.

*Bamberg*

*Mark Häberlein*

### **Kapitalistisches Begehren**

*Böhme, Gernot: Ästhetischer Kapitalismus, 158 S., Suhrkamp, Berlin 2016.*

Woran lassen sich die neuesten Entwicklungstendenzen des Kapitalismus ablesen? Für den analytischen Blick in der Folge von Marx war stets klar, dass dies entlang der Produktionsverhältnisse zu beschreiben ist. Die Sphäre der Kultur wurde dagegen theoriegeschichtlich erst verhältnismäßig spät für die Analyse der politischen Ökonomie erschlossen. Heute könnte man den Eindruck haben, dass die Untersuchung der kulturellen Erscheinungsformen des Kapitalismus in den Sozialwissenschaften, häufig unter Rückgriff auf die Ästhetik, geradezu dominiert.

„Ästhetischer Kapitalismus“ ist nun auch die 2016 erschienene Aufsatzsammlung von Gernot Böhme betitelt. Sie enthält Texte der Jahre 2001–2012, die aus einer sowohl kulturtheoretischen wie phänomenologischen Perspektive fragen, ob die Beschreibung des ‚Amusements‘ als „Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus“ (Theodor W. Adorno/Max Horkheimer) heute noch in gleicher Weise gelte (unter anderen S. 45)? Die zwar wegweisende, aber in Bezug auf den Kulturbegriff überholte Kulturindustrie-These will Böhme im Licht der gegenwärtigen Warenproduktion neu bedenken. Der Anteil, den Kultur und mit ihr ästhetische Praktiken für den Wertschöpfungsprozess haben, könne dabei gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Damit reiht er sich mit seiner „Kritik der ästhetischen Ökonomie“ (S. 35ff.) in die Linie von Analysen von Thorstein Veblen und Werner Sombart über Georges Bataille bis zu Jean Baudrillard ein. Mit ihnen richtet Böhme den Blick auf die Konsumpraktiken, die damit verbundene Ausdifferenzierung von Bedürfnissen und Geschmäckern und die Herausbildung neuer sozialer Schichten. War in der Hochphase des Industriezeitalters noch äußerst begrenzt, wer überhaupt Freizeit hatte und über den Bedarf des täglichen Lebens hinaus Konsumgüter genießen konnte, stellt sich diese Frage in Zeiten des Massenkonsums neu.

Die kulturtheoretischen Kapitalismusanalysen zeigen auch, welche Wachstumspotenziale die Unterhaltungs- und Freizeitkultur bergen, da sich durch diese der Absatz von Waren über die bloße Reproduktion des Lebens hinaus steigern lässt. Auch der Autor geht davon aus, dass die Ausweitung des Konsums von Kulturwaren auf die gesamte Gesellschaft zur notwendigen Bedingung neuer Kapitalakkumulation geworden ist (S. 9) und zu einer „Durchkapitalisierung des Lebens“ (S. 15) geführt hat. Doch würde dieser Prozess der „Durchkapitalisierung“

dann an eine Grenze gelangen, wenn sich die Warenproduktion allein an jenen Bedürfnissen der Menschen orientierte, die, so verfeinert sie sein mögen, hinlänglich befriedigt werden könnten. Tendenziell würden die Wachstumspotenziale schwinden. Dies könnte nur durch eine Dynamik verhindert werden, die wie einst die Verschwendung im Luxuskonsum der *leisure class* (Veblen) von jeglicher Bedürfnisbefriedigung losgelöst ist. Der Konsum beträfe dann nicht mehr nur die „Lebenserhaltung“, sondern die Steigerung des Lebens (S. 15). Produziert und konsumiert werden dabei Waren, die nicht mehr der Reproduktion der Arbeitskraft, sondern der „Ausstattung des Lebens“ dienen, dem „Sehen- und Gesehen-werden“, dem „Hören und Gehört-werden“ (ebd.). Kurz: Der Kapitalismus wird ästhetisch.

Vor dem Hintergrund dieser Annahme gehen die einzelnen Texte des Bandes der ästhetischen Produktionsweise auch am Beispiel konkreter Waren und Werte nach. Wie schon in seinen Arbeiten zum Begriff der „Atmosphäre“ baut Böhme seine „Theorie der ästhetischen Ökonomie“ (S. 26) auf dem Begriff der „ästhetischen Arbeit“ auf. Diese zielt darauf ab, „Dingen [...] ein *Aussehen* zu geben, ihnen eine *Ausstrahlung* zu verleihen, sie mit einer Atmosphäre zu versehen“ (Hervorhebung im Original, ebd.). Produkte dieser Tätigkeiten besitzen dadurch ein „Mehr“, „das über ihre Vorhandenheit und Zuhandenheit“ hinausgeht (S. 27). Dieses Surplus ästhetisierter Produkte begreift Böhme sodann in einer neuen, dritten Wertkategorie: Neben Gebrauchs- und Tauschwert kommt diesen Produkten ein „Inszenierungswert“ zu (ebd.). Wie dieser jedoch im Verhältnis zu den anderen beiden Wertbestimmungen steht, bleibt dabei insgesamt durchaus vage – und dies nicht allein aufgrund der kurzen Form der Texte. Indem Böhme einmal vom Inszenierungswert als einer dritten Wertkategorie spricht, ein anderes Mal aber

von der Ableitung des Inszenierungswertes aus dem Tauschwert, der zum Gebrauchswert wird, bleibt die Rolle des Inszenierungswerts für die ästhetische Transformation des Kapitalismus unklar bestimmt (unter anderem S. 33f. und S. 115f.). Mit dieser Unklarheit hängt auch die Frage zusammen, ob mit „ästhetischer Arbeit“ eine qualitativer Aspekt von Arbeit oder eine gänzlich neue Form von Wertschöpfung gemeint ist.

Weitaus anregender erscheint hingegen eine andere terminologische Verschiebung, die Böhme vollzieht. So adressiert ihm zufolge der ästhetische Wert von Waren nicht mehr ein ‚System der Bedürfnisse‘, sondern das Begehren (vgl. S. 74). Letzteres zeichnet sich dadurch aus, dass es niemals befriedigt werden kann. Erst dadurch wird es auch zur Quelle der Profitmaximierung in den neuen ökonomischen Wachstumsmärkten, die auf die Lebenssteigerung zielen und die saturierten Märkte der Bedürfnisbefriedigung ins Unendliche erweitern. War das Begehren nach Lebenssteigerung und einem hedonistischen Lebensstil einst – wie Böhme vor allem mit Blick auf die 1968er schreibt – Ausdruck eines Unbehagens an der schnöden Reproduktion des Lebens unter kapitalistischen Bedingungen, ist es nun Teil einer ästhetischen Ökonomie geworden, die die Befreiung der Lust, des Wunsches und des Spielerischen selbst zu kommodifizieren verstanden hat: Intensität, Attraktivität und Verschwendung sind nicht mehr nur das gesellschaftliche Leitbilder einiger weniger – sie sind laut dem Autor ein allgemeiner Imperativ der Ökonomie geworden. Wer diesen nicht zu folgen weiß, gerät auf lange Sicht sozial wie auch ökonomisch ins Abseits. Mittels der Idee der Leistungssteigerung erfasst der Imperativ auch die Bereiche der Bildung, der Freizeit und der sozialen Beziehungen (S. 63ff.).

Diese neuen Zwangsverhältnisse werden dabei zu Selbstverhältnissen, auf die

sich Böhmes ästhetisch informierte Kapitalismuskritik richtet. Doch bleibt diese, so treffend ihre Diagnosen zum Teil sind, eher unbefriedigend. Im Asketismus eine Antwort auf den konsumorientierten Hedonismus zu sehen lehnt der Autor zwar ab, jedoch kommt er nur zum etwas hilflosen und längst kommodifizierbaren Angebot einer lebensphilosophischen Haltung – mehr Gelassenheit und Achtsamkeit (S. 22) –, oder zur Verteidigung ökologischer Nachhaltigkeit (S. 47ff.).

Stärker ist sein Vorschlag, die Kapitalismuskritik im Zeitalter der ästhetischen Wertproduktion anhand der alten Frage zu erneuern, warum sich bei allem Überfluss nicht schon das Reich der Freiheit realisiert habe (S. 68ff.)? Auch angesichts des Massenkonsums – durch den sich auch den ärmsten Bevölkerungsschichten die Konsumtempel öffnen – bleibt erklärungsbedürftig, inwiefern die Masse selbst um den Wert der Kultur betrogen wird? Anders als die Kritik des *consumerism*, die darin ein Instrument der „Massenlenkung“ (S. 41 und S. 72) erkennt, geht es Böhme um den Erhalt der Attraktivität des Kapitalismus trotz all seiner Verwerfungen. Gegen die alte Kulturindustrie-These und gegen die „Kritik der Warenästhetik“ (Wolfgang Fritz Haug) wendet er ein, dass der ästhetische Konsum nicht als „Scheinbefriedigung“ oder „vorsätzlicher Betrug [...] des Publikums abqualifiziert werden kann“ (S. 44).

Das Vorhaben, die Konsumenten ernst zu nehmen, löst auch Böhme nur teilweise ein, fehlt ihm doch der soziologische Impuls, das Konsumverhalten vom Verdacht zu befreien, nur auf Werte gerichtet zu sein, „die man eigentlich nicht braucht“ (S. 28). Um die alte Kritik der Kulturindustrie für den ästhetischen Kapitalismus zu aktualisieren, müsste hier in Bezug auf die Produktions- und Vermögensverhältnisse differenziert werden. Auch der relative Stellenwert der ästhetischen Ökonomie zur Gesamtwirt-

schaft wird nicht näher benannt. Relevanz besitzt Böhmes Deutungsvorschlag dadurch zunächst nur für jene konsumfreudige Mittelschicht, in der die ästhetischen Werte tatsächlich auch gesteigert werden können. Fast nichts erfährt man darüber, welche Rolle ökonomische Prekarisierung, Ausbeutung und Verschuldung spielen oder wie sich die kulturelle Entwertung der ‚ästhetisch‘ Abgehängten gesellschaftlich äußert? Dieser Teil des ästhetischen Kapitalismus geht in Böhmes systematischer Fragestellung ebenso unter wie in seinen phänomenologischen Beschreibungen von Shoppingmalls und neueren Industriearchitekturen. Die These vom ästhetischen Kapitalismus läuft damit Gefahr, sich vom Schein der Attraktionen, den sie beschreiben will, selbst verführen zu lassen.

Frankfurt a. M. Felix Trautmann/Jonas Balzer

### A Modern History of British Christmas

*Johnes, Martin: Christmas and the British. A Modern History, 320 pp., Bloomsbury, London/New York 2016.*

“Christmas and the British. A Modern History” leaves the reader reeling with a mass of information but not necessarily any the wiser. In his book-length study of the British attitude to and practice of the Christmas ritual, Martin Johnes focuses mainly on the 20<sup>th</sup> century. The book contains six chapters, as well as an introduction and a conclusion. Johnes chose a social-history approach to discuss such matters as “The consumer Christmas”, “The family Christmas”, “The rituals of Christmas”, “The spirit of Christmas”, “The shared Christmas” and finally, “Officialdom and Christmas”.

The inclusion of class and gender questions in all chapters is highly laudable, however, the problems start here. With no

conception of what class and gender actually mean, and no other theoretical and conceptual toolbox, the author has difficulty in doing more than quoting, listing, and amassing statements about the aspects of Christmas he has identified with his chapter headings. While this broad approach certainly does justice to all the aspects and characteristics which the Christmas festival has acquired – ranging as it does from religious, familial to consumerist and mixing all of these – it lacks coherence and opens itself to repetition. From a cultural-studies approach it is also questionable to treat all sources equally. While it is certainly a good idea to read widely and include not only Mass Observation statements, but also personal letters, diaries, newspapers, advertising and ephemera, it is not such a good idea to treat them all in the same way. Each kind of text, film, or other source is produced in a particular context, each belongs to a separate medium and each should be analysed according to media- and genre-specific criteria. Martin Johnes falls into a particularly worrying trap when he treats novels as historical sources without showing any awareness that they follow genre rules and reader expectations, and should not be taken at face value – nor should one take for fact advice columns in magazines which follow different, but equally binding production rules. The lack of conceptual rigour in terms of concepts and theories, and the lack of awareness of the difference of sources are serious flaws which make the book less of an enjoyable and informative read than it could have been. At least a smattering of class and gender theory, and a bit of theorising about social history would have helped. Without it, minor flaws such as mistakes and copy-editing oversights become annoying.

These meta-level criticisms apart, and even though the author has immersed himself in Christmas lore and obviously knows most of what there is to know, I would also ques-

tion his central thesis, namely, that Christmas has “shaped the British at both individual and collective levels” (p. XV) and that, “ultimately, the history of Christmas is a redemptive one [...]. If there is a big idea to this book, it is that Christmas, just as Dickens had tried to convince people, is a good thing” (p. XVII).

I find it highly problematic that an author of an academic study identifies with his subject to such an extent that he passes a moral judgment on it, all the more so, as generalisations abound in the book and sweeping conclusions are drawn from sources which do not justify them, since they obviously pertain to single instances rather than to collective ones. I got the impression that the author had decided beforehand what he thinks about the uses, value, and significance of Christmas in Britain, which lead him to statements such as the following: “Although Christmas was often a highly gendered and sometimes a tension-laden occasion, it also played an important role in bonding families together” (p. 68). In a similar vein, he argues “They [contemporary children, GS] may have had knowledge, computer games and expensive toys in their grasp but that did not stop their awe and amazement at a myth that was enchanting as anything ever made up” (p. 97). For all his rather sugar-coated generalisations, Johnes does acknowledge, however, that Christmas can mean different things for different people (p. 143). And although he argues that Christmas was “simultaneously a symbol of local, national and global cultures” (p. 180), he is aware of the fact that the mere watching of the same programmes, or taking part in the same rituals does not mean people experience unity or even national belonging (*ibid.*).

Part of the problem of this book lies in the tendency of its author to blow up the significance of his topic beyond all proportion. Conceptual rigour, theorising, source-specific analyses, fewer generalisations, and a more neutral stance towards the topic in

hand would have helped shape the sprawling mass and great wealth of material and form it into a better book. A book that does not end with the inappropriate final verdict that “if people were prepared to dream and fantasize a little more the rest of the year, to remember the Christmas spirit of goodwill to all, then society might not have had so many problems in the first place” (p. 215).

Berlin

Gesa Stedman

## Ideengeschichte 2.0?

Goering, D. Timothy (Hrsg.): *Ideengeschichte heute. Traditionen und Perspektiven*, 237 S., transcript, Bielefeld 2017.

„Weltbilder“, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte“ (S. 12). Dieses Diktum Max Webers zitiert der zurzeit in Harvard lehrende Herausgeber Timothy Goering bereits im ersten Drittel seiner Einleitung. Gleichwohl reicht sein Blick über Webers Kultursoziologie hinaus und richtet sich auf die gesamte deutsche „Ideen- und Geistesgeschichte“ (S. 9), zu der auch die Geschichts- und Politikwissenschaft, die Philosophie und die Germanistik gehören. Diese Transdisziplinarität erklärt jenen Pluralismus ideengeschichtlicher Ansätze und Methoden, deren „klärende Bestandaufnahme“ (S. 8) Goerings Band leisten soll.

Das ist wünschenswert, denn den neueren ideengeschichtlichen Studien stehen vergleichsweise wenige Reflexionen über die Ideengeschichte selbst gegenüber. Trotz der von Goering in seiner erhellenden Einleitung dargelegten Transdisziplinarität der Ideengeschichte verortet er sie primär als „geschichtswissenschaftliche Disziplin“ (S. 7), was sich auch in der Auswahl der Beiträge widerspiegelt, die fast ausschließlich von

Historikerinnen und Historikern stammen. Die von Goering beabsichtigte „pointierte Diskussionsanregung“ (S. 8) verbleibt somit zwangsläufig binnenperspektivisch in der Geschichtswissenschaft.

Gibt es eine „Ideengeschichte 2.0“ (S. 8)? Insgesamt verdeutlicht der Band, dass der frühere Abgesang auf die Ideengeschichte zugleich der Auslöser ihrer Renaissance wurde. Im Kern geht es Goering darum, den vielfach kritisierten Dualismus von Idee und Praxis beziehungsweise historischem Kontext zu überwinden. Wie dies geschehen kann, legen eine Autorin und sieben Autoren, die an amerikanischen, britischen oder deutschen Universitäten tätig sind – unter ihnen der Herausgeber –, mit unterschiedlichen theoretischen Überlegungen oder anhand verschiedener Fallbeispiele dar. Vier Beiträge seien hier hervorgehoben.

Der in London lehrende Quentin Skinner fasst seine bereits bekannten Positionen zusammen. „Ideen“ ließen sich aus Texten ermitteln, aus klassischen historischen Quellen, aber auch aus Gemälden, Gebäuden und „soziale[n] Handlungen“, die nach Skinner „als Texte gelesen werden können“ (S. 55). Jeder Text sei eine „Intervention“ in den kulturellen Kontext einer bestimmten Gesellschaft zu einer spezifischen Zeit. Es sei für den Historiker deshalb notwendig, immer nach der „ideologischen Orientierung“ (S. 61) selbst abstrakter Textarten zu fragen, um „die unterschwelligen Absichten an die Oberfläche zu bringen“ (S. 62). Fasse man Texte zudem als „soziale Handlungen“ auf, käme es nicht so sehr auf die Interpretation einzelner Texte an, sondern auf die Rekonstruktion jenes soziokulturellen Diskurses, in dessen Kontext sie geschrieben worden seien.

Eine handlungstheoretische Perspektive nimmt auch der Herausgeber ein. Unter Bezugnahme auf Pierre Bourdieu betont Goering in seinem Beitrag „den Zusammenhang zwischen Ideen und Handlungen“ (S. 96).

Am Beispiel des nationalsozialistischen Judenmordes beziehungsweise der in verschiedenen Quellen für das Töten genannten Gründe verdeutlicht er, dass Ideen wirken, wenn sie in einem spezifischen historischen Kontext „in Handlungsgründe übersetzt und konkretisiert werden“ (S. 101). Mit Blick auf die handlungsrelevante Wirkungsmacht von Ideen gelte es also – was Goering theoretisch leider etwas umständlich herleitet – die „Begründungskontexte“ (S. 116) zu analysieren und zur Interpretation des Geschehens heranzuziehen.

Die besonders wirkmächtige „Idee der Menschenrechte“ (S. 171) untersucht Marcus Llanque, Augsburg, der einzige Nicht-Historiker unter den Beiträgern. Er stellt die „Genealogie als Forschungsansatz der politischen Ideengeschichte“ (ebd.) vor, welche die Ursprünge und „Interpretationen einer Idee“ (S. 175) sowie die Diskontinuitäten und Machtrelationen bezüglich ihrer Entwicklung berücksichtige. Ideen seien eng mit politischer und sozialer Praxis verwoben, aber müssten, um handlungsleitend zu sein, begrifflich konkretisiert werden sowie inhaltlich aktuell, das heißt relevant sein. Wie dies geschehe, lasse sich, so Llanque in methodischer Anlehnung an Michel Foucault, durch die Analyse der Diskurse ermitteln.

Zukunftsweisend ist der Beitrag des Würzburger Historikers Peter Hoeres über die Ideengeschichte im Digitalzeitalter. Er stellt die „Tools der Digital Humanities“ und das „Text Mining“ vor und plädiert für „eine Ideengeschichte des Digitalzeitalters“ (S. 216). Hoeres veranschaulicht die Möglichkeiten der digitalen Erschließung von Texten am Beispiel des Google Books Ngram Viewer, mit dessen Hilfe sich „Tendenzen und Wendepunkte des Sprachgebrauchs“ (S. 218) identifizieren lassen, wodurch Bedeutungen und Konjunkturen bestimmter Begriffe erkennbar werden. Als zentrale „Ideen des Digitalzeitalters“ (S. 230)

benennt Hoeres unter anderem Transparenz, Schwarmintelligenz und *open access*. Eine ergiebige Quelle sei die Online-Enzyklopädie Wikipedia, weil sich über die Versionsgeschichten, die Diskussionsseiten oder die Abrufstatistik viele Daten ermitteln ließen, die für die Einordnung der jeweiligen Idee aussagekräftig seien. Trotz expliziter Kritik an bestimmten Deutungsvorgaben von Online-Enzyklopädiern erblickt Hoeres in der auch im digitalen Zeitalter zentralen Frage nach den „Bedingungen und Möglichkeiten der Ideenbildung“ (S. 234) das Zukunftspotenzial einer digitalen Ideengeschichte.

Alle Beiträge unterstreichen nicht nur die Lebendigkeit der lange totgesagten ideengeschichtlichen Forschung, sondern entfalten zusammengenommen ein lesenswertes Panorama zahlreicher Ansätze und Methoden. Das bedeutet jedoch nicht, dass damit bereits ein höheres methodologisches Reflexionsniveau erreicht wäre, das einen Versionsprung zu „2.0.“ (S. 8) rechtfertigen würde. Insofern hat der Herausgeber Recht, wenn er schreibt, eine zeitgemäße Ideengeschichte bedürfe „der ständigen methodologischen Klärung“ (S. 53).

Frankfurt a. M.

Steffen Bruendel

### Erinnerungsschärfung durch *neural turn*?

*Langewiesche, Dieter/Birbaumer, Niels: Neurohistorie. Ein neuer Wissenschaftszweig?*, 139 S., Vergangenheitsverlag, Berlin 2017.

„Ein Abenteuer“ nannte der Neurowissenschaftler Wolf Singer seinen Eröffnungsvortrag zum 43. Historikertag in Aachen im Jahr 2000 und für ihn „überraschend“ den dazu einladenden Anruf des damaligen Historikerverbandsvorsitzenden Johannes Fried, und „vermutlich genauso überraschend“ für die Tagungsteilnehmer die Tatsache, dass er, Singer, sich zu dieser „Einmischung

der Hirnforschung“ „anstiften“ ließ (Singer: „Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen“, 2001, S. 18–27). Das Abenteuer, von dem Singer sprach, war nicht nur seines; da waren Mitstreiter im ihm unbekanntem Land, die dort zu Hause waren, die Mediävisten Johannes Fried und Daniel Lord Smail. Singer fungierte als *sidekick* anfangs zum wagemutigen Fried, der sein Abenteuer „historische Memorik“ nennt, sich dazu auf die Suche nach einer neuen Methode der Geschichtswissenschaft begab, die er auf neurowissenschaftlich gewonnenes Wissen gründen will. So will Fried einen *neur(on)al turn* in der Geschichtswissenschaft initiieren und damit peilt er ein weites, wohl zu weites Ziel an.

Zwar weiß die Geschichtswissenschaft schon längst um Vergessen, Erfinden und Umdeuten, die unbewusst, unmerklich und unwillentlich, und auch unmotiviert die Erinnerungs- und Überlieferungsprozesse begleiten, doch erklären kann sie diese Phänomene nicht. Neurowissenschaftler und Psychologen vermögen hier vielleicht weiterzuhelfen, schließlich können sie mit vielversprechenden Ergebnissen aufwarten. So weiß man, eine Erinnerung an ein Ereignis sei niemals mit einer früheren Erinnerung an das Geschehene identisch, vielmehr unterlägen die aufeinanderfolgenden Erinnerungen immer Umformungen. Diese „Erinnerungsunschärfe“ lässt die von den Historikern zu nutzenden Quellen der Erinnerungen problematisch erscheinen; sie müssen der Kritik unterzogen werden, und zwar, wenn wir Fried folgen, noch bevor sie als Quellen der Geschichtswissenschaften akzeptiert werden.

Die „Unschärfen“, die vor fast einem Jahrhundert von Werner Heisenberg in die theoretische Basis der modernen Physik etabliert wurden, waren umstritten und Physiker wie Albert Einstein und Erwin Schrödinger hofften, dass sie nur vorläufiger Grundbestandteil ihrer Wissenschaftsdisziplin sein und eine



noch zu findende Theorie die Unschärfen obsolet machen würde. Ähnlich meint heute wohl Fried, die unscharfen Erinnerungen könnten durch exakte neurowissenschaftliche Methoden geschärft werden, indem die „Verformungsfaktoren“ bestimmt und ihr Einfluss messbar wird. Historische Methoden könnten dann an dieser Schnittstelle zu den naturwissenschaftlichen Methoden übernehmen und „das ursprüngliche Geschehen bar aller Verformungen wieder herstellen“ (S. 50).

In der hier vorliegenden Sammlung von gemeinsam geschriebenen Pamphleten („Pamphletliteratur“ ist der Buchreihentitel) des Historikers Dieter Langewiesche und des Neurowissenschaftlers Niels Birbaumer, wird Fried gleich in zwei Pamphleten mit einem diese Hoffnung ‚verdichtenden Satz‘ zitiert: „Kritik, Kontrolle und Rückführung der Verformungen auf eine ursprüngliche Wahrnehmung und wirkliche Sachverhalte ist das vordringlichste Ziel der geschichtswissenschaftlichen Memorik“ (S. 51).

Die Kontroverse um Frieds Thesen könnten Langewiesches und Birbaumers sechs „Pamphlete“ mit Vorwort und Bilanz auf 92 Seiten beleben. Im dritten Pamphlet, „Zwei gegensätzliche Ansätze zu einer Neurohistorie“, wird dem Entwurf Frieds jener von Daniel Lord Smail an die Seite gestellt: Auch ihm geht es um eine neurowissenschaftlich informierte Geschichtswissenschaft“ (S. 27), aber Smail denkt auch an geschichtswissenschaftlich informierte Neurowissenschaft, denn im Verlaufe der Menschheitsgeschichte sei das menschliche Gehirn aufgrund kultureller Umwelteinflüsse Veränderungen unterworfen gewesen. Solche Verformungen zu erklären, hält Smail die Neurowissenschaften für kompetent, die etwa zeigen können, dass sich die Gehirne von Menschen, die starke Emotionen erlebten, verändert haben. Genussmittel, Drogen und Medien könnten hier als Ursache fungieren und kulturelle

Entwicklungen, die Auslöser von Hirnveränderungen hervorgebracht haben, könnten Gegenstand fruchtbarer interdisziplinärer neurohistorischer Untersuchungen sein.

Langewiesche und Birbaumer schrieben die Pamphlete nachdem sie im Tübinger Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ (1999–2008) miteinander ins Gespräch kamen. Die Anknüpfung an die im Gegensatz zu Frieds Ansatz weniger radikale Neurohistorie im Sinne Smails liegt bei dieser Thematik auf der Hand und wird auch nicht weiter vertieft. Im letzten Pamphlet „Zum Verhältnis zwischen Neuro- und Vergangenheitswissenschaften“ finden sie Gemeinsamkeiten zwischen neurowissenschaftlichen und historisch-geisteswissenschaftlichen Theorien, die eine Kommunikation zwischen beiden ermögliche: 1) Sinneswahrnehmungen sind Abstraktionen, nicht Kopien der wirklichen Welt. Hier verweisen sie auf Eric Kandel und Vernon Mountcastle, nicht aber auf Karl Poppers früheres Scheinwerfermodell der Erkenntnis, das er dem sogenannten Kübelmodell entgegensetzte; 2) Selektive Wahrnehmungen sind keine falschen Wahrnehmungen, sie dienen der Planung; 3) „Neuro- und Geschichtswissenschaft kennen eine Form der Überschreibung des Alten, die Neues hervorbringt. Das Alte bleibt aber kenntlich, es wird nicht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt“ (S. 76); 4) Die neuronalen Verknüpfungen im Gehirn werden in den Verknüpfungsprozessen selbst gesteuert. Das Fehlen einer obersten Steuerungsinstanz entspricht etwa der Alltagspraxis des Akteurs; 5) Wissen wird konstruktiv erzeugt. Es ist hypothetisch, darauf referenzierend die „wahre“ Wirklichkeit beschreiben zu können.

Daran anschließend zählen sie Möglichkeiten neurohistorischer Kooperationen auf, darunter die neurowissenschaftliche Überprüfung der Wirkung historischer Medien auf heutige Probanden, neurowissenschaftliche Reinterpretation historischer Quellen und be-

sonders ausführlich die Evolutionsgeschichte. Neben der biologischen ist die kulturelle Evolution zu betrachten, in der Information nicht genetisch, sondern „traditional“ übertragen werde (S. 88). Verfahren des Lernens wurden institutionalisiert und so zu Mechanismen von Traditionen, deren kulturelle Inhalte wie zum Beispiel Werte über große Zeiträume aufrechterhalten wurden. Dies erforderte Nachdenken und Diskutieren und die entsprechenden neuronalen Prozesse zu erforschen, wäre sicherlich ein großer interdisziplinärer Erfolg, doch die „Gesetze der biologischen Evolution sind halt andere als die der kulturellen Evolution“ (S. 90) zitieren die Autoren Singer in einem Streitgespräch im Jahre 2003.

Der Band ist ein Plädoyer für Interdisziplinarität mit Augenmaß und auch eine Absage an die Radikalität eines Reduktionismus geisteswissenschaftlicher auf naturwissenschaftliche Phänomene. Die Kluft zu überbrücken, die unzweifelhaft existiert, heißt nicht, sie zuzuschütten, sondern Brücken zu bauen und darum ist den Autoren der Ansatz von Smail gefälliger als der von Fried. Naturwissenschaftliche Methoden werden nicht nur vereinzelt für die Geschichtswissenschaften genutzt, die C14-Methode zur Datierung organischer Materialien, die Sichtbarmachung von Originaltexten auf Palimpsesten durch Fluoreszenzphotografie oder Röntgenstrahlen und die Gensequenzierung sehr alter DNA sind dafür Beispiele. Die Einbeziehung neurowissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die historische Forschung ist nichts prinzipiell Neues; es erfordert auch keinen Abriss des historischen Theorienbaus, sondern die Einfassung neuer Pfeiler. Weniger ist bekannt, ob und wie denn die andere Kooperationsrichtung verfolgt wird, und da hat dieser Band nur auf wenigen Seiten etwas zu bieten: Smails Vorstoß, die in der Geschichte aufzufindenden kulturellen Einflüsse auf die Gedächtnisse mit etwaigen

Veränderungen der damaligen Gehirne zu erklären zu versuchen, kann nur ein Anfang sein. Eine Bilanz, die die Autoren ziehen, ist die, dass der Neurowissenschaft eine „Historisierung, wie sie Smail vorschlägt, durchaus nutzen könnte“ (S. 97). Da dieser Band „Neurohistorie“ heißt, bleibt abzuwarten ob auch Pamphlete zu einer „Historischen Neurologie“ erscheinen werden. Wenn dann Wissenschaftlern beider Seiten dieses Abenteuer suchen, sollten sie es „im Kreisgang“ erleben, wie Carl Friedrich von Weizsäcker schon vor Jahrzehnten als Methode der Wahl vorschlug: „Die Natur ist älter als der Mensch und der Mensch ist älter als die Naturwissenschaft“ (Weizsäcker: „Die Einheit der Natur“, 1971, S. 14).

München

Rudolf Seising

### Erlebte Empiregeschichtsschreibung

*Burton, Antoinette/Kennedy, Dane (Hrsg.): How Empire Shaped Us, 232 S., Bloomsbury, London/New York 2016.*

„How Empire Shaped Us“ ist ein Buch, das ungewohnte Wege geht. Antoinette Burton und Dane Kennedy haben namhafte oder aufstrebende Empire-Historiker aufgefordert, ihren eigenen persönlichen wie beruflichen Werdegang im Licht der Zeitgeschichte des britischen Empires zu betrachten und ihre daraus resultierenden Prägungen zu reflektieren. Geordnet sind die 17 Beiträge nach den Geburtsjahren der Autorinnen und Autoren, von Thomas R. Metcalf (1934) bis Jonathan Saha (1984). Dem Band ist ein Index beigegeben, der nicht nur Personen und Sachbegriffe, sondern auch Werke – sei es aus Wissenschaft oder aus der Populärkultur – verzeichnet. Der Reiz des Buches liegt gerade darin, dass es auf den ersten Blick keinen Ort hat: es ist weder eine werturteilsfreie Geschichte postimperialer Empire-

geschichtsschreibung noch eine fokussierte wissenschaftshistorische Disziplingeschichte und verspricht auch keine politischen Biografie oder Zeitzeugenberichte. Vielmehr ist es die Verschränkung dieser verschiedenen Bereiche, aus der ein eigener Mehrwert entsteht. Dem Leser wird in den autobiografischen Schlaglichtern vor Augen geführt, wie scheinbar außerakademische Mechanismen für die Entwicklung von Fragestellungen und deren Wandel mitverantwortlich sind.

Die ältere Generation kennt koloniale Situationen noch aus eigener Anschauung oder kann sich rückblickend klarmachen, dass das Empire so selbstverständlich war, dass es kaum als solches thematisiert wurde. So stellt Kennedy Abenteuer geschichten wie Tarzan als „racist imperial fable“ (S. 96) vor und verbindet diese mit eigenen Erinnerungen an das späte koloniale Rhodesien, um die britische Kolonialgeschichte als Schlüssel zu seinem Verständnis der heutigen Vereinigten Staaten zu präsentieren. Für die jüngere Burton ist es hingegen die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit ihres Vaters, in der sie rückblickend eine Triebfeder ihres wissenschaftlichen Schaffens erkennt. Die etwa gleichalte Mrinalini Sinha reflektiert, wie sie sich – als Teil der Nachkriegsgeneration in Indien – sowohl vom *British Raj* als auch von der Mentalität der Unabhängigkeitsbewegung emanzipieren musste. Jonathan Saha, der mit Abstand jüngste Beiträger, muss sich trotz Familienverbindungen nach Indien seine imperiale Prägung erst über seinen eigenen politischen Aktivismus erschließen. Auch seine Schilderung des studentischen Milieus der späten 2000er Jahre an der SOAS in London ist ein wertvoller generationeller Orientierungspunkt: Er beschreibt ein Umfeld, in dem es eine soziale Notwendigkeit war, sich postkoloniale Theorie nicht nur intellektuell, sondern auch habituell anzueignen, um in der entstehenden kosmopolitischen Bildungselite sozial zu bestehen. Im Hintergrund der per-

sönlichen Bildungsgeschichten wird stets die Wirkmacht medial vermittelter (post-)imperialer Wendepunkte mitreflektiert. So war für die ältere Generation die Suezkrise 1956 ein prägendes Ereignis, das die Fragilität der für selbstverständlich gehaltenen geopolitischen Lage schmerzlich bewusstgemacht hat. Für die Jüngeren spielen die Irakkriege und besonders die Terroranschläge am 11. September 2001 eine ganz ähnliche Rolle.

Große Aufmerksamkeit kommt naturgemäß den akademischen Lehrern zu. Stellenweise bietet sich dabei der Brückenschlag zu einer noch früheren Generation, wenn zum Beispiel Richard Price von Ranajit Guha berichtet, dessen postkolonialer sozial- und kulturhistorischer Zugriff im Sussex der 1960er Jahre einen Augen öffnenden Kontrast zur ansonsten gelehrten Europäischen Expansion bildete. Über die individuellen Schilderungen lässt sich zudem der Wandel der Empire-Geschichtsschreibung in groben Zügen nachvollziehen. Nachdem sie im Zuge der Dekolonisierung eher marginalisiert wurde, kehrte die *New Imperial History* als vielseitiges Feld der Kultur- und Sozialgeschichte zurück. Die Forschungsfelder der Beiträger umspannen dabei große Teile der Welt. Einflüsse wie der Subaltern Studies Group und besonders des Feminismus tauchen in den Beiträgen immer wieder auf. Dem kontinentalen Leser wird dabei deutlich, dass die Vielgestaltigkeit von Globalgeschichte speziell im britischen Raum oft als Empiregeschichte perspektiviert wird.

Ungeachtet der Mühe, in der Auswahl der Beiträger\_innen Diversität von Herkunft, Geschlecht und Forschungsrichtung herzustellen, bleibt diese letztlich eklektisch. Für die Grundanliegen des Bandes ist es aber fraglich, ob Vollständigkeit oder Repräsentanz überhaupt notwendig sind. Die Prägung durch die gegenwärtige Lebenswelt und durch die vorhergehende Generation verbindet Historiker\_innen aller Forschungsfelder.

Burton charakterisiert den Band als „intergenerational archive that can help students appreciate the links between imperial history and empire writing“ (S. 147). Auch dem Rezensenten scheint in der Verwendbarkeit für die universitäre Lehre ein besonderer Wert des Bandes zu liegen. Die überschaubaren Beiträge können Anlass zu wichtigen Reflexionen bieten, ohne Hürden aufzubauen oder im Abstrakten zu verharren. Es bleibt die Frage, inwieweit „How Empire Shaped Us“ auch für kontinentale Leserinnen und Leser nützlich ist. Natürlich wird der Band eher Leser ansprechen, die bereits einen Zugang zur Geschichte des britischen Empire, oder zu postkolonialen Fragestellungen haben beziehungsweise die mit dem Thema im Rahmen einer Empire- oder globalhistorischen Lehrveranstaltung konfrontiert werden. Andererseits sollten sich angehende Historiker\_innen mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit und auf welche Weise sich alle ihre Lebenswelt in der eigenen Forschung niederschlägt. Auch wenn man diese Lehre längst akzeptiert hat, kann man „How Empire Shaped Us“ mit Gewinn lesen.

Freiburg

Sebastian Meurer

### Transnationale Erinnerung in Europa?

*Gerhards, Jürgen/Breuer, Lars/Delius, Anna: Kollektive Erinnerungen der europäischen Bürger im Kontext von Transnationalisierungsprozessen. Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien im Vergleich, 272 S., Springer VS, Wiesbaden 2017.*

Das Autorenteam präsentiert in dem hier zu besprechenden Band die Ergebnisse eines Forschungsprojektes, in dessen Rahmen Gruppendiskussionen zu solchen historischen Ereignissen stattfanden, die von den Teilnehmenden für wichtig erachtet wurden. Zusätzlich waren die Gruppen dazu aufgefordert, über die Relevanz von Geschehnissen

wie dem Zweiten Weltkrieg zu sprechen, denen nicht allein eine nationale Bedeutung zukommt. Ziel war es, herauszufinden, ob sich in den kollektiven Erinnerungen Ansätze für einen transnationalen Geschichtsbezug zeigen, der die Grundlage für eine europäische Identität bilden kann.

Das Buch ist in acht Kapitel untergliedert, von denen sich das erste zunächst mit den derzeitigen Rahmenbedingungen einer zunehmenden Europäisierung bei gleichzeitigen Krisenerscheinungen befasst. Ausführlich werden theoretische Fragen kollektiver Erinnerung unter der Perspektive der Fokussierung auf die Nation diskutiert. Daran knüpfen sich Überlegungen an, wie sich eine Geschichtserzählung etablieren könnte, die einem europäischen Souverän eine entsprechende soziale Identität zu verschaffen in der Lage ist.

Die nächsten vier Kapitel sind alle ähnlich durchstrukturiert und dokumentieren die Resultate der in Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien geführten Gruppendiskussionen. Dabei wird der Leser zunächst auf deskriptiver Ebene über jene Ereignisse informiert, die in den jeweiligen Ländern relevant waren. Außerdem werden die in den Diskussionen genannten Ereignisse räumlich gerahmt. Es wird also herausgestellt, ob es sich um eher lokale, nationale oder transnationale Vorkommnisse handelt. Diese Rahmungen werden vom Autorenteam vorgenommen, indem sie Interpretationsarten für die genannten Ereignisse aufzeigen. In den jeweils folgenden Unterkapiteln werden die Deutungsmuster vorgestellt, mit denen die Gruppenmitglieder in den vier Ländern operieren, um der von ihnen für wichtig erachteten Geschichte einen Sinn zu verleihen. Aus diesen Bemühungen um kollektive Aushandlung von Geschichtsinterpretationen werden dann die strukturierenden Motive des je spezifischen Blicks auf die Vergangenheit herausgearbeitet. Auf diese Weise

ist es möglich, die nationalen Eigenheiten wie auch transnationale Gemeinsamkeiten zu erkennen.

Im sechsten Kapitel werden zunächst auf der inhaltlichen Ebene mit der Shoah, dem Kommunismus und dem Prozess der europäischen Integration drei spezifische historische Ereignisse näher beleuchtet und anhand der Positionen der Befragten in allen Gruppen darauf hin geprüft, inwieweit sie als Bezugspunkte einer transnationalen Erinnerung in Europa dienen können. Anschließend kommt die Funktion zur Sprache, die einzelne Wege des Erinnerns für eine Gesellschaft haben können. Der Fokus liegt hier auf einer kritisch-reflexiven Einstellung zur Vergangenheit und der Möglichkeit, darüber eine gemeinsame europäische Erinnerung zu etablieren.

Zum Abschluss des Buches präsentiert das Autorenteam die Quintessenz seiner Forschungsergebnisse und verknüpft das Resultat im letzten Kapitel mit Gedanken zur gegenwärtigen Krise innerhalb der Europäischen Union. Die Bilanz ist aus einer proeuropäischen Perspektive gesehen zweifellos ernüchternd. Die in den vier Staaten durchgeführten Gruppengespräche machen deutlich, wie eng die kollektiven Erinnerungen auf der Mikroebene nach wie vor mit der nationalen Ebene verknüpft bleiben. Deutschland ist hier sicherlich ein Sonderfall insofern, als die historische Erfahrung von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und der millionenfachen Vernichtung ausgegrenzter und zu Feinden abgestempelter Menschen dazu veranlasst, dieses Geschehen unter der Prämisse des ‚Lernens aus der Geschichte‘ zu verarbeiten. Jedoch machen die Gruppendiskussionen genauso deutlich, dass auch jüngere Leute diese Geschichte als Belastung erleben, sie sich auf nationaler Ebene positive Bezugspunkte in der Vergangenheit wünschen. Auf die eigene Gesellschaft bezogene Erinnerungsmotive – aber immer mit spezifisch

nationalen Differenzen – zeigen sich vergleichbar in den anderen Ländern. In Polen und Spanien ist der jeweilige Blick klar auf die eigene Nation fixiert. Der Zweite Weltkrieg dient aus polnischer Sicht dazu, eigene Leistungen etwa im Widerstand hervorzuheben und zu heroisieren, bei gleichzeitiger Betonung der eigenen Opferrolle. Mögliche Verstrickungen in die damals begangenen Verbrechen werden in der Tendenz als nachteilig und unliebsam zur Seite geschoben. In Spanien wird das eigene Land zwar als frühere Groß- und Kolonialmacht gesehen, doch verweist dessen Niedergang auf die Rückständigkeit des Landes. Deutlich wird aus den Gesprächen weiterhin, welche Relevanz dem Spanischen Bürgerkrieg mit der darauf folgenden Ära des Franquismus noch heute zukommt. Die Teilnehmenden an den Gruppendiskussionen sehen hierin eine negativ zu bewertende Erinnerung an die Vergangenheit, weil die Gesellschaft gespalten wurde und es für lange Zeit blieb. Großbritannien ist neben Deutschland schließlich die Gesellschaft, in der sich – auf der Basis des Interviewmaterials – ein Ansatzpunkt für eine transnationale Erinnerung zeigt. Vermitteln die Diskutierenden einerseits einen nostalgischen Blick auf die eigene Vergangenheit gerade im Hinblick auf das untergegangene Empire, zeigen sich auch Tendenzen zur Identifikation mit einer pluralistischen Bürgergesellschaft, die insbesondere aus dem Wissen um den Abwehrkampf gegen das nationalsozialistische Deutschland resultieren.

Gerhards, Breuer und Delius haben mit ihrem Werk zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um ein werdendes Europa vorgelegt, auch wenn die Resultate ihrer empirischen Forschungen doch desillusionierend wirken. Man muss nicht mit allen Schlussfolgerungen konform gehen. So lässt sich darüber diskutieren, ob ein ‚Lernen aus der Geschichte‘ auf kollektiver Ebene möglich ist. Erst recht ist aus Sicht der

Theorie sozialer Identität zu bezweifeln, ob ein negativ zu bewertendes Ereignis wie die Shoah als Ankerpunkt für eine Kollektividentität dienen kann. Der Rezensent teilt diese Vorstellung nicht. Ungeachtet dessen steht für ihn aber fest, dass mit diesem Buch ein wichtiger Diskussionspunkt in Bezug auf Fragen zur Entwicklung eines vereinten Europa über eine transnationale kollektive Erinnerung formuliert wird. Der vorliegende Band vermittelt entscheidende Einsichten über die Wahrnehmung von Geschichte in verschiedenen europäischen Gesellschaften. Darum ist ihm ein breites Publikum aus sowie eine umfassende Rezeption in Politik und Wissenschaft zu wünschen.

Passau

Horst-Alfred Heinrich

### „Schattenorte“ in der deutschen Geschichtskultur

*Eisenhuth, Stefanie/Sabrow, Martin (Hrsg.): Schattenorte. Stadtimages und Vergangenheitslast, 184 S., Wallstein, Göttingen 2017.*

„Schattenorte“, so der programmatische Titel des vorliegenden Bandes, sind ambivalent. Es sind Orte wie Potsdam, Weimar oder der Obersalzberg, auf denen die Vergangenheit lastet, deren Geschichte und Gegenwart sich aber, anders als bei *dark spaces*, nicht in „Vergangenheitslasten“ erschöpft. Als Beitrag zur Erforschung der Geschichtskultur wenden sich die Beiträge des von Martin Sabrow und Stefanie Eisenhuth herausgegebenen Bandes einer Kategorie von Erinnerungsorten zu, die wegen ihrer Ambivalenz auf besondere Weise problematisch sind. Zum einen geht es um das spannungsreiche Verhältnis verschiedener Schichten der Vergangenheit, die unterschiedlich gedeutet werden. Zum anderen wird nach der Einbindung von „Vergangenheitslasten“ in die gegenwärtige Selbst- und

Fremdwahrnehmung, aber auch in die alltägliche Nutzung der Orte gefragt. Analysiert und bewertet werden müssten nicht die tatsächlichen historischen Geschehnisse, sondern deren Wahrnehmung aus der Retrospektive, so Sabrow in seinem einführenden Beitrag. Die „Belastung“ von Orten ergibt sich aus der jeweils aktuellen Interpretation und Rezeption von Ereignissen, die dort stattgefunden haben. Sie ist folglich abhängig von den jeweils aktuellen kulturellen und politischen Deutungsmustern. Die relationale Konstruktion wird in den Beiträgen in Form von Rezeptionsgeschichten analysiert, gerade auch solchen, in denen es zu Konflikten über die Nutzung von Orten kam, weil die Deutung ihrer Vergangenheit umstritten war und ist.

Ausgehend von diesem relationalen Verständnis werden in den Beiträgen vor allem zwei Fragen thematisiert. Erstens wird die Frage aufgeworfen, woran genau sich die Rezeption und Deutung von „Schattenorten“ festmacht. Sind es die materiellen Überreste, die noch oder nicht mehr vorhanden sind? Ist es die symbolische Bedeutung eines Ortes in der Erinnerungskultur? Was ist, und welche Rolle spielt „Authentizität“? Zweitens wird die Frage gestellt, wie die Rezeption von „Schattenorten“ unter den aktuellen kulturellen und politischen Bedingungen funktioniert und inwiefern die gegenwärtige Rezeption und Nutzung angemessen ist. Hierbei gerät insbesondere die Inwertsetzung der „belasteten“ Vergangenheit für touristische und kommerzielle Zwecke als aktueller Trend in den – meist kritischen – Blick der Autorinnen und Autoren.

Im ersten Beitrag geht Eisenhuth diesen Fragen im Selbstversuch nach. Sie reflektiert ihre Erfahrungen als Touristin in Bosnien und Madrid und kommt zu dem Ergebnis, dass Touristen für die Konstruktion und Verbreitung von Deutungen wichtig seien, weil sie bestimmte Erfahrungen an „Schattenorten“

erwarteten und nachfragten. Demgegenüber fokussiert Hanno Hochmuth in seinem Beitrag zu den einschlägigen Berliner Erinnerungsstätten auf die Angebotsseite der touristischen Inwertsetzung von „Schattenorten“. Aus einer ähnlichen Perspektive zeigt Ralph Richter, wie unterschiedlich das industrielle Erbe in Dortmund und Glasgow für die Entwicklung eines Stadtimages eingesetzt wird.

Mit dem Beitrag von Günter Riederer wendet sich der Band Fragen der Rezeptionsgeschichte von „Vergangenheitslasten“ zu. Riederer untersucht die Debatten in der Wolfsburger Stadtöffentlichkeit über die Gründung der Stadt im Nationalsozialismus. Er zeichnet dabei ein für Westdeutschland typisches Muster nach, das auch in anderen Beiträgen des Sammelbandes bestätigt wird: Auf das Verschweigen der ‚belasteten‘ Vergangenheit in den 1950er und 1960er Jahren folgten geschichtskulturelle Konflikte, die um das Jahr 2000 in eine neue Erinnerungskultur mündeten, in der die negativ konnotierte Vergangenheit einen zentralen Platz eingenommen hat. Besonders problematisch verlief diese Entwicklung am Obersalzberg, dem Rückzugsort Adolf Hitlers. Albert Feiber zeigt, wie der Ort Obersalzberg nach Kriegsende zunächst abgeschirmt wurde, es dann bis in die 1990er Jahre zu einer „stillschweigenden Duldung [...] des ‚Geschichtstourismus‘“ kam (S. 93) und der Ort in den letzten Jahren mit einem Dokumentationszentrum als „Schattenort“ in die offizielle Erinnerungskultur eingegliedert wurde. Eine Herausforderung, die bereits im Beitrag von Feiber aufscheint, ist der Umgang mit materiellen Überresten. Noch deutlicher wird dies am Beispiel des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg, dem sich Alexander Schmidt zuwendet. Dessen bauliche Überreste wurden seit 1945 mehrfach umgedeutet. An den Versuchen, die Gebäude einer neuen Nutzung

zuzuführen, entzündeten sich deswegen regelmäßig Kontroversen.

Etwas anders verlief die Rezeptionsgeschichte von „Schattenorten“ in der DDR. Sowohl in Weimar als auch in Dresden war die erinnerungskulturelle Debatte durch die Abgrenzung gegen das NS-Regime geprägt, wie Justus Ulbricht und Anne Fuchs in ihren Beiträgen verdeutlichen. Der Bezug zur Vergangenheit war in der DDR so konstruiert, dass gerade solche Orte in das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden, die die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus repräsentierten. Wie ambivalent die Geschichtspolitik der DDR war, zeigt das Beispiel der Bauzener Gefängnisse, das Silke Klewin aufgreift. Diese Gefängnisse wurden in der Öffentlichkeit der DDR als Haftort Ernst Thälmanns präsentiert, waren zugleich aber, hinter vorgehaltener Hand, Sinnbild für die Repression durch das DDR-Regime. Am Beispiel der Geschichte Eisenhüttenstadts zeichnet Andreas Ludwig schließlich die Konstruktion von „Stadtinterpretationen“ seit den 1950er Jahren nach. Im Unterschied zu den anderen Beiträgen dieses Bandes beginnt Ludwigs Darstellung nicht mit der „Last“, als die die Geschichte des Ortes im Nachhinein interpretiert worden ist, sondern beschreibt die Gründung Eisenhüttenstadts aus der zeitgenössischen Perspektive als „heroische Zeit“ der „ersten Stadt des Sozialismus“ (S. 157). Die verschiedenen Schichten der Vergangenheit, die gerade für die geschichtskulturellen Herausforderungen in Ostdeutschland charakteristisch sind, fasst Birgit-Katharine Seemann in ihrem abschließenden Beitrag am Beispiel von Potsdam nochmals zusammen.

Es ist auffällig, dass der Band fast ausschließlich deutsche „Schattenorte“ thematisiert. Dies ist insofern problematisch, als in der deutschen Debatte der Trend zur kritischen Auseinandersetzung mit negativen Aspekten der eigenen Geschichte

besonders ausgeprägt ist. Die Analyse der wenigen „Schattenorte“ in anderen Ländern (Sarajevo/Mostar, Madrid, Glasgow) legt nahe, dass in Deutschland seit den 1970er Jahren eine besonders ausgeprägte „Schamkultur“ entstanden ist, die allgemein als „Er-rungenschaft“ angesehen wird (S. 20). Der notwendige internationale Vergleich wird in dem vorliegenden Band aber nicht gezogen, sodass unklar bleibt, inwieweit die Befunde verallgemeinerbar und auf andere Gesellschaften übertragbar sind. Zu vermuten ist, dass die Entwicklung von „Schattenorten“ in Deutschland eher atypisch ist.

Der vorliegende Band dokumentiert eine Anfang 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschung abgehaltene Tagung und leidet wie viele Tagungsbände an mangelnder Kohärenz und analytischer Tiefe. Das ist bedauerlich, insofern der Gegenstand spannend und relevant ist. Die einzelnen Beiträge bieten zwar durchaus eine anregende Lektüre, aber den präsentierten Beispielfällen liegen höchst unterschiedliche Vorstellungen von „Schattenorten“ zugrunde und die konzeptionelle Verbindung zwischen den Beiträgen ist schwach. Die Definition von „Schattenorten“ ist vage genug, um sowohl die Bewältigung der Deindustrialisierung in Dortmund als auch der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Weimar einzubeziehen. Aber die in den einleitenden Bemerkungen von Sabrow entwickelten Merkmale von „Schattenorten“ werden in den Beiträgen nicht stringent genug befolgt, um einen systematischen Vergleich zwischen diesen höchst unterschiedlichen Orten zu ermöglichen. Stattdessen werden Sabrows konzeptionelle Überlegungen allenfalls eklektisch aufgegriffen. Meist breiten die Autorinnen und Autoren lediglich ihre empirischen Befunde aus. Einige Beiträge argumentieren dabei hart an der Grenze zum Anekdotischen. Selten ziehen die Autorinnen und Autoren weiterführende Schluss-

folgerungen mit Blick auf das Konzept der „Schattenorte“. So bleibt das Konzept der „Schattenorte“ wegen der Heterogenität der Beiträge zu diesem Tagungsband insgesamt unscharf.

Darmstadt/Jena

Sebastian Haumann

### Soziale Ungleichheit im Sport

*Müller, Marion/Steuerwald, Christian (Hrsg.): „Gender“, „Race“ und „Disability“ im Sport. Von Muhammad Ali über Oscar Pistorius bis Caster Semenya, 284 S., transcript, Bielefeld 2017.*

In der Einleitung zu ihrem Sammelband betonen Marion Müller und Christian Steuerwald die im Sport nach wie vor „selbstverständliche Segregation nach Geschlecht und Behinderung“ (S. 7). Die soziale Ungleichheitskategorie ‚Race‘ gilt hingegen nicht mehr als „(formales) Ausschlusskriterium“ und wird von den Autoren somit implizit auf einer anderen Ebene verortet. Alle drei Differenzkategorien berühren nichtsdestoweniger fundamentale Fragen nach dem Ursprung, der Beharrungskraft und den praktischen Folgen der Zuschreibung sozialer Ungleichheitskategorien im Sport. Diesem Spannungsfeld widmen sich zehn Autorinnen und Autoren aus soziologischer, sportwissenschaftlicher und historischer Perspektive. Das Ziel ist der „Vergleich der Wirkungen und Mechanismen“ (S. 10) der drei Kategorisierungen, die insbesondere in ihrem Konstruktionsprozess erfasst werden sollen. Der Aufbau des Bandes gliedert sich in die drei Blöcke „Gender“, „Race“ und „Disability“, wodurch bereits angedeutet wird, dass Ungleichheitskategorien weniger in ihrer intersektionalen Verflochtenheit analysiert, sondern voneinander getrennt behandelt werden.

Im Teil „Gender“ befassen sich die Beiträge von Karolin Heckemeyer und von Stefan



Wiederkehr mit immer wieder verfeinerten Geschlechtertests in globalen Sportverbänden beziehungsweise bei Olympischen Spielen. Heckemeyer kann überzeugend darlegen, wie die binäre Vorstellung von Geschlechtern im Sport fortlaufend reproduziert wird. Dabei zementiert das Vorgehen der Sportverbände die Geschlechterhierarchie im Sport, die sich nicht zuletzt auch in signifikanten Gehaltsunterschieden zwischen Männern und Frauen niederschlägt. Wiederkehr verfolgt die These, dass die Einführung von Geschlechtertests im Kontext des Kalten Krieges interpretiert werden muss. Erst das im ‚Westen‘ verbreitete ‚Feindbild‘ der oftmals sportlich überlegenen, vermännlichten sozialistischen Frau, ermöglichte die Einführung von Geschlechtertests bei Olympia. Antje Dresen und Mischa Kläber widmen sich aus differenzierungstheoretischer Sicht dem Bodybuilding. Sie untersuchen dabei zur Geltung kommende geschlechterübergreifende Körpernormen, die sich der Einordnung in vermeintlich typisch männliche oder typisch weibliche Körper entziehen. Durch zahlreiche Originalzitate Bodybuilding betreibender Frauen entsteht eine Innenansicht der Szene und deren vorherrschender Selbstwahrnehmung als Kunstform und gelegentlich gar Ersatzreligion.

Das Unterkapitel zur Ungleichheitskategorie ‚Race‘ beginnt mit dem einleitend als Klassiker angekündigten Beitrag Patrick B. Millers. Der Autor erläutert die Kontinuität rassistisch aufgeladener Erklärungen für die außergewöhnlichen Leistungen afro-amerikanischer Sportler. Die Muster der ‚Argumentationen‘ werden seines Erachtens durch immer neue, pseudo-wissenschaftliche Erklärungen der physischen Überlegenheit schwarzer Athleten perpetuiert, wodurch die vermeintlich natürliche Ordnung der ‚Rassen‘ aufrechterhalten wird. Christian Steuerwald wirft einen Blick auf die Geschichte des Boxens, insbesondere im 19. und 20. Jahr-

hundert. Dabei geht er nicht nur detailliert auf ‚Race‘ ein, sondern erläutert darüber hinaus, inwiefern auch der soziale Status und das Geschlecht als relevante Strukturkategorien wirkten. Jan Phillip Reemtsma greift ebenfalls den Boxsport auf, konzentriert sich dabei allerdings etwas zu sehr auf die Interpretation rassistisch aufgeladener Allegorien in den Rocky-Filmen, um das Thema und die Fragestellung des Sammelbandes wirklich vorantreiben zu können. Deutlich stärker auf der Theorieebene angesiedelt ist Kevin Hyltons Beitrag über die Anwendung der *critical race theory* auf das Thema Sport. Hylton nähert sich der dem Sport seines Erachtens nach inhärenten Problematik der dauerhaften Etablierung rassistischer Hierarchien und setzt sich zugleich theoretisch anregend mit der Frage auseinander, wie man über die Ungleichheitskategorie ‚Race‘ schreiben kann, ohne diese selbst zu reproduzieren.

Der letzte Abschnitt des Sammelbandes befasst sich mit der Ungleichheitskategorie ‚Disability‘. Bernd Wedemeyer-Kolwe beleuchtet in seinem historisch orientierten Beitrag Beispiele einer „Inklusion von unten“, also Fälle der sportlichen Begegnung behinderter und nichtbehinderter Menschen, insbesondere im Umfeld der beiden Weltkriege (S. 238). Auf schlüssige Weise stellt Wedemeyer-Kolwe dabei Bezüge zwischen der Argumentation der Nichtvergleichbarkeit sportlicher Leistungen auf der Basis von Behinderung/Nichtbehinderung und Intersexualität her. Eine höhere Zahl derartiger Querverweise hätte mehrere Beiträge des Sammelbandes und mithin das Gesamtbild der Publikation bereichern können. Im letzten Beitrag geht Marion Müller auf Herkunft und Aktualität des „Vergleichstabus“ (S. 243) zwischen behinderten und nicht-behinderten Menschen im Sport ein. Unter Rückgriffen auf die historische Entwicklung des Behindertenleistungssports analysiert Müller insbesondere den Zusammenhang

von Klassifikationsproblematik und Chancengleichheit. Ihre These von der Exklusion behinderter Topathleten erläutert Müller abschließend anschaulich anhand der beiden prominenten Beispiele Markus Rehm und Oscar Pistorius.

Die Beiträge überzeugen für sich genommen weitgehend und argumentieren einleuchtend. Allerdings sind Querbezüge zwischen den jeweiligen Aufsätzen – oder gar über die drei Unterkapitel hinweg – sehr selten. Ein tatsächlicher Vergleich der kategorialen Zuschreibungen bleibt somit der Leserschaft überlassen. Als Ausgangspunkt für weitere Forschungen ist der Sammelband dennoch inspirierend: Gerade die in der Einleitung aufgeworfene Frage der Intersektionalität oder Interdependenz erscheint vielversprechend. Inwiefern etwa die Debatten um Caster Semenya nicht nur von ‚Gender‘, sondern auch von ‚Race‘ durchdrungen sind, erscheint als eine lohnende Fragestellung, die im Anschluss an die im Sammelband präsentierten Befunde gestellt werden kann.

*Kiel*

*Sebastian Schlund*

### **Gender, Glück und Fantasie**

*Poser, Stefan*: Glücksmaschinen und Maschinenglück. Grundlagen einer Technik- und Kulturgeschichte des technisierten Spiels, 401 S., transcript, Bielefeld 2016.

Vorzustellen ist eine Monografie, die sich der ‚Männerforschung‘ zuordnen lässt. Einem ‚Tantra‘ gleich klingt diese von Stefan Poser vorgelegte Habilitationsschrift, die nebenbei auf Roger Caillois rekurriert. Der Text liest sich stellenweise wie ‚uneigentliches Sprechen‘. Als ‚Surrogat‘ aufgefasst, vermittelt er den Eindruck einer ‚Parallelweltenfantasie‘. Der Technikhistoriker Poser stellt sich als ‚Spielforscher‘ heraus: Er hat die unvergessliche Ausstellung „Spiel mit Technik“ (Deut-

ches Technikmuseum 2006–2007) (mit-)kuratiert, unzählige Publikationen wie den Sammelband „Homo faber ludens“ (2003) vorgelegt und Konferenzpanels zu „Spiel und Technik“ ins Leben gerufen. Poser hat somit einige Wegmarken im Bereich der Spiel- und Technikforschung gesetzt.

Posers Qualifikationsschrift umfasst fünf Kapitel, die wiederum auf fünf Fallbeispielen fußen: Im zweiten Kapitel „Spiel, Sport und Technik“ werden das Rudern in Sportbooten behandelt sowie das Schwimmen, Rutschen und Selbstfahrgeschäfte rücken im dritten Kapitel „Jahrmärkte und Vergnügungsparks“ in den Fokus, während im vierten Kapitel die Modelleisenbahn als Beispiel für „Technisches Spielzeug“ dient. Diese „Mikrostudien“ punkten damit, dass sie intrikate Illustrationen aufweisen. Schwarz-Weiß-Fotografien lenken die Aufmerksamkeit der Leser\_innen beispielsweise zunächst darauf, wie eine Schwimmerin in den Wannensee „rutscht“ (S. 139). Sodann zeigen sie einen Geigenkasten, in die jemand eine Märklinbahn der Marke „Eigenbau“ geklebt hat (S. 257) und auf dem Titelbild sind zuletzt zwei betagte Damen zu sehen, die sich auf einer aus Holz gezimmerten Turmbahn köstlich amüsieren.

Diese Abbildungen stellen ausgesprochen sensationsreiche Quellen dar und sie geben Rätsel auf: Einerseits fügen sie sich in das Thema ein, andererseits begründet der Autor seine Auswahl kaum. Historisch gebildete Leser\_innen wünschen sich Expliziteres. Der ‚interpretativen Flexibilität‘ bleiben ansonsten viele Fenster geöffnet. Der Autor vermeidet es, Deutungsangebote auszuschließen, die sich aus der Verschränkung von Bild und Text ergeben. Da er seinen Text zudem in einer lockeren Art und Weise strickt, bleibt es den Leser\_innen überlassen, ihre Fantasie zu bündeln.

Die erwähnten Fotos vermitteln zudem einen ambivalenten Eindruck. Das hat erstens damit zu tun, dass sie auf die Möglich-

keit des Ertrinkens anspielen (gedacht sei an den Wannsee beziehungsweise an Heinrich Kleist). Sie werfen zweitens die Frage nach dem Verbleib der Geige auf und demjenigen, der dieses Musikinstrument zertrümmert haben mag. Sie vermitteln drittens, *last but not least*, einen Hauch von Travestie. Als handle es sich bei den auf dem Titelbild mustergültig wiedergegebenen Achterbahnfahrer\_innen um Rathenau und Siemens persönlich, die (nach ihrer ‚Abdankung‘) die von Adam Smith tradierte Losung genießen: Es sei besser, umsonst zu spielen als umsonst zu arbeiten. Die Antwort auf die Frage, wie diese Fotos auf das im Titel angesprochene „Maschinenglück“ passen, bleibt ein wenig unbestimmt.

Eine Spitze seiner ‚Spielgeschichtsforschung‘ besteht darin, Fragen zu verschweigen, die sich explizit auf Frauen und ihre Kinder beziehen. Er gebiert sich damit betont unpolitisch. Ein Exkurs beziehungsweise Epilog zur Genderproblematik wäre zumindest eine Geste wert gewesen. Das Ungleichgewicht hinsichtlich der Beantwortbarkeit der Frage, was Spiel bedeute, heißt für die „implizite Leserin“ (Iser): Sie genieße bei diesem eindeutig ambivalenten Spiel das Nachsehen.

Poser umschifft die Diskussion, wie Spiel, Technik und Arbeit miteinander verkettet sind. Diese, von einem Vorwort und einem Anhang gerahmte Studie, weist somit einen gewissen Grad an Mehrdeutigkeit auf. Der Eindruck entsteht, diese Monografie stelle Ambivalenz, Rätselhaftigkeit und Unausgewogenheit dar. Trotzdem beziehungsweise vielmehr deshalb wird Posers ‚Steckenpferd‘, das nach der Bedeutung von Spiel und Technik strebt, weitere Spielforscher\_innen auf den Plan rufen.

Aufregend wäre es, mehr zum Wert von Musizertechniken, Kreativitäts- sowie Erziehungsmethoden zu erfahren, um zu verstehen, welchen Bogen diese (zu einem gegebenen Zeitpunkt) zur Arbeitswelt

spann(t)en. Im Thema liegt also nach wie vor ein unschätzbares Innovationspotenzial begraben.

Darmstadt

Catarina Caetano da Rosa

### **Einen Menschen zu sehen hoffen**

*Didi-Huberman, Georges: Die Namenlosen zwischen Licht und Schatten, 295 S., Fink, München/Paderborn 2017 (franz. 2012).*

Georges Didi-Huberman ist Philosoph und Kunsthistoriker. An der *École des Hautes Études en Sciences Sociales* in Paris forscht er zu Verbindungen, die zwischen Bildern, Worten und Politik bestehen. Deutschen Leser\_innen ist Didi-Huberman durch sein Buch über „Die Erfindung der Hysterie“ 1997 bekannt geworden und 2007 über „Bilder trotz allem“, eine Studie zu vier Fotos vom Vernichtungsprozess in Auschwitz-Birkenau, die Häftlinge heimlich aufnehmen konnten. Didi-Huberman hat mehr als 30 Bücher zur Geschichte und Theorie des Bildes publiziert. Die enormen Kenntnisse, die damit in „Die Namenlosen zwischen Licht und Schatten“ einfließen, und sein sehr eigener Zugang zu visuellen Überlieferungen bieten immer wieder neue und überraschende Einsichten. Gleichzeitig machen die vielen Bezüge auf ganz unterschiedliche Denkrichtungen die Lektüre nicht einfach. Die Leser begegnen neben Theoretikern – wie Walter Benjamin, Hannah Arendt oder Jean-Luc Nancy –, Dichtern, Malern und Fotografen, die den „kleinen Leuten“ ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Mit Ausnahme des Epilogs über den Film „Der Namenlose“ des chinesischen Dokumentarfilmers Wang Bing – ein Meisterstück der analytischen Annäherung an ein Werk –, wurden alle Texte, teils auch in deutscher Sprache, bereits publiziert, für das vorliegende Buch jedoch von Markus Sedlaczek vollständig neu übersetzt.

Die Suche nach jenen „Namenlosen“, die der Buchtitel nennt, hält die Texte zusammen. Das französische Original heißt „Peuples exposés, peuples figurants“. Eine Übertragung von *peuples* in ein einziges deutsches Wort ist nicht möglich; der Übersetzer hat sich deshalb für eine zunächst weniger differenzierte Variante entschieden. Licht und Schatten im deutschen Titel stehen für ‚aussetzen/exponieren‘, ‚ausstellen‘, ‚zur Schau stellen‘ (*exposer*) und für ‚darstellen‘ (*figurer*) und auch für ‚Statisten‘, ‚Nebendarsteller‘ im Film (*figurants*). Diese Hinweise des Übersetzers zum Titel kündigen an, was die Lektüre im Fließtext und in den Fußnoten begleiten wird: Viele Wortbedeutungen des Französischen werden den deutschen Lesern in Fußnoten erläutert oder der französische Begriff wird der deutschen Übersetzung im Fließtext angehängt. Das Spiel mit Bedeutungen bleibt so deutlich, die präzise Arbeit des Übersetzers kann aber auch die Lektüre bremsen.

„Die Völker wie die Menschen aus dem einfachen Volk“ (S. 11) ins Licht zu setzen – also weder mittels Zensur oder durch Desinteresse im Schatten zu lassen noch als Objekte eines Spektakels, das nur stereotype Vorstellungen bedient, zu beleuchten – versteht der Autor als fundamentale Aufgabe des heutigen öffentlichen und politischen Lebens. Didi-Huberman sucht in der Kunstgeschichte nach Bildern der Namenlosen, genauer: nach solchen Bildern, die „ein Stück Menschlichkeit“ verwirklichen; was hier mit Arendt heißt, „Gesichter, Vielfältigkeiten, Verschiedenheiten, Zwischenräume“ sichtbar zu machen. „Bilder wie Worte“, so formuliert er die Haltung, die seine Analysen fundiert, „trägt man wie Waffen vor sich her, Bilder wie Worte werden gleichsam zu Schlachtfeldern. Dies zu erkennen, zu kritisieren und so genau wie möglich zu erkunden, darin besteht die höchste politische Verantwortung, die der Historiker, der Philosoph oder der Künstler

mit allen Risiken geduldig auf sich nehmen muss“ (S. 22).

Er beginnt mit Fotos von Philippe Bazin, die dieser als junger Arzt in einem Provinzkrankenhaus von sehr alten Menschen an der Schwelle des Todes aufgenommen hat, und von Neugeborenen, „an denen die Stigmata des Übergangs“ (S. 52) noch kleben. In genauen Analysen dessen, was der Fotograf zu sehen gibt, erläutert der Autor, inwiefern in Bazins Aufnahmen eine „Würde des Blicks“ erkennbar wird. Es folgt ein Gang durch die Geschichte des Gruppenporträts als Kunstgattung, beginnend mit der niederländischen Malerei und endend mit den zur Schau gestellten Aufständischen der Pariser Kommune, die Adolphe-Eugène Disderi 1871 aufgenommen hat. Diese Fotografie ermögliche, so Didi-Huberman, ihr Zusammensein-sein jenseits einer nachträglichen Zusammenfügung (zu einer substantziellen Einheit) zu denken, durch all „das, wovon uns der Rand der Särge, jene Rahmen innerhalb der rahmenden Bildeinstellung der Photographie der füsilierten Kommunarden, ein ebenso präzises wie erschütterndes Bild darbietet“ (S. 119). Didi-Hubermans Analysen gehen stets vom Bild aus: Er macht aufmerksam auf die Gesten der Figuren Goyas oder auf die Statisten im Film, die es nur im Plural gibt, „Menschen-Möbel, anonyme Passanten, vom Schatten verschluckte Silhouette[n], Fußvolk“ (S. 169). Filme von Sergej M. Eisenstein, Roberto Rossellini und vor allem Pier Paolo Pasolini zeigen ihm ihre Fähigkeit, „den Namenlosen wieder figurative Gestalt zu verleihen“ (S. 261).

Die „Namenlosen zwischen Licht und Schatten“ bietet keinen systematischen Gang durch ihre *visual history*. Didi-Hubermans Arbeit am Detail (kaum jedoch am historischen Kontext), eine gewisse Redundanz, mit der die leitende These vorgetragen wird, seine (Historiker\_innen gelegentlich spekulativ anmutende) Arbeit mit der historischen Ein-

bildungskraft, werden Leser\_innen früherer Bücher kennen. Wer bereit ist, sich auf ein Immer-wieder-neu-ansetzen, auf akribische Bildbeschreibungen und theoretisch voraussetzungsvolle Gedanken einzulassen, dem bietet Didi-Hubermans Buch viele Einsichten darin, wie wir sehen und Bilder interpretieren, welche Definitionen des Bildes unser Sehen und Interpretieren leiten und wie sich Bild und Sprache ins Verhältnis zueinander setzen lassen.

Frankfurt a. M.

Tobias ten Brink

### Tiere, Menschen und historische Quellen

Kugler, Lena/Steinbrecher, Aline/Wischer-mann, Clemens (Hrsg.): Tiere und Geschichte. Bd. II: Literarische und historische Quellen einer Animate History, 316 S., Steiner, Stuttgart 2017.

Was als Studienprojekt an der Universität Konstanz begann, nämlich Quellen für die Tiergeschichte zu finden und gemeinsam zu interpretieren, ist jetzt als zweiter Band in der Reihe „Tiere und Geschichte“ im Steiner Verlag erschienen. Genau wie im ersten Band werden hier die ‚klassischen‘ Kategorien der Geschichte beziehungsweise deren historiografische Zugänge abgeschritten, um zu zeigen, dass Tiere als integraler Bestandteil gesellschaftlicher Verhandlungen selbstverständlicher Gegenstand der historischen Betrachtung sein sollten. Die beiden Bände interagieren ferner insoweit miteinander, als dass die Quelleninterpretationen teilweise unter Bezugnahme der im ersten Band vorgenommenen historiografischen Einführungen stattfinden.

Wie auch im ersten Band ist der epochale Zuschnitt einer der frühneuzeitlichen, neuzeitlichen und zeithistorischen Perspektiven folgt. Anders als im ersten Band sind die insgesamt 50 Beiträge ausschließlich von Studierenden verfasst worden, wobei einige

der Autor\_innen mit gleich mehreren Quellenbeschreibungen vertreten sind. Anders ist auch, dass der Zugriff um eine dezidiert literaturhistorische Perspektive erweitert worden ist. Dieser interdisziplinäre Zugriff ist gewollt. Nicht nur waren die Seminare als gemeinsame Veranstaltungen zwischen Geschichtswissenschaft und Literaturwissenschaft konzipiert, auch wird im Sinne der neueren kulturhistorischen Ansätze so der „narrativen Fingiertheit auf der einen Seite und der materiellen Wirkmacht auf der anderen Seite“ (S. 14) nachgespürt. Dieser Topos durchzieht nahezu sämtliche Quelleninterpretationen, die der Vorstellung der Quellen jeweils nachgeordnet sind. Stets wird nach der *agency* der Tiere gefragt; danach, inwieweit Tiere Handlungs- und Wirkmacht entfalten. Bisweilen wirkt dies etwas holzschnittartig, die spezielle *agency* bestimmter Tiere nicht ausgearbeitet. Viel besser gelingt dies bei einem Gegenstand, der für die Tiergeschichte der letzten Jahre zunehmend wichtig wurde, nämlich der emotionshistorischen Einbettung. Auch merkt man stellenweise, trotz eines insgesamt gelungenen Lektorats, dass es sich eben um ungeübte Schreiber\_innen handelt. Andererseits sind einige Beiträge sehr gelungen, auch sprachlich. Dass dies vor allem auf die literaturgeschichtlichen Quellenbeschreibungen zutrifft, liegt wohl in der Natur der Sache. Auch unterscheiden sich die einzelnen Beiträge durchaus in der Interpretationstiefe, wobei mancher Beitrag auf dem vertieften Studium nicht nur der Sekundärliteratur, sondern auch auf einem ausführlichen und beeindruckenden Quellenstudium fußt. Die Einbettung in den aktuellen Forschungsdiskurs gelingt allen Beiträger\_innen gut.

Insgesamt ist der vorgelegte Band ein unerlässliches Buch für all jene, die die Tiergeschichte in ihre (universitäre) Lehre einbauen wollen, denen es aber vielleicht bisher an Inspiration gefehlt hat, welche Art von Quellen

dazu nutzbar gemacht werden könnten. Denn eines zeigt dieser Band deutlich: Tieren historisch auf den Grund gehen zu wollen, scheitert bei Weitem nicht an mangelndem Quellenmaterial. Aber auch für routiniertere Tierhistoriker\_innen ist der Band ein wirklicher Fundus, weil er nahezu die gesamte Bandbreite des zur Verfügung stehenden Quellenarsenals abdeckt. Darunter findet sich neben Reisebeschreibungen, Gesetzestexten, Briefen und Tagebucheinträgen auch bildliches Quellenmaterial, Prosa und Lyrik. Wie diese Quellen jeweils gelesen werden könnten, dafür liefert dieser Band hervorragende Beispiele.

So befasst sich der erste Abschnitt zu „Tieren und Geschlecht“ mit Geschlecht und Geschlechtlichkeit und bezieht dies sowohl auf Tiere als auch auf Menschen. Hier reicht die Bandbreite der Quellen von frühneuzeitlichen Gerichtsakten zur Sodomie über Goethes Ansichten zu Schoßhunden und Anleitungen aus dem späten 19. Jahrhundert, wie Pferde richtig zu paaren seien, zu den gutbürgerlichen Anweisungen, wie eben jene Geschöpfe von der Damenwelt angemessen zu bereiten wären. Der zweite Abschnitt zu „Tieren und Gesellschaft“ versammelt Beiträge, die vor allem der emotionalen Bedeutung von Tieren nachgehen. Für das Kapitel zu „Tieren und Imperium“ wurden unter anderem Adalbert von Chamisso Reiseberichte, Brehms „Tierleben“ und Fotografien aus Zoologischen Gärten einer kritischen Beleuchtung unterzogen. Die mediale Darstellung von Tieren, das vielleicht am besten erforschte Thema der Tiergeschichte, wird im nächsten Kapitel beispielsweise mit Hinblick auf Philipp von Zeses Darstellung eines Narwales als mythischer Figur illustriert. Ferner zeigen die Quellenauszüge literarischer Darstellungen, Rainer Maria Rilkes über den Hund Cavalier und Ernst Jüngers Science-Fiction Visionen von gläsernen Bienen sowie eine Werbung für Katzenfut-

terwerbung wie vielseitig sich „Tiere und Medien“ zeigen. Die Tiere, die in den Quellen im Kapitel „Tiere und Politik“ auftauchen sind ebenfalls wiederum literarische Tiere, Pfeffels „Tanzbär“ wird hier als Metapher für Aufklärungsdiskurse gelesen, versammelt aber vor allem verschiedene Quellen zum Thema Tierrechte. In „Tiere und Raum“ werden vor allem Quellen, die den Zugang von Tieren zu ebendiesen – häufig vergeblich – regulieren, bemüht. Die Quellen in „Tiere und Wirtschaft“ machen nun vor allem sogenannte Nutztiere, hier vor allem Kühe, zum Thema. „Tiere und Wissenschaft“ versammelt Quellen, die sich mit verschiedenen Aspekten der Naturkunde beschäftigen, literarisch aufgearbeitet etwa in E.T.A. Hoffmanns „Heimatochare“, didaktisch in der „Kleinen Menagerie“, einem Jugendkalender, und wissenschaftlich im noch vor-darwinischen „Seelenleben der Tiere“ von Eduard Wilhelm Posner.

Insgesamt ist den Herausgeber\_innen zu gratulieren. Jeder, der schon einmal ein ähnliches studentisches Projekt betreut hat, weiß, wie viel Arbeit in einem solchen Vorhaben steckt. Umso erfreulicher ist es, wenn dieses Projekt dann auch noch so gelungen ist.

Kassel

Mieke Roscher

## EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

### Rückkehr der Empfindsamkeit

*Dixon, Thomas: Weeping Britannia. Portrait of a Nation in Tears, 456 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.*

Dass Gefühle eine Geschichte haben, ist seit der Konjunktur der Emotionsgeschichte in den letzten beiden Jahrzehnten keine Überraschung mehr. Der ausgewiesene britische Historiker Thomas Dixon widmet sich in

seinem Buch „Weeping Britannia“ einem bislang wenig beachteten Thema, nämlich den Tränen, und zeigt, wie und warum sich innerhalb der letzten 600 Jahre in Großbritannien die emotionalen Regime bezüglich des Weinens veränderten. Ohne explizit zu den einzelnen Positionen und Ansätzen innerhalb der breiten methodischen Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der Emotionsgeschichte Stellung zu beziehen, formuliert er sein Anliegen, die „thoughts, feelings, and experiences of tearful men and women from all parts of the British Isles“ (S. 5) zu untersuchen.

Da ihn besonders die gesellschaftlichen Normen, moralischen Haltungen und wissenschaftlichen Ideen über das Weinen interessieren, legt er als Quellen Ego Dokumente sowie literarische Werke, journalistische Beiträge und wissenschaftliche Studien exemplarisch ausgewählter Personen zugrunde. Eine besondere Herausforderung stellt die Tatsache dar, dass Tränen mit ganz unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Gefühlen wie Trauer, Wut, Erleichterung oder Freude verbunden wurden und werden. Auf die von der aktuellen Forschung in diesem Zusammenhang diskutierten unterschiedlichen Theorien geht allerdings erst das Schlusskapitel ein. Dort wie auch im Verlauf des Textes betont Dixon wiederholt den engen Zusammenhang des Weinens mit Tod und Trauer (zum Beispiel S. 325). Umso erstaunlicher ist es, dass er das (offizielle) Gedenken an die beiden Weltkriege nicht in seine Untersuchung einbezieht. Es wäre aufschlussreich gewesen zu erfahren, ob beziehungsweise inwiefern Tränen bei den verschiedenen Erinnerungsformen gesellschaftlich akzeptiert waren oder ob auch hier die emotionale Norm galt, die Kriegsfolgen möglichst ohne Weinen zu ertragen und vor allem Selbstkontrolle zu üben.

Die Entstehung dieser mit dem Begriff der *stiff upper lip* charakterisierten Haltung,

nach der Weinen in der Öffentlichkeit als unerwünscht und unbritisch galt, ihre Blütezeit sowie ihr Niedergang stehen im Mittelpunkt des chronologisch gegliederten Hauptteils des Buches. Der Verfasser argumentiert, dass es sich bei dem etwa von etwa 1870 bis circa 1970 andauernden „age of the stiff upper lip“ (S. 5) um eine Ausnahme in der ansonsten durchaus tränenreichen britischen Geschichte gehandelt habe. Diese Traditionen seien jedoch in Vergessenheit geraten. Er beginnt im späten Mittelalter, wo Tränen als Teil der Frömmigkeit einen wichtigen und selbstverständlichen Platz im Alltagsleben einnahmen. Mit der Reformation setzten Veränderungen ein, die zu einer „reformation of tears“ (S. 34) führten. Das öffentliche Weinen über die Toten galt zunehmend als typisch katholisch, war somit nicht mehr erwünscht und verlagerte sich unter anderem in das Theater. In der Periode der Empfindsamkeit, insbesondere in den 1740er bis 1780er Jahren, erlebte die Wertschätzung von Tränen einen neuen Höhepunkt, was Dixon anhand von Romanen sowie öffentlicher Spektakel wie Hinrichtungen und am Beispiel der Erweckungsbewegung deutlich macht. Um 1800 setzte dann eine Transformationsphase ein, die zum einen mit Romantik und Pathos, etwa in den Werken von Charles Dickens, an die Empfindsamkeit anknüpfte und zum anderen das Weinen zunehmend nationalisierte, also als nationale Charaktereigenschaft verstand. Diese Entwicklung mündete dann um 1870 in das von militaristischer und imperialer Männlichkeit geprägten Jahrhundert der *stiff upper lip*, in dem Tränen mit emotionaler Instabilität sowie Unzivilisiertheit assoziiert und demnach anderen zugeschrieben wurden wie den Kolonisierten, den Iren oder den Deutschen. Der vorerst letzte Wendepunkt in der Geschichte der Tränen ereignete sich schließlich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, wo Weinen nunmehr als etwas Natürliches

galt, dessen Unterdrückung gerade auch für Männer schädlich war. In der Folge hielten Tränen so nachhaltig in die Politik, in den Sport und in das Fernsehen, beispielsweise Realityshows, Einzug, dass Kritiker von einer Zeit der *emotional incontinence* sprachen.

An dieser wie an weiteren Stellen macht der Verfasser deutlich, dass die von ihm geschilderten emotionalen Regime zwar zur jeweiligen Zeit als dominierend angesehen werden können, jedoch niemals unwidersprochen blieben und die britische Gesellschaft weder regional noch sozial einheitlich prägten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass für verschiedene Gruppen, Generationen und die Geschlechter je eigene emotionale Stile bestimmend waren. Zudem gingen, wie er anhand des „new man of the 1970s“ (S. 278) erläutert, mit Wandlungen im Gefühlsausdruck nicht automatisch Veränderungen der Machtverhältnisse, etwa zwischen den Geschlechtern, einher. Diese Komplexitäten deutet Dixon jedoch häufig nur an und führt sie nicht weiter aus, was dem langen Untersuchungszeitraum, aber auch der Art der Darstellung geschuldet ist.

Der essayistische Stil mit eingestreuten eigenen Erlebnissen macht den Band zu einer kurzweiligen Lektüre, verfolgt den Argumentationsgang aber nicht immer stringent. Denn die insgesamt 20 Kapitel sind eher assoziativ aneinandergereihte Miniaturen, die Schlaglichter auf einzelne Facetten des Themas werfen und deren Abgrenzung voneinander nicht durchgängig deutlich wird. Insgesamt legt Thomas Dixon eine überzeugende Studie vor und unterstreicht das innovative Potenzial sowie den Erkenntnisgewinn einer Geschichte des Weinens vom 14. bis zum 20. Jahrhundert.

Gießen

Sylvia Kesper-Biermann

## Über einige Studentenrevolte

*Dhondt, Pieter/Boran, Elizabethanne: Student Revolt, City, and Society in Europe. From the Middle Ages to the Present, 436 S., Routledge, London/New York 2017.*

Es liegt noch kein Handbuch der europäischen Studentengeschichte vor, weder über eine begrenzte Periode noch zu einem besonderen Land. Dieser von Pieter Dhondt, Professor für Geschichte an der University of Eastern Finland, und Elizabethanne Boran, Bibliothekarin an der Dubliner Edward Worth Library, herausgegebene Sammelband versucht daher, einen geschichtlichen Überblick studentischer Bewegungen verschiedener Arten vom Mittelalter bis zu den 1970er Jahren in Europa zu geben. Das Buch besteht aus 25 Kapiteln, die in vier Hauptteile gegliedert sind, die jeweils von einer kurzen Einleitung eingeführt werden. Dhondt und Laura Kolbe, Professorin für europäische Geschichte an der Universität Helsinki, haben die allgemeine Einleitung verfasst. Sie betonen die Vielfalt der Themen und Fragen, die in dem Buch behandelt werden, die verschiedenen Perspektiven und Untersuchungsobjekte (kollektives Handeln, besondere Forderungen, Symbole und Rituale), die von den Autor\_innen erforscht wurden. Im Zentrum des Interesses liegt das Konzept der „Identität“, das in den verschiedenen Kapiteln unterschiedlich verstanden und verwendet wird – so wird von studentischer, gemeinsamer, Gruppen-, Gemeinschafts-, Generationsidentität gesprochen.

In den Aufsätzen eines jeden Teils wird jeweils ein besonderer Aspekt stärker betont, der nichtsdestoweniger auch in anderen Kapiteln zu finden ist: Praktiken der protestierenden Studenten (Teil 1) und ihre politischen Ideen (3), die Stellung der Studenten in der Gesellschaft (2) und ihr Platz in der Stadt (4). Dazu sind im Großen und Ganzen die Untersuchungsobjekte (das heißt vor allem die



Protestpraktiken der Studenten) und -kontexte (die Proteste fanden meistens innerhalb der Universitätsstadt statt) vieler Autor\_innen ähnlich: Demonstrationen, Streik, Eingaben, gewalttätige Aktionen, Versammlungen, Vereinswesen.

Die verschiedenen Länder und Epochen sind sehr ungleich vertreten: Frankreich und Italien sind die meistuntersuchten Länder (jeweils fünf Aufsätze), dann folgen Rumänien (drei Aufsätze), Belgien, die Niederlande und England (jeweils zwei). Es gibt nur jeweils einen Aufsatz zu Deutschland, Österreich, Finnland, Serbien, Russland und den skandinavischen Ländern. Es gibt nur drei Aufsätze über das Mittelalter und zwei über die Frühe Neuzeit, dagegen vier über das 19. Jahrhundert (bis 1914), vier für die Zeit vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg und dagegen acht für die verhältnismäßig kurze Zeit von 1945 bis circa 1980. Europäische Historiker\_innen haben schon seit langer Zeit – eigentlich seit den Ereignissen der „68er“ – diese Studentenbewegungen erforscht. Der Beitrag mancher Aufsätze ist es, weniger bekannte Beispiele wie Skandinavien anstelle von Paris, Berlin oder Berkeley zu untersuchen, (Fredrik W. Thue und andere).

Im Allgemeinen sind einige der behandelten Themen heute schon sehr bekannt und bieten bereits eine reiche Literatur: Die Studentenproteste im Mittelalter, besonders in Frankreich (Lyse Roy, Hilde de Ridder-Symoens), im Heiligen Römischen Reich des 18. Jahrhunderts (Steffen Hölischer über die Studentenauszüge) oder eben von Mai 1968 in Paris (Jean Philippe Legois/Alain Monchablon). Andere Themen wurden zwar ebenfalls schon erforscht, aber bisher lagen Veröffentlichungen nur in den jeweiligen Muttersprachen der Autor\_innen vor. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer Forschungen in englischer Sprache ist also zu begrüßen (zum Beispiel die Aufsätze von Elisa Signori und Valentina Colombi zu den

italienischen Studenten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder von Pierre Moulinier über die Demonstrationen Pariser Medizinstudenten 1907/08). Weniger bekannte Themen werden aber auch dargestellt, wie beispielsweise die Strategien der jüdischen Studenten in Frankreich gegen den Antisemitismus der 1930er Jahre (Laurence Prempain), die (bewaffneten) Studentenproteste in der niederländischen Republik gegen Ende des 18. Jahrhunderts (Leen Dorsman) oder der Streik der Studenten von Iași in Rumänien 1880 und der Einfluss des Sozialismus unter ihnen (Leonidas Rados und Dhondt). Seit den „68ern“ werden Studentenproteste oft mit Linksideologie verbunden. Wie Dhondt und Kolbe schon in der Einleitung erwähnen, war dies nicht immer und überall der Fall. Rechte, ausländerfeindliche und/oder antisemitische Studentenbewegungen waren ebenfalls zu finden (siehe die Aufsätze von Moulinier, Ana-Maria Stan, Prempain).

Wegen der Länge der betrachteten Zeitspanne und der Vielfalt der untersuchten Ereignisse und Phänomenen bilden die unterschiedlichen Kapitel nur sehr spezialisierte Einzelstudien beziehungsweise Fallbeispiele, die trotz der zum Teil gemeinsamen Untersuchungsgegenstände nicht oder nur sehr wenig untereinander verbunden werden können. Wer das Zielpublikum des Sammelbands darstellen soll, ist deswegen fragwürdig. Weder die Einleitungen, noch das Konzept von „Identität“ können eine Verallgemeinerung der studierten Vorfälle ermöglichen. In der Tat versuchen Dhondt und Kolbe sowie die Autor\_innen der vier Teileinleitungen kaum, allgemeinere Thesen oder Hypothesen anhand der versammelten Studien zu bilden und bleiben meistens auf einer beschreibenden Ebene. Dies ist zum großen Teil dadurch zu erklären, dass das Konzept der (studentischen) Identität nie definiert oder infrage gestellt wird. Es wird im Gegenteil ständig auf zum Teil sehr ver-

schiedenen Ebenen verwendet. Das Gleiche gilt für den Ausdruck „town und gown“, das heißt die städtischen Einwohner auf der einen und die Studierenden und Professoren auf der anderen Seite sowie ihre gegenseitigen Verhältnisse. Das führt dazu, dass er von den Autor\_innen sehr unterschiedlich verstanden und manchmal nur sehr allgemein gemeint ist. Auch ist zu bedauern, dass in keinem der Beiträge eine vergleichende oder transnationale Perspektive gewählt wurde.

Trotz der wissenschaftlichen Qualität und des hohen historischen Interesses vieler einzelner Beiträge, leidet der Sammelband unter der Entscheidung der Herausgeber (die in der Einleitung hervorgehoben wird), Aufsätze zu so vielen unterschiedlichen Zeiten, Ländern, Ereignissen und Objekten zu versammeln.

Paris/Heidelberg

Antonin Dubois

### Asymmetrische Beziehungen

Haug, Tilman/Weber, Nadir/Windler, Christian (Hrsg.): Protegierte und Protektoren. Asymmetrische politische Beziehungen zwischen Partnerschaft und Dominanz (16. bis frühes 20. Jahrhundert), 528 S., Böhlau, Köln u.a. 2016.

Der völkerrechtliche Begriff der Souveränität impliziert Gleichheit zwischen Herrschern oder Staaten unabhängig von politischer, militärischer und ökonomischer Größe. Dass eine solche Fiktion von zwischenstaatlichem Gleichgewicht und Unabhängigkeit den historischen Realitäten nicht gerecht wird, liegt auf der Hand. In der frühneuzeitlichen Fürstengesellschaft eröffnete der Begriff der Protektion die Möglichkeit, Verstöße gegen Souveränitätsrechte wie Interventionen oder Formen asymmetrischen politischer Beziehungen und die damit verbundenen Abhängigkeiten zu erklären und letztendlich zu legitimieren. Von dieser Beobachtung

ausgehend untersucht der zu besprechende Sammelband Formen frühneuzeitlicher Protektion, wobei der Fokus nicht allein auf den Außenbeziehungen liegt, sondern auch Protektoren und Protegierte innerhalb eines Herrschaftsverbands untersucht werden. Herrschaftlicher Schutz sowohl nach Außen als auch nach Innen bewegte sich zwischen den Polen eines persönlichen Gnadenakts des Protektors und dem Rechtsanspruch der Protegierten. Daher stehen die Fragen nach Wirksamkeit und Freiwilligkeit von Protektion im Zentrum des Erkenntnisinteresses des Bandes. Wer profitierte von Protektion und an welchen Traditionen knüpften die Beteiligten an? Ist frühneuzeitliche Protektion als eine Vorform des Protektorats- oder gar Mandatsprinzips zu verstehen? Folgte sie derselben Logik, mit der heute humanitäre Interventionen und die sogenannte *responsibility to protect* gerechtfertigt werden?

In insgesamt 29 Beiträgen werden konzeptionelle Überlegungen zur frühneuzeitlichen Protektion, vor allem aber Fallstudien zu Varianten des Phänomens vorgestellt. Der Einleitung der vier Herausgeber, in der die Fragen nach Ungleichheit und Rechtsanspruch auch in Hinblick auf den Prozess der Entpersonalisierung thematisiert werden, folgen sechs thematische Kapitel, an deren Ende jeweils ein Kommentar steht.

Wolfgang E. J. Weber, Anuschka Tischer und Hillard von Thiessen untersuchen „Semantiken des Protektionsbegriffs“ als Begriffs- oder Ideengeschichte von Herrschaft und Verantwortung, in der französischen Vertragssprache sowie – am Beispiel der Außenbeziehungen Savoyens – in Verträgen des italienischen Fürstentums des 17. Jahrhunderts. Dabei erweist sich der Protektionsbegriff, wie Claire Gantet in ihrem Kommentar hervorhebt, als „eine Art Zwitter in der politischen Sprache der Frühen Neuzeit“ (S. 83), der zwischen Sicherheit und

Risiko changierte. Galt Protektion in der französischen Außenpolitik als Gegenbegriff zur habsburgischen Universalmonarchie, so legitimierte Protektion gleichzeitig Kriege im Interesse der französischen Krone. Seit dem Westfälischen Frieden berief sich die französische Außenpolitik allerdings zunehmend auf ihren Status als vertragliche vereinbarte Garantiemacht und ersetzten dadurch die Protektionsemantik.

Die Beiträge des zweiten Kapitels „Ungleiche Außenbeziehungen“ ergänzen diese Beobachtungen durch Fallstudien zur Republik Genua (Matthias Schnettger), zum Schutz der Reichsstände nach 1648 (Tilman Haug), zum Verhältnis katholischer Orte in der Schweizer Eidgenossenschaft zur französischen Krone (Andreas Affolter) sowie der Republik Genf zur französischen Außenpolitik (Fabrice Brandli). Allen Beiträgen ist dabei gemein, dass sie Protektion als einen Aushandlungsprozess verstehen, der nicht nur für die Beschützer, sondern auch für die Beschützten von Vorteil sein musste.

Da sich die unterschiedlichen Formen der Protektion einer Definition oder Typologie entziehen, lässt sich alternativ nach der Legitimation von Protektion fragen, um sich diesem frühneuzeitlichen Schlüsselbegriff anzunähern. Stellt der Schutz von Glaubensbrüdern als Motivation protektionistischer Praktiken ein wesentliches Merkmal frühneuzeitlicher Protektion dar? Gabriele Haug-Moritz, Fabrice Micallef, Christoph Kampmann und Marc Belissa (mit einem abschließenden Kommentar von Heinrich R. Schmidt) untersuchen im dritten Kapitel die Frage, ob der Schutz fremder Glaubensverwandter nicht nur eine charakteristische Legitimation von (oder sogar Motivation für) Protektion war, sondern inwieweit eine solche Praxis in der modernen Terminologie der humanitären Intervention beschrieben werden kann. Überzeugend wird darge-

legt, dass sich Europa zwar als christlich fundierte, zur Notwehr verpflichtete fürstliche Wertegemeinschaft stilisieren konnte, dass der Gebrauch religiös-konfessioneller Argumente aber selektiv war und in den diplomatischen Verhandlungen – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle spielte. Die Vorstellung eines Schutzes von Glaubens- oder Konfessionsbrüdern diente vielmehr der Legitimation der Maßnahmen in einer an Bedeutung gewinnenden politischen Öffentlichkeit. Allerdings ordnete sich diese öffentliche Rechtfertigung von Politik, wie Christoph Kampmann überzeugend darlegt, in eine ältere Tradition der Herrscher-Kritik ein. Anders als bei der *responsibility to protect* des modernen Völkerrechts war nicht die humanitäre Katastrophe als Ereignis, sondern der prinzipielle Charakter zur Willkürherrschaft die Rechtfertigung für eine militärische Intervention.

Weber hatte in seinen begriffsgeschichtlichen Überlegungen am Anfang des Bandes darauf verwiesen, dass „Schutz- oder Sicherheitsleistung [im 17. Jahrhundert, TR] zur zentralen Legitimationsprämisse des vertraglich gestifteten absoluten Staates“ (S. 45) heranwachsen. In diese Überlegung fügt sich der Perspektivwechsel des vierten Kapitels ein, das nach „Protektion als Herrschaftsleistung“ nach innen fragt. Birgit Emich erweitert das Spektrum der diskutierten Abhängigkeiten durch einen Beitrag zum kirchlichen Patronat. Kirchenrechtlich fixiertes Patronat stellte, anders als Patronage, fixiertes Recht dar. Dabei erscheint bemerkenswert, dass Patronage trotz (oder wegen) eines nachweislichen „Amtscharakter“ eine stark asymmetrische Ausrichtung besaß. Anders als in der Gabenlogik besaß der Patron keinen Anspruch auf Gegenleistung. Die Stärke dieses Kapitels liegt vor allem darin, Protektion nicht als bilaterale Beziehung, sondern als komplexes Netzwerk zu denken. Für Laurence

Fontaine existierte am Hofe Ludwigs XIV. ein Protektionsmarkt, in dem sich frühneuezeitlicher Lobbyismus nachweisen lässt. Ähnlich argumentiert Andreas Würzler, der frühneuezeitliche Suppliken auf ihren reziproken Charakter untersucht und dabei auf die erstaunliche Erfolgsquote der Bittsteller verschiedenster Couleur verweisen kann. Horst Carl beschreibt die militärische Okkupation als zugespitzte und temporal beschränkte Form der Herrschaft, wobei dem Gewaltmonopol der Besatzer die individuelle Verantwortung für Ruhe und Ordnung entgegenstand. Wie Carl am Beispiel der „Salvaguardia“ demonstriert, bewegte sich der Schutz einzelner (zumeist solventer) Klienten zwischen diesen Extremen. Auch Nadir Webers Diskussion der außenpolitischen Strategien hebt die Mehrdimensionalität des Phänomens anhand der Strategie des Fürstentums Neuchâtel hervor, das in Personalunion mit dem Königreich Preußen als kompositen Staat nach multiplen Protektionsverhältnissen suchte.

Im fünften Kapitel „Protektion in fremden Rechtsräumen“ stehen Verbindlichkeit und Reichweite von Protektion im Mittelpunkt, wobei deutlich wird, dass viele rechtliche Werkzeuge einen Aushandlungscharakter besaßen. Hinter der Auseinandersetzung um das Geleitrecht auf der Unterweser verbarg sich, wie Luca Scholz zeigt, der Streit um die Kontrolle der Schifffahrt. Hanna Sonkajärvis Beitrag zur Protektion der Basken in den Nachbarprovinzen und (weit darüber hinaus) im atlantischen Raum analysiert, wie vonseiten der „Juntas y regimientos de Vizcay“ auch auf (große) Distanz Handelsprivilegien und Rechtsstatus garantiert wurden. Die Vielfalt und Heterogenität konsularischer Vertretungen in italienischen Hafenstädten rekonstruieren Guillaume Calafat und Roberto Zaugg. Auch in diesem Kapitel gibt es einen gemeinsamen Nenner, den Christian Windler in seinem Kommentar hervorhebt:

Fremdheit sollte nicht als Dichotomie gedacht werden, die Durchlässigkeit der Grenzen und die unterschiedlich gestuften Integrationsmöglichkeiten vor Ort nicht unterschätzt werden.

Das letzte Kapitel „Protektion und Protektorate im langen 19. Jahrhundert“ verweist auf den neuen Charakter, den zwischenstaatliche Beziehungen im internationalen Recht erhielten. Tanja Bühners Überlegungen zur Autonomie des Nizams von Hyderabad und Wolfgang Egners Schilderung der Genese des völkerrechtlichen Protektorbegriffs blicken über die Grenzen Europas hinaus und diskutieren Protektion als Status „unter der Schwelle der Annexion“, wie Jörn Leonhard es formuliert. Ob der Begriff „Protektion“ in diesem Zusammenhang noch analytisch hilft, erscheint fragwürdig. Die Forschung zum Imperialismus bedient sich der „informellen Herrschaft“ als gängige Terminologie oder verweist, wie Egner, auf die neue Begrifflichkeit des „Protektorats“ im Völkerrecht. Solche Vorbehalte können auch für Alexander Keeses Beitrag über das Barotseland in Zentralafrika angeführt werden. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelt sich im Völkerrecht eine enorme Dynamik, durch die neben den traditionellen Kategorien von Souveränität und Handlungsfähigkeit von Völkerrechtssubjekten neue, hierarchisierende Konzepte traten.

Trotz dieser Einschränkung sollte bilanzierend festgehalten werden, dass der Band das frühneuezeitliche Phänomen der Protektion multiperspektivisch und mit originellem Blick diskutiert. Die unterschiedlichen Facetten und Ausformungen frühneuezeitlicher Protektionsverhältnisse führen, wie André Holenstein es in seinem Kommentar zum zweiten Kapitel anführt, zu einer begrifflichen „Unbestimmtheit“, die sich aus der spezifischen „Relationalität von Akteuren“ ergab, doch die bei aller angebrachten Skepsis als praxeologische Überprüfung beziehungswei-

se Problematisierung des Protektionsbegriffs überzeugt.

Frankfurt a. M.

Torsten Riotte

### Das Meer als Projektionsraum

*Adamowsky, Natascha*: Ozeanische Wunder. Entdeckung und Eroberung des Meeres in der Moderne, 398 S., Fink, München/Paderborn 2017.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sei die Welt ‚meeresverrückt‘ gewesen, schreibt die Verfasserin dieses bemerkenswerten Buches. Ob ein solcher Befund auf die ganze Welt zutrifft, sei dahingestellt, aber auf die europäische Welt trifft er sicher zu. Das Meer, dessen systematische Erforschung einige Jahrzehnte zuvor begonnen hatte, diente vielen als Projektionsfläche eigener Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen. Man denke in diesem Zusammenhang an Künstler wie Paul Gauguin oder Emil Nolde, die in der Südsee das verlorene Paradies wiederzufinden hofften, oder auch an segelverrückte Monarchen, Adlige und Großbürger, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts den Regattasport etablierten. Der Bädertourismus erlebte im 19. Jahrhundert eine erste Blütezeit, mit ihr entstand eine völlig neue Tourisuskultur mitsamt entsprechend ausgerichteter Architektur. Wilhelm II. und Alfred von Tirpitz ließen eine komplette Hochseeflotte bauen und wollten mit ihr Deutschland Weltgeltung verschaffen – darin von einem Großteil der deutschen Bevölkerung unterstützt, die ihre Kinder gerne zu festlichen Anlässen maritim kleideten. Sie und andere verkörperten den Navalismus als eine Spielart des Imperialismus zur See. Auch sie trugen dazu bei, dass das Meer heute immer noch die Menschen fasziniert, vielleicht sogar mehr als früher. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der Massen-

tourismus an und auf dem Meer mit seinen bunkerartigen Bettenburgen an den Küsten und ganzen Flotten von Kreuzfahrtschiffen in den Häfen, einschließlich der damit verbundenen ökologischen Probleme.

Dieses Buch ist als eine kultur- und wissenschaftsgeschichtliche Annäherung des Menschen an das Meer angelegt. Es will zeigen, wie die Menschen das Meer im Laufe der Zeit gefürchtet und bewundert haben – und auch heute noch bewundern. Ausgehend von Max Webers Diktum von der „Entzauberung der Welt“ möchte die Verfasserin am Beispiel der Wahrnehmung des Meeres zeigen, dass das sich Wundern keinesfalls Ausdruck von Nicht-Wissen ist, sondern im Gegenteil als ein fester Bestandteil menschlicher Existenz begriffen werden sollte. Dieses Buch will seine Leserinnen und Leser folglich dazu einladen, das Meer als etwas „Wunderbares“ wahrzunehmen, allerdings nicht im mythisch-vormodernen Sinne, sondern in der Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Errungenschaften der Moderne.

Die Verfasserin geht davon aus, dass die Moderne von einem neuen Wundertypus geprägt sei, der anders als in der Vormoderne keine kartografischen „Ränder“ besitze – das Ende der Welt sei im ausgehenden 18. Jahrhundert weitgehend im Blick der Menschen gewesen; was fehlte, war die „vertikale Wunderdimension“, also die des Luftraums und der Tiefen der Ozeane. Da die Verfasserin bereits eine entsprechende Studie über die Eroberung des Luftraums vorgelegt hatte, waren die „Ozeanischen Wunder“ nur mehr konsequent.

Ihr Zugang ist dreigeteilt: Nach einer kurzen Einführung in ihre Begrifflichkeit aus den Bereichen Wunder, deren Dimensionen und ihren Medien bietet sie eine Skizze der Wahrnehmung des Meeres durch den Menschen. Dabei folgt Adamowsky einem Dreischritt, in dem das 18. Jahrhundert gewissermaßen den Wendepunkt von einem bloß ‚bewun-

dernten' beziehungsweise gefürchteten Meer hin zu dessen immer systematischeren Erforschung im 19. und 20. Jahrhundert darstellt. Das sich Wundern der Menschen erscheint dabei als die Triebkraft hinter der Erforschung, unabhängig davon, welche Erkenntnisse, Fähigkeiten und Möglichkeiten die Menschen dabei erwerben. Aber: Auch wenn die fortgeschrittene Technik es möglich macht, weit in die Tiefen des Meeres vorzudringen und dabei gewissermaßen eine völlig neue, nämlich die Unterwasserwelt in Augenschein zu nehmen, bleibt das Meer weiterhin rätsel- und damit zugleich auch zauberhaft.

Wer nach einem Buch sucht, in dem es um eine systematisch angelegte Geschichte der Meeresforschung geht, sollte dieses Werk gar nicht erst in die Hand nehmen, denn dazu sind die entsprechenden Ausführungen zu impressionistisch. Außerdem geht es keineswegs nur um Forschungsfragen. Das Meer wird als „diskursives Konzept“ vorgestellt – unter Verweis auf Jules Verne, Victor Hugo und andere, ebenso als „ästhetisches Ereignis“ – in Form des Aquariums, aber auch als „submarine Vision“ von Tiefseetauchern und Unterwasserfilmern. Wer jedoch einfach ein ‚schönes Buch‘ über das Meer beziehungsweise dessen Wahrnehmung durch Menschen sucht und keine Angst davor hat, am Ende in Bezug auf das Meer verwirrt zu sein als zuvor, wird dieses Werk mit Gewinn zur Hand nehmen. Dazu tragen auch die zahlreichen, sorgfältig ausgesuchten Abbildungen bei, ebenso die sorgfältige Gestaltung des Buches. Die Lektüre ähnelt gewissermaßen Tiefseetauchgängen: Man erkennt durch Scheinwerfer ausgeleuchtete begrenzte Räume, erahnt bestimmte Zusammenhänge, weiß am Ende aber eigentlich nur, dass man jedenfalls über das Meer kaum etwas weiß.

Köln

Jürgen Elvert

## Hobbes statt Beck: Eine neue Risikogeschichte

*Crook, Tom/Esbester, Mike (Hrsg.): Governing Risks in Modern Britain. Danger, Safety and Accidents, c. 1800–2000, 315 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2016.*

Ohne den deutschen Soziologen geht es noch nicht: Auch in diesem Band zur Risikogeschichte im modernen Großbritannien des 19. und 20. Jahrhunderts arbeiten sich die Autorinnen und Autoren vielfach an Ulrich Beck und seiner Konzeption einer Risikogesellschaft ab. Und sie tun dies zurecht, denn präziser als dies in der Vergangenheit oft geschehen ist, weisen die von den Herausgebern Tom Crook und Mike Esbester versammelten Autorinnen und Autoren in ihren Fallstudien nach, wie korrekturbedürftig das immer noch verbreitete Bild ist, das Beck von der Neuzeit gezeichnet hat. So zeigt beispielsweise Francis Dodsworth in einem Beitrag über „Risk, Prevention and Policing, c. 1750–1850“, dass in der englischen Polizei schon im 18. Jahrhundert ein modernes, an Risikobewertungen orientiertes Verhalten zu beobachten gewesen sei: Nicht um Verfolgung und Kontrolle sei es in erster Linie gegangen, sondern auch schon darum, Informationen über mögliche Kriminalitätsrisiken zu sammeln und damit zukunftsorientiert zu handeln – also präventiv zu handeln, anstatt nur auf bereits verübte Verbrechen zu reagieren. Ebenso kann Ryan Vieira in seinem Beitrag über die Berichterstattung über Unfälle in London in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zeigen, dass sich schon in dieser Zeit die Wahrnehmung von Unfällen wandelte und zu einem Kristallisationspunkt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen in einem Zeitalter wurde, in dem ein aufstrebendes Bürgertum etablierte Eliten zunehmend in Bedrängnis brachte.

Keinesfalls bedeuten solche Korrekturen an soziologischen Konzeptionen, dass die hier versammelten Historikerinnen und Historiker die historische Dynamik und Paradigmenwechsel in einer Geschichte der Risiken ausblenden. So verweist Bill Luckin in seinem quellennahen Aufsatz über alkoholisiertes Fahren im Großbritannien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts auf den epochalen Einschnitt hin, den seines Erachtens die Nutzung des Automobils im Straßenverkehr bedeutete und der zu einer kritischen Neubewertung alkoholisierten Fahrens geführt habe. Auch Chris Otter hebt in seinem Text „Artificial Britain“ den dramatischen Wandel für die Produktion und Wahrnehmung von Risiken hervor, den der Übergang zur industriellen Moderne des 19. Jahrhunderts bedeutet habe. Gerade dies ist eigentlich ein Thema, das typischer für die klassische Überlegungen zur „Risikogesellschaft“ nicht sein könnte – nur dass Otter mit Hilfe seiner Überlegungen über die Bedeutung dieser veränderten Materialität der Umwelt die typischen Annahmen etwa über die soziale und regionale Grenzenlosigkeit von Risiken in die Schranken weist.

Der Reiz des Bandes geht aber deutlich darüber hinaus, dass einige soziologische Grundannahmen über die Bedeutung von Risiken in der Moderne infrage gestellt oder präzisiert werden. Vielmehr deutet sich in dem Band auch an, in welche Richtungen sich Forschungen zur Risikogesellschaft in den kommenden Jahren entwickeln könnten und vielleicht auch sollten. Neben dem auf diesem Gebiet vor allem in Großbritannien bereits fest etablierten Gebiet der sozialhistorisch arbeitenden Medizingeschichte ist dies eine neue Geschichte moderner Staatlichkeit. Eine Beschäftigung mit Risiken und ihrer Wahrnehmung kann hier neue Erklärungen und Lesarten anbieten. Danach ist der entstehende Staat nicht zuletzt als

eine Reaktion auf veränderte Erwartungshaltungen in der Bevölkerung im Hinblick auf Risiken und Gefahren zu verstehen – und somit möglicherweise als ein Versuch, Herrschaft durch Ausweitung der Zuständigkeit zu legitimieren. Dazu passt, dass sich ein Autorenkollektiv von Arwen Mohun, Thomas Le Roux, Tom Crook und Mike Esbester in einem gedankenreichen Fazit des Bandes mit Thomas Hobbes und seiner Staatskonzeption um die gesellschaftliche Forderung nach Sicherheit auseinandersetzt und die Entstehung des Wohlfahrtsstaats in einen Zusammenhang mit der Risikogesellschaft stellt. Tatsächlich bietet der Band gerade für solche Überlegungen einige Hinweise, etwa wenn seine Autoren über die vielfältigen Versuche berichten, wie staatliche Akteure insbesondere Alltagsrisiken einzudämmen versuchen. So beschreibt Crook, wie die Einführung eines modernen Abwasser- und Sanitärsystems zu Debatten über die Gefährdung der Stadtbewohner mit vermeintlich giftigen Dämpfen führte. Der besondere Charme eines derartigen Ansatzes besteht darin, dass er die Perspektive der in den vergangenen Jahren so dominant betriebenen Expertengeschichte umkehrt und die Alltags- und Sozialgeschichte nutzbar macht: Nicht nur Sozialingenieure formten die moderne Gesellschaft, sondern sie taten dies wie in einem System kommunizierender Röhren als Reaktionen auf veränderte materielle Bedingungen und Erwartungshaltungen in der Bevölkerung. Oft waren dabei allerdings, wie Crooks Beitrag zeigt, die Handlungsmöglichkeiten von der Klassenlage abhängig: Relevant wurde das von ihm beschriebene Problem nämlich erst dadurch, dass bürgerliche Schichten von dem unangenehmen Kloakengestank in ihrem trauten Heim gestört wurden.

*Freiburg i. Br./Norden*

*Peter Itzen*

## Kriminalitätshistorische Mikrostudien

*Nash, David/Kilday, Anne-Marie (Hrsg.): Law, Crime and Deviance Since 1700. Micro-Studies in the History of Crime, 344 S., Bloomsbury, London/New York 2016.*

Die historische Kriminalitätsforschung bewegt sich methodisch zwischen den beiden Polen quantitativ vorgehender Makrountersuchungen und der mikrohistorischen Analyse und dichten Beschreibung einzelner Fälle. Letztere manifestiert sich eher in Monografien und wird selten in Sammelbänden thematisiert.

Insofern ist der vorliegende Band mit 13 mikrohistorischen Fallstudien ausgewiesener Autoren zur Geschichte von Kriminalität und Strafjustiz sehr zu begrüßen. Räumliche und zeitliche Bandbreite sind allerdings weitgehend auf England und das 19. bis 20. Jahrhundert begrenzt; nur zwei Beiträge reichen in die Frühe Neuzeit zurück und zwei weitere beschäftigten sich mit Frankreich und den Vereinigten Staaten. Unter Heranziehung der einschlägigen internationalen Forschungsliteratur (deutschsprachige Beiträge werden jedoch kaum zur Kenntnis genommen) entfalten Einleitung und einzelne Beiträge ausführlich und problembewusst den zugrunde liegenden, methodisch arrivierten mikrohistorischen Ansatz. Im Hinblick auf mögliche Erträge und Leistungsfähigkeit – Rekonstruktion individueller Fallgeschichten, alltäglicher Lebenswelten auch der unteren sozialen Schichten sowie einzelner Praktiken und Funktionsweisen der Strafjustiz – wirkt das gelegentlich etwas redundant, stellt aber sicher, dass die konkreten Vorgehensweisen der Einzelbeiträge gut in das Gesamtkonzept eingebettet sind. Zudem ist der Band durch eine Gesamtbibliografie der in den Beiträgen verwendeten Quellen und Literatur und einen Index vorzüglich erschlossen.

Die Beiträge sind in vier eher locker konzipierten, allgemeinen Sektionen zu-

sammengefasst: Unter „Criminality, State and Society“ finden sich vier Mikrostudien zu einem frühneuzeitlichen Blasphemiefall, der mit einer Hinrichtung endete (England 1696/97), „Finanzverbrechen“ beziehungsweise Wirtschaftskriminalität der Elite in England um die Mitte des 19. Jahrhunderts, einer wegen Prostitution und Verbreitung von Geschlechtskrankheiten verfolgten Frau (England zweite Hälfte 19. Jahrhunderts) und einem kriminellen Gaunerpärchen (Deserteur und Stripperin) im England des Zweiten Weltkrieges. Die Sektion „Violence and the Violent“ präsentiert zwei Mikrostudien gewalttätiger Frauen: eine Französin, die 1906 eine Säureattacke auf ihren englischen Liebhaber verübte und damit ein klassisches „crime of passion“ beging, und eine Dienstherrin, die ihre Dienstherrin zerstückelte und als autonom handelnde Mörderin zur Mediensensation wurde. Drei weitere Fallstudien behandeln unter „Police and Policing“ die mediale Repräsentation der ersten englischen auch investigativ tätigen Polizeieinheit, der Bow Street Runners, zwischen 1748/49 und 1839, die Karriere eines devianten Pariser Polizeikommissars Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive der gegen ihn gerichteten Beschwerden und Disziplinarverfahren sowie das Vorgehen der „Bobbies“ gegen Sittlichkeitsdelikte (illegaler Alkoholkonsum und Glücksspiel) im Viktorianischen London. Die vierte Sektion vereint „Gefängnisgeschichten“: die Rekonstruktion der Strafvollzugspraxis anhand der „kriminellen Karriere“ einer jungen Engländerin, die zwischen 1853 und 1887 zu zahlreichen Haftstrafen verurteilt wurde; die Biografien zweier devianter jugendlicher Straftäter beziehungsweise Brüder aus der Unterschicht, die Mitte des 19. Jahrhunderts in englischen Haft- und Besserungsanstalten diszipliniert werden sollten; Strafpraxis, Haftbedingungen und Alltag in „prison camps“ und „chain gangs“ in den USA in der ersten



Hälfte des 20. Jahrhunderts anhand sechs exemplarischer Fälle und die Tätigkeit eines sich auch publizistisch betätigenden englischen Gefängnispfarrers um die Mitte des 19. Jahrhunderts, die einen exemplarischen Einblick in den angloamerikanischen Strafvollzug geben.

Konkret manifestiert sich die mikrohistorische Methodik folglich in der Analyse einzelner Kriminalfälle oder der Biografien beziehungsweise Karrieren individueller Akteure – vor allem von Täterinnen/Kriminellen, aber auch von Amtsträgern (Polizisten, Gefängnispfarrer). Lediglich im Themenfeld „Polizei“ kann dieser Ansatz nicht vollständig eingelöst werden und überlagert sich mit breiteren institutionengeschichtlichen Darstellungsformen. Den untersuchten Fallbeispielen kommt durchgängig ein exemplarischer Charakter für das jeweilige Untersuchungsfeld zu, allerdings werden auch spezifische Einzelfälle analysiert, die aufgrund der Verbrechensbegehung oder der Täter\_innen bereits zeitgenössisch besondere öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen. Insofern stellt sich die Frage nach Exemplarität, Verallgemeinerbarkeit und Auswahlkriterien, die die Autoren auch ganz überwiegend differenziert diskutieren und begründen. Zudem stützen sich die Untersuchungen durchgängig auf eine breite Quellenbasis von Kriminal-, Gerichts- und Gefängnisakten, ergänzt um Beschwerdeschriften oder publizierte Quellen sowie die meist ausführliche zeitgenössische Presseberichterstattung. Indem die einzelnen Mikrostudien unterschiedliche Quellen auswerten und miteinander verbinden, gelingt ihnen in der Regel eine über den Einzelfall hinausgehende Kontextualisierung. Deren Stärke liegt vor allem darin, dass über besondere Einzelfälle Devianz- und Kriminalitätsbereiche oder Funktionsweisen der Strafjustiz analysiert werden, die eine quantitativ orientierte historische Kriminalitätsforschung weniger

intensiv erforscht hat. Dies gilt insbesondere für religiöse Devianz, schwere weibliche Gewaltkriminalität, die polizeilich-medizinische Kontrolle devianter Frauen, Wirtschaftskriminalität von Eliten, deviantes/kriminelles Verhalten von Amtsträgern, die Rekonstruktion ‚krimineller Lebensläufe‘ oder die alltägliche Praxis des Strafvollzugs. Damit eröffnen einige Beiträge auch einen Zugang zu den Interessen, Handlungsweisen und Emotionen von Akteuren und sozialen Konfliktfeldern oder zeigen Varianten von Geschlechterrollen und den Einfluss von Öffentlichkeit und Medien auf.

Nur in Ausnahmefällen wird bei einzelnen Autoren ein Interesse am detektivischen Nachspüren und Aufklären des Einzelfalles subkutan spürbar, was freilich auf ein Grundproblem mikrohistorischer Methodik verweist: Einzelfall und enge Quellengrundlage können subjektivierende, emphatische Deutungen begünstigen. Ob sich aus Gerichtsverfahren mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit unmittelbar Lebenswirklichkeiten, Motive und Emotionen von Täterinnen und Opfern ableiten lassen, kann ebenfalls kritisch hinterfragt werden und wird von einigen Autoren auch methodologisch reflektiert. Gerade mikrohistorische Studien sollten die Zuschreibungen und Konstruktionen der benutzten Justizquellen und Medienprodukte quellenkritisch hinterfragen, damit nicht lediglich die zeitgenössische, obrigkeitlich-staatliche Perspektive zugrunde gelegt und daraus eine Opfer- und Rezeptionsgeschichte rekonstruiert wird. Die Beiträge des vorliegenden Bandes vermeiden dies durch die Kontextualisierung und allgemeine Einbettung der Fallbeispiele in die unterschiedlichen Makroebenen von Gesellschaft, Öffentlichkeit, Politik und Staat. Der Band bietet folglich wichtige allgemeine, methodische Anregungen und die Fallstudien demonstrieren eindrucksvoll, dass die mikrohistorische Methode neben den

Lebensgeschichten einzelner Akteure auch die gesellschaftlichen Kontexte von Kriminalität, die Praktiken und Funktionsweisen von Strafjustiz, Polizei und Strafvollzug sowie darum kreisende öffentliche Diskurse gewinnbringend aufhellen kann. Insofern leistet der Sammelband einen wichtigen Beitrag zur methodischen Ausdifferenzierung der historischen Kriminalitäts- und Justizforschung, der auch andere sozial- und rechtsgeschichtliche Forschungen befruchten kann.

Frankfurt a. M./Darmstadt

Karl Härter

### Charismatische Herrschaft als Phantasie

Süess, Martina: Führernatur und Fiktion. Charismatische Herrschaft als Phantasie einer Epoche, 279 S., Konstanz UP, Konstanz 2017.

Der Begriff der ‚charismatischen Herrschaft‘ ist im kollektiven Gedächtnis moderner Sozial- und Kulturwissenschaften untrennbar mit der Herrschaftssoziologie Max Webers verknüpft. Insbesondere in der Historiografie zum Nationalsozialismus ist das Konzept von Historikern wie Hans-Ulrich Wehler, Ludolf Herbst oder Ian Kershaw fruchtbar zur Anwendung gebracht worden, bleibt aber gleichwohl auch in seinem Erklärungsanspruch kontrovers. Die hier zu besprechende Studie von Martina Süess nimmt nun Webers Begriffsverständnis der charismatischen Herrschaft sowohl zum Ausgangspunkt als auch zum Ziel. Das mag auf den ersten Blick zirkulär und selbstreferenziell anmuten, ist es aber keineswegs. Denn die Aktualisierung von Webers typologischer Beschreibung geht nicht selten mit einem Herauslösen seiner zentralen Analysekategorien aus ihrem historischen Entstehungskontext einher: So überzeugend die Indienstnahme des Weber’schen Analyseinstrumentariums zur Erklärung totalitärer politischer Systeme im 20. Jahrhundert erscheinen mag – sie blendet häufig aus, dass Webers

in sich sehr ambivalente, diffuse und schillernde Denkfigur der charismatischen Herrschaft eng mit signifikanten gesellschaftlichen und politischen Problemwahrnehmungen des späten 19. Jahrhunderts verwoben ist und sich deshalb vor allem als Antwort auf zeitgenössische Debatten über Massendemokratie, Nationalismus, Säkularisierung, Parlamentarismus, Verwissenschaftlichung, Industriemoderne und Bürokratisierung lesen lässt. Die Faszinationskraft des charismatischen Herrschers, welcher auch Weber zuweilen zu erliegen drohte, gewann ihren Antrieb aus dem Versprechen, das „stahlharte Gehäuse“ einer rationalen, verwalteten, unpersönlichen und verwissenschaftlichten Ordnung zu sprengen und der Nüchternheit einer entzauberten Welt die Magie des erlösenden, schöpferisch-revolutionären und leidenschaftlichen Führers entgegenzustellen. Die methodische Pointe von Süess’ Darstellung liegt nun gerade darin, dieser von Weber in eine hoch abstrakte, typologisierte und wissenschaftliche Begriffssprache gegossenen Konzeption in literarischen und populärwissenschaftlichen Texten des späten 19. Jahrhunderts aufzuspüren, die das Konzept der charismatischen Herrschaft in vielerlei Hinsicht vorbereiteten und mit ihren spezifischen narrativen Mustern auch präfigurierten.

Inwiefern die Figur des charismatischen Herrschers im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zu einer „zentralen Reflexionsfigur des Politischen“ wurde (S. 11), diskutiert Süess anhand eines *close reading* von ausgewählten literarischen Texten aus der Feder von Conrad Ferdinand Meyer, Leopold von Sacher-Masoch, Rudyard Kipling, Joseph Conrad, Oskar Panizza und Gerhart Hauptmann sowie von sozialtheoretischen Texten von Gustave Le Bon und Gabriel Tarde. An all diesen Texten werden jeweils bestimmte Stränge charismatischer Herrschaft exemplifiziert: Der Herrscher als schöpferische Gründerfigur

(Meyer), die Verknüpfung von Charisma, Erotik, Unterwerfung und Gewalt (Sacher-Masoch), der Führer als Hochstapler (Kipling) oder wahnsinniges und pathologisches Genie (Conrad, Panizza, Hauptmann) sowie der Zusammenhang von Masse, Suggestion und Führerkult (Le Bon, Tarde).

Während diese in den Hauptkapiteln des Buches dargestellten, in sehr unterschiedlichen kulturellen und gesellschaftlichen Kontexten sowie in unterschiedlichen literarischen Genres artikulierten Verhandlungen von charismatischer Herrschaft zuweilen etwas disparat wirken, gelingt es der Autorin im abschließenden Kapitel zu Max Weber, die ausgelegten Argumentationsfäden wieder zu verknüpfen und systematisch in die Diskussion von dessen Herrschaftssoziologie einzubinden. Das ist kompositorisch elegant gemacht und die herausgeschälten Diskurselemente lassen den historischen Problemhorizont des Weber'schen Denkens über charismatische Herrschaft sichtbar werden. Vor dem Hintergrund der literarisch und sozialtheoretisch imaginierten Führerfiguren des späten 19. Jahrhunderts arbeitet Süess plausibel heraus, wie Weber im Konzept der charismatischen Herrschaft die grundlegende Ambivalenz der Legitimität selbst reflektiert und dessen prekäre und zugleich immer auch schöpferische Dimensionen wechselseitig aufeinander bezieht.

So gelingt es Süess in der Tat, charismatische Herrschaft als „Phantasie einer Epoche“ anschaulich zu machen, wie es der Untertitel verspricht. Wer sich allerdings weniger auf den zuweilen etwas unbestimmt bleibenden Begriff der „Phantasie“ einlassen mag und stattdessen nach konkreten, empirisch nachweisbaren Rezeptionsakten, intertextuellen Lektüren und Aneignungsformen sucht, in welchen und durch welche das Konzept der charismatischen Herrschaft verhandelt, weitergereicht und transformiert wurde, wird von der Lektüre allenfalls auch etwas enttäuscht

sein. Jedenfalls ist es etwas irritierend, dass die Autorin zwar die expliziten Referenzen Webers auf die kirchenrechtlichen Diskussionen bei Rudolf Sohm erwähnt, diesem Verweis dann aber nur äußerst zurückhaltend nachgeht. Dies steht in einer merkwürdigen Asymmetrie zu den weit ausgreifenden literaturhistorischen und sozialwissenschaftlichen Kontextualisierungen, welche die Autorin sonst zur historischen Einbettung von Webers Charisma-Konzept bemüht.

Doch sollte diese kritische Bemerkung den Gesamteindruck dieses äußerst lesenswerten, sehr anschaulich geschriebenen und thesenreich argumentierenden Buches keinesfalls trüben. Martina Süess ist eine erhellende Studie zum Konzept der charismatischen Herrschaft gelungen, die nicht zuletzt dadurch zu überzeugen weiß, dass sie fiktionale Literatur als komplementäre Quellengattung zu sozialwissenschaftlichen Darstellungen herbeizieht und damit die Kontroversen um Charisma und Herrschaft nicht nur in umfassenden und vielschichtigen kulturellen Kontexten verortet, sondern auch die Bedeutung von narrativen Mustern, Metaphern und diskursiven Topoi für die Verhandlung politischer Schlüsselbegriffe in Erinnerung ruft. Die konsequent historisierende Fragerichtung gibt der Lektüre zudem einen speziellen Reiz.

*Fribourg/Bern*

*Juri Auderset*

### **Perspektiven der Sportgeschichte**

*Hilbrenner, Anke/Dahlmann, Dittmar (Hrsg.): „Dieser Vergleich ist unvergleichbar“. Zur Geschichte des Sports im 20. Jahrhundert, 336 S., Klartext, Essen 2014.*

Zahlreiche Überblicksdarstellungen zur Geschichte des Sports haben in den letzten Jahren konstatiert, dass die institutionalisierte Forschung an deutschen Uni-

versitäten einen deutlichen Aderlass unter Sporthistorikern zu verzeichnen hatte. Da aus den unterschiedlichsten Gründen Lehrstühle zusammengelegt, nicht mehr neu oder thematisch anders besetzt wurden, gingen von den sportwissenschaftlichen Abteilungen an Universitäten nur noch begrenzte Impulse aus, sogar die Fachsektion „Sportgeschichte“ der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft stellte zwischenzeitlich ihr Wirken ein. Das hilfreiche, von Michael Krüger und Hans Langenfeld 2010 herausgegebene „Handbuch Sportgeschichte“ stellt in diesem Sinne eher eine Bestandsaufnahme der im Feld verbliebenen „klassischen“ Sporthistoriker als eine Forschungsagenda dar. Fast im gleichen Atemzug wurde aber auch darauf hingewiesen, dass Allgemeinhistoriker, die lange Jahre einen Bogen um die Sportgeschichte gemacht hatten, sich nun in verstärktem Maße dieser zugewendet und zu ihrer Erforschung beigetragen haben. Die jüngeren Überblicksdarstellungen und Forschungsberichte unter anderem von Wolfram Pyta, Uta Balbier, Christiane Eisenberg, Olaf Stieglitz und Jürgen Martschukat sowie Christian Becker haben diese Tendenz mit unterschiedlichen Akzenten betont, sodass mittlerweile von einer „Marginalisierung der Sportgeschichte“ (Christian Becker) nicht mehr die Rede sein kann, sondern eher von einem starken Interessenzuwachs mit Tendenzen zur Pluralisierung.

Ein wichtiger Impulsgeber sporthistorischer Forschung aus der allgemeinen beziehungsweise der osteuropäischen Geschichte ist der mittlerweile emeritierte Bonner Universitätsprofessor Dittmar Dahlmann, der in der letzten Dekade mit verschiedenen Sammelbänden und Aufsätzen vor allem zur osteuropäischen Sportgeschichte hervorgetreten ist. Der hier zu besprechende Band geht auf eine von Dahlmann initiierte Tagung zurück, die im Kontext der zunächst in Leipzig und dann in Bonn gezeigten Ausstellung

„Wir gegen uns“ zur deutsch-deutschen Sportgeschichte vor allem Bonner Historiker zusammenführte, insgesamt aber ein über den engeren lokalen beziehungsweise nationalen Raum hinausgehendes Panorama an Themen und Zugängen abdeckt.

Die lesenswerte Einleitung von Joachim Scholtyseck skizziert aktuelle „Tendenzen der Sportgeschichte“. Der Bonner Historiker betont dabei insbesondere die Inspirationen, die von den Kulturwissenschaften ausgingen, mahnt zugleich aber auch pointiert eine theoriegeleitete beziehungsweise (geschichts-)philosophische Betrachtung an, die für die notwendigen Brückenschläge zwischen Sportberichterstattung und Sportwissenschaft sorgen kann. Peter Borscheid und Volker Kluge, stehen mit ihren Beiträgen exemplarisch für derartige Verbindungen. Am Beispiel der Entwicklung des Autorennens und der Boxwettkämpfe veranschaulichen sie Veränderungsdimensionen des Sports. Während Borscheid dabei die Kategorien Geschwindigkeit beziehungsweise Beschleunigung als zentrale Merkmale für die wachsende und anhaltende Autorennensportbegeisterung ausmacht, untersucht Kluge den Wandel des Boxens. Spätestens in der Zwischenkriegszeit wurde das Boxen, so Kluge, aus der „Schmuddelecke“ herausgeholt und avancierte fortan zur nationalen Angelegenheit. Nicht zuletzt die auch politisch instrumentalisierten Erfolge Max Schmelings hatten erheblichen Anteil am Bedeutungszuwachs des Boxsports, der aber nach Schmelings Niederlage gegen Joe Louis einen deutlichen Dämpfer erhielt.

Zeitlich ebenfalls in der Zwischenkriegszeit angesiedelt sind die Beiträge von Norbert Schloßmacher, Dittmar Dahlmann und Gerd Krumeich. Schloßmacher, Leiter des Bonner Stadtarchivs, verortet die Anfänge körperlicher Aktivität in Bonn – wie andernorts – in die Phase nach den 1860er Jahren und sieht neben der deutschen Turnbewegung

auch die anglo-amerikanischen Sport- und Spielbewegung als wichtigen Schrittmacher. Gab es zunächst kaum Berührungspunkte zwischen Sportorganisation und kommunaler Stadtverwaltung, so änderte sich die Situation in der Zwischenkriegszeit, als vor allem die Frage der Bereitstellung von Sportstätten zu verstärkten Aktivitäten und Interaktionen führte. Schloßmacher charakterisiert diese Entwicklung als Professionalisierung, die in den einzelnen Städten Westdeutschland sehr unterschiedliche Ausprägungen aufwies, aber durchgehend wesentliche Impulse aus den Aktivitäten des Deutschen Städtetags bezog. Mit den Kategorien Nationalisierung und Militarisierung beleuchtet Dahlmann zwei weitere wesentliche länderübergreifende Triebkräfte der Sportentwicklung der Zwischenkriegszeit, die – so das Fazit des Autors – nicht nur für Deutschland auszumachen sind, sondern auch in anderen europäischen Ländern identifizierbar sind. Diese Entwicklung hat Gerd Krumeich zufolge aber mit Blick auf den Fußball nicht so weit geführt, dass eine Brutalisierung des Sports auszumachen sei. Demzufolge konstatiert er, dass der Fußball vielmehr einen „Hort der geregelten und deshalb eher friedensmäßigen Auseinandersetzung“ (S. 153) bildete.

Die osteuropäische Dimension der Sportgeschichte spiegelt sich in dem Beitrag der Bonner Historikerin und Mitherausgeberin des Bandes Anke Hilbrenner. Sie hat für Galizien und das russische Teilungsgebiet Polens die jüdischen Wurzeln des Sports vor dem Ersten Weltkrieg untersucht und kann im Ergebnis zeigen, wie komplex und situativ Aktivitäten entwickelt und Identitäten konstruiert wurden. Von Nikolaus Katzer wird der Zusammenhang von Sport und Lebensstilen im Spätsozialismus der Sowjetunion untersucht. Eine längsschnittartige Betrachtung der Medien nimmt Christian Koller vor, der die Berichterstattung über den sowjetischen Sport in der britischen Qualitätspresse er-

forscht und herausarbeitet, dass eine eingehendere Befassung im „Guardian“ und „Observer“ sowie in der Times zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, aber auch zu einer Reflexion des eigenen Sportsystems führte. Auch Johanna Dorer und Matthias Marschik beleuchten die von ihnen behandelten Mediendiskurse zum Frauensport in diachroner Perspektive und zeigen, dass sich erst seit den 1960er Jahren das heutige, tendenziell modernere Bild vom Frauensport in den Medien durchsetzte.

Thematisch für sich stehen die lesenswerten Beiträge von drei weiteren Bonner Wissenschaftlern: Uwe Baumann untersucht deutsche und englische Fußballerautobiografien, Gregor Feindt beleuchtet die sich wandelnden Deutungsprozesse des „Wunders von Bern“ und Marcus Velke nimmt das Cream Team Cologne, ein Amateurfußballteam mit schwulen Spielern, in den Blick.

Auch wenn die Einzelbeiträge dieses Sammelwerks nicht unmittelbar miteinander korrespondieren und durch keine Einleitung konzeptionell verknüpft werden, ist der Band doch von beträchtlicher Bedeutung für die sporthistorische Forschung. Zum einen enthält er zahlreiche instruktive Fachbeiträge, die als innovative Pionierstudien neue Felder erschließen und dabei zum Teil deutlich über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen. Zum anderen verdeutlichen die Beiträge aber auch die Perspektiven der Sportgeschichte: Mit dem Zusammenspiel von sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätzen, denen sich die Aufsätze fast durchgehend verpflichtet fühlen, werden in konzeptioneller Hinsicht ältere und jüngere Forschungsansätze auf hohem Niveau zusammengeführt. Mit seiner Herangehensweise veranschaulicht der Band auch das Potenzial, welches eine stärkere Verzahnung von Sportgeschichte und Allgemeingeschichte eröffnet. Eine Leerstelle hinterlässt die Lektüre des Bandes allerdings auch: Der titelgebende Verweis auf die (Un-)

Möglichkeit von Vergleichen, die ebenfalls der Sportgeschichte neue Perspektiven zu eröffnen vermögen, wird in dem ebenso leSENSwerten wie weiterführenden Buch leider nicht weiterverfolgt.

Köln

Jürgen Mittag

### Wiener literarische Kolonialutopien

*Bach, Ulrich E.*: *Tropics of Vienna. Colonial Utopias of the Habsburg Empire*, 152 S., Berghahn, Oxford/New York 2016.

Das Titelbild zeigt den Ausblick vom Dach der Rotunde auf die Wiener Weltausstellung von 1873, in einem zeitgenössischen Holzstich. Die Herren der besseren Gesellschaft und ihre Damen steigen gemächlich die Außentreppe empor, manche in Frack und Zylinder, andere in Uniform, und lassen angeregt den Blick über ihre Hauptstadt schweifen. Als Illustration eines Buches, das sich den kolonialen Utopien der Habsburgermonarchie zuwendet, ist das eine überraschende Szene. Denn von exotischen Landschaften ist nichts zu sehen, nichts etwa von Mexiko, wo das kurzlebige Kaisertum des Habsburgers Maximilian wenige Jahre zuvor sein unrühmliches Ende gefunden hatte, und auch nichts von Bosnien, das wenige Jahre später zum Experimentierfeld österreichischer Orientexpansion wurde. Das Bild ist dennoch klug gewählt. Denn Ulrich Bach interessiert sich für koloniale Utopien nicht als Projektionen der Habsburgermonarchie nach Übersee, sondern er liest sie als Experimentierfelder, anhand derer die eigenen Verhältnisse und Probleme des Vielvölkerreiches verhandelt wurden. Der Blick in die Welt führte aus der Ferne zurück auf Wien. Das Medium hierfür war die Literatur.

In fünf Kapiteln bespricht Bach in chronologischer Reihenfolge insgesamt sechs Autoren und ihre utopischen Romane. Lazar von

Hellenbachs „Die Insel Mellonta“ aus dem Jahr 1883 und Robert Müllers „Tropen. Der Mythos der Reise“ von 1915 sind inzwischen weitgehend vergessen. Aus dem Werk des Leopold von Sacher-Masoch wählt Bach den „Kapitulant“ (1870) und das „Paradies am Dniestr“, dazu „Freiland“ von Theodor Hertzka (1890) und natürlich Theodor Herzls „Altneuland“ (1902). Aus allen diesen Werken präpariert er in dichter Analyse ein Ausloten möglicher gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Veränderungen, ein Spiel mit Alternativen, in klassisch utopischer Manier verlagert an einen imaginären Ort weit jenseits der Grenzen der Monarchie. Auf den ersten Blick klingt das nicht sonderlich originell. Dennoch gelingt es Bach immer wieder, überraschende Lesarten zu präsentieren. Sacher-Masoch etwa, so die These, verlagerte seine Inversionen von Geschlechterverhältnissen an die Peripherie, weil sie dort weniger bedrohlich wirkten oder überhaupt erst vorstellbar wurden. Auf Hellenbachs „Insel Mellonta“, dem erklärten Schlüsselwerk des Buches, verwirklichen französische Exilanten fern im Pazifik gemeinsam mit den Eingeborenen ein an Fourier angelehntes Ideal sozialistischer Gemeinschaft, das auch die Befreiung von den sexuellen Normen europäischer Zivilisation einschließt. Ein Vulkanausbruch als Metapher für die Revolution vernichtet schließlich die Insel. Der etablierten Deutung des Romans als konventionelle Robinsonade setzt Bach die Lesart als einer in einen phantastischen Traum verkehrten sozialen Utopie entgegen. In Hertzkas „Freiland“ löst die paradiesische Schönheit der Natur die aus Wien mitgebrachten Probleme in dem in Kenia wiedergewonnenen Paradies. In „Altneuland“ schließlich entdeckt Bach immer wieder ein gebrochenes Spiegelbild Wiens, etwa in Haifas erhabenderr orientalische Architektur als Anspielung auf die Xenophobie Wiens oder in einem neuen Jerusalem als bessere, freiere Vision dessen, was die alte

k. u. k. Hauptstadt sein könnte. Den Schlusspunkt des Bandes schließlich bildet Joseph Roths „Kapuzinergruft“ aus dem Jahr 1938. Von einer kolonialen Utopie kann hier natürlich nicht mehr die Rede sein. Bach diskutiert den Roman dennoch als dystopischen Abschluss seiner Serie, als scharfsichtige Kritik, in deren Hauptfigur, dem Leutnant Franz Ferdinand Trotta, die liberalen Utopien der Väter zum kreischenden Halt gekommen seien.

Der Titel des Buches ist insofern nicht wörtlich zu nehmen, als Ostgalizien oder der Dnjestr als Schauplatz der Romane Sacher-Masochs ebenso wenig tropisch sind wie Palästina im Werk Theodor Herzls. Die Tropen stehen vielmehr metaphorisch für eine exotische Ferne mit treibhausähnlichen Zügen, bisweilen bevölkert von edlen Wilden. Der Schlussfolgerung des Buches, die Imaginationen eines habsburgischen Kolonialreiches seien jeweils als Antibildder Wiens zu lesen, wird man ohne Weiteres folgen können. Deshalb wäre es auch verfehlt, einen Anschluss an die kontroversen geschichtswissenschaftlichen Debatten zu den kolonialen Planungen und kolonialen Erfahrungen von Europäern im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu erwarten. Umso überzeugender erschließt Bach eine bislang wenig bekannte Facette jener aus der Krise des Liberalismus entstandenen Wiener Moderne, deren faszinierende intellektuelle und literarische Strahlkraft bis heute nachwirkt.

Jena

Joachim von Puttkamer

### Unterhaltung in der Metropole

Morat, Daniel u. a. (Hrsg.): *Weltstadtvergnügen. Berlin 1880–1930*, 272 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

„Das arbeitende Volk hat ein Recht auf Unterhaltung und Zerstreung“, heißt es auf einem Plakat im Nachlass von Paul Levi im

Archiv der sozialen Demokratie. Es wirbt für ein „Kabarett-Kaffee“ am Oranienburger Tor und kündigt „Ein Weltstadtprogramm“ an, in dem eine „berühmte Geisha“, ein „bekannte[r] Damendarsteller“ und ein „populäre[r] Humorist“ auftreten, parallel finde ein „Tanz-Kränzchen“ statt. Exotismus, Travestie, Tanz und Kleinkunst in einem Lokal am nördlichen Ende der Friedrichstraße – in wenigen Zeilen spiegelt das Plakat ein Panorama des Berliner „Weltstadtvergnügens“ wider, das Daniel Morat, Tobias Becker, Kerstin Lange, Johanna Niedbalski, Anne Gnausch und Paul Nolte in ihrem gleichnamigen Buch detailliert und lebendig schildern. Hervorgegangen ist die Publikation aus zwei DFG-geförderten Forschungsprojekten zur Vergnügungskultur und zum populären Musiktheater in Berlin und London an der Freien Universität Berlin. Das Buch vereint auf vorbildliche Weise Texte von Forscherinnen und Forschern an unterschiedlichen Punkten ihrer wissenschaftlichen Karriere, von der Masterabsolventin bis zum Universitätsprofessor, und wird durch 49 Abbildungen, zwei Karten sowie ein Personen- und Ortsregister abgerundet.

An die Einleitung von Morat schließt sich der Beitrag von Becker zum Unterhaltungstheater an, bevor Lange das Tanzvergnügen beleuchtet und Morat die Populärmusik untersucht. Niedbalski nimmt die Leserinnen und Leser mit in Vergnügungsparks, Gnausch verschafft ihnen Einblick in den mal mehr und mal weniger klandestinen vollzogenen Handel und Konsum von Kokain. Im abschließenden Ausblick verlängert Nolte die Perspektive quer durch das 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart einer „Partyhauptstadt der EasyJet-Touristen“ (S. 241). In zeitgenössischen Worten charakterisiert, beschreibt das Buch also vornehmlich „öffentliche Lustbarkeiten“ (vgl. hierzu S. 79) und die Orte, an denen sie stattfanden, ihr Publikum sowie dessen Erfahrungsräume und soziale Praxen.

Die Autorinnen und Autoren nehmen aber nicht nur die Rezipienten-, sondern auch die Produzentenseite in den Blick und zeichnen deren Rahmen- und Arbeitsbedingungen nach; sie zeigen transnationale Verflechtungen (etwa bei den Vergnügungsparks und den dort präsentierten Fahrgeschäften) ebenso auf wie die zunehmende Tendenz zur Kommerzialisierung des Vergnügens (vgl. exemplarisch für das Thema Musik S. 112). Darüber hinaus verorten die meisten Beiträge ihre Untersuchungsgegenstände im Prozess der „inneren Urbanisierung“, unter der die Verfasserinnen und Verfasser „die Anpassung an die Lebensbedingungen in der Großstadt allgemein“ (S. 13) verstehen.

Der Ansatz, die Jahre von 1880 bis 1930 als „Zeit des Durchbruchs der kulturellen Moderne nicht nur in Deutschland, sondern in den westlichen Gesellschaften überhaupt“ (S. 237) als Untersuchungszeitraum zu wählen und eben nicht wie sonst gängig auf historisch-politische Zäsuren als dessen Begrenzung zurückzugreifen, ist überzeugend (und lehnt sich unter anderem an Detlev Peukert an); weniger überzeugt hingegen die Formulierung „lange Jahrhundertwende“, wenn diese selbst „immerhin ein halbes Jahrhundert dauerte“ (S. 238).

Die Studien fördern Überraschendes zutage wie Schulungsfotografien der Berliner Kriminalpolizei zu gängigen Drogenverstecken im Hutfutter oder Strumpfband (Abb. 45–47). Wer hätte gedacht, dass Militärmusiker „die ersten eigentlichen Stars der Berliner Populärmusik“ (S. 115) waren? Darüber hinaus streuen verschiedene Beiträge zeitgenössische Couplets und amüsante Quellenzitate im Berliner Dialekt ein. Damit betreiben sie eine ebenso schillernde wie faszinierende „Archäologie der modernen Freizeit- und Konsumgesellschaft in Berlin“ (S. 231). Bisweilen setzen die Beiträge Spezialwissen voraus; eine kurze Erläuterung als Fußnote, was ein „Hoboist“ ist, was mit

„hedonistischem“ Drogenkonsum gemeint ist oder was der „Rheinländer“ für ein Tanz ist, hätte hier geholfen.

Das Buch – sinnigerweise in einem Verlag erschienen, der seinen Sitz in der Theaterstraße hat – bietet mit den behandelten Themen selbst ein Potpourri, eine Art Revue, und ist sowohl für die geschichtswissenschaftliche Forschung wie auch für Untersuchungen zu den performativen Künsten von großem Interesse (vgl. etwa S. 87 zur Aufhebung der Trennung von Bühne und Publikum beim Tanzvergnügen in Varietétheatern). Besonders erfreulich ist, dass eben nicht die klassischen massenkulturellen Phänomene im Mittelpunkt stehen, die schon breit erforscht sind (Film/Kino, Radio, Sport), sondern mit der Untersuchung von Unterhaltungstheater, Vergnügungsparks und Kokainkonsum endlich auch bisher vernachlässigte Gegenstände eine wissenschaftliche Bearbeitung erfahren. Zur Homosexuellenkultur, die bisweilen gestreift wird (zum Beispiel auf S. 237), wäre eine Vertiefung oder ein eigener Beitrag wünschenswert gewesen.

Insgesamt leistet der Band einen wichtigen Beitrag zur „Kulturgeschichte der Stadt“ (S. 78). Und weil er sowohl wissenschaftlich fundiert als auch unterhaltsam geschrieben ist, kommt auch beim Lesen „Weltstadtvergnügen“ auf.

Bonn

Britta Marzi

### **Bürgerlichkeit als Diskurs**

*Pyta, Wolfram/Kretschmann, Carsten (Hrsg.): Bürgerlichkeit. Spurensuche in Vergangenheit und Gegenwart, 209 S., Steiner, Stuttgart 2016.*

Forschungskonjunktoren zum Bürgertum sind nach den großen SFBs in Bielefeld und Frankfurt am Main zum langen 19. Jahrhundert langsam abgeebbt. Beachtung fand



danach der Ausblick auf Bürgertum nach 1945. An diese Forschungsrichtung knüpft der vorliegende Tagungsband zu den 10. Nassauer Gesprächen der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft im September 2013 an. Aktualität erfuhr diese durch die Diskussionen um zivilgesellschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung.

Der Band richtet seinen Fokus auf die „Bürgerlichkeit“, verknüpft diese aber (meist) nicht mehr mit einer sozialen Bindung. Vielmehr widmen sich die Autoren vielfältigen Diskursen, was „Bürgerlichkeit“ sein konnte. Die Herausgeber konstatieren eine „gewisse begriffliche Unschärfe“ in der bisherigen Debatte und definieren ihrerseits Bürgerlichkeit als eine eigene Lebensform, „in der sich die Autonomie des Individuums mit der Sorge um das große Ganze, das Gemeinwohl, verbindet und auf diese Weise einer egoistischen Durchsetzung von partikularen Interessen entgegenwirkt“ (S. 7). Entsprechend folgt eine bunte Mischung dessen, was die Autoren als „Bürgerlichkeit“ verstehen beziehungsweise anhand ihrer Beispiele beschreiben. Einig sind sich die Beiträger jedoch, dass von einem Ende des Bürgertums auch zum ausgehenden 20. Jahrhundert nicht gesprochen werden könne und eine übergreifende Diffusion bürgerlicher Werte am Beginn des 21. Jahrhunderts zu verzeichnen sei. Das Konzept der Zivilgesellschaft habe viel von der Werteordnung der „Bürgerlichen Gesellschaft“ übernommen. Mit den behandelten Fallbeispielen wollen sie anregen, Bürgerlichkeit als „politikhaltige Lebensweise“ in unterschiedlichen politischen Systemen zu untersuchen beziehungsweise auszuloten, inwieweit die jeweilige politische Kultur wiederum die Idee von Bürgerlichkeit beeinflusste. Der essayistische Stil der Beiträge der zwölf kurzen Beiträge macht den Band gut lesbar.

Zwar sehen die Herausgeber vor allem für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts

noch Desiderata, beschränken ihren Band aber nicht auf diese Zeit. Gerade die ersten drei Beiträge von etablierten Bürgertumsforschern bleiben dem 19. Jahrhundert verhaftet. Der Beitrag Manfred Hettlings bildet die Grundlage der weiteren Diskussion. Gerade die Varianz von Selbstdeutungen, habituellen Praktiken und Verhaltenspräferenzen im Prozess individueller Aneignung sei das prägende am Horizont bürgerlicher Werte und eben nicht die Einheitlichkeit eines Grundmusters. Weniger sei die konkrete praktische Lebenshaltung ausschlaggebend für „Bürgerlichkeit“ als vielmehr die „Wertorientierung an sich“ getragen von einem Akt der gemeinsamen Verständigung über Lebensgestaltung und Individualität. Im Mittelpunkt des säkular angelegten Wertehimmels sieht Hettling die Orientierung des Einzelnen, ein selbstgewähltes Ziel mit Erfolg anzusteuern, also eine „aktive Gestaltung des eigenen Lebens unter selbstgesetzten Parametern innerhalb gesellschaftlicher Rahmenbedingungen“ (S. 12). Bürgerlichkeit sei die Antwort auf Problemlagen der Transformation Entsprechend dienen in seiner Sicht die neuen Artikulations- und Darstellungsformen der Verständigung über die „Fragmentarität der Wirklichkeit“. Als neue Form der Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert bringt er die Sondersituation der therapeutischen Sitzung ins Gespräch.

Andreas Schulz umreißt kurz Ideal und Praxis der Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert gewissermaßen als „Prüfstein“, inwieweit bürgerliche Normen und Werte im 20. und 21. Jahrhundert noch relevant waren und sind. Dass sich die bürgerliche Lebenspraxis seit dem späten 18. Jahrhundert fortwährend veränderte, habe dazu geführt, dass beständig Bürgerlichkeit neu verhandelt worden sei und gerade dieser Kommunikations- und Handlungskontext als Referenz zu beachten sei (vgl. S. 40). So weist er dem für das Bürgertum des 19. Jahrhunderts (längst

festgestellten) zentralen Konstituierungsmedium des Vereins eine weitere Rolle als Ort und Medium der Selbstverständigung zu. Bürgerlichkeit erscheint hier als „Praxis wechselseitiger Statuszuweisungen“ (S. 40), was letztlich aber keine neue Erkenntnis ist. Mit Recht verweist Schulz auf den Rückgang partizipatorischer Ordnungsentwürfe im Bürgertum hin zu „partikularen Gruppensolidaritäten“ (S. 45) um 1900: Eine restriktive Praxis habe der inklusiven Rhetorik (Gemeinwohlorientierung, Überparteilichkeit, Ehrenamtlichkeit) widersprochen.

Gunilla Budde konzentriert sich bei den bürgerlichen Subjektkonstruktionen darauf, für die Umbruchphase vom 19. zum 20. Jahrhundert die Veränderung von männlicher und vor allem weiblicher Bürgerlichkeit nachzuzeichnen. Zu dem Zeitpunkt, als „große Teile des [männlichen, KM] Bürgertums“ ihre früheren Ideale aus den Augen zu verlieren schienen, klagten gerade bürgerliche Frauen über Familie und Kindererziehung hinaus Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ein. Beim zivilgesellschaftlichen Engagement und der gelebten Wertewelt „schickten sie sich an, die freiwerdenden Terrains, die ihre auf die Berufstätigkeit fixierten Männer zum Teil verlassen hatten, Stück für Stück für sich zu erobern“ (S. 62). Die frühere geschlechtsspezifische „Arbeitsteilung“ zwischen Frauen in der privaten Innenwelt und Männern im „feindlichen Leben“ kehrte sich, so Budde, um. Allerdings habe die Feminisierung einiger bürgerlicher, vor allem akademischer Berufsfelder zu einem Prestigeverlust geführt (ebd.).

Stephen Pielhoff widmet sich dem Phänomen des bürgerlichen Mäzenatentums des Kaiserreichs. Er regt dieses angesichts immer schwierigerer Lagen der kommunalen Finanzen und dem Rückfahren freiwilliger Leistungen als Vorbild für gegenwärtiges zivilgesellschaftliches Engagement an, ungeachtet dessen, dass beispielsweise das

Modell des Elberfelder Armensystems bereits im Kaiserreich den Herausforderungen der Moderne nicht mehr genügen konnte. Wirtschaftsbürgern der Zwischenkriegszeit widmen Jörg Lesczenski und Peter Theiner ihre Aufmerksamkeit. Lesczenski arbeitet auf Grundlage der Analysen von Kurt Wiedenfelds und Josef Winschuhs zum einen veränderte Funktionen der Unternehmer heraus, die mit dem Wandel der Unternehmensformen und Eigentumsrechten sowie Zusammenschlüssen in Kartellen und Syndikaten weniger Risikoträger und mehr Organisatoren und Bürokraten geworden seien. Zum anderen beobachtet er Kontinuitäten bei Wertekanon und Selbstverständnis: geprägt von Arbeitsethos, Aufstiegs- und Leistungswillen, dem Drang nach Selbstständigkeit und einer hohen Wertschätzung von Technik und Wissenschaft. Für Robert Bosch sticht vor allem die republikbejahende Neuorientierung in den industriellen Arbeitsbeziehungen, die nüchterne Selbstreflexion und die Selbstbeschränkung hervor, die den dem sozialen Liberalismus zuneigenden und der Sozialdemokratie nahestehenden Unternehmer eher zu einer Ausnahme- als einer Regelausprägung seiner Zeit machten. An seinem Beispiel werden Werte und Verhalten aufgezeigt, die nach heutigen Maßstäben als vorbildlich genommen werden können: wertrational, nüchtern interessegeleitet, nicht emotionsgesteuerter Blick auf zwischenstaatliche Beziehungen, Plädoyer für Völkerverständigung, Einladung zum Dialog, Offenheit und Respekt in der Begegnung mit Fremdem, Immunität gegenüber dem Radikalfaschismus. Angesichts der sehr empathischen, positiven Sichtweise auf Bosch wäre eine Prise mehr wissenschaftlich gebotener Distanz zum Protagonisten wünschenswert gewesen.

Marcus Gräser zeichnet an vier prominenten Beispielen unterschiedliche Konzepte bürgerlicher Sozialreformer in der

Weimarer Republik nach, die meistens mit 1933 abbrachen. Mit Thomas Mann wählt Sebastian Hansen ein exponiertes und breit in der Öffentlichkeit auftretendes Beispiel deutschen Bildungsbürgertums für die Auseinandersetzung mit dem Ende der „bürgerlichen Epoche“ des ausgehenden Kaiserreichs und der politischen Neuaufbauvorstellung vor den Erfahrungen mit der Weimarer Republik.

Spannend wird es im letzten Viertel des Bandes, wenn die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Blick kommt. Durch seine reflektierten, analytischen Überlegungen auf Grundlage des Konzepts der „Moralgeschichte“ beeindruckt der Beitrag von Till van Rahden. Der Blick auf die Nachkriegsgeschichte zeigt, wie sich Werte und Moral durch die Erfahrungen von der mutwilligen Zerstörung parlamentarischer Herrschaft und dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch zur Rückkehr zu Frieden und Demokratie wandelten und eine Integrität des Gemeinwesens gesichert wurde. Als besondere Eigentümlichkeit der Westdeutschen nach 1945 konstatiert er die Sehnsucht und das Streben nach „Normalität“ und in Europa „ein wenig ähnlicher sein“ zu wollen als die anderen (S. 166). Dabei haben die Bundesrepublik ein Mangel an Form, eine Unbeholfenheit und Unsicherheit im öffentlichen Alltagsleben sowie der Hang, nur mit Gleichgesinnten zu verkehren, ausgezeichnet.

Für die DDR arbeitet Christoph Lorke die Beharrungskraft eines bürgerlichen Wertekanons heraus. Die Trennung nach bürgerlichen Maßstäben zwischen dem „moralisch hoch geschätzten ‚guten‘ und dem verachteten ‚schlechten‘ Armen“ (S. 181) kam als Reaktion auf vielfältige Maßnahmen für kinderreiche Familien zum Tragen: Skeptische Beurteilungsmodi weist Lorke sowohl für das wissenschaftlich-universitäre Umfeld als auch für die breite Bevölkerung nach. Lorke skizziert die Ausgangslage, leistet den Ver-

gleich zwischen DDR und BRD und deckt zudem Diskurslogiken und Deutungsfigurationen auf, die aus der Bindung zum östlichen Machtblock resultierten.

Nicht zuletzt von den Protesten gegen ‚Stuttgart 21‘ inspiriert, widmet sich Carsten Kretschmann dem Phänomen des „Wutbürgers“. Mit den alten bürgerlichen Idealvorstellungen der „Perfektibilität der eigenen Person“ (S. 201) habe dieser nichts mehr gemein. Vielmehr zeichne den „Wutbürger“ aus, dass er sich in der Masse verstecke und versuche, „höchst partikuläre Interessen der Allgemeinheit aufzuerlegen“ und damit eine Verkehrung „traditionell bürgerlichen Denkens“ vorliege (S. 204). Kretschmann schließt mit der Erkenntnis, dass bei der Entstehung eines neuen Typs des „Gesellschaftsbürgers“ (S. 209) historisches Bürgertum nur sehr bedingt tauglich ist bei der Suche nach Vorbildern und Mustern.

In nahezu allen Beiträgen schwingt eine positive Besetzung des Phänomens „Bürgerlichkeit“ mit, die bis auf wenige Ausnahmen nicht kritisch hinterfragt wird. Perspektivwechsel zu alternativen Lebensformen und anderen Lebens- und Wertekonzepten gerade in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sucht man vergebens. Zudem bleibt anzumerken, dass auch im 19. Jahrhundert die klassenlose, gemeinwohlorientierte Gesellschaft eine Utopie blieb. Der Diskurs, „was Bürgerlichkeit alles sein könnte“, bringt wenig konzeptionelle Klärung und wirft Fragen nach der Abgrenzbarkeit auf. Als Anstoß für eine gegenwärtige Debatte über gesellschaftliche Werte und Handlungsformen mag die Diskussion um Bürgerlichkeit geeignet sein, ob sie allerdings gerade mit der historischen Disparität zwischen Entwurf und sozialer Praxis direkt als Vorbild und zur Orientierung taugt, dürfte eine sehr individuelle Geschmacksfrage sein.

Siegen/Münster

Katrin Minner

## Tarifpraxis und Verfahren

*Rudischhauser, Sabine*: *Geregelte Verhältnisse. Eine Geschichte des Tarifvertragsrechts in Deutschland und Frankreich (1890–1918/19)*, 896 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

Die Festlegung der Löhne und allgemeinen Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen und die Akzeptanz der Verfahrenswege und der gemeinsam beschlossenen Regelungen durch die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie die Akzeptanz solcher eigenständigen Konfliktregelungen durch die Regierung, Verwaltung und Justiz stellen zweifellos zentrale Errungenschaften moderner Industriegesellschaften dar. Damit werden zumindest die grundlegenden Lohn- und Tarifvereinbarungen den asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen einzelnen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entzogen.

Die Herausbildung dieser Verfahren in der tariflichen und juristischen Praxis zwischen Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang der 1920er Jahre beschreibt die voluminöse Studie anhand zahlreicher Beispiele in Deutschland und Frankreich. Konsequenterweise untersucht Sabine Rudischhauser hierfür die Solinger Stahlwarenindustrie, die Batistweberei des Cambrésis im Nordosten Frankreichs, das Baugewerbe in München und Lyon und fragt nach der Rolle und den Einflüssen von Sozialreformern, Rechtswissenschaftlern und Justiz sowie der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften auf die praktische Umsetzung der Vereinbarungen. Hierbei analysiert die Autorin auch die Wechselwirkungen zwischen den Abmachungen der Praxis und dem sich entwickelnden Tarifrecht. Rudischhauser analysiert an lokalen Beispielen die Wahrnehmung, das Rechtsbewusstsein, das Reden und das Handeln der Akteure. Sie interessiert, wie in der Praxis Tarifverträge ausgehandelt, erfasst und beurteilt wurden und wie diese

das allgemeine Tarifrecht formten. Zugleich zeigt sie, wie nicht direkt beteiligte Akteure wie Sozialreformer, Juristen oder auch Statistiker begannen, solche Abmachungen als Verträge zu interpretieren und Abläufe zu verallgemeinern. Tarifverträge dienten als Mittel zur „Vermeidung oder Einhegung von Konflikten“ (S. 18) und waren daher beispielhaft für eine von Beteiligten „selbst gefundene Rechtsordnung“ (S. 33), die als „lebendes Recht“ neben das von Rechtswissenschaft, Regierung und Justiz geschaffene „staatlich gesetzte Recht“ trat. Entsprechend war nach Einschätzung der Verfasserin für die Entwicklung des Tarifrechtes in Deutschland und Frankreich bedeutsam, wie das „lebende Recht“ von Juristen wahrgenommen und akzeptiert wurde und wie umgekehrt Tarifparteien auf den Anspruch von Juristen reagierten, das „lebende“ Tarifrecht gesetzlich zu fassen und in die allgemeine Rechtsordnung zu integrieren. Dafür war es beispielsweise wichtig, was die Akteure jeweils vom „lebenden Recht“ wussten, was als „guter Tarifvertrag“ beurteilt wurde und auch wie die jeweiligen Entwicklungen in den beiden benachbarten Staaten beobachtet und rezipiert wurden.

Einen zentralen Untersuchungsbereich der Studie stellen deshalb die Gewerbegerichte und die *Conseils de Prud'hommes* dar, mit deren Hilfe orts- und unternehmensbezogene Tarifverträge geschlossen wurden. Rudischhauser zeigt, dass das Tarifrecht durch die Entscheidungen der Einigungs- und Tarifämter, die eine vorgelagerte und von den Tarifparteien selbst geschaffene Gerichtsbarkeit darstellten, geformt wurde. Die rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Reichweite von Tarifverträgen und damit die gesetzliche Regelung des Tarifrechtes wurden dadurch vorangebracht. So folgten auf die Vermittlung des Berliner Maurertarifs 1899 etliche weitere Vermittlungen in München und Berlin. Nach Einschätzung der Autorin ist zu beobachten, „wie eine gelunge-

ne Einigung viele Anrufungen nach sich zog, aber auch viele gescheiterte Verhandlungen“ (S. 73). Denn Gewerberichter „sammelten Erfahrungen, etablierten Verfahren und gingen an die Öffentlichkeit.“ Ihre Publikationen und öffentlichen Äußerungen wurden damit „Teil einer regelrechten Pädagogik des Arbeitsrechtes und des Tarifvertrages“ (ebd.). Die Entscheidungen der Einigungsämter und der paritätisch besetzten Schiedskommissionen wurden in der Folge bei Streitigkeiten zu Tarifverträgen „Teil der Rechtsprechung der Gewerberichter“ (S. 74). Gewerberichter wurden somit zu Experten und bestimmten mit ihrer Rechtsprechung die Entwicklung des Tarifrechtes. Branchen mit zahlreichen Tarifverträgen wurden zu „Vorreitern“ und „Vorbildern“ für Tarifverhandlungen. Selbst bedeutsame Branchen, in denen der Abschluss von Tarifverträgen durch Arbeitgeber bekämpft wurde, konnten diese Entwicklungen letztlich nicht verhindern. Ab einer größeren, wenngleich nicht konkret bestimm- baren Zahl von Verfahren und Entscheidungen entwickelten sich diese zur Grundlage für die Rechtsprechung zum Tarifrecht und beeinflussten die rechtswissenschaftlichen Diskussionen. Im Gegensatz zu Deutschland besaßen in Frankreich die lokal agierenden Conseils jedoch nur wenige Möglichkeiten, ihre Urteile öffentlich zu diskutieren. Ihre Entscheidungen wurden in den französischen Rechtswissenschaften nicht als Beitrag zur Entwicklung des Tarifrechtes wahrgenommen. Ebenso bremsten die Justiz und die Gesetzgebung allgemeine Regelungen auf der Basis der Entscheidungen der Conseils.

Im Ergebnis kann die Verfasserin für beide Staaten anschaulich die jeweiligen Interessen von Arbeitgebern und Gewerkschaften am Abschluss von Tarifverträgen, an deren Reichweite und möglichen Öffnungsklauseln herausarbeiten. Sie zeigt, wie das Zustandekommen der lokalen Tarifverträge, wie die Entscheidungen der Schiedskommis-

sionen und das Richterrecht über mehrere Instanzen als Verfahrenswege außerhalb der regulären Gerichte die Entwicklung des nationalen Tarifrechtes beeinflussen konnte. Während aber in Deutschland nach 1918 die regulierende Funktion der Tarifverträge und die Allgemeinverbindlichkeit im Tarifrecht ihren Niederschlag fanden, fehlte in Frankreich eine solche einheitliche Tarifpraxis, womit weiterhin eine Vielfalt von Tarifverträgen nebeneinander bestand.

Insgesamt hat Rudischhauser eine grundlegende Studie zur Praxis der frühen Tarifvereinbarungen und der Bedeutung der lokalen Aushandlungen für das allgemeine Tarifrecht vorgelegt. Ihre Studie unterstreicht die Stärke praxistheoretischer Ansätze und regt zu weiteren Forschungen zu den Schnittstellen von Arbeitswelt und Arbeitsrecht an.

Münster

Matthias Frese

### Thyssens Transnational

*Derix, Simone*: Die Thyssens. Familie und Vermögen, 544 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

„Eisen und Stahl – deutsch – männlich“ (S. 9): Dies seien die tragenden Narrative zur Geschichte der Familie Thyssen im späten 19. und den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts. Demgegenüber konzentriert sich die hier zu besprechende gekürzte Habilitationsschrift von Simone Derix auf „das Verhältnis von Familie und Vermögen, da Vermögen, so die zentrale These, die familialen und sozialen Beziehungen der Thyssens wie auch ihr Verhältnis zu Staaten grundlegend strukturierten“ (ebd.).

Drei zentrale Kategorien liegen der Arbeit zugrunde: Vermögen, verstanden „nicht nur [in Form von, DM] Investition und Produktion, sondern auch Konsum und Kapitalakkumulation“ (S. 9), Inter- beziehungsweise Trans-

nationalität und Netzwerk. Diese dienen der Untersuchung, die sich in fünf Abschnitte gliedert. Zunächst werden für die Zeit zwischen den 1880er Jahren und dem Ende des Zweiten Weltkrieges vier Themen untersucht: (1) Vergleichsweise knapp wird der Einfluss von Sozialisation, Schule, Militär und Konfession auf die Thyssens betrachtet. Hierbei interessieren (sehr kurz) die Erlernung des Umgangs mit Vermögen und (ausführlicher) die frühe Integration in soziale und religiöse Netzwerke. (2) Sodann zeichnet die Arbeit die Entwicklung des transnationalen Lebensstils der ‚ultravermögenden‘ Thyssens – gespiegelt in den vielfältigen Wohnorten und Reisezielen – nach. Villen, Schlösser und Grandhotels dienten als dauerhafte Bleiben in Europa und Amerika, ergänzt um kurzzeitige Aufenthalte zu geschäftlichen und privaten Zwecken, die auch nach Asien und Afrika führten. (3) Anschließend werden Konflikte um Vermögen im Zuge von Vererbung und Scheidung ausführlich untersucht, zumal Scheidungen bei den Thyssens regelmäßig vorkamen. Der Umgang mit den ehemaligen Partnern sowie deren (möglicher) Zugriff auf das Familienvermögen waren stete Problemquellen. (4) Die zunehmende internationale Streuung und damit verbundene Verschleierung des Vermögens sowie dessen Beschlagnahmungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg werden sodann analysiert, bevor das abschließende Kapitel (5) für die Zeit zwischen 1945 und den 1960er Jahren die verschiedenen Themenkomplexe zusammenführt. Räumlich fand in dieser Zeit eine Konzentration vieler Thyssens in der Schweiz statt, beschlagnahmtes Vermögen konnte, auch unter Zuhilfenahme von Netzwerken, zurückgewonnen werden, und die Familienmitglieder blieben über Vermögensansprüche und freiwillige finanzielle Unterstützungen verwoben.

Die Arbeit zeichnet sich durch eine beeindruckende internationale Quellenforschung

und breite Rezeption der einschlägigen Literatur und Theorieangebote aus. Es gelingt Derix, die Thyssens als transnationale Familie mit interkontinentalem Vermögensgeflecht anschaulich zu machen, die alle Register zog, um ihre materielle Basis zu erhalten und auszubauen. Etwas, was ihr zwischen den 1880er und 1960er Jahren erstaunlich gut gelang. Zugleich wird Vermögen als ein die Familie verbindender Gegenstand, auch im Streit, sichtbar.

Wer sich für die individuelle Perzeption und Verwendung von sowie Bedeutungszuschreibung an Vermögen durch Superreiche – abseits vom Wunsch nach seinem Erhalt – interessiert, wird aber vergleichsweise enttäuscht von der Lektüre sein. Oft bleibt die Arbeit hierfür zu abstrakt und unpersönlich; vielleicht fehlen auch die notwendigen Ego-Dokumente und der Einfluss von Beratern und Familienmitgliedern auf Entscheidungen lässt sich nicht mehr klar trennen. Die breite Theorie- und Forschungslektüre hat manchmal Längen in Bereichen zur Folge, die für die wesentliche Fragestellung nachrangig erscheinen. Schließlich hätte man sich mehr Differenzierungen und Hierarchisierungen gewünscht: Schon die zentralen Kategorien stehen in der Einleitung nebeneinander, obwohl die des Vermögens dem Buchtitel folgend Vorrang besitzt. Wohnorte der Thyssens erscheinen ständig als Knotenpunkte der gesellschaftlichen Eliten, ohne dass aus den Quellen wirklich ausgeführt wurde, welche Verbindungen hier jeweils geschlossen beziehungsweise wie diese bewertet wurden. Netzwerke zu anderen Superreichen und politischen Führungszirkeln werden in den allermeisten Fällen nur im Hinblick auf die Ermöglichung von Handlungen untersucht, aber selten wird thematisiert, wann sie nicht (wie gewünscht) funktionierten oder auch hinderlich wirkten. Im Fazit wird zwar das Potenzial der Arbeit aufgezeigt, neue For-

schungsfelder zu öffnen, man hätte sich aber stärkere Thesen gewünscht, was sie für die Reinterpretation größerer historiografischer Narrative leistet.

Diese Kritik ändert jedoch nichts daran, dass die Familie Thyssen nach der Lektüre in einem neuen Licht erscheint: Als Besitzer eines internationalen Konglomerats aus Unternehmens-, Bank- und Holdinggesellschaften; als Familie, deren Mitglieder sich transnational bewegten, über viele Länder verteilt wohnten, verschiedenste Staatsangehörigkeiten besaßen und diese Tatsache nutzten, um sich der Nationalisierung von Vermögen und dem Zugriff von Staaten zu entziehen; als Gruppe, in der Frauen ebenso wie Männer eine wichtige Bedeutung für den Erhalt, aber auch für die Gefährdung des Vermögens hatten.

*Tübingen*

*Daniel Menning*

### **Gesamtkunstwerk und Globalgeschichte?**

*Tögl, Gero: The Bayreuth Enterprise. 1848–1914, 175 S., Königshausen & Neumann, Würzburg 2017.*

Leben, Werk und Wirkungsgeschichte Richard Wagners boten und bieten in ihrem Geltungsanspruch und ihrer Umstrittenheit interdisziplinäre Anknüpfungspunkte jenseits einer pauschalen Verklärung oder Abwertung des ‚Meisters‘. Der Forschungsbedarf ist nichtsdestotrotz weiterhin groß, wie Gero Tögl in seiner theaterwissenschaftlichen Dissertation deutlich macht, die im Rahmen des DFG-Projekts „Global Theatre Histories“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München entstanden ist. Innerhalb der Fülle an Themen und Ansätzen, zeitgenössischen Deutungsmustern und wissenschaftlichen Theorienangeboten legt er den Fokus auf die Entstehung, Organisation und Ausstrahlung der Bayreuther Festspiele vor dem Ersten

Weltkrieg. In Wagners Bayreuth sieht er ein soziales wie institutionelles Reformprojekt der Moderne, in dem sich die Spannungen des späten 19. Jahrhunderts brennglasartig bündeln: Wagners Kapitalismuskritik stand eine klare Ökonomisierung des Festspielbetriebs gegenüber, und die lokale und nationale Verankerung der Festspiele kontrastierte und korrelierte mit ihrer transnationalen Ausstrahlung. Im Grunde strebt Tögl nichts weniger an, als die Wagner-Forschung aus modernisierungs- und globalgeschichtlicher Perspektive neu aufzurollen – auf nur 150 Seiten fraglos ein ambitioniertes Unterfangen, zumal eine konturierte Fragestellung fehlt. Klar wird, dass sich Tögl von Wagner-Hagiografie und -Polemik ebenso distanziert wie von einer nationalen Engführung Bayreuths.

Nach einer knappen Einleitung, die die Wagner-Debatte von Charles Baudelaire bis Udo Bernbach umreißt, breitet das erste Kapitel auf einem Viertel des Buchumfanges den konzeptionellen Rahmen der Studie aus, konfrontiert die Leser\_innen aber bereits auch mit einigen darstellerischen Eigentümlichkeiten. Auf Basis der Exegese einzelner Arbeiten zur Nationalisierung und Transnationalisierung des Opernbetriebs im 19. Jahrhundert, insbesondere von Philipp Ther, sowie einer globalgeschichtlichen Gipfelwanderung anhand von Gesamtdarstellungen und Handbuchbeiträgen aus den 1990er und 2000er Jahren steckt Tögl einen Untersuchungsrahmen für die Bayreuther Festspiele jenseits personenzentrierter, nationalistischer oder romantisierender Verzerrungen ab. Allerdings fehlen zwischen den keineswegs aktuellen globalhistorischen Großnarrativen wie Immanuel Wallersteins Weltsystemtheorie und dem Blick auf den speziellen Bayreuther Fall jegliche analytisch ergiebige Zwischenebenen, die die Studie fruchtbar an die Forschung anschließen würden. Zudem weist dieses Panorama spürbare Lücken auf. Zwar referiert Tögl aus-

fürlich Jürgen Osterhammels monumentale „Verwandlung der Welt“, lässt dessen Aufsatz in „Geschichte und Gesellschaft“ zur Globalisierung europäischer Kunstmusik indes ebenso beiseite wie die Arbeiten Sven Oliver Müllers zu musikalischer Geschmacksbildung und Publikumsverhalten oder Jessica Gienow-Hechts zum Transfer von Musikern, Musik und Institutionen von Deutschland in die USA. Schließlich verzichtet Tögl auf eine kritische Reflexion der Möglichkeiten und vor allem der Grenzen eines globalgeschichtlichen Zugangs zu Wagner jenseits des (nord-)atlantischen Raumes und einer außer-europäischen deutschen Diaspora.

Noch irritierender sind die langen Re-kurse auf Bruno Latours Akteur-Netzwerk-Theorie. Zwar ist unbestritten, dass Latours Verflüssigung von Akteursbeziehungen und ihren materiellen Umwelten gerade für die institutionelle Seite der Gesamtkunstwerksidee anregend sein kann. Auch verfügt Tögl über eine profunde Kenntnis des Latour'schen Ansatzes. Doch ergibt sich aus der lediglich ansatzweisen Verzahnung mit Wagner ein Missverhältnis zwischen Theorie, Operationalisierung und Umsetzung. So wirkt der Vergleich zwischen der Bayreuth Enterprise und dem von Latour übernommenen Fall der „Pasteurization of France“ schief und trägt kaum zu Erkenntnisgewinn bei. Ironisch mutet es daher an, dass Pasteur im Folgenden auch jenseits von Latour noch einmal aufscheint – in einer Invektive der völkisch-nationalen „Bayreuther Blätter“ gegen Impfungen und Vivisektion (S. 111).

Netzwerktheoretisch den „Akteuren und Narrativen“ folgend, behandelt das zweite Kapitel „The Construction of the Wagner Controversy“ die ‚Übersetzung‘ von Wagners utopischer Gesamtkunstwerkskonzeption in einen „public discourse on the relation between art, and modern culture“ (S. 16f.). Daraus folgt zunächst eine Exe-

gese der „Zürcher Kunstschriften“, die im Wesentlichen Udo Bernbach resümiert und, wie auch im Folgenden, die Frage aufwirft, ob es sich bei der Studie vielleicht um eine hochtheoretisierte verkappte Synthese handelt, die fast ausschließlich auf Sekundärliteratur basiert. Tögl entwickelt zwar argumentative Linien, doch schweben diese so hoch über den Quellen, dass eine analytisch-kritische Auseinandersetzung mit Wagner unterbleibt. Stattdessen ist die Deutung des Gesamtkunstwerks mithilfe von Osterhammel als „process of self-reflexivity within globalizing modern societies“ (S. 70) eher Behauptung als Untersuchungsbefund. Interessant, aber größtenteils auch nicht neu, sind die Ausführungen zu den Patronats- und Wagner-Vereinen, zur gleichermaßen lokalen, nationalen wie transnationalen Verankerung der frühen Festspiele. Leider oszilliert der Text hier kleinteilig zwischen verschiedenen Aktionsräumen, Unterstützerguppen und gesammelten Geldbeträgen, die eine klare Interpretation vermissen lassen. Statt Globalisierungs- und Netzwerkrhetorik wäre eine empiriegesättigte, dezidiert transnational-vergleichende Untersuchung der Wagner-Vereine ein unmittelbarer Erkenntnisgewinn gewesen. Das Kapitel schließt auf der Basis einiger Zeitungsartikel mit einem Blick auf ein nicht realisiertes Wagner-Festival-Projekt in Milwaukee im Rahmen der Weltausstellung von 1893, das den Bayreuther Monopolisierungsbestrebungen eindeutig zuwiderlief. Der Kontext der Weltausstellung wie auch die geplante Mitwirkung des tourenden Wagner-Impresarios Angelo Neumann hätten Gelegenheit geboten, den angesprochenen Zusammenhang zwischen Kunst, Infrastruktur, Öffentlichkeit und Ökonomie mit Blick auf die Großkategorie der Modernisierung differenzierter auszuleuchten. Tögl hingegen spricht zwar vollmundig von „Worldwide Nibelungs“ (S. 111), bleibt aber geografisch dahinter weit zurück.



Das dritte Kapitel „The *Gesamtkunstwerk* on the Market“ behandelt die Ökonomisierung Bayreuths als Teil einer entstehenden Kulturindustrie. Tögl referiert eine Einzelstudie, Nicholas Vazsonyis Buch über Wagners „self-promotion“, und verbindet diese mit Seitenblicken auf die Globalisierung von Urheberrechtsfragen – wobei sich bei Wagner die effektive Wirkung der Berner Urheberrechtskonvention von 1886 auf den transatlantischen Raum beschränkte – und auf den Streit über die Aufführungsrechte des „Parsifal“ außerhalb Bayreuths. Die durchaus bekannten Beispiele sind durchsetzt von seitenlangen Exkursen zur Akteur-Netzwerk-Theorie. Dabei erweist sich die Verknüpfung von Vazsonyis Überlegungen zu Wagner als Marke „made in Germany“ mit geschichtswissenschaftlichen Perspektiven auf das „Kaiserreich transnational“ (s. Conrad/Osterhammel) als potenziell anregend. Der Einlösungsvorbehalt bleibt jedoch mangels einer breiten empirischen Grundlage bestehen.

Das dreiseitige Fazit erhebt Wagner zu einem der „founding fathers of modernity itself“ (S. 161). Dem kann in dieser Allgemeinheit kaum widersprochen werden. Der Beweislast der Arbeit ist eine solche Behauptung gleichwohl abträglich.

Neben der Übertheoretisierung und dem Ungleichgewicht zwischen Literaturreferat und Empirie bietet die Studie auch formalstilistisch manche Hürde. Redundanzen und kaskadenhafte *ibid.*-Fußnoten fallen noch weniger ins Gewicht als die ungleiche Kapitelgestaltung. Gelegentlich (vgl. S. 62) verschwimmen Akteurs- und Analyseperspektive. Zudem neigt Tögl zu ausufernden illustrativen Zitaten aus der Sekundärliteratur. Unergründlich bei einer englischsprachigen Arbeit bleibt dabei, warum gerade die langen deutschen Zitate nicht übersetzt werden. Die anvisierte internationale Leserschaft dürfte so häufiger aus dem Lektürefluss aussteigen.

Dieses Buch irritiert: Die Erwartung, auf 150 Seiten eine angesichts der Größe des Themas stark zugespitzte oder radikal exemplarische, dafür aber analytischer durchdrungene Darstellung der *Bayreuth Enterprise* vorzufinden, unterläuft es gründlich. Umso mehr bleibt eine Globalgeschichte von Wagners Gesamtkunstwerk ein disziplinübergreifend lohnendes Projekt.

Freiburg i. Br.

Friedemann Pestel

### Europäische Multinationalität des Militärs

*Echternkamp, Jörg/Mack, Hans-Hubertus (Hrsg.):* Geschichte ohne Grenzen?. Europäische Dimensionen der Militärgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, 368 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2016.

Der Sammelband, der von zwei Historikern des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (ZMSBw) herausgegeben wurde, soll ein europäisches Militärgeschichtsbuch sein, das auf eine „Europäisierung“ der historischen Bildung der militärischen Vorgesetzte und Soldaten und Soldatinnen hinwirkt, deren Berufsbild künftig noch mehr in einem nationenübergreifenden, europäischen Zusammenhang definiert und verstanden wird (S. 11). Der Band, so die Herausgeber, sei in „didaktischer Absicht auf den Weg gebracht“ (S. 3) und ziele in erster Linie auf die historisch-politische Bildung.

Die Aufstellung multilateraler Verbände im Rahmen der NATO und der Streitkräfte zahlreicher europäischer Staaten führt immer mehr in Richtung einer neuen europäischen Multinationalität. Die Herausbildung eines europäischen Sicherheitssystems erfordere daher, so der Kommandeur des ZMSBw, Hans-Hubertus Mack, im Vorwort, ein Umdenken in der historischen Bildung und der militärischen Geschichtspolitik, die noch immer weitgehend nationalgeschicht-

lich geprägt seien. Der Zweck des Bandes sei die „Zielgruppen gerechte Vermittlung“ systematisch ausgewählter europäischer Ereignisse und Entwicklungen einer „nicht nationalistischen Militärgeschichte“ seit dem Ende der Napoleonischen Kriege. Dabei soll nicht die eigene Nationalgeschichte betrachtet werden, sondern durch den Vergleich und den europageschichtlichen Bezug über den Tellerrand hinausgeblickt werden (S. 2).

In ihrer umfangreichen Einleitung weisen Echternkamp und Mack darauf hin, dass eine europäische Militärgeschichte der konfliktreichen Vielfalt Rechnung tragen sollte und so der Gefahr begegnet werden könne, sozialen Zusammenhalt durch einseitige historische Identitätsstiftung schaffen zu wollen. Militärische Multinationalität, und dieser Begriff wird häufig bemüht, bilde einen vergleichsweise neuen Erfahrungshintergrund für das Verständnis von Geschichte (S. 3). Die Weiterentwicklung der militärischen Multinationalität auf europäischer Ebene geschehe vor allem aufgrund nationaler sicherheitspolitischer, außenpolitischer und wirtschaftlicher Gründe. Mit zunehmender Multinationalität und weltweitem Einsatz stünden Soldaten zunehmend in einem Spannungsverhältnis zwischen alt hergebrachten und neuen Rollen (S. 6). Das neue Konzept einer korporativen Sicherheit, das den Soldaten neben den alten Aufgaben neue übertrage, erfordere auch ein Umdenken in der militärischen Ausbildung, vor allem der historisch-politischen Bildung. Unausweichlich sei „ein neues Ausbalancieren von professionellen Fähigkeiten und politischer Bildung“ (S. 7).

Der im Sammelband versuchte Ansatz der transnationalen Geschichte soll Beziehungen und Verflechtungen und die Zwiespältigkeit der europäischen Militärgeschichte betrachten, er interessiert sich auch für inter- und übernationale Organisationen von Staaten und Nichtregierungsorganisationen. Es gehe darum, Verbindungslinien zu erkennen und

nachzuzeichnen, die über nationale Grenzen hinausgehen; es soll „das militärische Wirkungs- und Beziehungsgeflecht in Europa über längere Zeiträume untersucht werden“ (S. 10), ohne allerdings dabei die nationalen Besonderheiten aus dem Blick zu verlieren.

Der Band ist in sieben systematische Abschnitte gegliedert, dem (ohne Einführung) 27 Beiträge zugeordnet sind. Der Großteil der Beiträge hat eine Länge von zehn Seiten, ist in Form eines Essays gehalten, hat lediglich einen kleinen Anmerkungsapparat oder verzichtet ganz auf Annotationen. Der erste Abschnitt „Militärhistorische Grundzüge bis 1989/90“ beinhaltet nur einen Beitrag: Georges-Henri Soutou unternimmt den nicht sehr überzeugenden Versuch, längerfristige Linien von Kontinuität und Wandel der europäischen Militärgeschichte auf sieben Textseiten und zwei Karten zu umreißen; etwas mehr Platz wäre hier sicher hilfreich gewesen. Der zweite Abschnitt „Krieg und Frieden in Europa“ ist mit sieben Aufsätzen der umfangreichste. Er beschäftigt sich mit einem Kernpunkt der Militärgeschichte, dem Krieg und seinen Auswirkungen. In diesem Teil sind auch die beiden einzigen Beiträge, die sich explizit mit Themen des 19. Jahrhunderts beschäftigen: Michael Rowes Beitrag zu den Napoleonischen Kriegen und deren Folgen sowie der lesenswerte Beitrag von Holger Nehring zu den europäischen Friedensbewegungen seit dem 19. Jahrhundert. In den sechs Beiträgen des dritten Abschnitts „Militärisch-zivilgesellschaftliche Verflechtungen“ werden Aspekte von Bürgerkriegen und übergreifende Entwicklungen wie der Wandel der Wehrverfassung thematisiert.

Die Einsätze von schweizerischen Kontingenten in multinationalen Verbänden blieben zwar bisher auf den Kosovo beschränkt; da jedoch nur in der Schweiz bis heute ein Milizsystem existiert, findet auch deren nationale Geschichte Beachtung. Rudolf Jaun schildert in seinem konzisen Aufsatz „Die Schweizer

Armee: Ein europäischer Sonderfall? Wehrpflicht, Bewaffnung und Kampfführung im Wandel der „militärischen Revolutionen“ die Besonderheiten dieses Modells. Die Schweizer Milizarmee dehnte die Wehrpflicht zwischen 1890 und 1990 auf 80 Prozent der männlichen Staatsbürger aus und erreichte damit eine der höchsten Ausschöpfungsquoten des nationalen Wehrpotenzials in Europa. Dennoch lief die Schweiz der europäischen Entwicklung entgegen: Dauernde bewaffnete Neutralität seit dem Wiener Kongress und dazu stete Verbesserung des militärischen Verteidigungspotenzials bei gleichzeitiger struktureller Angriffsunfähigkeit (S. 145). Die Armee hatte so am Ende des Kalten Krieges einen tatsächlichen Bestand von 600.000 Mann; heute plant die Armeeführung eine 100.000 Mann-Armee. Nach dem Ersten Weltkrieg zeigte sich, dass die Ressourcen eines Kleinstaats, die für eine mechanisierte und industrialisierte Kampfführung notwendig waren, nicht reichten (S. 147). Daher sollten in den 1950er Jahren entsprechend dem internationalen militärischen Trend taktische Atomwaffen, die erst noch zu beschaffen waren, für die Feuerunterstützung sorgen. Durchgesetzt hat sich angesichts der beschränkten Ressourcen aber ein eigener schweizerischer Weg: Ausgangspunkt bilden der schweizerische Raum und die Staatsbürger-Armee. Der vierte Abschnitt „Militär in Europa: Selbst- und Fremdbilder“ untersucht in fünf Beiträgen, welche Bilder die Soldaten von sich hatten, welche von ihren Gegnern. Welche Rolle spielten Medien für die Vermittlung oder Gruppen der Bevölkerung wie Intellektuelle, Gelehrte und Künstler; wie war es um die Kriegserinnerung beschaffen? Die vier Beiträge des fünften Teils „Europäische Streitkräfte in militärpolitischen Bündnissen“ untersuchen Militärallianzen als Ausdruck einer (vorübergehenden) internationalen Verbindung. Der sechste Abschnitt ist mit drei Aufsätzen

„Europa in außereuropäischen Zusammenhängen“ gewidmet. Den Abschluss bildet das Kapitel „Nach dem Ende des Kalten Krieges“, das einen Beitrag von Leopoldo Nuti zu Europa und der Auflösung Jugoslawiens enthält. Eine nach Kapiteln geordnete Auswahlbibliografie und ein Orts- und Personenregister runden den Band ab.

Die Herausgeber haben in ihrer Einführung selbst darauf hingewiesen: „Die weiterreichende Aufgabe einer noch zu schreibenden europäischen Militärgeschichte kann der vorliegende Band nur andeuten, nicht lösen: nämlich die spezifische nationalen und die gemeineuropäischen Entwicklungen der Militärgeschichte in der Zusammenschau zu bündeln und systematisch gegeneinander abzuwägen“ (S. 11). Die einzelnen Beiträge weisen zudem eine unterschiedliche Nähe zum Thema auf, manches scheint eher zufällig und weniger systematisch ausgewählt, wie im Vorwort angekündigt. Ein Beitrag zur Entwicklung Nordeuropas fehlt. Auch ist anzumerken, dass ein klarer Schwerpunkt auf dem 20. Jahrhundert und ein leichtes Übergewicht in der deutschen Militärgeschichte liegen. Insgesamt bildet der Sammelband jedoch ein größtenteils lesenswertes Kompendium zu den im Titel benannten europäischen Dimensionen der Militärgeschichte.

Rostock

Michael Busch

### **Bombenkrieg und Globalgeschichte**

*Hipler, Thomas*: Die Regierung des Himmels. Globalgeschichte des Luftkriegs, 269 S., Matthes & Seitz, Berlin 2017 (franz. 2014).

Nach dem immerhin vor drei Jahren erschienenen französischen Original folgt nach der englischen nunmehr auch die deutsche Übersetzung. Interessierte, die in dem Buch nach Beschreibungen der mythenumrankten Luftschlachten des Ersten und Zweiten

Weltkrieges suchen, seien auf den Untertitel verwiesen, der im Französischen „Histoire globale des bombardements aériens“ und im Englischen „A Global History of Aerial Bombing“ lautet. Insofern ist die „Globalgeschichte“ deutlich eingeschränkt. Wer mehr über die Theorien und Deutungen des Bombenkrieges im 20. und 21. Jahrhundert wissen möchte, dem sei dieser schmale Band umso mehr empfohlen, zeigt er doch von Beginn an, was unter der „Regierung des Himmels“ zu verstehen ist: Den möglichst ungehinderten Abwurf von Bomben auf militärische und nichtmilitärische Ziele. Thomas Hipplers Anspruch ist es dabei nicht, einen umfassenden Überblick über sämtliche Bombenkriege dieser Zeit in Form eines Nachschlagewerkes anzubieten. Vielmehr handelt es sich um kapitelweise gesetzte Schlaglichter, mit denen der Autor zeigen möchte, wie sich der Blick auf den Bombenkrieg und die in ihn gesetzten strategischen Erwartungen binnen ungefähr 100 Jahren wandelten.

Mit seinem sowohl essayistisch als auch analytisch ansprechenden Buch fügt sich der in Frankreich lehrende Hippler in eine Forschung ein, die sich in den letzten Jahren außerordentlich für das Phänomen des Bombenkrieges interessiert hat, sowohl für das Kriegserlebnis der Bombardierenden, wie etwa Stefanie Schüler-Springorum in ihrer Studie über die Legion Condor (2010), als auch für das der Bombardierten. Gemeint sind hier die Werke von Dietmar Süß „Tod aus der Luft“ (2011), der das Deutsche Reich und Großbritannien im Zweiten Weltkrieg in den Blick genommen hat, sowie des britischen Zeit- und Militärhistorikers Richard Overy, der diese Perspektive in „Der Bombenkrieg“ (2014) auf ganz Europa ausgedehnt hat. Beide haben sich auch ausführlich mit den zugrunde liegenden Vorstellungen der Theoretiker des taktischen Bombenkrieges und deren Entwicklung bis zu ihrem Untersuchungszeitraum beschäftigt. Hippler geht

in seinem Werk noch weit darüber hinaus, indem er zeigt, wie sich Kriege zunehmend totalisierten (und damit auch ‚demokratisierten‘) und hybride Formen annahmen. Für ihn ist die Geschichte der Luftschläge ein „Ausgangspunkt für die Globalgeschichte des 20. Jahrhunderts“ (S. 22).

Mit dem Abwurf einer Bombe des italienischen Fliegerleutnants Giulio Gavotti am 1. November 1911 auf arabische Kämpfer in der Nähe von Tripolis beginnt für den Autor eine Revolution des Kriegswesens, die bis heute anhält. Bomben und Bombardierungen, so eine weitere These, waren zunächst ein koloniales Phänomen, bevor sie auch in Europa eingesetzt wurden. Binnen 100 Jahren war aus der Utopie zunächst ein Mittel des Krieges, im 21. Jahrhundert dann ein Tötungsinstrument geworden, ohne dass man offiziell von einem Kriegszustand sprechen kann. So werden etwa amerikanische Drohnen in Ländern eingesetzt, mit denen sich die USA nicht im Krieg befindet, beispielsweise in Pakistan. Von diesen Entwicklungen konnte Gavotti nichts wissen, der eigentlich die Stellungen des Osmanischen Heeres aufklären sollte. Bereits zuvor als Abbild des draufgängerischen Leutnants in Erscheinung getreten, wollte der Pilot unbedingt der Erste sein, der eine Bombe auf einen Gegner abwirft. Seine Inspiration hatte er sich wohl bei den europaweit stattfindenden Luftschauen geholt. Hier gab es Geschicklichkeitsprüfungen, an denen vor allem die Militärs interessiert waren, die der Nützlichkeit der frühen Fluggeräte mehr als skeptisch gegenüberstanden. Zu diesen Prüfungen gehörte auch der Abwurf von Gegenständen in einen gekennzeichneten Bereich. Ohne Zweifel war dies Gavotti durch die ausführliche Zeitungsberichterstattung bekannt. Gleichzeitig warf er seine Bombe auf nicht reguläre Truppen in einer Oase ab. Hier sieht der Autor den Beginn eines Krieges, in dem nicht mehr Streitkräfte gegeneinander kämpften,

sondern sich der Krieg auch gegen Zivilisten sowie das ökonomische und soziale System richtete. Die koloniale Peripherie bot eine Arena, in der man die Bombenangriffe erprobte und perfektionierte, bevor sie sich im Zweiten Weltkrieg gegen die europäischen Völker richtete.

Hippler unterschätzt in diesem Zusammenhang den Einsatz von Bomben im Ersten Weltkrieg durch alle kriegführenden Nationen gegen das Hinterland der Westfront, wenn auch nicht im Hinblick auf seine Resultate oder die geringen Zerstörungen. Nicht gering allerdings war die psychologische Wirkung auf die Zivilbevölkerung, waren doch beispielsweise die Londoner im Sommer 1917 erstmals dazu gezwungen vor deutschen Bombern Schutz in den Schächten der U-Bahn zu suchen. Diese psychologische Wirkung ließ sich auch propagandistisch nicht übertünchen und floss wohl auch in die kommenden Überlegungen der Luftkriegstheoretiker ein.

Nach dem *great war* stellte sich für die britische Luftwaffe die Frage nach dem Sinn ihrer Existenz. Die Antwort fand man in den Kolonien, wo die Royal Air Force und später auch die französische Luftwaffe mithilfe eines so verstandenen *police bombing* Aufstände unterdrückte. Dahinter stand zum einen die Idee, dass eine Bekämpfung der Aufständischen mit den geringsten Verlusten am ehesten aus der Luft möglich sei. Zum anderen sollten die Kolonisierten im Schoß des Mutterlandes verbleiben und somit den Anschluss an die europäische verstandene Zivilisation nicht verlieren. In gewissem Sinne dachte man sich das *police bombing* in diesen asymmetrischen Kriegen also als humanitären Einsatz und als notwendig, um die vorherige Ordnung wieder herzustellen. Ziel war nun nicht mehr die Eroberung oder Rückeroberung eines Territoriums, die Angriffe richteten sich nunmehr gegen ganze Völker und deren Ressourcen. Gleichzeitig

formulierte der italienische General Giulio Douhet seine Überlegungen zur Luftherrschaft, die bis heute in Abwandlungen eine zentrale Rolle für Luftkriegstheorien spielen. Die Luftüberlegenheit herzustellen war aus seiner Sicht unabdingbar, um dann mit einer eigenständig operierenden Luftwaffe offensiv im Hinterland des Feindes zu operieren und die feindliche Produktion und Infrastruktur zu zerstören. Opfer in der Zivilbevölkerung waren in Kauf zu nehmen, um die der Soldaten gering zu halten.

An diese Überlegungen knüpften die militärischen Planer im Zweiten Weltkrieg an. Ziel war es zusätzlich, durch starkes Bombardement die Einheit der gegnerischen Bevölkerung zu zerstören, die letztlich ihre Regierung zu einem Frieden zwingen sollte. Diese wiederum versuchte durch den Luftschutz die Einheit der auseinanderbrechenden Klassen zu erhalten. Die Fürsprecher des strategischen Bombenkrieges, die wie Arthur Harris den Einsatz in den Kolonien gelernt hatten, sahen in ihm die Möglichkeit für eine effizientere und schnellere Beendigung des Krieges. Bekanntlich ist es dazu nicht gekommen, da das Deutsche Reich durch Bodentruppen erobert wurde und Japan aufgrund von Versorgungsproblemen auch ohne den Abwurf zweier Atombomben kapituliert hätte. Allerdings unterstrich gerade die Verwendung der Atombomben die Argumentation Douhets, sodass die Luftwaffe auch nach 1945 immer als der entscheidende Faktor angesehen wurde. Hippler macht dies am Beispiel des Vietnamkrieges und der Kriege im Irak deutlich. Aber auch hier zeigte sich immer wieder, dass die Douhetisten geirrt hatten: ohne *boots on the ground* konnten zwar zunächst die eigenen Verluste gering gehalten werden, allerdings wurden die Kriege auch nicht gewonnen. Das Resultat dieser Entwicklung ist die heutige Verschiebung der Grenze zwischen Krieg und Frieden und der Fortgang des *police bombing* durch den

Einsatz von Drohnen. Statt große Bomberflotten einzusetzen, führt man heute einen „permanenten Luftkrieg niedriger Intensität“ (S. 228). Und wie in den 1920er Jahren dient dies alles dem Zweck, die kosmopolitische und friedliche Weltordnung aufrechtzuerhalten.

Vechta

Florian Schnürer

### Geteilte Ordnungen in Lateinamerika

*Riekenberg, Michael:* Geteilte Ordnungen. Eine Geschichte des Staates in Lateinamerika, 185 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2017.

Michael Riekenberg beschreibt den Staat in Lateinamerika als Geschichte geteilter Ordnungen. Dafür setzt er bei Max Webers Staatsbegriff an, macht aber deutlich, dass man über Weber hinausgehen muss, um den Staat in Lateinamerika zu verstehen. Der Autor versucht dies über einen ethnografischen Zugang, indem er Familienähnlichkeiten (im Sinne Ludwig Wittgensteins) und Bedeutungsvielfalten herausarbeitet, den Staat also in seinem Widerstreit zwischen verschiedenen Ordnungen – moralische Ökonomien, Gewohnheitsrecht und Staatsgesetze – analysiert. Riekenbergs Ansatz überzeugt, da er, im Gegensatz zu immer noch häufigen Darstellungen über lateinamerikanische Staaten, nicht zu einer Defizitanalyse gelangt, sondern dem Staat in Lateinamerika eine eigene Perspektive einräumt, die dadurch bestimmt wird, welche Bedeutung die Menschen ihm gegeben haben. Das Bild bleibt eben nicht stehen bei einem Staat, der das Gewaltmonopol nicht aufrecht halten konnte, sondern zeigt, dass er es teilweise auch nicht wollte und immer für verschiedene Inhalte und Deutungen offen war, wobei diese Offenheit gerade nicht zu seinem Zerfall führte. Der Staat als Gebilde geteilter Ordnungen

erweist sich in Lateinamerika als äußerst robuste Konstruktion.

Diese leitende These vom Staat als Geschichte geteilter Ordnungen wird in chronologischer Abfolge ausbuchstabiert. Dabei zeigen sich Stärken und Schwächen einer großangelegten Synthese über die Geschichte eines ganzen Kontinents. Die Idee der geteilten Ordnungen überzeugt und wird immer wieder an einzelnen Epochen und Ländern anschaulich belegt, gleichzeitig fehlt dem Buch aber eine empirische Quellenbasis (dessen ist sich der Autor auch bewusst), sodass weder detaillierte Entwicklungen noch abweichende Beispiele in den Blick genommen werden.

Für die Kolonialzeit beschreibt Riekenberg den Staat als Wanderer, der über die Reisen seiner spanischen Beamten seine Bedeutung erhielt. Dabei sieht er insbesondere in der Etablierung von zwei Republiken – der *república de indios* (kooperativ verfasste Gemeinden mit eigenen politischen Ämtern und Rechtsordnungen) und der *república de los españoles* – den ersten und dauerhaftesten Ausdruck von geteilten Ordnungen. Er kann zeigen, dass diese geteilte Ordnung aufgrund eines Reziprozitätspakts, also dem Schutzversprechen der spanischen Krone für die indigenen Gemeinden gegen Tributabgaben, durchaus für stabile Verhältnisse sorgen konnte, verweist aber auch darauf, dass dieser Reziprozitätspakt häufig erst durch Gewalt entstanden ist und die indigenen Gemeinden sich nur unter Zwang beteiligten. In diesem Zusammenhang wurde die Figur der indigenen Vermittler wichtig, häufig Kaziken, die vom Staat ein Amt bekamen, das sie in ihrer Gemeinde aus Gewohnheitsrecht schon innehatten. Diese kulturellen Übersetzer beförderten die Aufrechterhaltung der geteilten Ordnungen, da sie zwar am Staat teilhatten, ihn gleichzeitig aber innerhalb ihrer Gemeinde oft verneinten, da sie gerade aus

der Position an der Schnittstelle zwischen zwei Ordnungen ihren Vorteil zogen.

Die Stabilität der Kolonialzeit ging mit der Unabhängigkeit verloren, nicht jedoch die Idee der geteilten Ordnungen. Riekenberg sieht den Staat in den Unabhängigkeits- und Bürgerkriegen nur noch als einen Akteur unter vielen, als einen Kumpan, dem es nicht mehr gelingt, die Ordnungsmacht aufrecht zu halten. Durch zahlreiche Verbände und Gemeinschaften, die sich das Recht zur Gewalt nahmen, wurde der Staat in segmentäre Kriege verwickelt. Es entstanden Verflechtungsordnungen zwischen einzelnen Gewaltgemeinschaften, die den Staat in seine größte Krise brachten. Er ging jedoch in den segmentären Kriegen nicht unter, da diese Beziehungen ihn auch stärkten. Seine Sprache von Staatsbürgern, Volkssouveränität und Wahlen setzte sich durch, weshalb ländliche Aristokratien, die nicht an den Staat glaubten, auf ihn und seine Ressourcen zurückgriffen, um sich zu legitimieren und sei es nur, um einen Vorteil gegenüber rivalisierenden Gruppen zu erzielen. Da die Menschen diese gleichzeitige Annahme und Ablehnung des Staates gewohnt waren, kam dieser über die segmentären Beziehungen somit in Räume, die ihn bisher gemieden hatten und konnte gegen Ende des 19. Jahrhunderts seine Rolle als Konstrukteur staatlicher Ordnung wieder stärker wahrnehmen.

Faktoren wie Bevölkerungswachstum, Zuwanderung und Urbanisierung spielten bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts dafür eine wichtige Rolle. Der Staat musste um soziale Kontrolle bemüht sein und versuchte diese über Statistiken und das Sammeln von Wissen zu erreichen. Die Biopolitik wurde zum zentralen Ordnungssystem für die Gesellschaft, auch staatliche Akteure wie Polizei, Beamtschaft oder Krankenhäuser wurden stärker reguliert, wobei diese Reformversuche häufig nur wenig erfolgreich verliefen – die Bevölkerung lernte weiterhin in geteilten Ord-

nungen zu leben. Daneben bildeten sich in den Städten marginale Räume, Elendsviertel, heraus, auf die der Staat keinen Zugriff erhielt und teilweise auch nicht erhalten wollte.

Die Distanz der Menschen zum Staat ist für Riekenberg auch einer der Gründe, warum der lateinamerikanische Staat während der Militärdiktaturen in den 1970er Jahren nicht zum totalen Terrorstaat wurde. So entwickelten sich während dieser Zeit des dauerhaften Ausnahmezustands parastaatliche Gewaltformen, die sich der bürokratischen Kontrolle des Staates entzogen und die zum Teil eines Maßnahmenstaates wurden, der sich häufig über den nach außen propagierten Normenstaat hinwegsetzte. Der Staat spielte hier als Gaukler mit Normen und Vorschriften, die er nicht garantieren konnte oder wollte, mit dem zerstörerischen Resultat der brutalen Menschenrechtsverbrechen. Ob diese tatsächlich deshalb geringere Ausmaße aufwiesen als in den totalitären Diktaturen Europas, weil die geteilten Ordnungen immer für eine gewissen Distanz zum Staat sorgten, sodass es diesem auch in der Repression gar nicht gelang, eine totale Kontrolle über seine Bevölkerung zu gewährleisten, ist angesichts der Zahlen von Toten und Verschwunden in Guatemala oder selbst Argentinien nochmal zu überdenken. Für andere Staaten ist die Idee, dass die geteilten Ordnungen in Lateinamerika den Menschen durchaus auch Schutz gewährten, wenn auch nicht allen Menschen immer den gleichen Schutz, durchaus gewinnbringend.

Diese Einschätzung gilt auch für die gesamte Lektüre des Buches, denn Michael Riekenberg ist es gelungen, mit seiner Idee der geteilten Ordnungen einen Beitrag zur Geschichte des Staates vorzulegen, bei dem Lateinamerika nicht nur als defizitärer Abklatsch von Europa charakterisiert, sondern in seiner eigenständigen Entwicklung wahrgenommen wird.

Münster

Stephan Ruderer

## Karrieren intellektueller Köpfe und Vordenker

Walter, Franz: *Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert*, 397 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017.

Franz Walter gilt als einer der profiliertesten deutschen Politikwissenschaftler und hat als Autor zahlreicher Monografien und Artikel vor allem zur westdeutschen Parteilsgeschichte geforscht. Bekannt geworden ist er insbesondere mit seinen Arbeiten zur Geschichte der SPD. Wie ein Kondensat seiner langen Forschungsvita liest sich auch die vorliegende Essay-Sammlung, in der er die großen sozialen Bewegungen, politischen Formationen und Ideen des 20. Jahrhunderts Revue passieren lässt. Im Kern geht es dem Autor jedoch nicht um eine strukturelle Analyse sozialer Bewegungen und politischer Parteien. Im Zentrum der Beiträge stehen vielmehr deren intellektuelle Köpfe und Vordenker, eine lange Liste von Liberalen, Linken und Konservativen, die vom Theoretiker Herbert Marcuse über den Juristen Hermann Heller bis zum Reichskanzler Heinrich Brüning reicht. Über diesen biografischen Ansatz verfolgt er die Karriere von radikaldemokratischen Konzeptionen, politischen Ideen und Strömungen, die das 20. Jahrhundert nachhaltig geprägt haben und teilweise bis in die Gegenwart weiterwirken. Dabei lotet Walter stets die spezifischen politischen, sozialen und kulturellen Konstellationen und Stimmungslagen aus, die es historischen Figuren und Repräsentanten in historischen Transformations- und Übergangsphasen ermöglichten, große Anhängerschaften um sich zu scharen und so gesellschaftliche Aufbrüche und politische Neuanfänge voranzutreiben – oder diese zu blockieren.

Walters Aufgangsthese lautet in diesem Zusammenhang, dass es oftmals gerade chronisch erfolglose, in ihrem Aufstiegs willen gehemmte und persönlich frustrierte Außenseiter waren, die – war ihre Stunde erst gekommen – unvermittelt zu messiasgleichen „Heilspropheten“ (S. 13) aufsteigen konnten und Geschichte machten. Schwanden die Voraussetzungen für ihren Erfolg, war der historische Moment vergangen, versanken sie oftmals ebenso rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit. Besonders eindrücklich vermag der Autor dies etwa am Beispiel Herbert Marcuses aufzeigen, der intellektuellen Galionsfigur der „68“-Bewegung. So waren Marcuses Schriften bis in die 1960er Jahre weitgehend unbeachtet geblieben – er selbst lebte isoliert im amerikanischen Exil –, bis im Jahr 1964 seine bemerkenswert erfolgreiche aber auch kurzlebige Karriere als politischer Stichwortgeber und Welterklärer der Neuen Linken anbrach. Es war hier gerade der aktivistische und praxisbezogene Furor seiner Schriften, der auf die veränderungshungrigen Nachkriegslinken Westeuropas eine magische Anziehungskraft ausübte, nicht zuletzt da er sich deutlich vom existentialistisch angehauchten Katzenjammer à la Theodor W. Adorno und Max Horkheimer unterschied. Marcuse lieferte die theoretische Blaupause für den Protest und Straßenkampf der späten 1960er Jahre und gab Antworten auf die Frage, warum die Revolution bislang ausgeblieben war. Nur wenige Jahre später, als das Gros der revoltierenden Studenten den langen Weg durch die Institutionen antrat und andere ihr Heil in der ideologischen (Selbst-)Radikalisierung suchten, war auch Marcuses Stern schnell im Sinken begriffen. In den 1970er Jahren spielten seine Ideen bereits keine Rolle mehr.



Der Band vermag in fünf Kapiteln freilich nur Schlaglichter auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts werfen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Anders wäre auch kaum zu rechtfertigen, dass ausgerechnet Adolf Hitler als der Prototyp des politischen „Messias“ (S. 11), der getragen von einer fanatisch-gläubigen Anhängerschaft vom arbeitslosen Postkartenmaler zum Herrscher über halb Europa avancierte, um dann ebenso bespiellos und grandios zu scheitern, keine Erwähnung findet. Es macht allerdings vielleicht gerade den Reiz der Zusammenstellung aus, dass Walter eben nicht die üblichen Verdächtigen auftreten lässt, sondern auch die Biografien eher weniger bekannter Persönlichkeiten beleuchtet. Als regem Kommentator des aktuellen Politikbetriebs geht es ihm jedoch nie nur um eine Rückschau auf Vergangenes, er bietet zugleich historisch informierte Erklärungen für aktuelle Phänomene in Politik und Gesellschaft an, wie den derzeitigen Zustand der SPD, das Erfolgsrezept Angela Merkels oder die eskalierende Rhetorik populistischer Parteien.

Sicherlich fällt auf, dass sich einzelne Beiträge – vieles ist bereits an anderer Stelle erschienen – nicht wirklich in das Konzept des Bandes einfügen. Als alter Hase im Geschäft gelingt es Walter es jedoch, die heterogenen Beiträge unter einer sinnvollen Leitfrage zusammenzuführen und das 20. Jahrhundert als eine Geschichte permanenten Wandels zwischen Aufbruch und Ernüchterung zu präsentieren. In gewohnt glänzendem Stil hat der Autor so eine thesenfreudige und lesenswerte Studie über die großen politischen Projekte, Zusammenbrüche und Neubeginne und ihre historischen Protagonisten in den zurückliegenden 100 Jahren vorgelegt.

Düsseldorf

Nils Löffelbein

## 19. JAHRHUNDERT

### Der Staat und das Land

*Ganzenmüller, Jörg/Tönsmeier, Tatjana (Hrsg.): Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts, 315 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.*

Der ‚Absolutismus‘ verlor in den 1990er Jahren seine Bedeutung als historisch-analytischer Begriff, die Verwaltungswirklichkeit in den frühneuzeitlichen Monarchien Europas zu beschreiben. Diesem Bedeutungsverlust gingen Studien voraus, deren Autorinnen und Autoren der Regierungszentrale eine geringe ‚Durchschlagskraft‘ in der Peripherie konstatierten, zumal in Frankreich, und den lokalen Kräften große Gestaltungsspielräume zuerkennen. Ähnliche Thesen ließen sich angesichts der jüngeren Literatur zur Administration im 19. Jahrhundert formulieren. Jüngere Studien etwa zur Lokalverwaltung oder zum ‚Obenbleiben‘ des europäischen Adels enthalten einige Hinweise darauf, dass der Siegeszug der bürokratischen Herrschaft keineswegs eindeutig oder lückenlos verlief. Vielmehr war speziell die lokale Verwaltung in besonderem Maße geprägt vom Zusammenspiel ‚staatlicher‘ Amtsträger und lokaler Eliten, das oft zu anderen Ergebnissen führte, als von der Zentrale intendiert.

Der vorliegende Sammelband, herausgegeben von Jörg Ganzenmüller und Tatjana Tönsmeier, ist der Frage danach gewidmet, wie der ‚Staat‘ im 19. Jahrhundert gewissermaßen in die Fläche ‚vorrückte‘. Konkret geht es um die Aneignung und Aushandlung neuer Aufgaben und Tätigkeitsfelder seitens staatlicher Organisationen. Im Zentrum stehen dabei vor allem die Akteure und deren Motivlagen sowie die Modi des Aushandelns und deren Ergebnisse. Herausgeberin und

Herausgeber verstehen ihren Sammelband als Diskussionsbeitrag zur These, „dass das Vorrücken des Staates in die Fläche nicht nur mit der Übernahme neuer Aufgaben einherging, sondern dass im Zuge [... dessen, RB] Staaten auch die Fähigkeit herausbildeten, für ‚ihre‘ Bevölkerungen normative Güter bereitzustellen“ (S. 8). Der Band enthält neben der Einleitung zwölf Einzelbeiträge, die sich auf drei inhaltliche Sektionen verteilen. Geografisch ist der Band breit europäisch angelegt; er bildet zugleich Ost-, West-, Mittel- und Südeuropa ab. Der Hauptakzent liegt auf Osteuropa, hier auf dem Russländischen Reich. Letzterer Umstand erstaut wenig angesichts der Tatsache, dass der Band weitgehend auf den Ergebnissen einer Tagung von Osteuropahistorikerinnen und -historikern fußt.

Die fünf Beiträge der ersten Sektion „Administratives Vorrücken in die Fläche“ vermitteln generelle Einsichten in das Zusammenspiel von Zentrum und Peripherie. Es wird in unterschiedlicher Weise deutlich, dass örtliche Eliten über nennenswerte Handlungsspielräume verfügten und diese auch zu nutzen wusste. Am Beispiel der Generalgouverneure in Polen zeigt Malte Rolf, dass die höchsten Regierungsbeamten des Zarenreichs an der Stadtbilderneuerung beteiligte Akteursgruppe mit polnischen Eliten kooperierten, etwa in der Bildungs-, Religions- und Hygienepolitik. Der Beitrag Werner Beneckes zeigt, wie die russländische Armee Dorfgemeinschaften einbezog, um über die Wehrpflichtigen zu entscheiden und welche Folgen die Armee für die statistische Erschließung der Bevölkerung und die Bildung derselben hatte. Nicole Immig thematisiert am Beispiel Griechenlands den Umgang in neu erworbenen Gebieten, in denen eine nennenswerte muslimische Minderheit lebte, und argumentiert, dass eine verwaltungstechnische Integration nur sehr verhalten erfolgte. Mithilfe von quantitativen

und qualitativen Daten zeigt Norbert Franz auf, wie eigenständig lokale Amtsträger von Gemeinden in Frankreich und Luxemburg über gemeindliche Staatstätigkeiten entscheiden konnten. Schließlich befasst sich Hedwig Herold-Schmidt mit dem republikanischen Spanien. Sie betont die Rolle von Provinzgouverneuren und Gemeindegemeinsekretären, die zwischen den Interessen der Zentrale und lokaler Patrone (Kaziken) vermittelten und schließlich zum Ausbau des Staates beitrugen.

Die zweite Sektion „Infrastrukturelle Durchdringung und Stadtentwicklung“ beinhaltet fünf Beiträge, in denen es – mehr oder weniger – um die Realisierung raumverändernder Projekte geht. Im ersten Aufsatz befasst sich Dirk Mellies mit der Infrastrukturpolitik in Pommern, in dem er zeigt, wie überregionale Verkehrsinfrastrukturen zur Formierung lokaler Interessengruppen beitrugen und wichtige Themen für politische Willensbildungsprozesse im ländlichen Raum waren. Jana Osterkamp diskutiert sodann, wie ‚fähig‘ das politisch-administrative System der Habsburgermonarchie war, um Wasserinfrastrukturprojekte zu realisieren. Sie konstatiert, dass hier gemäß imperialer Logik ein dezentralisierter Steuerungsmodus vorlag, der die Effektivität einer einheitlichen Infrastrukturpolitik minderte. Christopher Hamlin befasst sich in seinem Beitrag mit der englischen Lokalverwaltung und belegt die hohe Bedeutung des *self government* für die administrative Erschließung, die sich allerdings im Verlaufe des 19. Jahrhunderts reduzierte. Der Aufsatz von Felix Heinert zeigt am Beispiel der Stadt Riga, wie sich die Aushandlungen über den Schlachtzwang ausgestalteten, welche Akteure daran beteiligt waren und wie sie eine gemeinwohlorientierte Rhetorik verwendeten. Der Beitrag von Christoph Augustynowicz enthält schließlich Ausführungen zum Wandel darüber, wie sich am Beispiel der polnischen Stadt San-

domierz die Nutzung und Nichtnutzung von Räumen ausgestaltete, und charakterisiert die an der Stadtbilderneuerung beteiligte Akteursgruppe.

Die abschließende Sektion „Kulturelle Legitimationsangebote“ besteht aus zwei Beiträgen: Gabriele B. Clemens beschäftigt sich in ihrem Aufsatz mit dem italienischen Adel insbesondere des späten 19. Jahrhunderts und zeigt, welche Bedeutung Kunst- und Geschichtsförderung für dessen Selbstverständnis als Elite besaß. Raphael Utz diskutiert am Beispiel Maria Pavlovnas und des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, wie sich das Phänomen ‚Staat‘ aus monarchischer Perspektive ausgestalten konnte.

Insgesamt liefert der Band ein bemerkenswertes Panorama darüber, wie der ‚Staat‘ im 19. Jahrhundert europaweit in das Lokale eingebunden war und über welche Handlungsspielräume beteiligte Akteure verfügten. Dazu trägt vor allem die geografische und thematische Vielfalt bei, die in dieser ausgeprägten Form ausgesprochenen Seltenheitswert hat. Hilfreich ist außerdem der Umstand, dass die ländliche Entwicklung – jedenfalls streckenweise – mit der städtischen kontrastiert wird. Zudem harmonisieren die meisten Beiträge mit dem Thema des Bandes. Das Buch bereichert folglich den aktuellen Forschungsstand und wird sich für künftige Untersuchungen zum Gegenstand als hilfreich erweisen.

Göttingen

Robert Bernsee

### Viktorianische Wissenspopularisierung

*Lechner, Doris: Histories for the Many. The Victorian Family Magazine and Popular Representations of the Past. The „Leisure Hour“, 1852–1870, 340 S., transcript, Bielefeld 2016.*

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatten es evangelikale Publikationsgesellschaften

in Großbritannien nicht leicht. Befeuert von einer steigenden Alphabetisierungsrate und niedrigeren Papier- und Stempelsteuern boomte der publizistische Massenmarkt, doch die erfolgreichsten Zeitungen und Journale boten leicht konsumierbare, sensationsschmeckende Kost, neben der religiöse Bildungsmagazine allzu oft bieder und altbacken erschienen. In dieser Situation beschloss 1851 die Religious Tract Society, ihrem neuen Familienmagazin für die unteren Schichten ein besonderes Profil zu geben, das Alt und Jung zur Lektüre anregen sollte: Statt erbaulicher Traktate und moralisierender Fiktion bot die Zeitschrift „Leisure Hour“ in signifikantem Umfang historische Erzählungen. Diese entsprachen wegen ihres Realitätsbezugs den Seriositätsansprüchen der bürgerlichen Unterstützer der Gesellschaft; zugleich erlaubten sie es, spannende Geschichte mit didaktischem Unterton unter das Volk zu bringen.

Doris Lechner untersucht anhand über längere Zeiträume laufender Serien das ‚historische Programm‘ der Zeitschrift, die als „intermediary within Victorian historical culture“ (S. 15), als Vermittlerin zwischen Geschlechtern, Altersgruppen und sozialen Klassen konzipiert war. Die Kapitel des ersten Teils der Studie ordnen die „Leisure Hour“ in den viktorianischen Zeitschriftenmarkt ein. Mit dem Familienmagazin etablierte sich eine Gattung, der Teile der respektablen Mittelschichten durchaus noch mit Skepsis begegneten, da auch um eine Leserschaft in den Arbeiterschichten geworben wurde. Im Vergleich mit Konkurrenzprodukten („London Journal“, „Good Words“, „Cornhill Magazine“) zeigt Lechner, dass die historischen Erzählungen der „Leisure Hour“ teilweise das Fehlen serialisierter Romane, wie sie andere Magazine pflegten, kompensierten. Die historischen Darstellungen boten mit ihrer Betonung der englischen Geschichte und geografischer Landmarken national-

geschichtliche Identifikationspunkte, die gerade auch die Arbeiterschaft durch die Wahl entsprechender Sujets ansprechen sollten. Melodramatische Schilderungen historischer Biografien orientierten sich an zeittypischen Popularisierungsformen, doch im Vergleich zum „London Journal“, das vornehmlich auf Unterhaltung setzte, dominierte in den Produktionen der „Leisure Hour“ anfangs ein mehr oder weniger subtil inszeniertes didaktisches Anliegen unter klassenharmonisierender und fortschrittsoptimistischer Perspektive. Schon ab 1860 veranlasste der Konkurrenzdruck die „Leisure Hour“ allerdings zur weiteren Dämpfung des religiösen Charakters und zur großzügigeren Nutzung von Illustrationen, die die Attraktivität des Magazins für die Leserschaft steigern sollten. Auch die historischen Beiträge wurden nun häufiger in fiktionalisierter Form statt in Sachtexten präsentiert, zudem wurde auf alltagsgeschichtliche Bezüge und exemplarische Biografien Wert gelegt. Insgesamt steigerte sich tendenziell der Unterhaltungscharakter, ohne dass das didaktische Anliegen komplett verlorengegangen wäre.

Der durchgehende Vergleich mit anderen Magazinen ermöglicht es der Autorin, nuanciert die Publikationsstrategie der „Leisure Hour“ herauszuarbeiten. Deren Einbettung in die viktorianische Geschichtskultur steht im Mittelpunkt des zweiten Teils der Studie. Zunächst untersucht Lechner den Medientransfer zwischen Magazin und Buch. Dabei blieben die ursprünglichen Zeitschriftentexte bei der Buchpublikation in ihrer Generallinie meist unverändert, allerdings traten Autor oder Autorin, die im Periodikum anonym blieben, nun deutlich hervor. Umgekehrt erforderte die Serialisierung von Büchern häufiger Anpassungen an das neue Format, mochte es um die Popularisierung wissenschaftlicher Vorlagen oder die Präsentation Shakespeares als klassenübergreifend relevantem Nationaldichter gehen. Von be-

sonderem Interesse ist das Kapitel über die Beiträger und Beiträgerinnen der „Leisure Hour“, fällt der Untersuchungszeitraum doch in eine Periode, in der das Fach Geschichte als akademische Disziplin noch nicht voll etabliert war. Das Geschichtsbild des Magazins spiegelte daher die Perspektiven einer heterogenen Autorenschaft – Amateure (lokale Geschichtsforscher, nonkonformistische Pfarrer) schrieben dort ebenso wie Journalisten oder Wissenschaftler, aber auch Schriftstellerinnen.

Lechner demonstriert überzeugend, mit welchen Mitteln sich Magazine wie „Leisure Hour“ als Orte der Produktion und Verbreitung historischen Wissens in der Geschichtskultur der Viktorianer etablierten und welche Ziele diese Wissenspopularisierung in einer Gesellschaft hatte, in der die Sorge über ein Auseinanderdriften der Klassen herrschte. Die Magazine gaben sich wegen dieser sozialen Konfliktlage einen betont unpolitischen Anstrich. Mit einem geschichtswissenschaftlichen Blick gelesen, wäre aber gerade deshalb zusätzlich eine stärkere Verschränkung der Untersuchungsergebnisse mit den Konturen der viktorianischen politischen Kultur, insbesondere den zeitgleich ablaufenden Debatten um die angemessene politische Partizipation der Arbeiterschaft, von Interesse gewesen, ebenso eine breitere Einbettung in die Literatur zur viktorianischen Geschichtskultur jenseits der untersuchten Medien. Allerdings werden diese Dimensionen zugegebenermaßen im methodischen Ansatz der Studie nicht betont, deren Fokus auf der medialen Wissenszirkulation liegt. Dadurch gelingt es der Autorin, prägnant die mediale Generierung von Geschichtsbildern zu erfassen. Dies zeigt sich beispielhaft an den instruktiven Passagen zum Text-Bild-Verhältnis: So erzielte die Verschränkung von Porträt und Text beim Nachruf auf den Historiker Thomas Babington Macaulay „an almost intimate familiarity“ (S. 110) zwischen

Leser und dargestellter Persönlichkeit. Biografie und Illustration dienten der Konstruktion vorbildhafter Lebenswege, während Kritik an der viktorianischen Heldenverehrung eher die Ausnahme blieb.

Abgerundet wird die Studie durch einen ausführlichen Anhang, der unter anderem die geschichtsbezogenen *cover stories* der untersuchten Magazine sowie biografische Informationen zu den identifizierten Autorinnen und Autoren der „Leisure Hour“ zusammenstellt.

Darmstadt

Detlev Mares

### Viktorianischer Historismus

*Bevir, Mark (Hrsg.):* *Historicism and the Human Sciences in Victorian Britain*, 278 S., Cambridge UP, Cambridge 2017.

Im Gegensatz zum alten deutschen Begriff Historismus hat dessen angelsächsisches Pendant *historicism* bis heute keinen besonders guten Klang in der englischen Sprache. Dies hängt mit Karl Poppers berühmt-berüchtigter Streitschrift „The Poverty of Historicism“ (London 1957; deutsch „Das Elend des Historizismus“, Tübingen 1965) zusammen, die eine scharfe Kritik an allem vermeintlich „historizistischen“ Denken vor allem des 19. und frühen 20. Jahrhunderts formulierte, freilich über das Ziel hinausschoss, weil der neopositivistisch orientierte österreichisch-britische Wissenschaftstheoretiker hierunter insbesondere den (von ihm heftig attackierten) hegelianisch-marxistischen Geschichtsdeterminismus verstand. Mark Bevir rückt im Einleitungssessay des von ihm edierten Bandes über Formen des englischen Historismus in den Wissenschaften des 19. Jahrhunderts die Gewichte wieder zurecht, indem er indirekt (der Name Poppers wird im gesamten Band nicht genannt), aber deutlich die grobschlächtigen,

weil von Unkenntnis der Sache verzerrten Kategorien Poppers ignoriert und auf diese Weise *ad acta* legt. Die hier thematisierte vielfältige Begriffsverwendung verweist zugleich auf höchst unterschiedliche Historismus-Konzepte, die Bevir zu Recht mit Namen wie George Grote, Benedetto Croce, Friedrich Meinecke und Ernst Troeltsch in Zusammenhang bringt.

Historismus ist erst einmal nichts anderes, wie Bevir neutral und durchaus unpolemisch erklärt, als eine „philosophy that emphasizes the importance of history in understanding, explaining, or evaluating phenomena. [...] Historicism is a philosophical world view that usually applies to human life in general but not to mere matter“ (S. 1). Als die drei zentralen Quellen genuin historistischer Denk- und Argumentationsweisen in den englischsprachigen Wissenschaften des 19. Jahrhunderts macht er wiederum die traditionelle, seinerzeit den Weg Großbritanniens in die Moderne massiv glorifizierende „Whig historiography“ namhaft, sodann das (vor allem über Samuel Taylor Coleridge nach England gelangte) Denken der deutschen Romantik und den Positivismus. Auf diese Weise wird zugleich deutlich, in wie starkem Maße das historische beziehungsweise historistische Denken in den verschiedenen Wissenschaften des 19. Jahrhunderts ein übernationales Phänomen gewesen ist. Insofern korrigieren Bevir und die neuen anderen Beiträger und Beiträgerinnen des Bandes ein altes deutsches Vorurteil, das im Historismus traditioneller Prägung vor allem ein typisch deutsches Phänomen meinte erkennen zu können.

Das Gegenteil ist der Fall. Natürlich haben die deutschen Romantiker mit ihrer Neuentdeckung und Rehabilitierung des Mittelalters wichtige Vorarbeiten geleistet, natürlich hat die neue, quellenkritisch bewusste Geschichtsschreibung eines Barthold Georg Niebuhr und Leopold von Ranke mit bedeu-

tende Einflüssen weit über die Grenzen des deutschen Sprachraums hinaus gewirkt, und natürlich haben die Grundprinzipien der vor allem von Friedrich Carl von Savigny vertretenen historischen Rechtsschule auch im angelsächsischen Bereich ihre Anhänger gefunden. Gleichzeitig aber wurden die Ideen des französischen Positivismus (Auguste Comtes Drei-Stadien-Theorie: vom theologischen über das metaphysische zum „positiven“ Zeitalter der Wissenschaften) von zentral bedeutsamen englischen Gelehrten ebenfalls aufgegriffen. Mark Bevir hat in einer grundlegenden Studie (*The Making of British Socialism*, Princeton 2012) den Zusammenhang des mit den Namen Sidney und Beatrice Webb verbundenen frühen britischen Sozialismus mit den durch Herbert Spencer vermittelten Ideen und Konzepten des französischen Positivismus detailliert nachgewiesen.

Neben dem hier überzeugend erbrachten Nachweis einer genuinen Internationalität der historisch grundierten Debatten im britischen Geistesleben des 19. Jahrhunderts ist ebenfalls ein weiteres wichtiges Resultat der Beiträge dieses Bandes hervorzuheben: Es gelingt immer wieder, die Rückkoppelung ‚historistischen‘ Denkens mit den politischen und ökonomisch-sozialen Veränderungen der Zeit vorzunehmen, indem auf die spezifisch politischen Interessen verwiesen wird, die mit dem historischen Denkansatz – zwar nicht immer, jedoch sehr oft – verbunden waren. Duncan Bell etwa verweist in seinem Beitrag zum Stichwort „Empire“ auf das zentrale politische Problem, das die britischen Imperialisten mit Rückgriff auf die Geschichte früherer Imperien zu lösen versuchten: Wie kann es gelingen, das sich zu Ende des 19. Jahrhunderts auf seinem geschichtlichen Höhepunkt befindliche britische Empire gewissermaßen auf Dauer zu stellen, wie kann sein Niedergang, von dem bisher alle in der Geschichte bekannten Großreiche betroffen

waren, verhindert werden? Und weiter: Wie kann eine moderne Wirtschaftstheorie aussehen, die historische Reflexion mit modernen statistischen Realanalysen verbindet? Fredrik Albritton Jonsson weist in seinem Beitrag zur „Political Economy“ ausdrücklich auf das Werk von Alfred Marshall, des Begründers der Neoklassik in den Wirtschaftswissenschaften hin, das gleichwohl ohne die indirekten Anregungen der deutschen ‚historischen Schule‘ der Nationalökonomie in dieser Form kaum denkbar gewesen wäre.

Weitere Einzelbeiträge widmen sich den Stichworten „Life“ (Bernard Lightman) oder „Race“ (Efram Sera-Shriar); hier wird das Werk Charles Darwins in den Kontext historisch-evolutionären Denkens im 19. Jahrhundert eingeordnet. Der britische Rezeption der seinerzeit neuen, durch Wilhelm von Humboldt und Franz Bopp entwickelten Ansätze in der Sprachwissenschaft widmet sich unter dem Stichwort „Language“ wiederum Marcus Tomalin, während weitere Themenkomplexe, so etwa „Literature“ (Ian Duncan), „Moral Character“ (Lauren Goodlad), „History“ (Brian Young) und abschließend noch „International Law“ (Jennifer Pitts) ebenfalls knapp, aber zumeist punktgenau und vorzüglich informiert beleuchtet werden.

Die historischen Ansätze überdauerten besonders in den Rechts- und Geisteswissenschaften des angelsächsischen Kulturbereichs das 19. Jahrhundert und sie fanden sich noch in den 1940er Jahren – man denke etwa an den Juristen William S. Holdsworth oder den Historiker George M. Trevelyan. Die Nachkriegszeit wurde dagegen – das anfangs genannte Stichwort Popper deutete es bereits an – von den neopositivistischen, antihistorisch orientierten und ausgerichteten Sozialwissenschaften beherrscht. Die allerneueste Entwicklung jedoch, auch darauf weist Bevir dankenswerterweise in seinem Einleitungssessay hin, geht indessen einen anderen Weg, denn bestimmte aktuelle

Richtungen innerhalb der gegenwärtigen „social science replaced historical narratives as the leading guide to corporate and public policies“ (S. 20). Ob darin jedoch schon eine partielle Rückkehr „historistischer“ Denk- und Argumentationsweisen zu erkennen ist, bleibt abzuwarten.

Passau

Hans-Christof Kraus

## 20. JAHRHUNDERT

### Sowjetischer Internationalismus

*Albert, Gleb J.:* Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917–1927, 631 S., Böhlau, Köln u. a. 2017.

Die Weltrevolution war Vision und Schreckgespenst des Kommunismus zugleich und bestimmte lange Zeit die Außenwahrnehmung der sowjetischen Außenpolitik. Gleichwohl ist der Stellenwert von Weltrevolution und Internationalismus für die sowjetische Gesellschaft erstaunlich wenig erforscht. Gleb J. Albert hat sich mit seiner Bielefelder Dissertation dieses Desiderats angenommen und einen originellen Zugang entwickelt. Ziel seiner Untersuchung ist eine kulturhistorisch und praxeologisch informierte Gesellschaftsgeschichte des Internationalismus in der frühen Sowjetunion. Albert möchte zeigen, inwiefern der Bezug auf die Weltrevolution identitätsstiftend wirkte und sich in politischen und gesellschaftlichen Diskursen sowie in Praktiken manifestierte.

Die umfangreiche Einleitung enthält eine sorgfältige begrifflich-theoretische Einbettung, eine kritische Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur und eine ausführliche Begründung des gewählten Ansatzes. Albert unterstreicht darin, dass er über eine bloße Diskursgeschichte hinaus-

kommen und die Akteure mit ihrem Handeln in den Blick nehmen möchte. Es wird schnell deutlich, dass es vor allem die Praktiken des Internationalismus sind, die ihn besonders interessieren. Er fragt danach, wie bolschewikische Akteure durch den Vollzug internationalistischer Praktiken ihre Subjektivierung als revolutionäre Aktivisten betrieben und wie sich in diesen Praktiken das Charisma der Weltrevolution institutionalisierte.

Die Quellengrundlage ist breit. Neben Akten der Kommunistischen Partei hat der Verfasser in großem Umfang Zeitungen und autobiografische Texte ausgewertet. Vor allem letztere bringen eine anschauliche Lebendigkeit in die Darstellung. Diese gliedert sich nebst Einführung (Kap. 1) und Schlussbetrachtung (Kap. 9) in sieben Kapitel: Zunächst stellt der Verfasser den früh-sowjetischen Internationalismus in seinen europäischen Kontext (Kap. 2). Danach zeigt er, welche Bedeutung der Internationalismus für die Akteure in der Kommunistischen Partei hatte und für sie identitätsstiftend und handlungsleitend war (Kap. 3), über welche Praktiken die Akteure an der Weltrevolution teilhaben und sich als Revolutionäre subjektivieren oder sich als Regimeanhänger profilieren konnten (Kap. 4). In weiterer Folge untersucht er, wie die Bolschewiki versuchten, ihre internationalistische Botschaft in die Gesellschaft zu tragen und mit welchen Problemen sie dabei konfrontiert waren (Kap. 5). In Anlehnung an Max Weber geht es danach um die „Veralltäglichung“ des Charismas der Weltrevolution durch die Schaffung von Institutionen (Kap. 6). Abschließend werden Praktiken analysiert, die die breiten Volksmassen in internationalistisches Handeln einbeziehen sollten (Kap. 7). Ein Exkurs widmet sich den nicht realisierten Träumen von Aktivisten, jenseits der Grenzen der Sowjetunion für die Weltrevolution tätig zu werden (Kap. 8).

Das Konzept und seine Umsetzung überzeugen rundum. Das Buch hat einen stets erkennbaren roten Faden und eine stringente Argumentation. Die Relevanz des Zugangs erschließt sich schnell. Nicht, dass die Befunde überraschend wären, aber es war wichtig, die Thematik des Internationalismus einmal jenseits von pauschalen Zuschreibungen fundiert in ihrer Bedeutung für die sowjetische Gesellschaft und das Selbstverständnis ihrer politischen Akteure zu untersuchen. Albert geht mit einer wohltuend nüchternen Distanz an sein Thema heran und bettet seine empirischen Befunde sorgfältig in die vorhandenen Forschungskontexte ein. Dabei setzt er sich einerseits souverän mit der Sekundärliteratur auseinander und fördert andererseits viel Neues aus den Quellen zutage.

Das betrifft vor allem das Denken und Handeln an der Parteibasis in der Provinz. Albert zeigt, wie Parteifunktionäre jenseits der Hauptstadt die Revolutionsversuche in Deutschland und Ungarn wahrnahmen, welche Vorstellungen sie von der Weltrevolution hatten und wie sie den Internationalismus nicht selten dazu benutzten, um die engen Grenzen des Lokalen und ihre eigene Isolation von der Bevölkerung zu überwinden. Auf diese Weise wird deutlich, worin die Attraktivität des Internationalismus als Weltklärung, Sinnstiftung und Motivation bestand und wie die Idee der Weltrevolution mit der Erfahrungswelt der Menschen verknüpft werden konnte. Die Weltrevolution war während des Bürgerkrieges nicht nur eine Perspektive der Eskalation, sondern auch eine Projektion von Hoffnungen auf das Ende der Gewalt und eine Zeit des Friedens. Das Charisma der Weltrevolution half Parteikämpfern, die über die Ignoranz des Volkes frustriert waren, über ihre Misserfolge hinweg, weil sie sich damit trösten konnten, dass das fortgeschrittenere Proletariat Deutschlands am Ende die rückständige russische Bevölkerung mitreißen würde, und weil sie durch

das Reden über die Weltrevolution gegenüber ihrem Publikum und in der Parteihierarchie Kompetenz demonstrieren konnten. Weltrevolution, Tagespolitik, Lebenswelt und persönliches Engagement waren, wie an gut ausgewählten Ausschnitten aus Tagebüchern und der Provinzpresse illustriert wird, eng miteinander verknüpft.

Albert zeichnet ein differenziertes Bild von den Erfolgen und Misserfolgen des Internationalismus in der Sowjetunion. Während sich das Konzept in der Revolutions- und Bürgerkriegszeit als wirkungsmächtig erwies, verlor es im Laufe der 1920er Jahre seine Strahlkraft – nicht nur, weil die Revolutionsversuche in Europa gescheitert waren, sondern auch, weil die innersowjetischen Praktiken zunehmend zu ‚von oben‘ verordneten Ritualen und Herrschaftsrepräsentationen verkamen. Den Endpunkt markiert das Jahr 1927, als die Weltrevolution am Übergang von der Neuen Ökonomischen Politik zum Stalinismus von einer Kriegshysterie verdrängt wurde. Die Außenwelt mutierte damit vom Hoffnungsraum zum Hort der Gefahr. Internationalismus verengte sich zu innersowjetischer „Völkerfreundschaft“. All das (und einiges mehr) breitet Albert auf angemessenem Raum in einer gut lesbaren und instruktiven Studie aus, die es verdient, breit rezipiert zu werden.

Freiburg i. Br.

Dietmar Neutatz

### Vom Vorteil des Plural

*Sluga, Glenda/Clavin, Patricia (Hrsg.): Internationalisms. A Twentieth-Century History, 386 S., Cambridge UP, Cambridge 2016.*

Die Herausgeberinnen, beide publikationsstarke Historikerinnen in der Mitte des historiografischen Feldes, legen mit „Internationalisms“ einen gewichtigen Band vor. Die konzeptionelle Hausnummer ist schon im in-



telligenten Titel enthalten, der den Internationalismus programmatisch pluralisiert. Es geht um eine ganze Bandbreite von zeitgenössischen und historiografischen Sichtweisen auf Internationalismen als komplementäre, häufiger aber konkurrierende Weltansichten und Strategien im 20. Jahrhundert, die mit einem breiten Spektrum an Ordnungsvisionen operieren. Bei aller Verschiedenheit ähneln sich die Internationalismen darin, dass sie staatsferne oder -nahe Akteure und Formationen bezeichnen, die an der Seite oder als Widerpart von Nationen und imperialen Machtstaaten Handlungsmacht reklamierten.

Aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln schultern 14 Beiträge das große Programm. Ein erster Teil legt einzelne Wurzeln internationalistischer Weltvorstellungen und Politiken frei. Abigail Green zeigt, wie sich der jüdische Internationalismus des frühen 20. Jahrhunderts zwar eng auf eine zionistische Diaspora konzentrierte, aber dennoch an andere religiöse Bewegungen anschlussfähig blieb. In einem Panorama von der Jahrhundertwende bis weit in die 1970er Jahre illustriert Glenda Sluga, wie Frauen die internationalistische Bewegung zu nutzen versuchten, um sich selbst als einem bis dahin marginalisierten Akteur Auftrieb zu verschaffen. Mit der Orientierung auf Gendernormen und Benachteiligungsstrukturen verlieh man dem Internationalismus einen neuen Spin, der zwar nicht weltweit politisch wirkte, aber für die eigenen Belange zweckdienliche Irritationen auslöste. Patricia Clavin führt kontrapunktisch die männlichen Notenbanker als von westlichen Wohlstandsnormen geprägte monetäre Internationalisten ein, die sich in den 1930er Jahren vom Völkerbund eine hohe Lenkungsfunktion erhofften.

Die Beiträge im zweiten Buchteil zeigen, wie der Zwischenkriegsinternationalismus zu einer politischen und rhetorischen Kampf-

arena geriet. Mit Susan Pedersen, die für das Revival der Völkerbundforschung vor knapp einer Dekade hauptverantwortlich ist, und Andrew Webster thematisieren gleich zwei versierte Autoren erneut den Völkerbund, argumentieren aber ganz unterschiedlich. Pedersen legt offen, wie auch nationalistische und imperialistische Ziele die Völkerbund-Internationalisten umtrieben; Webster verweist auf die gegensätzlichen Erwartungshorizonte, die sich regierungsfernen und gouvernementalen Akteuren von der Abrüstungspolitik her auftaten – für die einen sollte sie zum Weltfrieden, für die anderen primär zur nationalen Sicherheit führen. Für das frühe bis mittlere 20. Jahrhundert leitet Liang Pan durch ein Labyrinth zeitgenössischer Internationalismusvisionen in Japan und China. Viele von ihnen waren liberal genodet, die Visionäre stießen sich aber an der demonstrativen Westlichkeit einschlägiger Organisationen und verstanden Internationalismus als eine Position, für die asiatische Nationalinteressen maßgeblich bleiben sollten.

Es liegt in der Natur der komplexen Sache, dass sich Rückfragen an den Band ergeben. Zum einen ist nicht ganz schlüssig, warum der sozialistische Internationalismus in den an sich eindrücklichen Kapiteln von Patrizia Dogliani und Talbot Imlay gleich zwei Mal im Blick auf seine Abgrenzungsnöte gegenüber kommunistischen und liberalen Varianten untersucht wird. Zum anderen scheint geklärt werden zu müssen, ob nicht doch die *Cold War*-Internationalismen, die Sunil S. Amrith, Natasha Wheatley, Roland Burke, Hanne Hagtvedt Vik und Sandrine Kott in argumentationsstarken Einzelstudien zur internationalen Gesundheitspolitik, dem Völkerrecht, den Menschenrechten und in seiner ‚indigenen‘ Variante vorstellen, gänzlich andere Konditionen vorfanden als die Internationalismen zwischen den Weltkriegen.

Überlegungen dazu, ob und wie die erste und zweite Jahrhunderthälfte – womöglich in einer Transitionsphase in den 1940ern, die im Band aber keine eigene Rolle spielt – tatsächlich ineinandergriffen, laufen in den Einzelkapiteln allerdings durchaus bereits mit.

Entscheidend bleibt, was Autoren und Herausgeberinnen aus dem ihnen ganz offensichtlichen Umstand machen, dass ihr Thema noch lange nicht erschöpft ist. Viel: Der Band bespielt die im Moment wichtigsten Diskussions- und Forschungsbühnen zum Internationalismus-Thema. Kanonisieren will er nicht. Was die Beiträge verbindet, ist die überzeugend durchargumentierte Einsicht, dass erstens Internationalismen häufig sehr viel weniger utopistisch daherkamen, als oft unterstellt und sie zweitens politisch auf provokante Weise indifferent blieben, also gleichermaßen liberal und reaktionär, kooperativ und aggressiv aufladbar waren. Dafür steht nicht zuletzt Madeleine Herrens Beitrag, der in eine Richtung argumentiert, die jüngste Forschungsbeiträge zentral zu machen beginnen: Auch die Faschisten entwickelten Spielarten des Internationalismus, pflegten ihre ganz eigenen Netzwerke mit handfest demokratiefeindlichen Agenden. Der Band steht auch damit für eine dynamische Geschichte der Internationalismen, die nicht in wabernd-kontrafaktische Traumlandschaften von realitätsfremden Idealisten führt oder in eine naive *happy history* mündet, in der sich die ‚Guten‘ (etwa die liberal-pazifistischen) gegen imperiale Nationalismen verbündeten und marginalisiertem, subalternem Personal und randständigen Emanzipationsinteressen nach vorn halfen. Am Ende blieb der Internationalismus hochgradig plural und nicht weniger umkämpft als die Nation und das Empire.

Freiburg i. Br.

Helke Rausch

## Koloniale Wissensgeschichte(n)

*Bürger, Christiane*: Deutsche Kolonialgeschichte(n). Der Genozid in Namibia und die Geschichtsschreibung der DDR und BRD, 318 S., transcript, Bielefeld 2017.

Das vorliegende Buch, eine 2015 an der Universität Heidelberg vorgelegte, 2017 mit dem Johannes Zilkens-Promotionspreis der Studienstiftung des deutschen Volkes ausgezeichnete Dissertation, versteht sich als „Wissensgeschichte“ zu kolonialen Themen und Debatten in der DDR und BRD über den engeren Rahmen einer akademischen Geschichtsschreibung hinaus. Gestützt auf eine vielschichtige Literatur und begrenzte Archivauswahl, liegt die Stärke der Studie in der klaren Ausarbeitung wissenschaftlicher und populärer Wissens-, Erzähl-, Diskussions- und Erinnerungstraditionen, ihren Verschränkungen, Kontinuitäten, Brüchen und (medialen) Vermittlungen. Zugespitzt auf die Kontroversen zur Bewertung der Kolonialkriege und Genozide an Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, gelingt Christiane Bürger eine überzeugende, in sozialpolitische und ideologische Rahmenbedingungen der beiden deutschen Staaten eingebettete, dezidiert von narratologischen sowie postkolonialen Ansätzen geleitete Analyse kolonialer Geschichte(n) und ihrer Zirkulation. Hervorzuheben ist, dass Bürger eine engere ‚Historiografiegeschichte‘ exemplarisch für eine „wissensgeschichtliche Perspektive“ (S. 40) und unter Verweis auf den Konstruktionscharakter von historiografischen Texten und (medialen) Repräsentationsformen von Wissen erweitert und damit grundsätzlich bereichert. Folglich diskutiert sie nicht nur Wissenschaftsbiografien und wissenschaftspolitische Strukturen und Foren, wissenschaftliche sowie populärhistorische Beiträge und Debatten, sondern auch literarische Darstellungen und solche

in Fernsehen, Film und Presse. Damit kann sie wissensepistemische Grundlagen in diversen Öffentlichkeiten eindrucksvoll bestimmen und im Hinblick auf ihre paradigmatische Wirkungen ausleuchten und gewichten.

In vier chronologisch angelegten Hauptkapiteln werden das (nostalgische) Schreiben deutscher Kolonialgeschichte(n) nach 1945 (Kap. II) sowie die (bis heute) wirkungsvolle antikoniale Forschungs- und Wissenstradition in der DDR (Kap. III), die apologetische Kolonial- und kritische Sozialgeschichte in der BRD samt ihrer breiteren öffentlichen Debatten (Kap. IV) und die sich ab den 1980er Jahren dezidiert durchsetzende, in der (west-deutschen) Wissenschaft und Öffentlichkeit allerdings immer wieder infrage gestellte These vom Genozid in Namibia (Kap. V) nuanciert analysiert. Dabei richtet Bürger ihr Augenmerk einerseits auf Aspekte der Erzähl- und Darstellungskonventionen, mit pointierten Beobachtungen zur Tradierung und Rhetorik kolonialer wie auch kolonialrevisionistischer Begrifflichkeiten und Denkfiguren in allen, gerade auch kolonialkritischen Werken und Diskussionen (zum Beispiel S. 114ff., 117ff., 200ff.); Phänomene, die von der Autorin als „das Nachwirken kolonialer Episteme“ (S. 201) benannt werden. Andererseits richtet Bürger den Blick auf die Wissenszirkulation (und manche Lobbyarbeit) zwischen diversen Öffentlichkeiten und ihren Hierarchien, zwischen den beiden Staaten und, zumindest angedeutet, in einem internationalen Forschungskontext. Zentrale Werke und Autoren wie jene der Historiker Horst Drechsler (DDR) und Helmut Bley (BRD), der Schriftsteller Maximilian Scheer (DDR) und Uwe Timm (BRD) sowie, ein besonderes Desideratum bisheriger wissenschaftlicher Arbeiten, die Fernsehserie „Heia Safari“ (WDR 1966/7, Regie: Ralph Giordano) werden facettenreich im Hinblick auf Metanarrative, ihre Verankerungen und Rezeption und Kontroversen analysiert.

Christine Bürger legt ein Buch zu historiografischen und wissenschaftsgeschichtlichen Themen und Debatten vor, die seit mehr als hundert Jahren, nicht erst seit den 1950er Jahren, bestehen und denen derzeit im Kontext namibisch-deutscher Wiedergutmachungsverhandlungen und der Anerkennung des Genozids durch die Bundesregierung (2016) weiterhin öffentliche Bedeutung und Brisanz zukommt. Engere Befunde der Autorin, wie die „zunehmende Verschränkung von ost- und westdeutschen“ Narrativen (S. 276) zur Genozidthese im Kontext von „produktiver wissenschaftlicher Konkurrenz“ (S. 195) oder ihre spezifischen Verankerungen in ost- und/oder westdeutschen Debatten, verdeutlichen, wie komplex Wissenssysteme gebildet und transformiert werden, wie vielschichtig sie wirken und nachwirken. Zurecht weist Bürger in diesem Kontext immer wieder auf die Bedeutung und Wirkungen nicht akademischer Texte und Foren wie der Solidaritäts- und Anti-Apartheidsbewegungen hin (S. 218ff.).

Die Wissensgeschichte zur deutschen Kolonialzeit und jene zu den Genoziden in Namibia waren und sind international eingebunden. Dies klingt in dieser Studie immer wieder an, unter anderem in der Diskussion über ‚Historiografisches Wissen als Politikum‘ und mit Bezug auf einen Vortrag von Helmut Bley auf der „International Conference on South West Africa“ 1966 in England über „German South West Africa after the Conquest 1904–1914“ (S. 183). Während die Autorin sich auf die – weitgehend negative – Rezeption des Vortrages durch westdeutsche politische Vertreter beschränkt (und lediglich das Archiv des Auswärtigen Amtes heranzieht), verblüfft die Aussparung der Archive der Veranstalter (insbesondere des Ruth First Archives, London) und der Rezeption durch namibische und andere afrikanische Intellektuelle. Zedekia Ngavirue, einer der jungen Teilnehmer,

hielt auf der Konferenz einen Vortrag über „Land Theft“ (u. a. fußend auf den kolonialen Erfahrungen seiner otjherero-sprachigen Familie) und konnte wenig später für seine Dissertation („Political Parties and Interest Groups in South West Africa“, 1997), die erste zur Geschichte Namibias durch einen Namibier, im Gegensatz zu westdeutschen Historikern, die kolonialen Archive in Potsdam (DDR) konsultieren. Dies wirft neben der naheliegenden, von Bürger wenig reflektierten Frage nach der Verschränkung der Geschichtsschreibung in der DDR und BRD zu den Genoziden in Namibia mit Beiträgen von Intellektuellen aus Namibia selbst auch die generelle Frage nach Wissenstransfers ‚außerhalb‘ und zugleich ‚für‘ diese spezifisch deutsch-deutsche Wissensgeschichte auf. Lediglich am Schluss des Buches geht Bürger auf manche Verschränkung Genozid-relativierender Beiträge aus Namibia durch deutschsprachige Akademiker (Brigitte Lau) mit westdeutschen kolonialapologetischen Publikationen der 1980er Jahre ein (S. 249ff.). Mitunter entsteht bei der Lektüre des vorliegenden Buches der Eindruck, als ob emische Blickwinkel einer veralteten Historiografiegeschichte auch in dieser ansonsten so eindrucksvoll offen angelegten Wissensgeschichte nachwirken. Interviews mit noch lebenden, an zeitgenössischen Debatten beteiligten Akademikern, nicht zuletzt mit Ngavirue, Bley oder auch dem südafrikanischen Historiker Christopher Saunders, hätten hier möglicherweise als Ergänzung – und Korrektiv – zu der schmalen Archivbasis der Studie wirken können.

Zum Schluss darf angemerkt werden, dass eine immer wieder klar herausgearbeitete Grundlinie des Buches die für Wissenstransfers so wichtige Verschränkung von Personen und damit Wissenschaftsbiografien mit Netzwerken, Hierarchien, Foren und Öffentlichkeiten ist. Dass der transcript Verlag just bei diesem Buch, das in dieser

Hinsicht Nachschlagewerkscharakter besitzt, keinen Index anbietet, ist nachlässig.

Basel

Dag Henriksen

### Colonial Rule in the Sahel Region

*Gottschalk, Sebastian*: Kolonialismus und Islam. Deutsche und britische Herrschaft in Westafrika (1900–1914), 324 pp., Campus, Frankfurt a.M./New York 2017.

Gottschalk's monograph focuses on colonial rule over the Sokoto Caliphate and its adjacent territories, which were divided between the British, German and French colonial empires at the turn of the 20th century in an area now generally known as the Sahel. The author examines German rule over the Adamawa Emirate within the Sokoto Caliphate, which became part of German Cameroon. As such, the book is singular. In the German language, scholarly work on African Muslims under German colonial rule has so far been limited to three book chapters and one article. Therefore, the topic of German colonial rule over African Muslims has remained largely inaccessible to the recent wider debate in Germany on its colonial past. It is a welcome addition to a debate so far strongly focussed on German South-West and East Africa.

Gottschalk offers a comparison of German and British rule in the Sahel embedded in a global historical perspective. The study is based on extensive archival research on German rule in Adamawa in the German Federal Archive in Berlin and the National Archive in Yaoundé, and in German colonial studies produced during the Empire. The comparison with British rule in Northern Nigeria is based on the abundant academic literature on the region complemented with archival research in the UK. The comparison focuses on the views both Empires had on their African Muslim subjects and the trans-

lation of these views in administrative policy. Therewith the author positions his study within debates in intellectual history on the perception of Islam and Africans within colonial thought and imagination. His main thesis is that the German view on Black African Muslims was one of a paradox of an 'Africa' that was not supposed to be 'Muslim' within the orientalist and colonialist discourse of the time; a paradox that came to be resolved as German (and British) colonial rule unfolded.

In chapter three Gottschalk discusses the general outline of colonial administration in both territories and the way both empires dealt with pre-existing state structures. Gottschalk proves German colonial rule to have been even more indirect than that of the British, due to a lack of concrete economic or political interest in the area, until 1913 when policy reforms sought to model German rule explicitly on British indirect rule in Northern Nigeria.

Chapter four focuses on anti-colonial resistance in the shape of Mahdist movements: the well-studied Mahdi of Satiru in Northern Nigeria, and the two lesser known Mahdist revolts in German Cameroon. Neither of these Mahdist movements posed a material threat to colonial dominance. Their importance and consequences, as Gottschalk argues, lie in the way they reshaped the colonial view on Muslim society in Africa, particularly among German colonial administrators. Previously convinced that African Muslims in general and those in Adamawa in particular were not prone to "fanaticism", but practiced a "quietist syncretic" form of Islam (p. 290) – a variant view to the French idea of "Islam noir" – the Mahdi revolts brought a more diversified but very binary perspective to the German administration: Muslim preachers were prone to bring "fanatic, anti-colonial, pan-Islamic" (p. 49) political discourses from abroad which could upset the quietist political order of the Fulani Emirs,

the Lamibe, ruling peacefully on behalf of the German Emperor.

These influences were countered by the creation of a system of active monitoring of Muslims, especially their mobility and contact with Muslims from around the globe in the performance of the *hajj*, which is the subject of chapter five. The similarities in the policies put in place by the British and German are striking and non-coincidental: all colonial powers learned from each other's *hajj* policies and actively coordinated them. The main and interesting difference between early British and German policies towards the *hajj* was the result of the global political constellations of the day. At the behest of the Ottoman Empire – an important ally to the German Emperor – the colonial ministry sought to interfere with the German *hajj* policies developed on the ground in Adamawa, bringing local German colonial policy in line with the general German *Orientpolitik*.

The debate on the colonial view on African Muslim societies forms the content of chapters two and six, which envelope the empirical case studies of colonial rule on the ground. Chapter two focuses on the outset of these views at the advent of colonial rule. Chapter six shows the impact of colonial realities sketched in previous chapters and the adjusting effects they had on German (and to a lesser extent British) colonial policies. Gottschalk's main contribution here is that he starts out with a clear distinction between academic orientalist debates in the metropole and the practical experiences in the colonies, and only then sets out to show how one influenced the other. This leaves the reader with a clearer idea of the differences between colonial discourses in Europe and in the African colonial context itself.

Together, these chapters tell a story that in itself is well known: that of colonial conquest, establishment, resistance and rule, and surveillance. The book brings a narrative and

analysis that is recognisable to the reader acquainted with the history of colonial rule in the Sahel, of which Adamawa forms part. This does nothing to diminish the importance of this pioneer study into German colonial rule in the Sahel region. That German colonial views of and practices toward African Islamic society in the Sahel followed a very similar trajectory to those of the neighbouring British and, one could argue, French Empires is perhaps not surprising, but it is now finally established to have been the case. Gottschalk's contribution to the knowledge of the colonial Sahel is of tremendous value as a pioneer study in a field so far completely open. We can only hope this first study will be followed by many more.

Berlin

Baz Lecocq

### Britischer Machtverlust in Asien

*Best, Antony (Hrsg.): Britain's Retreat from Empire in East Asia, 1905–1980, 214 S., Routledge, London/New York 2017.*

Die ausgedehnte Asienreise von US-Präsident Donald Trump im Herbst 2017 könnte dereinst als Abschiedstour in die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik eingehen. Denn es ließ sich nicht übersehen, dass zumindest im pazifischen Raum eine *translatio imperii* ins Haus steht. Xi Jinping, der starke Mann Chinas, war kurz vor dem Zusammentreffen mit dem Besucher aus Washington zur Ehre der kommunistischen Altäre erhoben worden, wo er nun neben Mao Zedong und Deng Xiaoping prangt. Xis neue Machtfülle resultiert nicht zuletzt aus seiner ebenso ambitionierten wie effektiven Weltpolitik: Sei es der Konflikt um Inseln im Südchinesischen Meer, die Strategie der neuen Seidenstraße als Lehrstück aus dem Handbuch für politische Ökonomie oder der Umgang mit unbotmäßigen Regierungen von

nah und fern – der wachsende Einfluss der Volksrepublik wird flankiert vom allmählichen Verblässen der einstigen Ordnungsmacht Amerika. Trumps protektionistische Neigungen und sein demonstratives Desinteresse an der Pflege bewährter Bündnisbeziehungen überspielen womöglich nur eine unbequeme Wahrheit, die nämlich, dass die Vereinigten Staaten nun ihrem *imperial overstretch* Tribut zollen müssen. 30 Jahre nachdem Paul Kennedy diese Gefahr heraufdämmern sah, weshalb ihm sein amerikanischer Kollege Walt Rostow postwendend vorwarf, abwegige Parallelen zum Ende des britischen Empire zu ziehen, scheinen die finanziellen und militärischen Ressourcen der USA nicht länger auszureichen, um eine hegemoniale Stellung zu unterfüttern.

Peter Lowe, der Doyen der britischen Ostasienhistoriografie, hat in zahllosen Publikationen die Strategien Londons im pazifischen Raum analysiert. Der posthum zu seinen Ehren von Antony Best edierte Sammelband möchte lose Enden aufgreifen und zu neuen Erkenntnissen über das Rückzugsmanagement Großbritanniens bündeln. Die Autorinnen und Autoren propagieren dabei unisono die althehrwürdige *decline*-These, die für die Interpretation innen- wie außenpolitischer Entwicklungen Großbritanniens im 20. Jahrhundert so eminente Durchschlagskraft entfaltete.

Auf Ostasien angewandt bedeutet dies: Seit 1905 habe London die Expansion Japans mehr schlecht als recht zu moderieren versucht, ohne sie verhindern zu können. Am Beispiel der japanischen Intervention in Sibirien ab 1918 verdeutlicht Best, wie eklatant die Pläne Tokios, im Fernen Osten Russlands ein Marionettenregime zu installieren, den britischen Bemühungen zuwiderliefen, eine antibolschewistische Phalanx zu schmieden. Dennoch wurde der eigensinnige Alliierte „with kid gloves“ (S. 64) angefasst, da London Japan keinen Vorwand dafür liefern woll-

te, nach neuen Verbündeten Ausschau zu halten. Die Eroberung Wladiwostoks durch die Rote Armee im Oktober 1922 war dann nur mehr „another nail in the coffin“ (S. 67) des britischen Vertrauens in Japan, dessen Intransigenz den Vormarsch der Truppen Lenins beschleunigt hatte. Großbritannien, so Bests Fazit, verfügte nicht über die nötigen Geheimdienstkanäle in der Region, um dem aggressiven Gebaren Japans etwas entgegenzusetzen. Außerdem hoffte man in Whitehall, dass sich die kaiserliche Armee durch ihr sibirisches Abenteuer wenigstens von weiteren Feldzügen in China ablenken ließe.

Auch Ann Trotters Beitrag über Maurice Hankey vermisst die Grenzen des britischen Einflusses in den 1930er Jahren, als die delicate *balance of power* allenfalls im Verein mit den Regierungen der Dominions zu stabilisieren war; zumal in London selbst Uneinigkeit darüber herrschte, wie man der deutsch-japanischen Herausforderung am wirksamsten begegnen sollte. In der Kontroverse zwischen den Anhängern einer starken Marine und jenen einer schlagkräftigen Luftflotte fungierten die Dominions indes allein als „bargaining chip“ (S. 90). Mitte der 1930er Jahre waren die Dominions – vom nibelungentreuen Neuseeland abgesehen – weder willens noch in der Lage, den „myth of British power in the Pacific“ (S. 97) aufzupolieren. Hier zeichnete sich bereits eine neue Konstellation ab, in der die Vereinigten Staaten eine zentrale Rolle spielen sollten.

Dass sich dieser sicherheitspolitische Wachwechsel nach 1945 auch auf ökonomischem Terrain vollzog, veranschaulicht David Clayton in seinem luziden Beitrag über die handelspolitischen Implikationen einer britischen EWG-Mitgliedschaft. Als die Regierung Harold Macmillans Anfang der 1960er Jahre eine schroffe Kehrtwende vollzog und den wirtschaftlichen Schulterabschluss mit den Wachstumsökonomien

Westeuropas suchte, standen unversehens überkommene Handelsbeziehungen zur Disposition. Clayton beschreibt am Beispiel der Kronkolonie Hongkong das engmaschige Netz fiskalisch-ökonomischer Verflechtungen im Commonwealth aus der Perspektive Londons als einen Hebel, der ökonomische und politische Entwicklung ermöglichen sowie eine britische Identität der ehemaligen Kolonien garantieren sollte. Deshalb konnten die Interessen Hongkongs nach einem Beitritt Großbritanniens zur EWG zu „one of the thorniest problems“ (S. 154) der Verhandlungen avancieren, zumal die Kronkolonie im Gegensatz zu den meisten anderen Territorien äußerst profitabel war: Die Verwaltungskosten hielten sich in Grenzen, während Hongkong ein Viertel sämtlicher Sterlingbestände der überseeischen Gebiete beisteuerte, was angesichts der chronischen Pfundschwäche ein nicht zu verachtender Posten in der britischen Zahlungsbilanz war. Das ‚Europa der Sechsz‘ wollte jedoch seinen Handelsüberschuss mit Hongkong nicht aufs Spiel setzen, zumal es um seine Textilindustrie bangen musste, sollte Hongkong in den Genuss von Handelspräferenzen kommen. Da half es London auch nicht, die südchinesische Metropole zum „Berlin of the East“ (S. 161) zu stilisieren. Hongkongs Geschäftselite engagierte im Übrigen massiv professionelle Lobbyisten und setzte, so Clayton, auf eine Strategie des Rent-Seeking.

Dass Präsident Charles de Gaulle das britische Beitrittsbegehren zweimal mit einem Veto belegte, verschärfte die Probleme Londons bei der strategischen Selbstfindung im Kalten Krieg. Ein – von Yoichi Kibata eindringlich porträtiertes – Kuriosum stellen in diesem Zusammenhang britisch-amerikanische Umtriebe im Indischen Ozean dar. Denn völlig gegen den Trend der Dekolonisation und trotz berechtigter Einwände des Kolonialministeriums fusionierte London 1965 einige Atolle der Seychellen mit dem

Chagos-Archipel, um die größte Insel, Diego Garcia, 1971 als Militärstützpunkt an die Vereinigten Staaten zu verpachten. Nicht nur, dass die „anachronistic nature“ (S. 195) des Britischen Territoriums im Indischen Ozean weltweit Kritiker auf den Plan rief. Die Bereitschaft Londons, dem amerikanischen Strategic Island Concept zu willfahren, resultierte überdies in der Vertreibung der Inselbewohner. Mit dem 1968 angekündigten Rückzug von den Außenposten jenseits des Suezkanals durchbrach Großbritannien eine schmerzliche „Statusbarriere“ (Richard Crossman): Die Erklärung Premierminister Harold Wilsons im Unterhaus war der Schwanengesang für das informelle Empire. Nichts konnte die Staffelübergabe an die USA daher krasser versinnbildlichen als die unzeitgemäße Abtretung Diego Garcias.

Die Beiträge zu dem Sammelband sind eine angemessene Verbeugung vor dem Werk Peter Lowes, ohne dieses durch fulminante Novitäten zu bereichern. Sie können freilich durchaus als Lehrstück für ähnlich gelagerte Ablösungsprozesse im pazifischen Raum der Gegenwart dienen. Zu bedenken wäre dabei jedoch, dass Großbritanniens Abschied vom Empire – zumindest aus der Perspektive des Mutterlandes – nicht zuletzt dank starker Verbündeter recht glimpflich vonstattenging.

Korb

Gerhard Altmann

### Die Wirkmacht verzerrter Bilder

*Grawe, Lukas:* Deutsche Feindaufklärung vor dem Ersten Weltkrieg. Informationen und Einschätzungen des deutschen Generalstabs zu den Armeen Frankreichs und Russlands 1904 bis 1914, 532 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2017.

Lukas Grawe legt mit „Deutsche Feindaufklärung vor dem Ersten Weltkrieg. Informationen und Einschätzungen des deutschen

Generalstabs zu den Armeen Frankreichs und Russlands 1904 bis 1914“ die überarbeitete Fassung seiner Dissertation (Münster 2016) vor. Er fragt darin nicht nur nach dem Ablauf der deutschen Feindaufklärung, nach deren Akteuren, Methoden und Quellen, sondern vor allem nach drei Themenkomplexen: der Präzision der Feindaufklärung, der Rolle von Vorurteilen bei der Interpretation ihrer Erkenntnisse und schließlich ihrem Einfluss innerhalb des Generalstabs wie auch über diesen hinaus auf die Politik in Deutschland und verbündete beziehungsweise neutrale Mächte.

Es gelingt Grawe anhand mehrerer Episoden aufzuzeigen, welche Bedeutung die Aufklärungsergebnisse für letzteres Feld haben konnten. Dies gilt bereits für innermilitärische Prozesse, wie etwa die Entstehung und spätere Überarbeitung des Schlieffen-Plans (S. 201–206, 359–364) oder auch für die Anpassung der ‚gegnerischen‘ Vorgehensweisen in den eigenen Manövern, in denen 1910 neue Erkenntnisse über die französischen Streitkräfte zur Grundlage für eine Veränderung derer Simulation gemacht wurden (S. 293). Aber auch die (versuchte) Umwandlung militärischer Aufklärungsergebnisse in politische Münze wird deutlich, etwa wenn Grawe aufzeigt, wie der Generalstab mit der Gewissheit, dass ein Zweifrontenkrieg aktuell nicht zu befürchten sei, die zivile Reichsleitung in der ersten Marokkokrise in ihrer Risikopolitik bestärkte (S. 168f.), sie in der Balkankrise durch Informationen über Russland zu einer unnachgiebigen Haltung bewegen wollte (S. 347) oder schließlich 1914 mit einer Situation konfrontierte, in der er keine Alternativen zum gehegten Kriegsplan gegen Frankreich und Russland anbieten konnte (S. 431–436). Vereinzelt wirken die entsprechenden Argumente zwar überdehnt, etwa mit Blick auf die Haltung der Regierung Bülow gegenüber Russland beziehungsweise Österreich-Ungarn 1909



(S. 244ff.), aber Grawe macht die Grenzen entsprechender Versuche auch explizit sichtbar. So betont er mit Blick auf die deutsche Heeresvermehrung 1913, dass Helmuth Johannes Ludwig von Moltke unter Verweis auf die militärischen Aufklärungsergebnisse den Reichskanzler in seiner Politik bestärken konnte, diese aber nicht durch die militärischen Erkenntnisse hätte auslösen können (S. 356f.).

Hinsichtlich der Bedeutung von Stereotypen und Vorurteilen kann Grawe zeigen, wie häufig diese tatsächlich die Einschätzungen des Großen Generalstabs prägten und zudem bestimmten, welche der ihm zur Verfügung gestellten Informationen er überhaupt wahrnahm. So verkürzten etwa Klischees der „Scheu vor Zwang und Anstrengung“ oder der „Trunksucht“ russischer Soldaten und Offiziere (S. 152ff.) die Analysen der im Kontext des Russisch-Japanischen Krieges gesammelten Nachrichten und entwerteten somit auch deren Ergebnisse (S. 158). Noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg sah man im Generalstab „Fehler des Volksstammes“, die sich auf die eigene Einschätzung der militärischen Möglichkeiten Russlands auswirkten (S. 426f.). Ähnliches gilt für die Einschätzung Frankreichs, dessen Demokratie seinem Militär ebenso schade (S. 119) wie „eine Neigung, die Dinge leicht zu nehmen“ (S. 184). Auch hier hatten die angenommenen Spezifika der „romanischen ‚Rasse‘“ (S. 208f.) Konsequenzen für die Einschätzungen der Fähigkeiten der Streitkräfte. Es wird deutlich, dass Beobachterberichte, die derartige Vorurteile bestätigten, eine hohe Wertschätzung im Generalstab und darüber hinaus auch in politischen Kreisen erfahren konnten, auch wenn sie letztlich weder korrekt noch erkenntnisfördernd waren (S. 268). Zudem kann Grawe verdeutlichen, dass – gewissermaßen die Folge einer positiven Vorannahme – Informationen, die ein kritisches Licht auf eigene Praktiken warfen,

gern übersehen oder zumindest so bald als möglich durch andere Informationen, die die eigene Position zu bestätigen schienen, verdrängt wurden (S. 220ff.).

Schon diese Erkenntnisse über die Bedeutung bestehender Vorurteile bei der Interpretation der Aufklärungsergebnisse sind für die Frage nach der Präzision der nachrichtendienstlichen Arbeit von Bedeutung. Zusätzlich arbeitet der Autor hier heraus, wie mangelnde oder fehlerhafte Berichte Fehleinschätzungen auslösen konnten, etwa mit Blick auf die Reformen im französischen Militär 1913/1914 (S. 381f.). Insgesamt allerdings kommt Grawe zu dem Schluss, dass „richtig“ und „falsch“ kaum geeignete Kriterien bei der Auseinandersetzung mit der Feindbeobachtung sind. Nicht nur seien die Schlussfolgerungen der Akteure einerseits komplexer gewesen (S. 461), sie wurden eben auch durch die bestehenden Annahmen und die gestellten Fragen beeinflusst, deutlich stärker als durch ihre eigene, letztlich erst im Rückblick zu ermessende Genauigkeit (besonders deutlich S. 204).

Etwas bedauerlich ist, dass Grawe sich entschieden hat, das Buch weitestgehend als umfassende chronologische Darstellung des von ihm gesichteten umfangreichen Quellmaterials zu gestalten. So erhält man zwar einen detaillierten Einblick in die jeweiligen Nachrichten der Aufklärung und den Umgang mit ihnen vom Russisch-Japanischen bis zum Ersten Weltkrieg, allerdings werden so die analytischen Passagen oft an den Rand gedrängt. Dort, wo er sie dagegen in den Vordergrund rückt, etwa im zweiten Kapitel, in dem es um die Geschichte und Gestalt des Großen Generalstabs geht, die dessen Analysen und Informationssammlungen deutlich prägten, und wo die verschiedenen Informationsquellen vorgestellt und in die zeitgenössischen politischen und gesellschaftlichen Kontexte eingeordnet werden (inklusive der europaweiten ‚Spionitis‘-Wellen), oder auch

in den Teilen des vierten Kapitels, die Praktiken und Grenzen der Informationssammlung im Russisch-Japanischen Krieg beleuchten, ist das Buch sehr erhellend und äußerst angenehm zu lesen. Ein Namensregister erleichtert zudem den Zugriff.

München

Christian Götter

### Deutsches Reich und Völkermord an Armeniern

*Hosfeld, Rolf/Pschichholz, Christin (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Völkermord an den Armeniern, 317 S., Wallstein, Göttingen 2017.*

Dieser Sammelband soll ein differenziertes Bild durch Einzelstudien zeigen, erklären die Herausgeber Rolf Holsfeld und Christin Pschichholz. Die Texte gehen auf eine Tagung im Potsdamer Lepsiushaus im März 2015 zurück. Vier Buchteile bergen 13 Beiträge unter „Völkermord: Kontext, Entschlüsse und Diskurse; Kriegsbündnis“ und „Völkermord: deutsche Diplomaten und Militärs“, „Menschenrechte: humanitäre Netzwerke und Widerstand“ sowie „Ideologie, Nationsaufbau und Genozid: deutsche Perzeptionen ethnischer Gewalt“. Die Beiträge stammen unter anderem von Aschot Hayruni, Isabell V. Hull, Stefan Ihrig, Hilmar Kaiser, Hans-Lukas Kieser, Carl Alexander Krethlow, Mark Levene, Thomas Schmutz und Ronald Gregor Suny.

Zwei der Übersichtsbeiträge behandeln die Frage, ob es eine armenische Revolte aufgrund der osmanischen Reaktion gegeben habe. Laut Levene gab es 1915 keinen allgemeinen armenischen Aufstand, außer jenem in den Köpfen der regierenden Osmanen (S. 39f.). Dennoch könne man nicht leugnen, dass die Großmächte versuchten, mit Völkern wie den Armeniern ihre Politik zu machen.

Auch Suny untersucht die Frage nach einem Aufstand (S. 65f.). Nichtmuslime seien entwaffnet und in Arbeitsbataillone geschickt worden. Während einige Armenier bis weit ins Jahr 1916 als Soldaten, Ärzte oder Übersetzer dienten, entschieden sich viele wegen jener Degradierung zu desertieren. Die neue, ‚gesäuberte‘ Armee konnte Dinge tun, zu denen die ethnisch und religiös gemischte Armee unfähig gewesen wäre. Depeschen aus dem Osten sprachen zwar vom armenischen Verrat, von Rebellion und Bedrohung der Versorgungslinien, doch wandelte sich jeder Widerstand oder Vorfall in die Vision eines organisierten, großflächigen armenischen Aufstands. Indes waren Angriffe isoliert und sporadisch. Eine minimale Bedrohung nahmen die Osmanen als Existenzgefahr wahr und begründeten damit Deportation und Massaker an Armeniern und Assyrern. Eine Minorität wurde auf der Basis von Religion und Ethnizität als gefährlich angesehen und ein systematisches Programm von Mord und Plünderung in einen Völkermord verwandelt.

Genozid nicht als punktuelles Geschehen, sondern als längerfristigen Prozess zu sehen, schlägt Taner Akçam vor, zum Beispiel von 1878–1923, als es eine Serie genozidaler Momente gab wie die Hamidischen Massaker 1894–1896 und den Genozid 1915–1918. Dies reiche vom Berliner Vertrag, der im Artikel 61 das „Armenier-Problem“ zum Fokus der Diplomatie erhob, bis zur Republik Türkei. Ein kreativer Ansatz, mit dem der Autor nun weitere ‚essenzialistische‘ Faktoren akzeptiert, so etwa Ideologien wie den Islamismus (S. 68f.). Sicher wird man im Vorfeld der Tanzimat-Reformen als Rahmen der Interpretation der Jahre 1839, 1856, 1876 und 1894 sowie den deutschen Einfluss dabei und danach beachten.

Erik-Jan Zürcher fragt, wann und von wem die Entscheidung zur Armenier-Deportation getroffen wurde und, noch wichtiger, jene zur „Endlösung der Armenierfrage“ (S. 81)

von Oktober 1914 bis Mai 1915, Er datiert den Entschluss bis Ende März 1915, wobei Dr. Bahattin Şakir dabei eine treibende Kraft gewesen sei. In der Vernichtungspolitik habe es ein zweigleisiges, paralleles Kommunikationssystem gegeben, also die offiziellen Regierungskanäle neben Linien der herrschenden Partei Komitee für Einheit und Fortschritt. Zürcher spricht von integrierter Bestreitbarkeit im Parallelgebrauch offizieller und inoffizieller Kanäle als Hauptmerkmal der antiarmenischen Politik (S. 101). Fakten zu schaffen, um Entscheidungen zu erzwingen und Gegner in die Defensive zu drängen, sei eine beliebte Taktik gewesen. Viermal seien zwar Alternativen erwogen worden, doch obsiegten stets die Radikalsten mit dem drastischsten Entschluss, so bei dem Staatsstreich im Januar 1913, dem deutsch-osmanischen Bündnisakt im Juni 1914, dem Angriff auf Russland im Oktober 1915 sowie dem Entschluss zum Völkermord zwischen Februar und April 1915. Dass radikalste Flügel Militanz zum Legitimitätstest erhoben, ihr kompromissloses Extrem zum Hauptstrom ausformten und jede Moderation als „Verrat“ ausgaben, hat sich in Nachfolgestaaten oder -gebieten bis heute manifestiert.

Aschot Hazruni und Hosfeld beleuchten Johannes Lepsius und die armenische Frage näher. Sie zeigen ihn zwischen Reforminitiativen und deutscher Mittelost-Politik. Der Theologe sei in der Krise 1912–1914 zum politischen Akteur geworden (S. 221–229). Dies belegen sie auch für Juli 1915, als ihm das Auswärtige Amt eine Reise nach Istanbul gewährte. Dort empfing ihn Enver Pascha am 10. August, der bezüglich Armenier sagte, man müsste mit inneren Feinden fertig werden. Angemerkt sei, dass Lepsius nach seiner Heimkehr Enver am 4. Oktober 1915 zitierte, Armenier seien in dieselbe Lage wie Juden in Westeuropa zu bringen: nirgends sollten sie sich sammeln, sondern nur weit im Reich zerstreuen. Lepsius erwiderte, Ar-

menier gar auszurotten würde nur der Türkei schaden. Wer wie Stefan Ihrig, der in seinem Beitrag zur Genozid-Debatte angesichts des Mords an Talat Pascha Vorannahmen zur Vorgeschichte der Shoah prüft, mag sich darin bestärkt finden. Insgesamt edierten Hosfeld und Pschichholz einen gehaltvollen Qualitätsband über das Deutsche Reich und den Völkermord an Armeniern.

*New Jersey*

*Wolfgang G. Schwanitz*

### Transnationaler Faschismus

*Bauerkämper, Arnd/Rossoliński-Liebe, Grzegorz (Hrsg.): Fascism Without Borders. Transnational Connections and Cooperation Between Movements and Regimes in Europe from 1918 to 1945, 384 S., Berghahn, Oxford/New York 2017.*

Sammelbände zum Problem des Faschismus gibt es in kaum noch überschaubarer Zahl. Meist handelt es sich um wissenschaftliche Tagungsbände mit mehr oder weniger zufälligen Beiträgen. In vielen werden nur italienischer und deutscher Faschismus vergleichend behandelt, manche sparen den ‚totalitären‘ Nationalsozialismus dagegen bewusst aus und erklären den Faschismus zu einem rein italienischen oder einem mittelmeerischen Problem. Wieder andere konzentrieren sich auf die strukturellen Unterschiede zwischen faschistischen und Regimen autoritärer Herrschaftsstruktur. Einige wollen schließlich nur die ‚Einzigartigkeit‘ des Nationalsozialismus beweisen, weshalb sie sich auf die Faschismusproblematik gar nicht erst einlassen. Das alles hat das Feld der Faschismusforschung zwar diskursiv verbreitert, methodisch jedoch nicht unbedingt weitergebracht. Der von Arnd Bauerkämper und Grzegorz Rossoliński-Liebe herausgegebene Band kann dagegen beanspruchen methodisches Neuland zu betreten.

Ausgehend von der von den Herausgebern zu Recht als konventionell angesehenen These, dass jeder Faschismus auf einem „Hyper-Nationalismus“ (S. 1) beruhe und deshalb ein internationaler Faschismus eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit sei, plädieren sie für einen transnationalen Ansatz. Jeder Faschismus habe zwar seine eigene nationalistische Identität, sei zugleich jedoch mit anderen Faschismen vernetzt. Aus diesem interaktiven und kommunikativen Zusammenhang, der Vergleiche nicht ausschließe, sondern erfordere, ergibt sich für sie die historische Totalität des Faschismus. Auch wenn sie einräumen, Mussolinis faschistisches Regime in Italien sei ursprünglich nicht auf Expansion angelegt gewesen, verweisen sie darauf, dass dies spätestens dann der Fall war, als der Nationalsozialismus dazu ansetzte in der faschistischen Weltbewegung die Führung zu übernehmen. Das ist im Prinzip schon lange bekannt, die Herausgeber setzen jedoch insofern einen neuen Akzent, als sie den transnationalen Charakter des Faschismus darin erkennen, dass sich Faschismen gegenseitig sowohl als Vorbild wie als Konkurrenz ansehen konnten. In der Erforschung dieses gegenseitigen Beziehungsgeflechts sehen sie die Aufgabe künftiger Faschismusforschung.

Ihren vielversprechenden Ansatz in einem Sammelband nur in begrenztem Umfang umsetzen zu können, ist den Herausgebern nicht zum Vorwurf zu machen. Ihr wissenschaftlicher Ansatz zielt auf eine Neuorientierung der internationalen Faschismusforschung, nicht schon auf deren Dokumentation. Bedauerlich ist allerdings, dass ihr Forschungsansatz ziemlich einseitig ideengeschichtlich angelegt ist. Bei der transnationalen Vernetzung der Faschismen haben sie Rassismus und Antisemitismus sowie Propaganda und Ästhetik im Visier. Diese sind zum Verständnis des Faschismus unabdingbar – ohne die

Analyse der ideologischen Komponenten kann man den Faschismus nicht verstehen.

Es ist deshalb zwar sehr aufschlussreich, dass Aristotle Kallis Gewalt und Antisemitismus als ideologische Elemente einer neuen faschistischen Ordnung beschreibt und Matteo Pasetti die korporativen Ideen des italienischen Faschismus als transnationale Verknüpfungen hervorhebt, obwohl sie bekanntlich nirgendwo realisiert worden sind. Ebenso interessant sind die Ausführungen von Goran Miljan über die Jugendideologie der Ustascha, die Interpretation von Robert Brasillach als transnationalem faschistischen Ideologen durch Marleen Rensen und die des Vordenkers der ‚Eisernen Garde‘ Ion I. Mota als transnationalem Antisemiten durch Raul Cârstocea. Besonders hervorzuheben ist schließlich auch die Darstellung der Debatte über eine neue europäische Ordnung innerhalb des italienischen Faschismus durch Monica Fioravanzo.

Gerade in transnationaler Perspektive ist jedoch zu fragen, welchen Stellenwert ideologische Elemente für den Faschismus hatten. Hier unbedingt transnationale Gemeinsamkeiten zu finden, ist nicht zwingend. Dass zum Beispiel die Ideologie der „Romanità“ des italienischen Faschismus anderen faschistischen Bewegungen als Vorbild diente (S. 8), ist kaum zutreffend. Eher gilt das für die Frage des nationalsozialistischen Antisemitismus, wobei jedoch gesehen werden muss, dass auch der italienische Faschismus ursprünglich zwar nicht antisemitisch, aber doch gegenüber Slawen und Afrikanern massiv rassistisch eingestellt war. Antisemitismus und Rassismus sollten gerade auch in einer transnationalen Perspektive nicht in einen Topf geworfen werden.

Wichtiger als der ideologieträchtige Zugriff wäre jedoch in transnationaler Perspektive auch die handlungstheoretischen Komponenten der Vernetzung des interna-

tionalen Faschismus zu berücksichtigen. Mussolini war nicht nur für Hitler, sondern auch für kleinere faschistische Bewegungen nicht aufgrund seiner diffusen Ideologie ein politisches Vorbild, sondern wegen seiner praktischen Erfolge bei der Etablierung eines faschistischen Regimes. Er wirkte international in praxeologischer, weniger in ideologischer Hinsicht.

Damit soll der Apell der Herausgeber, das Faschismusproblem künftig in transnationaler Perspektive anzugehen, nicht verkleinert werden. Es handelt sich um einen außerordentlich wichtigen Band, der weit mehr Anregungen liefert als ein beliebiger Sammelband zum Faschismus. Die von ihm ausgehenden methodischen Anregungen sollten unbedingt weiterverfolgt werden.

Köln/Göttingen

Wolfgang Schieder

### Regierungspräsidium Kassel als Teil der Gewalt

*Freund, Nadine*: Teil der Gewalt. Das Regierungspräsidium Kassel und der Nationalsozialismus, 646 S., Historische Kommission für Hessen, Marburg 2017.

Bereits in der Einleitung wird deutlich, dass das Thema der Untersuchung ein aufschlussreiches Forschungsfeld darstellt. So weist die Verfasserin zu Recht darauf hin, dass der Mythos der „sauberen Verwaltung“ im Nationalsozialismus seine Wirkungsmacht verloren hat respektive nur noch ältere Studien zu Regierungspräsidien (RP) die Judenverfolgung ausklammern oder die Zuständigkeit der RPs negieren. Vielmehr sei die Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden – hier exemplarisch für das RP Kassel – vor allem von einem dafür eigens eingerichteten „Judenreferat“ ausgegangen. Vor diesem Hintergrund verfolgt Nadine Freund in der vorliegenden Arbeit das vorrangige

Ziel, Faktoren zu verdeutlichen, die den Aufstieg des Nationalsozialismus im Regierungsbezirk sowie in der Behörde des RP selbst begünstigten. Des Weiteren geht es ihr um die Rolle des RP im Prozess der auf Kontrolle, Unterdrückung, Gewalt und Freiheitsberaubung setzenden Machtsicherung der Nationalsozialisten, aber ebenso um die Beteiligung des RP an der Judenverfolgung. Hierbei sei nach Ansicht von Freund der Umstand zu berücksichtigen, dass sich ein Oberregierungsrat mit jüdischen Wurzeln bis 1945 in der Behörde hätte halten können. Als weitere Intention der Arbeit soll die Rolle der Behörde im Verwaltungsaufbau des NS-Staates, im Zusammenspiel mit anderen Instanzen des Staates und der Partei sowie mit weiteren einflussreichen Kräften herausgearbeitet werden. In diesem Kontext richtet sich ihr Fokus auch auf die leitenden Beamten der Behörde, um „ihre Vorbedingungen und Prägungen mit einzubeziehen, ihre Haltung zum Nationalsozialismus und zum Antisemitismus, ihre Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung als Beamte des NS-Staates zu reflektieren“ (S. 11).

Betrachtet man in einem weiteren Schritt die konkreten Fragestellungen der Arbeit, wird nicht nur die Komplexität des Themas, sondern auch der differenzierte Aufbau der Arbeit sichtbar. Es geht um Fragen nach der Rolle der Behörde bei der Umsetzung anti-jüdischer Gesetze, bei Gewalthandlungen, Enteignungen, Deportationen von Juden und „Arisierungsmaßnahmen“ jüdischen Eigentums und prinzipiell um den Platz des RP Kassel im politischen System des NS-Regimes sowie um das Zusammenspiel von Instanzen des Staates und der Partei (vgl. S. 7f.). Dass hierfür die Kompetenzen des Regierungspräsidiums Kassel, aber auch die Macht und Möglichkeiten der Einflussnahme der Behörde untersucht werden müssen, versteht sich von selbst. Hierzu hat

Nadine Freund etliche Quellenbestände ausgewertet, angefangen von zahlreichen Akten des Stadtarchivs Kassel (Sammlung Kassel im Nationalsozialismus) und des Hessischen Staatsarchivs in Marburg über Entnazifizierungs-/Spruchkammerakten, Unterlagen des Landespersonalamtes des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden sowie wichtige Bestände des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem bis zu Dokumenten des Bundesarchivs Berlin (etwa NSDAP-Partei Korrespondenzen und Mitgliederkarteien der NSDAP).

Die Monografie, die aus einem mehrjährigen Forschungsprojekt hervorgegangen ist, gliedert sich in sieben Kapitel. Die ersten vier Schwerpunkte fokussieren sich auf das Erbe der Monarchie und den Aufstieg des Nationalsozialismus, auf die veränderte Ausrichtung des Staatsschutzes in der Phase der Machtsicherung sowie auf die Verwaltung unter veränderten Vorzeichen („Die RP zwischen bekannten und neuen Herausforderungen“). Dass die Regierungspräsidien an der Entstehung der Gestapo-Stellen aus der Politischen Polizei, überhaupt an einer Kooperation mit der nationalsozialistischen Geheimpolizei erheblichen Anteil hatten, ist zum Verständnis der Repressions- und Verfolgungspolitik im NS-Regime unabdingbar. Beispielsweise hatte – wie Freund konstatiert – das Regierungspräsidium mit der örtlichen Gestapo bei ‚gewöhnlichen Gefangenen‘ über deren Verbleib in der Schutzhaft oder ihre Entlassung zu entscheiden. In der Praxis lag diese Entscheidung jedoch oft bei den NSDAP-Kreisleitungen und bei den Staatspolizeistellen der Gestapo.

Während es im fünften Kapitel um die NSDAP, den Staat und die „Judenfrage“ geht (treffend lautet der Untertitel „Das RP zwischen Ohnmacht, Zerrissenheit, Ignoranz und Leugnung“), konzentriert sich der sechste Teil der Arbeit auf die maßgeblichen

Mitarbeiter des Regierungspräsidiums im Nationalsozialismus und um Karrierehemmnisse, Verantwortung und Elitenkontinuität. Im Kontext der „Judenfrage“ ist es erschreckend, in welchem Maße schon 1933 Listen mit von Juden geführten Unternehmen in deutschen Tageszeitungen veröffentlicht, jüdische Frauen und Männer diffamiert und denunziert wurden. Landräte seien gemeinsam mit der Gendarmerie eine schwer kontrollierbare, verschworene Gemeinschaft gewesen, die Spuren verwischt, Täter entlastet und Taten geleugnet habe. Wie einzelne Vorfälle belegen, existierten im Regierungspräsidium Kassel unterschiedliche Auffassungen darüber, „ob überhaupt sämtliche Übergriffe gegen Juden geahndet werden müssen“ (S. 389). Allerdings gab es solche Vorgehensweisen auch in anderen Regierungspräsidien, sodass hier eine stärkere Vergleichsebene und Kontrastierung sinnvoll gewesen wäre. Der Höhepunkt der ‚Zusammenarbeit‘ beziehungsweise die letzte und endgültige Zuarbeit von Behörden im Regierungsbezirk Kassel zum Holocaust habe in den arbeitsteilig organisierten Deportationen jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus dem Bezirk Richtung Osten in die Durchgangs- und Vernichtungslager bestanden: „Um die Deportationen durchzuführen, bediente sich die Gestapo des Instanzenzuges der Inneren Verwaltung. Die Landräte hatten als Kreispolizeibehörden dafür Sorge zu tragen, dass die jüdischen Einwohner ihrer Kreise nach Kassel gebracht wurden, von wo aus die endgültige Deportation stattfand“ (S. 593).

Insgesamt handelt es sich um eine differenzierte Studie, die auf der Basis eines breiten Quellenkorpus wichtige Fragestellungen systematisch herausarbeitet und darüber hinaus wissenschaftlich gut geschrieben ist.

*Bielefeld*

*Gisela Diewald-Kerkmann*

## Von Rittern und Rivalen

*Fitzpatrick, Sheila: Stalins Mannschaft. Teamarbeit und Tyrannei im Kreml, 315 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2017 (engl. 2015).*

Stalin hat Konjunktur. Zahlreiche Biografien aus der Feder von Osteuropaexperten entstanden bereits in den letzten Jahren auf Grundlage des nach dem Zusammensturz der Sowjetunion zugänglich gewordenen Archivmaterials. Zunehmend rückte neben der Person Stalins sein politisches und persönliches Umfeld in den Fokus, das mal als ‚innerer Kreis‘, ‚Hof‘ oder – wie bei Sheila Fitzpatrick – als „Mannschaft“ bezeichnet wird. Männer wie Sergej Ordžonikidze, Vjačeslav Molotov, Lavrentij Berija zählten über viele Jahre zu diesem inneren Kreis, der teils bei offiziellen, teils bei inoffiziellen Treffen maßgeblich über die politischen Geschicke des Landes entschied. Wie interagierten diese Männer untereinander und gegenüber Stalin? Welchen Handlungs- und Entscheidungsspielraum besaßen sie? Wie wirkte sich ihre Stellung auf ihr Leben, ihre Familie aus?

In zehn Kapiteln geht Sheila Fitzpatrick diesen Fragen in einer Art Kollektivbiografie nach, die seit diesem Jahr nun auch in deutscher Sprache vorliegt. Die betrachtete Zeitspanne reicht von den frühen 1920er Jahren und damit dem allmählichen Aufstieg Stalins bis hin in die Chrusčev Zeit – und in Ansätzen darüber hinaus. Die Erzählung ist chronologisch angelegt, die Entwicklungen im Team an die Kernphasen des Stalinismus geknüpft: Machtaufstieg Stalins, Kollektivierung der Landwirtschaft, ‚Großer Terror‘, Krieg, Nachkriegszeit, Stalins Tod. Vor dem Hintergrund dieser Einschnitte beschreibt Sheila Fitzpatrick das Zusammenspiel der „Mannschaft“ als Phasen, in denen sich, abhängig von Stalins Person, kollektive Herrschaft unterschiedlich stark ausprägte. Anders als

Robert Service oder Oleg Khlevniuk erkennt Fitzpatrick mehrere Zeiträume, in denen Stalin die Zügel der Führung bewusst oder unbewusst lockerte und die Männer als Gruppe zusammenarbeiteten. Neben den frühen 1930er Jahren, in denen „Unabhängigkeit und Teamgeist“ das Miteinander geprägt hatten (S. 9) und man sie als Ritter feierte, brachten vor allem die ersten Kriegsjahre einen „Höhepunkt der von Korpsgeist erfüllten Mannschaft“ (S. 147), ein Korpsgeist, der kurz vor Stalins Tod wieder aufleben sollte. Talsohlen des gemeinschaftlichen Regierens waren die Zeit des ‚Großen Terrors‘, der die Männer geradezu paralysiert habe, sowie die unmittelbare Nachkriegszeit, in der die Gruppe, nun eine „Mannschaft von Rivalen“, Stalin keinerlei Widerworte entgegenzusetzen wagte (S. 173).

Kollektive Herrschaft erscheint als das angestrebte Ideal politischer Führung – auch retrospektiv durch die Kollektivführung der ersten Regierung nach Stalin. Deren Politik beschreibt Fitzpatrick als zivilisatorische Leistung, ging doch der politische Übergang nach Stalins Tod verhältnismäßig unblutig vonstatten und war zudem von einem umfangreichen und tiefgreifenden Reformprogramm begleitet (S. 9). Solange Stalin lebte, behielt dieser jedoch das letzte Wort. Ein ums andere Mal stellte er die Männer vor vollendete Tatsachen oder bedrohte mit seinen Entscheidungen deren oder ihrer Familien Existenz. Gleichwohl enthebt Fitzpatrick ihre Protagonisten nicht der Verantwortung und beschreibt deren Mitschuld an den stalinistischen Verbrechen. Ihr Handeln gerade in den späten 1920er und in den 1930er Jahren versucht Fitzpatrick durch die Erfahrungswelt von Revolution und Bürgerkrieg sowie durch die soziale Prägung zu erklären. Der „Männerbund“ mit seiner „Machokultur“ zeigte eine grundsätzliche Bereitschaft für den Einsatz von Gewalt (S. 46). Antiintel-

lektualismus, reale und heraufbeschworene Gefahren taten ihr Übriges.

Anstatt Prägung und Sozialisation der Männer ausführlich herauszuarbeiten, beschränkt sich Fitzpatrick darauf, diese als gegeben in den Raum zu stellen. Auch bleibt unbeantwortet, aufgrund welcher Kriterien Stalin seine „Mannschaft“ eigentlich auswählte oder wie genau es die Rivalen der späten Stalinjahre schafften, ihre Differenzen zu überwinden und nach Stalins Tod kollektiv zu agieren. Auch die Verweise auf ein hohes Arbeitspensum oder Stalins gesundheitsraubenden Lebenswandel, der auch die „Mannschaft“ betraf, bleiben letztendlich Anekdoten und werden nicht in Zusammenhang mit Entscheidungsprozessen gesetzt.

Obwohl die Männer um Stalin am Ende wohl froh über dessen Tod waren, war Stalin zeit seines Lebens der Fixstern der Gruppe, der die Machtverhältnisse innerhalb derselben durch Ausschluss- und Einbindungsstrategien ordnete. So ist das Bild der „Mannschaft“ vielleicht passend gewählt: Während die Mitglieder im Alltag und in dem ihnen zugeteilten Bereich weitreichende Freiheiten erhielten, bestimmte der Mannschaftskapitän Stalin die Gesamtstrategie und stellte die jeweilige Spielerformation auf. Diese Erkenntnis ist freilich ebenso wenig überraschend wie die Charakterstudien der einzelnen Mannschaftsmitglieder. Und so bleibt das Werk in erster Linie eine gut lesbare Darstellung von Freundschaften und Rivalitäten mächtiger Männer, von der Lebenswelt im Zentrum der Macht vor dem Hintergrund der wichtigsten Stationen sowjetischer Geschichte in den Jahren 1924–1953.

Heidelberg *Felicitas Fischer von Weikersthal*

## **Spaniens Kommunisten vom Widerstand gegen Franco zur Monarchie**

*Ysàs Solanes, Pere/Molinero, Carme: De la hegemonía a la autodestrucción. El Partido Comunista de España (1956–1982), 512 S., Crítica, Barcelona 2017.*

Carme Molinero und Pere Ysàs Solanes lehren beide an der Autonomen Universität Barcelonas und sind spezialisiert auf die politische und Sozialgeschichte des Franquismus und der Jahre des Übergangs nach dem Tod des Diktators mit gewissen Schwerpunkten auf dem antifranquistischen Widerstand und auf Katalonien. Den Großteil ihrer Forschungen haben sie zusammen veröffentlicht. Hier geht es nun um einen gesamtspanischen Blick auf die wichtigste Oppositionskraft gegen die Diktatur in deren zweiten Hälfte seit Mitte der 1950er Jahre, die Kommunistische Partei (Partido Comunista de España, PCE). Deren Einfluss erweckte nicht zuletzt bei den westlichen Regierungen die Furcht vor einer radikalen Linkswende beim Ende der Diktatur. In der Monarchie ab 1975, in deren ersten Jahren sie eine wichtige gestaltende Kraft war, verlor sie dennoch langsam ihre Protagonistenrolle, machte heftige Fraktionskämpfe durch und wurde als politisch bewegende Kraft an den Rand gedrängt.

Ungefähr die Hälfte des Buches untersucht die Zeit bis zum Tod Francos, als die PCE schlichtweg ‚die‘ Partei im Widerstand war (die Jahre der „Hegemonie“, wie es im Titel heißt), und umgekehrt natürlich das Feindbild der Diktatur darstellte. Mit den sozialen und ökonomischen Wandlungen Spaniens ab Ende der 1950er Jahre (Integration in die europäische Wirtschaft und damit verbundener Industrialisierungsschub), aber auch dem quasi naturgesetzlichen Generationswandel gelang es der Partei, das Stigma einer auf Gewalt ausgerichteten Kraft abzulegen und neue Wurzeln in den nun heranwachsenden



antifranquistisch eingestellten Schichten zu schlagen. Die allerersten Schritte dabei werden hier leider nur – im Gegensatz zu dem im Untertitel abgesteckten Zeitraum – pauschal zusammengefasst. Sie endeten mit der durch die Forderungen der Führungsmitglieder Jorge Semprún und Fernando Claudín, die Partei müsse sich der neuen Situation anpassen, ausgelösten Krise im Jahre 1964. Die im Exil befindliche Führung um Santiago Carrillo reagierte zunächst mit Ausschüssen, da sie damit seine Autorität infrage gestellt hatten, und anschließend mit der Übernahme vieler ihrer Ideen, nur um sie noch weiter zu fassen. Daraus entstand eine Mäßigung der Parteilinie, um möglichst breite Bündnisse mit Blick auf die Ablösung der Diktatur zu schaffen. Das erlaubte der Partei schließlich, am Tisch der Verhandlungsführer teilzunehmen, als nach dem Tod Francos die neue parlamentarische Monarchie ausgehandelt wurde. Der neue Kurs wurde beispielhaft für den ‚Eurokommunismus‘, unter dessen Banner die westeuropäischen kommunistischen Parteien in ihren Ländern nach Regierungsfunktionen strebten.

Der zweite, etwas kürzere Teil, umfasst die Jahre seit den ersten Wahlen im Jahre 1977, deren Ergebnis für die PCE schon weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Es waren Jahre des Niedergangs, eben die Zeit der im Titel genannten „Selbsterstörung“. Hatte Carrillo zunächst seine Kritiker aus der Partei werfen können, so wurde er später für den Einflussverlust und die Grabenkämpfe – bei denen der Konflikt unter den aus historischen Gründen in einer selbständigen Partei zusammengefassten katalanischen Kommunisten eine besondere Rolle spielte – verantwortlich gemacht. Verschärft wurde dieser Prozess des Abstiegs durch den wachsenden Zuspruch für die Sozialisten, denen schließlich nach den Parlamentswahlen im Oktober 1982 unter Felipe González die Regierungsübernahme gelang,

ohne in irgendeiner Weise auf die PCE dafür angewiesen zu sein. Bereits zuvor hatte die Partei heftige Niederlagen in regionalen und kommunalen Wahlen erlebt, was zum Führungswechsel mit dem Rücktritt von Carrillo als Generalsekretär führte (der schließlich im Jahre 1985 aus der Partei gedrängt wurde). Mit diesem „annus horribilis“, wie das Schlusskapitel überschrieben ist, endet die Darstellung.

In den Schlussfolgerungen versucht das Autorenpaar einige Gründe für diesen Prozess zu finden. Es war zweifellos ein Zickzackkurs, den die Partei in diesen Jahren des Übergangs verfolgte. Einerseits Mäßigung, andererseits immer wieder der Versuch der Abgrenzung gegenüber den Sozialisten. Doch dürfte es letztlich die völlig ‚inflexible‘, aus dem Stalinismus geerbte Führungs- und Organisationsstruktur gewesen sein, wodurch auf die sich verändernde Situation nicht angemessen reagiert werden konnte. Dabei, worauf sie verweisen, lag das nicht unbedingt am Prozess des Wechsels von einer „Bewegungspartei“ im Widerstand zu den neuen Möglichkeiten der nachfranzusistischen Demokratie. Tatsächlich blieben ihre Mitglieder durchaus in den außerparlamentarischen Bewegungen und allem voran den Gewerkschaften sehr aktiv, waren aber letztlich an den Rahmen gebunden, den die politischen Vorgaben der Parteiführung setzten. Vielleicht liefert den wichtigsten Hintergrund dafür die Ablösung des klassischen Systems der ‚fordistischen‘ Organisation der Ökonomie und damit die tendenzielle Auflösung der traditionellen Arbeiterklasse und -kultur, wie die Verfasser in ihrer Einleitung andeuten, dann aber leider nicht weiter entwickeln.

Diese Arbeit basiert auf umfassender Quellenrecherche im Archiv der Partei, aber auch des von ihr beeinflussten Gewerkschaftsdachverbandes Arbeiterkommissionen sowie in einigen Nachlässen. Dazu konnten die Autoren eine Reihe von

Zeitzeugen und natürlich die umfangreiche zeitgenössische Presse und die vielen seitdem publizierten Memoiren heranziehen. Insgesamt handelt es sich um eine sehr materialreiche und eingängig zu lesende Organisationsgeschichte.

Frankfurt a.M.

Reiner Tosstorff

### Schwarzmarkt und Staatssozialismus

*Kochanowski, Jerzy: Through the Back Door. The Black Market in Poland 1944–1989, 436 S., Lang, Frankfurt a.M. u.a. 2017 (poln. 2010).*

Jerzy Kochanowskis erstmals 2010 erschienene Studie über den Schwarzmarkt im staatssozialistischen Polen kann inzwischen bereits als Standardwerk zur neuesten polnischen Gesellschaftsgeschichte gelten. Deshalb ist es nur zu begrüßen, dass das Buch nach zwei polnischsprachigen Ausgaben und einer deutschen Übersetzung unter dem Titel „Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989“ (2013) nun auch in englischer Sprache vorliegt.

Kochanowski nimmt seine Leser\_innen mit auf eine faszinierende Reise in die bunte Welt der Basare, Schwarzbrennereien und ‚Polenmärkte‘, die das gängige Vorurteil vom passiven, initiativlosen *homo sovieticus* Lügen straft. Mit feinem Sinn für (zuweilen pikante) Details nähert er sich den vielfältigen Spielarten illegalen ökonomischen Handelns vom Haustürverkauf selbstgeschlachteten Fleisches bis hin zu großangelegten grenzüberschreitenden Währungsstransaktionen an, ohne deren symbiotische Verflechtung mit der staatssozialistischen Planwirtschaft aus den Augen zu verlieren. Obwohl die breite Quellenbasis seiner Studie, die von Behördenschriftgut bis zu Presseberichten reicht, überwiegend die Perspektive der für die Bekämpfung der Schattenwirtschaft zu-

ständigen Instanzen widerspiegelt, gelingt ihm ein ebenso differenziertes wie lebendiges Bild dieser ökonomischen Grauzonen.

Nach einer historischen Hinführung, die den Schwarzmarkt als ständigen Begleiter der modernen Wirtschaftsgeschichte einführt und seine spezifisch polnischen Wurzeln in der Gewalt- und Mangelökonomie des Zweiten Weltkrieges beleuchtet (Kap. 2), wendet sich Kochanowski zunächst den Bemühungen der staatssozialistischen Behörden zu, den verschiedenen Schattierungen des schwarzen Marktes mit polizeilichen Repressionsmaßnahmen beizukommen (Kap. 3). Dabei betont er die Vergeblichkeit dieser Art von ‚Spekulationsbekämpfung‘, die an den Ursachen des Problems, namentlich an den Dysfunktionalitäten der zentral gesteuerten Planwirtschaft, nichts änderte. Gleichwohl griffen die polnischen Kommunisten auch während der schweren Wirtschaftskrise der 1980er Jahre noch einmal auf die bereits im Hochstalinismus erprobten Antispekulationskampagnen zurück – mit wiederum mäßigem Erfolg.

Anschließend skizziert Kochanowski die historische Geografie des Schwarzmarkts in verschiedenen Regionen Polens (Kap. 4), bevor er jeweils einzelne Kapitel den wichtigsten illegal gehandelten Gütern widmet. Neben Fleisch und Alkohol, die am staatlichen Handels- beziehungsweise Produktionsmonopol vorbei ihren Weg zum Konsumenten fanden, waren dies Benzin, Gold und Devisen – insbesondere der im Spätsozialismus zur Parallelwährung avancierte US-Dollar (Kap. 5–8). Ein Kapitel über den Handelstourismus, dem sich mit der sukzessiven Öffnung der Grenzen innerhalb des Ostblocks (und schließlich auch darüber hinaus) immer mehr findige Polinnen und Polen verschrieben, ergänzt das Buch um eine transnationale Perspektive (Kap. 9).

Folgt man Kochanowskis detailfreudiger Darstellung von der inoffiziellen privaten Tou-

rismusindustrie in den polnischen Karpaten über zwielichtige Geldwechsler auf Warschauer Basaren bis hin zum Schmuggel in den Ostseehäfen, so drängt sich unweigerlich der Eindruck auf, illegale ökonomische Praktiken seien im staatssozialistischen Polen im Grunde ubiquitär gewesen. Der Verfasser selbst bezeichnet sie als „endemisch“ (S. 19). Dass sie hier wegen der vergleichsweise hohen Bedeutung des privaten Sektors (vor allem in Landwirtschaft und Handwerk) und angesichts der hergebrachten distanzierten Haltung gegenüber dem Staat ausgeprägter waren als in anderen sozialistischen Ländern, ist auch vollauf plausibel. Dennoch bleiben die realen Proportionen des Phänomens mangels aussagekräftiger quantitativer Quellen notwendigerweise im Dunkeln.

Dieser Umstand sowie Kochanowskis teils essenzialisierender Duktus (so spricht er etwa vom Schwarzmarkt als „Grippevirus“, S. 72) lassen die historische Bedingtheit des Schwarzmarkts etwas in den Hintergrund treten. So erscheint individuelles Profitstreben jenseits des gesetzlichen Rahmens bisweilen als anthropologische Konstante, während die Frage nach der historisch wandelbaren Akzeptanz der herrschenden Wirtschafts- und Sozialordnung kaum aufgeworfen wird. Dabei wäre diese (neben ökonomischen Notwendigkeiten) als wesentlicher Faktor sowohl für die Ausmaße illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten als auch für die Erfolgchancen ihrer effektiven Bekämpfung zu betrachten.

Zwar distanziert sich Kochanowski in seinem Fazit von einer allzu idealisierenden Sicht auf den Schwarzmarkt und thematisiert auch dessen Schattenseiten wie Kriminalität und grassierende Korruption; trotzdem bleibt seine augenzwinkernde Darstellung den gewitzten Händlern und ihrem Erfindungsreichtum meist gewogen. Es ist deshalb nur konsequent, dass er die Auseinandersetzung

zwischen staatlichen Kontrollinstanzen und den Schwarzmarkt-Akteuren wiederholt als „Spiel“ zwischen Staat und Gesellschaft begreift (S. 58, 289), in dem die Gesellschaft – ganz wie im Märchen vom Wettlauf zwischen Hase und Igel – stets gewann. Ob es allerdings wirklich immer die ganze polnische Gesellschaft war, die hinter dem zuweilen rücksichtslosen Streben nach individuellem Vorteil stand, erscheint durchaus fraglich. Dagegen sprechen etwa die egalitaristischen Forderungen der Solidarność-Bewegung, die in der Versorgungskrise 1980/81 energisch auf die Rationierung der wichtigsten Grundnahrungsmittel und auf die Abschaffung des devisenbasierten „inneren Exports“ drängte.

Ungeachtet solcher kleinerer Kritikpunkte sei Jerzy Kochanowskis Studie jedem ans Herz gelegt, der neue Einsichten in die Sozial- und Alltagsgeschichte des ostmitteleuropäischen Staatssozialismus gewinnen möchte. Sie führt eindrucksvoll vor Augen, dass diese sich keineswegs in staatlich orchestrierter Monotonie erschöpfte, sondern von findigen Menschen entscheidend mitgeprägt wurde, die Schlupflöcher und Hintertürchen des Systems geschickt zu nutzen wussten, um ihre eigenen Wege zu gehen.

Berlin

Florian Peters

### Heimerziehung zwischen Tradition und Sozialismus

*Laudien, Karsten/Dreier-Horning, Anke: Jugendhilfe und Heimerziehung im Sozialismus. Beiträge zur Aufarbeitung der Sozialpädagogik in der DDR, 257 S., BWV, Berlin 2016.*

Der Sammelband „Jugendhilfe und Heimerziehung im Sozialismus. Beiträge zur Aufarbeitung der Sozialpädagogik in der DDR“ stellt die Ergebnisse des Forschungsprojektes zur geschichtlichen Rekonstruktion des DDR-Jugendhilfesystems und der pä-

dagogischen Arbeit in den Jugendhilfeeinrichtungen vor, das in den Jahren 2012 bis 2015 durchgeführt und vom Bundesministerium des Inneren gefördert wurde. Die Autoren und Autorinnen der gesammelten Aufsätze blicken aus der Perspektive der Geschichts- und Sozialwissenschaft kritisch auf die Jugendheime und leisten somit einen neuen Beitrag zu deren Untersuchung. Bisher konzentrierte sich die Erforschung von Heimerziehung lediglich auf wenige Jugendwerkhöfe, demgegenüber versuchen die Herausgeber des Bandes mit den Beiträgen einen vertieften und interdisziplinären Blick auf die Heimerziehung zu werfen.

Die Heimerziehung in der DDR basierte auf dem durch die Verfassung festgeschriebenen Anspruch, dass die Interessen des Bürgers mit den Gesamtinteressen der Gesellschaft, der Regierung und der Partei übereinstimmen sollten. In Bezug auf die Jugendlichen hieß es demnach, das Interesse der jungen Generation decke sich mit dem Interesse und Ziel des Staates. In diesem Sinne bedeutete dies für die Praxis der Heimerziehung, dass die kollektiven Interessen des Staates im Vordergrund standen und wenig Spielraum für die individuellen Bedürfnisse sowie Notlagen der Kinder und Jugendlichen ließen. Soziale Probleme, etwa in den westlichen Staaten, wurden als Spiegel der Gesellschaft angesehen. Aus dieser Gedankenfolge leitete sich die Annahme ab, in einer sozialistischen Gesellschaft würden idealerweise keine solchen Probleme entstehen. Dabei war der Staat eine pädagogische Instanz und diente dem Zweck, eine sozialistische Persönlichkeit, also einen individuellen Träger kollektiver sozialistischer Werte, zu erziehen. Aus diesem ideologischen Gedankengut heraus wurde der Heimerziehung kein spezielles pädagogisches Engagement zugeschrieben, denn diese war ein Teil der kollektiven Erziehungsaufgabe.

Die Beiträge zeigen explizit die Orientierung des DDR-Heimerziehungssystems am sowjetischen Vorbild, dennoch wies es auch eigene Merkmale auf. So wird durch den Vergleich mit anderen osteuropäischen Ländern deutlich, dass es im Gegensatz zur DDR auch Länder gab – etwa Polen oder die Tschechoslowakei – in denen die Aufgabe der Sozialisierung auch der Familie zugeschrieben wurde. Wiederum teilte Ostdeutschland mit Westdeutschland trotz der Verschiedenheit des politischen Systems teilweise gemeinsame Traditionen in der pädagogischen Grundausrichtung. Dazu gehörten unter anderem ähnliche Umgangsformen mit Disziplinierung, Bestrafung und körperlicher Züchtigung. Dies wurde im Westen insbesondere in den konfessionellen Einrichtungen, in denen Nonnen und Schwestern arbeiteten, als die „Bekämpfung des Bösen“ bis in die 1970er Jahre legitimiert. In der DDR dagegen galt körperliche Bestrafung zwar als verboten (erlaubt waren nur Arrest, Verweise oder Tadel und erzwungene Rechtfertigung vor der Gruppe), in der Realität wurde jedoch trotzdem oft derartige Gewalt praktiziert.

Gerade der Vergleich des DDR-Heimsystems mit dem in anderen Ländern, um die Eigenart der DDR-Heimerziehung herauszuarbeiten, bietet wertvolle Beobachtungen. Aber die Autoren und Autorinnen prüfen auch die ideologischen Hintergründe der Heimerziehung anhand eines breiten Spektrums von Fragen. Zum einen geht es um die Formen der Unterbringung, die Situation der ehemaligen Heimkinder, ihre medizinische Versorgung sowie Förderung. Es zeigt sich dabei, dass die Heimkinder keine Förderung und individuell ausgerichtete Therapie bekamen, dagegen meist diszipliniert und ausgegrenzt wurden. Dies verursachte, dass die Heimkinder nach der Entlassung kaum auf das Leben vorbereitet waren und sich daher stigmatisiert und nicht in die Gesellschaft integriert fühlten, was

zu enormen Belastungen auch psychischer Art führte. Unter dem Mangel an Förderung und individueller Behandlung litten insbesondere Kinder mit Behinderung, die weder unterstützende Betreuung noch eine spezielle Therapie bekamen, oft auch nicht genügend medizinisch versorgt wurden, sondern meist mit Psychopharmaka ruhig gestellt waren. Vieles begründete sich allerdings in der Ausbildungssituation der Heimerzieher und Heimerzieherinnen und deren Mangel an Qualifikation – eine wichtige neue Erkenntnis, die das Buch liefert.

Die Ausbildung orientierte sich weniger an sozialpädagogischen Fragestellungen, sondern am Lehrerberuf. Die Heimerzieher wurden gleich den Pionierleitern, Horterziehern, Unterstufenlehrern und Kindergärtnern ausgebildet und dem Ministerium für Volksbildung untergeordnet. Es gab durchaus auch Überlegungen, für Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe eigene Ausbildungselemente zu schaffen. Dies wurde aber nicht umgesetzt, weil es auch in der sowjetischen Pädagogik abgelehnt wurde. Grund dafür war, dass man dies als Versagen der kommunistischen Kollektiverziehung hätte auslegen können. Solche Sonderpädagogik könne zu Annahme führen, dass es auch im Sozialismus soziale Probleme gebe.

Diese Situation mangelnder Ausbildung bedeutete aber auch, dass das Personal oft stark mit den Problemen der Heimkinder und Jugendlichen überfordert war. Gerade bei einer Behinderung war die Arbeitsbelastung enorm, sodass die medikamentöse Behandlung, aber auch manche körperliche Bestrafung, oft ein Resultat dieser Überforderung war.

Im Weiteren wirft das Buch Licht auf den Einfluss des DDR-Staatsicherheitsdienstes im Bereich der Jugendhilfe und zeigt den systematischen Versuch, innerhalb der Jugendhilfe ein festes Netz an inoffiziellen Mitarbeitern zu installieren, die ehrenamtlich

zu Jugendhelfern werden sollten. Auch das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz im Kontext der Aufarbeitung wird in den Beiträgen behandelt.

Mit diesem Spektrum an Themen und Problemstellungen liefert das Buch eine breite historische Auseinandersetzung, in der die Situation in den Heimen, aber auch die Rolle des SED-Sozialismus und der pädagogischen Arbeit beleuchtet werden. Somit bietet der Sammelband eine neue und interdisziplinäre Perspektive auf die Heimerziehung in der DDR. Es fehlen allerdings das Thema der Alltagserfahrungen in den Erziehungsheimen und Fragen nach eigenmächtigen Handlungen von Akteuren, was quellenbedingt zu erklären ist: Die Autoren und Autorinnen setzen sich primär mit offiziell erstelltem Archivgut (etwa mit ideologischen Schriften, Statistiken und pädagogischen Schriften) auseinander. Bleibt die Erfahrung in den Heimen also als offene Frage, finden sich in den versammelten Beiträgen dennoch immer wieder interessante Hinweise (etwa manche Kritik der Fachleute in Hinblick auf die Praxis der Heime), die auf mögliche Nischen im Heimsystem deuten.

Regensburg

Anna Pelka

### Anwälte in der DDR

*Booß, Christian:* Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess, 813 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017.

Welche Funktion hat die Justiz in einem System, das die Gewaltenteilung nicht kennt? Die einfache Antwort – sie dient den Zwecken des politischen Systems und wird entsprechend instrumentalisiert – ist zwar durchaus richtig, aber auch nicht sehr befriedigend. Gewiss war das Rechtssystem im Nationalsozialismus genauso wie in der

DDR dem politischen System untergeordnet; gleichwohl ist der Aufwand bemerkenswert, den die unterschiedlichen Regime betrieben, um die entsprechenden Rechts- und Justizsysteme zu installieren und am Laufen zu halten. Dieser Aufwand ist nur erklärbar, wenn man versteht, wie komplex es etwa für die sozialistischen Regime war, ein Rechtssystem zu installieren, das im Einklang mit der Gesellschaftsordnung stand und den Bürgern den Eindruck vermittelte, dass dieses System nicht auf Willkür, sondern auf Regeln beruhte. Dabei musste es letztlich darum gehen, die Funktionsweise des Rechts- und Justizsystems so abzusichern, dass es ‚von sich heraus‘ und nicht durch permanente und sichtbare politische Anweisungen die entsprechenden Anforderungen erfüllte. Die heikelste Rolle in diesem System kam den Anwälten zu. So wurde Anfang der 1950er Jahre tatsächlich die Frage gestellt, wozu es überhaupt Anwälte brauchte, wenn doch im Sozialismus bereits die Interessen eines jeden ideal vertreten seien. Zwar wurden die Anwälte letztlich nicht abgeschafft, aber ihre Zahl durchaus drastisch reduziert: Seit Mitte der 1960er Jahre gab es rund 600 Anwälte in der DDR während zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik circa 20.000 Anwälte zugelassen waren.

Zur Rolle und der Tätigkeit der Anwälte in der DDR – speziell in der Ära Honecker – hat nun Christian Booß, Projektkoordinator in der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU), eine umfangreiche, als juristische Dissertation an der Humboldt-Universität eingereichte Studie vorgelegt. In den Blick genommen werden die Anwälte in den politischen Strafprozessen. Zivilrechtliche Prozesse bleiben außen vor. Die Bestände der Stasi-Unterlagen-Behörde bilden dabei eine wichtige Quellengrundlage, doch beschränkt sich Booß keineswegs auf die Perspektive der Stasi, sondern er ordnet diese stets abgewogen in den Gesamtzusammenhang ein.

Die zentrale These der Studie ist schnell benannt und bereits im Titel erkennbar: In ihren Handlungsmöglichkeiten eng begrenzt, aber mit guten Verdienstmöglichkeiten ausgestattet und auch sonst privilegiert und angesehen, befanden sich die Anwälte der DDR in einem „goldenen Käfig“. Die Größe dieses Käfigs, so die Quintessenz der Studie, hätten die Anwälte gleichwohl selbst mitfestgelegt. Damit stellt Booß die für jede Diktaturforschung zentrale Frage nach den Handlungsspielräumen von gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen – in diesem Fall den Anwälten. Zur Beantwortung dieser Frage spannt Booß einen weiten Bogen von der Schaffung der Anwaltskollegien, in denen die ganz überwiegende Zahl, wenn auch keineswegs alle der DDR-Anwälte arbeitete, über die Kontrolle der Anwaltschaft unter anderem durch das Justizministerium, die Partei, das Ministerium für Staatssicherheit, die unterschiedlichen Justizorgane, über die Rekrutierung und die „Erziehung“ der sozialistischen Anwälte, bis hin zur Analyse ausgewählter Strafprozesse. Ein Kapitel zur Rolle der Anwälte im Umbruchjahr rundet die Studie ab. Die in unterschiedlicher Weise prominent gewordenen Anwälte Friedrich Karl Kaul, Wolfgang Vogel, Gregor Gysi, Thomas de Maizière, Wolfgang Schnur und andere werden in ihrer Rolle angemessen berücksichtigt und abgewogen beurteilt, ohne dass sie gleichwohl im Mittelpunkt der Untersuchung stünden. Überhaupt besticht die Studie durch die ungeheure Differenziertheit der Darstellung und die Vielzahl von detaillierten Beobachtungen. So erfährt man etwa, dass der demonstrativ vorgetragene Berufswunsch „Rechtsanwalt“ oder gar die vorgebrachte Absicht, „Menschen beraten und helfen“ zu wollen, alles andere als ideal dafür waren, für den Anwaltsberuf ausgewählt zu werden. Die Beziehungen der Anwälte zur Stasi analysiert Booß in allen Einzelheiten – jenseits der schlichten Frage,

ob ein Anwalt nun als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) geführt wurde oder nicht. Deutlich wird, dass die Stasi hier nur ein Instrument von vielen war, um die Anwälte innerhalb der „Gitterstäbe“ zu halten. So war es auch nur äußerst selten, dass ein Anwalt tatsächlich „aus dem Ruder lief“. Disziplinarverfahren, bei denen es um politisches Verhalten der Anwälte ging, waren die Ausnahme – allein der Fall von Götz Berger, Anwalt von Robert Havemann und Wolf Biermann, hatte in diesem Kontext eine gewisse Bedeutung. Tatsächlich hatte Berger über das übliche Maß hinaus die Interessen seiner Mandanten vertreten. Booß betont hier, dass der Fall in der ideologisch enorm aufgeheizten Atmosphäre einerseits einzigartig war, andererseits aber auch genutzt wurde, um ein Exempel zu statuieren.

Etwas bedauerlich ist, dass Booß erst im Resümee seiner Studie auf die Frage der „theoretischen Einordnung“ seiner Ergebnisse eingeht. Hier diskutiert er knapp die theoretischen oder vielleicht besser gesagt, die begrifflichen Einordnungen des Rechts- und Justizsystems der DDR. Zur These von der DDR als Unrechtsstaat, zur Totalitarismustheorie, zur „Doppelstaatstheorie“, zur These vom „Normensimulationsstaat“ und zur Funktion der straf- und prozessrechtlichen Normen nimmt Booß jeweils klug abwägend Stellung, ohne sich hier allerdings – abgesehen von der Ablehnung des Begriffs ‚Unrechtsstaat‘ – ganz klar zu positionieren. Gewiss hat jeder dieser Ansätze Stärken und Schwächen. Gleichwohl hätte man sich hier durchaus von Beginn an eine klare Positionierung gewünscht – auch um darüber das Material noch etwas stärker zu strukturieren. Der Genauigkeit und der vielfältigen Differenzierung, die die Studie auszeichnen, hätte dies gewiss keinen Abbruch getan. Auch so kann aber kein Zweifel bestehen, dass bei jeder künftigen Beschäftigung mit dem Rechts- und Justizsystem der DDR die

Studie von Christian Booß ein zentraler Orientierungspunkt sein wird.

Kassel

Jörg Requate

### Tiergeschichte der DDR

*Laue, Anett: Das sozialistische Tier. Auswirkungen der SED-Politik auf gesellschaftliche Mensch-Tier-Verhältnisse in der DDR (1949–1989), 414 S., Böhlau, Köln u. a. 2017.*

Anett Laue untersucht in dieser, auf ihre Dissertation zurückgehenden Studie die Entstehung und Veränderung von Mensch-Tier-Verhältnissen in der DDR. Sie bereichert mit dieser Tiergeschichte nicht nur die gegenwärtig boomenden Human-Animal Studies, die der Zeitgeschichte bislang eher wenig Beachtung schenken. Die Studie verdeutlicht auch, dass die Geschichte der DDR noch keineswegs „ausgeforscht“ und was für die Geschichte der BRD erst noch zu leisten ist. Dass die Autorin die gesamte Zeitspanne zwischen 1949 und 1989 in den Blick nimmt und sich nicht nur einem einzelnen, sondern ganz unterschiedlichen Themenbereichen – sowohl der „Heim-“ als auch der „Nutztierhaltung“ und dem Tierschutz – widmet, provoziert zwar mitunter Nachfragen, kommt der klaren Fragestellung der Studie aber zugute: Im Zentrum des Interesses steht dabei die wegweisende Bedeutung der Politik bzw. der SED für die Gestaltung von Mensch-Tier-Verhältnissen in der DDR. Parallel zu der dort anvisierten Erschaffung von „sozialistischen Menschen“ fragt die Autorin daher nach der damit möglicherweise einhergehenden Produktion von „sozialistischen Tieren“.

Aus diesem Grund beschäftigt sich der erste Teil der Studie mit dem Natur- und Tierverständnis von Karl Marx und Friedrich Engels und deren Rezeption innerhalb der DDR. Diese sei – ausgehend von der SED – nahezu ausschließlich auf die Nutz-

barmachung der Natur bzw. von Tieren ausgerichtet gewesen und hätte in diesem Sinne sehr anthropozentrische und rationalistische Mensch-Tier-Verhältnisse befördert. Im zweiten Teil widmet sich die Autorin der davon stark geprägten Wahrnehmung und Behandlung von „Heimtieren“ wie vor allem Hunden und Katzen. Bis in die 1970er Jahre hinein sei die Haltung von „Heimtieren“ von der Politik sehr kritisch beäugt worden. Als Überbleibsel bürgerlicher „Dekadenz“ und unnützer „Kostenfaktor“ innerhalb einer „Mangelgesellschaft“ sollte sie immer stärker zurückgedrängt werden. Erst in den 1970er Jahren, im Zuge vereinzelter Reformbestrebungen, habe sich diese Beurteilung von „Heimtieren“ im Umfeld der SED teilweise geändert. Deren Haltung sei nunmehr ein Nutzen zugesprochen worden als „Erziehungsmittel“ für Kinder und für die Erholung der „Werkstätigen“. Sie sei daher zunehmend als gewinnbringend eingeschätzt worden und habe in Folge dessen auch erkennbar zugenommen. Noch sehr viel eindeutiger sei diese Ausrichtung auf den Gebrauchswert von Tieren – erwartungsgemäß – im Umgang mit „Nutztieren“ in der Landwirtschaft hervorgetreten, dem der dritte Teil der Studie nachgeht. Die politisch gewollte und zentralistisch durchgeführte Industrialisierung des Agrarsektors habe Tiere vollends zu „Produktionsmitteln“ gemacht und dabei vor allem die Tierzucht zur Herstellung vermeintlich besserer „Produktionsmittel“ in den Fokus gerückt. Letztlich, so die Autorin, habe die DDR in diesem Rahmen eine „Verdinglichung“ von „Nutztieren“ verfolgt, die mit Blick auf ähnliche Entwicklungen in der BRD zwar stets kritisiert, die dort aber letztlich nicht derart flächendeckend forciert worden sei. Dass sich im Rahmen dieses, in der SED vorherrschenden Natur- und Tierverständnisses keine erwähnenswerte Tierschutzbewegung entwickeln konnte, zeigt

die Autorin schließlich im vierten und letzten Teil der Arbeit.

Anett Laue betritt mit dieser breit informierten und problemorientierten Studie in vielfacher Hinsicht historiografisches Neuland. Sie erschließt in diesem Zusammenhang ein weites Spektrum an Quellen und untersucht dabei sowohl die sich wandelnde Repräsentation von Tieren und Mensch-Tier-Verhältnissen als auch deren jeweilige Effekte. Neben ihrer politikgeschichtlichen Ausrichtung bietet diese Tiergeschichte daher auch einen vielfältigen Einblick in die Alltags- und die Wirtschafts- oder auch Wissenschaftsgeschichte der DDR. Ob man am Ende tatsächlich von „sozialistischen Tieren“ sprechen sollte? Vielleicht erweist sich letztlich sowohl der Begriff des Sozialismus als auch der Begriff des Kapitalismus als zu weitläufig und schwammig, um Tiere oder auch Menschen und deren Verhältnisse in ihrem Wandel und in ihrer Heterogenität angemessen erfassen zu können.

Berlin

Pascal Eitler

### **Inkubationsräume der ‚Friedlichen Revolution‘**

Weiß, Peter Ulrich/Braun, Jutta: Im Riss zweier Epochen. Politik und Gesellschaft in Potsdam von den 1980er bis zu den frühen 1990er Jahren, 539 S., be.bra, Berlin 2017.

Nach einem gemeinsam herausgegebenen Sammelband, der das Ende der SED-Herrschaft und die ‚Friedliche Revolution‘ in Brandenburg untersuchte, rejustieren Peter Ulrich Weiß und Jutta Braun in ihrer neuen Monografie die historiografische Schärfentiefe. „Im Riss zweier Epochen“ verschiebt das Erkenntnisinteresse von der Region auf die Stadt – genauer: auf die Bezirksstadt Potsdam und ihre diversen sozialen, politischen und kulturellen Räume. Mit der vorgelegten „Gesellschaftsgeschichte des



Lokalen“ (S. 16) bereichern Weiß und Braun den noch vornehmlich soziologischen und politologischen Forschungsstand zur ‚Friedlichen Revolution‘ 1989/90 um eine genuin historische Darstellung.

Die beiden Autoren interessieren sich für das Bezugsverhältnis von Mensch, Raum und Zeit. Damit ist – so ließe sich einwenden – das Sujet eines jeden Historikers umrissen. Jedoch besticht die vorliegende Studie durch ihre offensichtlich raumtheoretisch informierte Perspektivierung: Der Raum fungiert als erkenntnisleitende Kategorie, die Fragestellung richtet sich auf das ‚wo?‘ historischer Dynamik. In den Blick rückt damit nicht nur der Ablauf, sondern auch der ‚Ort‘ der ‚Friedlichen Revolution‘. Bedeutung erhalten nicht nur die menschlichen Agenten politischen Wandels, sondern ebenso dessen ‚lokale‘ – und das heißt: ‚urbanen‘ – Bedingungen. Entlang der topografischen „Sichtachse“ folgen die Autoren ganz unterschiedlichen Spuren, rekonstruieren verschiedene historische Kontinuitätslinien und Abbruchpunkte. Indem sie die Revolution 1989/1990 mitsamt ihrer Vor- und Nachgeschichte als „städtisches Ereignis“ (S. 10) erzählen, vermessen sie Potsdam als „Ermöglichungsraum“ und kartieren dessen konstitutive Offenheit. Zudem verstehen Weiß und Braun den urbanen Raum als „Knotenpunkt“ (S. 13), dessen verschlungene Entwicklungslinien sie sorgfältig entwirren. Sie führen etwa von der „roten Bezirksstadt“ zur brandenburgischen Landeshauptstadt, von der SED-Kaderschmiede zum bildungsbürgerlichen Refugium oder von der hermetischen Grenz- zur offenen Kulturstadt. Der räumlich orientierte Blick sensibilisiert die beiden Autoren dabei für topologische Phänomene. Dazu zählen zum Beispiel die Spannungen zwischen der Zentralität der Macht und der Dezentralität des Widerstands oder die Rolle Potsdams im „territorialen Machtgefüge“ (S. 10) des SED-Staates.

Um den tiefgreifenden Wandel in den Potsdamer Lebens- und Arbeitsräumen seit Ende der 1980er Jahre darzustellen, haben sich Weiß und Braun für eine Gliederung in Form 18 relativ unabhängiger Kapitel entschieden, die das urbane Panorama jeweils schlaglichtartig erhellen. Einerseits geben thematische Kapitel dem Leser umfassende Einblicke in die soziokulturelle und politische Topologie der Stadtgesellschaft: Protestorganisationen und alternative Gegenöffentlichkeiten Potsdams werden ebenso porträtiert wie die Stadtverordnetenversammlung oder die kulturpolitischen Institutionen der lokalen Film-, Theater- und Wissenschaftslandschaften. Andererseits informieren chronologisch geordnete Kapitel über den Ablauf der Mobilisierungsphase im Sommer 1989 und die revolutionären Wendepunkte zwischen Oktober und Dezember desselben Jahres. Dieser Ansatz mag teilweise etwas unübersichtlich sein, die entstehende Collage wird aber durchaus dem konzeptionellen Anspruch der Autoren gerecht, die „Mosaikstruktur“ (S. 16) des urbanen Raums abzubilden.

Insgesamt gelingt es Weiß und Braun in ihrer Geschichte Potsdams Prozesse zu historisieren, die durchaus exemplarisch für die Entwicklung anderer Großstädte im Ostblock stehen, ohne die spezifischen Dynamiken und Bedingtheiten der Stadt an der Havel zu nivellieren. Bemerkenswert erscheint den Autoren etwa die Heterogenität der urbanen Opposition. Als Inkubationsräume der ‚Friedlichen Revolution‘ dienten dabei weniger die Betriebe als vielmehr das alternative Milieu der Kulturschaffenden und Künstler oder auch der staatliche Kultursektor. Widerstandspotenziale hatten sich hier nicht abrupt, sondern mittel- bis langfristig durch materielle und ideelle Mangel Erfahrungen aufgebaut. Diese seien in Potsdam in Form einer „Entfremdung“ der Bevölkerung „von ihrem städtischen Lebensraum“ besonders ausgeprägt gewesen (S. 430). So

bedeutete der erfahrene Verlust kulturhistorischer Erinnerungsräume infolge sozialistischer Stadtplanung auch einen Verlust städtischer Identität. Die stadtpolitische Zielstellung nach der Erosion des SED-Regimes bestand daher auch darin, die topografische Integration und Re-Zentrierung der Stadt mit einer Integration ihrer fragmentierten Gesellschaft zu koppeln. Schließlich lässt sich am Beispiel Potsdams in besonderer Weise die kollektive Erfahrung ambivalenter Umwertungsprozesse nachzeichnen. Eine ideelle Aufwertung erfolgte etwa durch die Aufnahme der Schlösser und Gärten von Potsdam und Berlin in das UNESCO-Welterbe im Juni 1990, die zugleich auch ein kulturpolitisches Symbol für die deutsche Vereinigung setzt. Eine materielle Neubestimmung erfuhren hingegen die städtischen Grundstücke, die von der sozialistischen in die marktwirtschaftliche Eigentumsordnung überführt wurden. Nicht nur auf dem Immobilienmarkt musste sich Potsdam neu positionieren. Auch als Kultur- und Wissenschaftsstandort trat die Stadt in ungewohnte Konkurrenzsituationen ein. Auf kommunalpolitischer Ebene wiederum durchliefen Potsdamer Institutionen wie die anderer ostdeutscher Städte einen Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung.

Peter Ulrich Weiß und Jutta Braun ist ein beeindruckendes Porträt der Potsdamer Übergangsgesellschaft gelungen. Die von einer lokalen Tagespresse bemängelten Detailfehler sind zwar ärgerlich; sie fallen angesichts des umfangreichen Materials aber nicht wesentlich ins Gewicht. Ihrem Anspruch einer multiperspektivischen Stadtgeschichte, die den vermeintlich harten Bruch politischer und sozialer Ordnungen im Jahr 1989/90 als komplexen und langfristigen Transformationsprozess darstellt, werden Weiß und Braun mit ihrer gut lesbaren Studie jedenfalls mehr als gerecht.

*Marburg*

*Steffen Henne*

## „Markt für Marx“

*Sonnenberg, Uwe: Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren, 568 S., Wallstein, Göttingen 2016.*

Die vorliegende Arbeit geht auf die 2014 eingereichte Dissertationsschrift Uwe Sonnenbergs zurück und setzt sich auf mehreren Ebenen mit der Geschichte des Verbandes des linken Buchhandels (VLB) und des ihn umgebenden linken Spektrums auseinander. Sonnenberg betont dabei die doppelte Perspektive zwischen „Buchhandels- und Zeitgeschichtsforschung“ (S. 11), die sich aus der weit über den Buchhandel hinausgehenden gesellschaftlichen Bedeutung des Verbandes ergebe. Auf dem westdeutschen Buchmarkt sei er zunächst prägend für Theorie und Praxis des sich konstituierenden linken Buchhandels gewesen. Die produzierte und vertriebene Literatur habe sich schließlich nachhaltig auf die Ideenwelt und Denkweisen der Rezipienten ausgewirkt und die beteiligten Verlage und Läden könnten zu Recht als „institutionalisierte ‚Drehscheiben der Diffusion‘“ (ebd.) bezeichnet werden.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich in der Hauptsache von den späten 1960er Jahren bis in die frühen 1980er Jahre und nimmt damit ein Jahrzehnt in den Blick, dessen Erforschung zuletzt eine gewisse Konjunktur erlebte und damit auch die Fixierung auf das Chiffrejahr 1968 ablöst. In seiner Darstellung folgt Sonnenberg einem chronologischen Aufbau und zeichnet dabei die Geschichte des VLBs in seinen unterschiedlichen Entwicklungsphasen nach. Auf eine kurze Vorgeschichte zum sozialistischen und kommunistischen Buchhandel im Kaiserreich und der Weimarer Republik, der vor allem ein Parteibuchhandel gewesen sei, folgt eine Beschreibung der sogenannten Neuen Linken. Diese habe trotz aller Heterogenität einen Lesehunger entwickelt, der einen „Markt für

Marx“ (S. 78) entstehen ließ, auf den sich neben einigen etablierten Verlagen auch eine Reihe von neuen Projekten vorwagte. Zugleich habe in vielen Buchläden und Verlagen eine Auseinandersetzung um die Organisations- und Arbeitsstrukturen eingesetzt. Die Frankfurter Buchmesse von 1968 wertet Sonnenberg als „kritisches Ereignis“ (S. 96) nicht nur für die Studentenbewegung, sondern auch für den Buchhandel. In der Folge sei mit den sogenannten Literaturproduzenten eine Bewegung aufgekommen, in der sich diese Impulse kanalisiert und verdichteten. Trotz des nur zweijährigen Bestehens des Zusammenschlusses attestiert Sonnenberg ihm eine nachhaltige Beeinflussung des linken Buchmarktes. Eine direkte Folge sei schließlich die Gründung des Verbandes des linken Buchhandels (VLB) im Jahr 1970 gewesen.

Nach dem Ende der sogenannten ‚APO‘ setzte eine starke Ausdifferenzierung der radikalen Linken ein, die nun in verschiedene Strömungen und Ausrichtungen zerfaserte. Sonnenberg zeichnet diesen Prozess anschaulich nach und verdeutlicht, dass diese Entwicklung nicht zuletzt durch Buchhandelsprojekte der jeweiligen Fraktionen vorangetrieben wurde und sich manifestierte. Wie der Verfasser ausführt, habe sich bereits rasch abgezeichnet, dass eine überfraktionelle Zusammenarbeit der radikalen Linken im Verband nicht funktionieren würde. Nach einer kurzen Episode einer dogmatisch-kommunistischen Ausrichtung sei es schließlich zur endgültigen Spaltung gekommen und organisationsunabhängige und undogmatische Projekte hätten künftig den Ton angegeben.

Im Zuge der Neuausrichtung habe sich der VLB nach außen als Schutzverband ausgerichtet, um Repressionen und Zensur zu begegnen. Dies sei vor allem nötig geworden, als viele linke Verlage und Läden als potenzielle Unterstützer terroristischer

Gruppen unter Generalverdacht und damit im Fokus staatlicher Überwachung standen. Insgesamt habe der VLB aber als loses Netzwerk fungiert, das nur zu einem geringen Grad institutionalisiert gewesen sei. Über Arbeitstreffen und eine Informationsschrift waren zwischen 150 bis 200 Druckereien, Vertriebe und Läden im Laufe der 1970er Jahre im Verband assoziiert.

Auf dem „Markt für Marx“ habe sich indes eine Tendenzwende abgezeichnet, in deren Folge sich auch das Literaturprogramm gewandelt habe. Die „alten Klassiker“ seien zunehmend weniger gefragt gewesen und durch eine Hinwendung zu neuen Sichtweisen und Perspektiven abgelöst worden. Diese Entwicklungen korrespondierten mit der Herausbildung des (links-)alternativen Milieus und einem zunehmenden Engagement in den Neuen Sozialen Bewegungen. Sonnenberg zufolge hätten diese veränderten Strukturen einen zweiten Gründungsboom im linken Buchhandel ausgelöst. In Kombination mit einer fortschreitenden Ausdifferenzierung – Sonnenberg nennt hier vor allem Frauenbuchläden – sei der VLB jedoch zunehmend an seine Grenzen gestoßen. Das Ende des Verbandes sei letztlich schleichend vonstattengegangen. Eines der letzten Treffen sei für Januar 1981 in Michelstadt im Odenwald (das der Autor fälschlicherweise nach Franken verortet, S. 463) dokumentiert.

In einer abschließenden Einschätzung betont Sonnenberg die Bedeutung des VLBs, der eine inhaltliche und materielle Verbindung der ‚68‘er zu den später aufkommenden neuen politischen und sozialen Bewegungen hergestellt habe. Zudem unterstreicht er die Rolle der Buchläden als „Vergemeinschaftungsorte“ (S. 501), die einen wichtigen Beitrag zur Konstituierung des (links-) alternativen Milieus geleistet hätten. Gerade angesichts dieser Bewertung wäre es wünschenswert gewesen, diesen Aspekt (noch) stärker in der Arbeit zu berücksichtigen.

sichtigen. Während sich Sonnenberg etwa ausführlich den Entwicklungen im linken Verlagswesen widmet (u. a. S. 49ff., 313ff.), fällt die Betrachtung der sozialen Praxis in linken Buchläden (S. 336ff.) und deren Rolle als Knotenpunkte und Repräsentanz des (links)alternativen Milieus in der Öffentlichkeit vergleichsweise knapp aus.

Dies vermag die Verdienste, die Sonnenberg sich mit seiner detailreichen und quellengesättigten Studie erworben hat, keineswegs zu schmälern. Mit der vorgelegten Arbeit leistet er wichtige Beiträge zum eingehenderen Verständnis des linken und (links-)alternativen Milieus und dessen Wechselwirkungen in der Literatur und dem westdeutschen Buchhandel. Zu Recht weist Sonnenberg in seinem Ausblick auch auf noch offene Forschungsfragen im Kontext des VLB und der assoziierten Betriebe hin. Vor allem die Prüfung möglicher Wechselwirkungen zwischen dem Anspruch alternativer Selbstverwirklichung auch am Arbeitsplatz und der Herausbildung neoliberaler Arbeitsstrukturen verspricht interessante Ergebnisse.

Darmstadt

Matthias Lieb

### **Geschichte des Heimwerkens**

*Voges, Jonathan*: „Selbst ist der Mann“. Do-it-yourself und Heimwerken in der Bundesrepublik Deutschland, 547 S., Wallstein, Göttingen 2017.

Heimwerken ist eine paradoxe Tätigkeit: eine Freizeitbeschäftigung und gleichzeitig Arbeit, eine Tätigkeit im Heim und doch ganz männlich konnotiert; eine aktivistische Praxis in der links-alternativen Szene und zugleich eine Chiffre für die konservativen Werte von Eigenheim und Familie; und schließlich ist es eine Konsumtätigkeit, mit der jährlich Milliarden umgesetzt werden, die aber eigentlich Produktion sein will.

Als Tätigkeit, der spätestens seit den 1980er Jahren mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung regelmäßig oder gelegentlich nachgingen, bot das Heimwerken Anlass zu zahlreichen kulturkritischen Texten und wissenschaftlichen Studien. In den deutschsprachigen Geschichtswissenschaften wurde es jedoch bisher weitestgehend vernachlässigt. Jonathan Voges hat die Geschichte dieser paradoxen Tätigkeit nun aufgearbeitet. Das aus seiner Dissertation entstandene Buch widmet sich in drei Teilen der Sozial- und Kulturgeschichte (inklusive einem Exkurs zur Geschlechtergeschichte), der Konsum- und Freizeitgeschichte und der Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte des Heimwerkens. Voges beschränkt sich auf die 1950er bis 1980er Jahre. Im Zentrum steht die Bundesrepublik, wenngleich er Bezüge zur vorbildgebenden USA und in einem kurzen Exkurs auch zur DDR herstellt.

Im ersten Teil zur Sozial- und Kulturgeschichte erzählt Voges eine der beeindruckendsten Erfolgsgeschichten der Nachkriegszeit. Was 1956 im „Handwerksblatt“ noch als „US-Verrücktheit“ abgetan wurde, bekam 1957 mit „Selbst ist der Mann“ schon eine eigene deutschsprachige Illustrierte (die auch eine der wichtigsten Quellen für Voges ist). Zunehmend besetzten nationale Deutungsmuster die Tätigkeit, bis sich Ende der 1950er Jahre auch begrifflich der Germanismus „Heimwerken“ durchsetzte. Mit Beginn der 1970er Jahre war Heimwerken schließlich „eine weit verbreitete, die gesellschaftlichen Schichten und zunehmend auch die geschlechtsspezifischen Zuordnungen übergreifende, sozialmoralisch aufgeladene und sozialphilosophisch ausdeutbare Praxis“ (S. 303) geworden. Voges macht diesen Erfolg plausibel, in dem er verschiedene Entwicklungsstränge differenziert aufzeigt und zusammenführt. Von den basalen sozialstrukturellen Voraussetzungen ausgehend (mehr Freizeit, mehr

Eigenheime und mehr frei verfügbares Einkommen), betont er in Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen kulturtheoretischen Literatur, dass Ersparnisse und steigende Handwerkerkosten das Phänomen nicht ergiebig erklären könnten. Beim Heimwerken ginge es vor allem um grundlegende bürgerliche Werte: Persönliche Selbstständigkeit und Wertschätzung der Arbeit werden gegen eine aristokratische Kultur der Muße in Stellung gebracht. Interessant ist, dass auch die Krisenrhetorik der 1970er Jahre dem Heimwerken keinen Abbruch tat. Vielmehr ließen sich der Appell an die Sparsamkeit als auch der vielbeschworene Wertewandel (Individualisierung und Pluralisierung) hervorragend mit dem Heimwerken vereinbaren. Voges resümiert, dass das Heimwerken zu einer ins „Private gewendete[n] Lösungsstrategie für die multiplen Krisennarrative der Zeit“ taugte (S. 155).

Auch im zweiten, deutlich kürzeren Teil zur Konsumgeschichte des Heimwerkens erzählt Voges eine Erfolgsgeschichte. Ulrich Wengenroth zitierend, zeichnet er die „Hochrüstung mit Artefakten“ nach: Hatten 1962 nur 50.000 Selbermacher\_innen eine elektrische Bohrmaschine, waren es 20 Jahre später schon ganze zehn Millionen (S. 314). Voges will mit seiner Heimwerkergeschichte aber auch die Nachkriegskonsumgeschichte dahingehend ausdifferenzieren, dass zwar in der Tat immer weniger selbst produziert und immer mehr am Markt gekauft wurde, jedoch gleichzeitig zahlreiche neue Praktiken des Selbermachens Einzug in die deutschen Haushalte fanden. Letztlich, so Voges Schlussfolgerung, würde die „Opposition zwischen Selbermachen und Kaufen nicht der Vielgestaltigkeit der beobachtbaren Phänomene gerecht“ (S. 361).

Im dritten Teil schließlich widmet Voges sich der Unternehmensgeschichte der Baumarkt-Branche und greift dabei vor allem auf das Archiv des exemplarischen

Familienunternehmens Hornbach zurück. Voges schließt hier an ein in der Wirtschaftsgeschichte etabliertes Vierphasenmodell an: Nach einer ersten Sondierungsphase, in der der Fachhandel den Heimwerker-Bedarf deckte, kam es in den 1960er Jahren zu einer Baumarkt-Gründungsphase. Vor allem die Firmen aus dem Baustoffhandel (etwa Hornbach oder Max Bahr) bauten die heute allgegenwärtigen großformatigen Selbstbedienungsläden auf, die das DIY-Sortiment bündelten. In der dritten Phase, der Konkurrenzphase, formierte sich bei fast ungehemmten Wachstum und verstärktem Wettbewerb ein einheitliches Branchenimage. Und schließlich folgte die Boom- und Konsolidierungsphase der 1980er Jahre. Neue aggressive Geschäftspraktiken (aus dem Discount-Bereich) und der Markteinstieg neuer Konkurrenten führten zu Expansions- und Übernahmebewegungen. In den 1980er Jahren endete laut Voges die Innovationsgeschichte des Baumarktes und damit schließt auch er seine Geschichte des Heimwerkens ab.

Über die gerade in ihren Paradoxien faszinierende Tätigkeit des Heimwerkens ließe sich wohl vortrefflich eine anekdotenreiche Kulturgeschichte mit dem Anspruch verfassen, nicht nur ein Fachpublikum zu erreichen. Voges entscheidet sich für einen anderen Weg – wenngleich auch er den spröden Charme der Heimwerkerprosa mit durchaus feiner Ironie einfließen lässt. Souverän rezipiert er die neueren zeithistorischen Forschungen und zitiert Literatur in einem Ausmaß, dass die Fußnoten dem eigentlichen Fließtext manchmal nur wenig Platz lassen – einzig die breite englischsprachige Literatur zur Geschichte des ‚DIY‘ und die Literatur benachbarter Disziplinen etwa zur Konsumsoziologie kommt etwas kurz.

Wirklich kritikbedürftig an der ansonsten vorbildlichen historischen Studie ist aus Sicht des Rezensenten jedoch ein konzeptioneller

Punkt: Es fehlt an einer historischen Einordnung des Phänomens, die problemlos in dem über 600 Seiten zählenden, mitunter etwas redundanten Buch Platz gefunden hätte. Dadurch rückt eine kritische Perspektive in den Hintergrund. Schon ein Blick auf die unmittelbare Vorgeschichte des Heimwerks und die handwerkliche Arbeit am Heim in den 1920er und 1930er Jahren (damals noch „Basteln und Bauen“ genannt) hätte beispielsweise dafür sensibilisiert, dass die gleichen Tätigkeiten, die wenige Jahre zuvor noch mit Mühsamkeit verbunden war, erfunden um der Not etwas entgegen zu setzen, in den 1950er Jahren in eine erfüllende Freizeitbeschäftigung umgedeutet wurden, die Heilung, Kompensation und Erfüllung verhiess.

Zürich

Mario Schulze

### **Flucht und Vertreibung in Film, Fernsehen, Literatur und Theater**

*Feistauer, Verena*: Eine neue Heimat im Kino. Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Heimatfilm der Nachkriegszeit, 446 S., Klartext, Essen 2017.

*Möller, Kirsten*: Geschlechterbilder im Vertreibungsdiskurs. Auseinandersetzungen in Literatur, Film und Theater nach 1945 in Deutschland und Polen, 360 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2016.

*Tiews, Alina Laura*: Fluchtpunkt Film. Integrationen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch den deutschen Nachkriegsfilm 1945–1990, 368 S., be.bra, Berlin 2017.

An verschiedenen Orten hat die Rezensentin in den letzten Jahren die Forschungslücken hinsichtlich der Nachgeschichte der Vertreibung beklagt, insbesondere wenn es um die gesellschaftlich so wichtigen Massenmedien geht. Denn als in den 2000er Jahren die Zwangsmigration der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa wieder verstärkt öffentlich diskutiert wurde, zeigte sich deut-

lich, wie rudimentär unser Wissen über einige Bereiche des Nachkriegsdiskurses war. Die damals häufig vertretene These, ‚Flucht und Vertreibung‘ – so die Chiffre für den Prozess der Zwangsmigration, der Erfahrung des Heimatverlusts und die sozialpolitischen und kulturellen Integrationsleistungen – sei ein Tabu in der Bundesrepublik gewesen, war Bestandteil einer eindimensionalen Opfererzählung und stellte sich bei näherer Betrachtung in dieser Pauschalität schnell als haltlos heraus. Doch welche Akteure wann in welcher Form über das Thema gesprochen hatten und damit den öffentlichen Diskurs prägen konnten, ist bis heute nicht abschließend geklärt, auch wenn sich die Forschungslandschaft schnell entwickelte. Die drei hier zu besprechenden Werke sind allesamt Dissertationen, die in den späten 2000er Jahren oder 2010er Jahren begonnen wurden und damit eine Reaktion auf die oben benannte intensive Debatte Anfang der 2000er Jahre darstellen. Kirsten Möllers Arbeit, eine literaturwissenschaftliche Dissertation an der Humboldt-Universität Berlin, erschien 2016, die beiden Arbeiten zum Film 2017. Es handelt sich einmal um die filmwissenschaftliche Dissertation von Verena Feistauer, ebenfalls an der Humboldt-Universität Berlin verteidigt, und um die geschichtswissenschaftliche Studie von Alina Tiews, die an der Universität Münster verfasst wurde.

„Eine neue Heimat im Kino. Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Heimatfilm der Nachkriegszeit“ lautet der Feistauers Titel, womit sie offenbar angetreten war, ein insgesamt bereits stark beforschtes Thema noch einmal neu zu beleuchten. Denn sowohl Filmwissenschaftler\_innen haben den Heimatfilm schon früh als Thema für sich entdeckt – schließlich war er das dominante Genre der Nachkriegszeit – als auch Historiker\_innen haben in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder

dazu publiziert. Gerade Letztere haben explizit zur Darstellung der Flüchtlinge und Vertriebenen gearbeitet und damit auch die Rolle der Heimatfilme im Integrationsprozess angesprochen. Mehr an historisch-politischer Kontextualisierung denn an werkimmanenter Auswertung interessiert, konnte Feistauers Arbeit vor dem Hintergrund des Forschungsstandes nicht überzeugen. Im Literaturverzeichnis sind zahlreiche, wenngleich nicht alle einschlägigen Titel zu den Heimatfilmen aufgelistet, doch fehlt die Verortung des Themas in dem inzwischen breiten Literaturkanon zur Nachgeschichte der Vertreibung weitgehend. Feistauer bleibt insgesamt sehr eng bei den Filmen, von denen sie fünf sehr ausführlich in Teilkapiteln von 40 bis 50 Seiten vorstellt. Dabei folgt sie eng der Narration des jeweiligen Films und zitiert ausführlich aus den Dialogen, sodass bei der Lektüre immer wieder der Wunsch nach mehr Verdichtung aufkommt. Befördert durch den Aufbau nach Filmen und nicht nach systematischen Kriterien, verstärkt sich der Eindruck, dass der Mehrwert von Feistauers Buch – zumindest für Historiker\_innen – sich darauf beläuft, sehr viele Details zu den einzelnen Heimatfilmen in einem Buch nachlesen zu können. Mitunter erfährt man interessante Einzelheiten, etwa zu den ökonomischen Aspekten des Heimatfilms, doch neue Interpretationen des bereits beforschten Heimatfilms liefert die Dissertation nicht.

Deutlich ergiebiger ist das Buch von Alina Laura Tiews. Anknüpfend an erste geschichtswissenschaftliche Aufsätze zu ‚Flucht und Vertreibung‘ in Film und Fernsehen hat Tiews nun die erste Monografie dazu vorgelegt, die sowohl die Bundesrepublik als auch die Deutsche Demokratische Republik miteinbezieht. Denn nicht nur die politische Geschichte beider Staaten sei verflochten gewesen, sondern auch die Kino- und Fernsehgeschichte. Zudem verweist Tiews darauf, dass in beiden Teilen Deutschlands

ähnliche Vorlieben gepflegt wurden: Das Komödiantische zog die Massen an. Ins Zentrum der Analyse stellt sie zehn Fallstudien von insgesamt 74 erhobenen Filmtiteln, wobei sie als Auswahlkriterium die Zuschauererzählen wählte. Die Gesamtfilmografie der 74 relevanten Titel findet sich am Ende des Bandes, womit Tiews ein wichtiges Arbeitsmittel für zukünftige Forschungen in diesem Bereich bereitstellt. Positiv hervorzuheben ist, dass Tiews nach besonders viel gesehenen audiovisuellen Repräsentationen von ‚Flucht und Vertreibung‘ fragt und damit nicht die künstlerisch-ästhetischen (Vor-)Urteile der Filmgeschichtsschreibung reproduziert (S. 25). Gleichzeitig bringt sie das notwendige Wissen für die ästhetischen Gattungen mit und weist immer wieder auf die großen Unterschiede der Narration von ‚Flucht und Vertreibung‘ hin. Denn sowohl Melodramen und Komödien als auch Krimis erzählten das Geschehen von Heimatverlust, womit den Zuschauer\_innen unterschiedliche Deutungsangebote gemacht wurden. Die Ebene der Rezeption, also der Frage, was von den Filminhalten bei den Zuschauer\_innen ankommt, ist oft genug der schwache Punkt in medienhistorischen (und auch medienwissenschaftlichen) Forschungen. Das gilt für Tiews Buch nur eingeschränkt, da es ihr gelungen ist, zu einigen der vertieft analysierten Filme Zuschauerpost einzusehen und somit Aussagen zur Anschlusskommunikation treffen zu können (etwa als sie zeigt, dass viele Zuschauer die Verfilmung von Siegfried Lenz’ „Heimatismuseum“ als kränkend empfanden). Ihre Arbeit gliedert Tiews in drei Kapitel: Das erste Kapitel thematisiert die audiovisuellen Deutungen von „Flucht, Vertreibung und Heimatverlust“ in den Jahren 1946–1964, die als „Gegenwartsfilme“ eingeschätzt wurden, da sie „Filme mit einer zeitgenössischen Handlung“ waren (S. 47). In diesem Kapitel geht es um Trümmer- und Heimatfilme und vieles kommt einem vertraut vor. Doch kann

Tiews einige wichtige Befunde formulieren, etwa wenn sie zeigt, wie Trümmerfilme in der Bundesrepublik in kleinen Szenen fast en passant „zur ikonografischen Prägung des Bilds vom Flüchtlingstreck“ (S. 58) beitrugen, oder dass in der Rezeption des DEFA-Filmes „Die Brücke“ durchaus deutlich das ideologisierte Sprechen über ‚Flucht und Vertreibung‘ kritisiert wurde. Das zweite große Kapitel titulierte Tiews als „Übergänge und Umbrüche“ und untersucht die Jahre 1965–1975: Veränderungen in der Fernsehlandschaft korrespondierten mit veränderten gesellschaftlichen Debatten über die jüngere Vergangenheit. ‚Flucht und Vertreibung‘ wurde in anderen Genres dargestellt, etwa in der Krimiserie „Stahlnetz“, die einen Mord mit der gescheiterten Integration eines Schlesiens erklärte. Zeitlich damit überlappend ist das dritte Kapitel, das die Darstellungen 1965–1989 als „Historienfilme“ vorstellt. Als Hauptbefunde dieser Phase formuliert Tiews für die Bundesrepublik eine eskapistische Grundhaltung sowie den Wunsch nach Umgehung von politischer Positionierung zu offenen politischen Fragen, vor allem jener nach Grenzgestaltung und Rückkehr. In der DDR gab es andere Deutungsmuster. So wurde etwa in „Wege übers Land“ die Flucht als Katharsis für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges gezeigt. In dieser Phase setzt sich fort, was bereits im DEFA-Filmschaffen direkt nach dem Krieg zu beobachten war: Der Unterschied zwischen Einheimischen und Flüchtlingen wird klassenkämpferisch gewendet. Für die 1980er Jahre spricht Tiews dann von einer Wiederentdeckung des Umsiedlerthemas. Abgerundet wird die Arbeit von einem achtseitigen Fazit, in dem Tiews die Auswirkungen der Erzählkonventionen von Spielfilmen thematisiert, nochmals die Unterschiede zwischen BRD- und DDR-Thematisierungen rekapituliert und festhält, dass das Gedächtnis an Flucht und Vertreibung mitnichten nur ein Schriftliches

ist, wie Eva Hahn und Hans Henning Hahn es einmal konstatierten.

Film ist in der letzten besprochenen Dissertation, der Arbeit von Kirsten Möller, ebenfalls ein Thema, wenngleich insgesamt Literatur und Theater im Fokus stehen. Möller knüpft damit an eine lange Forschungstradition an, da bereits zahlreiche Studien zur literarischen Verarbeitung des Themas erschienen sind. Doch Möller kann in zweierlei Hinsicht ihre Lücke finden: Zum einen wählt sie mit dem vergleichenden Blick auf Polen und die Einbeziehung der DDR einen komparativen, mitunter verflechtungsgeschichtlichen Ansatz. Zum anderen richtet sie ihren Blick auf „Geschlechterbilder im Vertreibungsdiskurs“, ein bislang kaum erforschtes und angesichts der historischen Erfahrung wichtiges Thema. Denn der Prozess der Zwangsmigration und die spätere Erfahrung der Deprivation veränderte Geschlechterdynamiken. Zudem waren einige Erfahrungen im Prozess von ‚Flucht und Vertreibung‘ geschlechtsspezifisch. So wurden überwiegend (wenngleich nicht ausschließlich) Frauen Opfer sexueller Übergriffe. Möllers Ansatz ist also vielversprechend. Chronologisch hat die Arbeit zwei Schwerpunkte, die sich so in der Gliederung abbilden: Erstens die Nachkriegszeit bis Ende der 1950er Jahre und zweitens die Zeit nach 1989/90, als ideologische Sprachregelungen in der DDR und Polen weggefallen waren. Auch wenn einzelne Romane, Filme beziehungsweise Theaterstücke im Zentrum der jeweiligen Unterkapitel stehen, gelingt es Möller über Detailanalysen hinauszugehen. So erscheint die Figur der Umsiedlerin in den Dramen Müllers als „Sinnbild für gesellschaftlichen und individuellen Fortschritt, für eine sozialistische Utopie“ (S. 128). Er schreibe damit traditionelle Weiblichkeitsbilder fort, da Frauen Hoffnung und Zukunft repräsentierten, aber breche auch mit ihnen. Die emanzipierte Frau sei „Bild für die erneute Beheimatung“



(S. 139). Nach 1989 wurde das deutsch-polnische Verhältnis hingegen häufiger als heterosexuelle Paarbeziehung imaginiert, inklusive tradierter Geschlechterinbalancen. Zudem erfährt der Familienroman nach 1990 eine Renaissance: „Die schwierige Beziehung zur Mutter stand dabei oftmals als Sinnbild für die gefühlte Heimatlosigkeit der Nachgeborenen“ (S. 317). Bemängeln lässt sich an einigen Stellen, dass Möller immer wieder der Fokus auf die Geschlechterbilder abhandenkommt, wenn sie zu stark der Erzählung der einzelnen Kulturerzeugnisse folgt. Auch wäre eine längere Zusammenfassung und systematische Einordnung wünschenswert gewesen: Das Fazit bleibt mit eineinhalb Seiten sehr knapp.

Die Bücher von Feistauer, Möller und Tiews sind unterschiedlich zu bewerten, zumindest für an historisch-politischer Einordnung orientierten Leser\_innen. Hier ist Feistauers Arbeit wenig weiterführend, da sie lediglich weitgehend Altbekanntes reproduziert. Möllers Studie hingegen bietet interessante Ansätze, ist aber wohl überwiegend für die literaturwissenschaftliche Forschung hilfreich. Für Historiker\_innen ist vor allem Alina Tiews lesenswert, die den am weitestgehenden Beitrag zur Nachgeschichte bezüglich ‚Flucht und Vertreibung‘ liefern kann, zumal sie damit den populärkulturellen Bereich der Erinnerung auslotet, der in der Erinnerungsforschung oftmals übersehen wird.

*Augsburg*

*Maren Röger*

### **‚Kalter Bürgerkrieg‘ gegen die KPD**

*Foschepoth, Josef: Verfassungswidrig!. Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, 492 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017.*

Die zeithistorische Zunft hat Josef Foschepoth viel zu verdanken. Auf seine Beharrlichkeit ist es nicht zuletzt zurückzuführen, dass

seit 2009 Millionen von Verschlusssachen (VS) aus der ‚alten‘ Bundesrepublik offengelegt werden. Foschepoth stieß auf diese riesigen Geheimaktenbestände bei Recherchen zu einem Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur KPD im Kalten Krieg. Inzwischen ist immerhin das Gros der VS aus den 1950er und 1960er Jahren offengelegt. Einige Fundstücke aus solchen Beständen präsentierte der „Spiegel“ zuletzt, als er im April 2017 mit der „Geheimakte Adenauer“ aufmachte. Er zitierte unter anderem ein Dokument, demzufolge der BND 1956, im Jahr des KPD-Verbots, „die Etablierung eines illegalen Apparats“ erwog für den Fall, dass die SPD nach der Wahl 1957 an die Macht käme. Welche ‚Sicherheits‘-Strukturen hinter solch gruseligen Einzelfunden stecken, können nur quellengesättigte Studien zeigen.

Foschepoth selbst hat 2012 auf der Grundlage offengelegter VS bereits eine in der Öffentlichkeit vielbeachtete Studie über Post- und Telefonüberwachung vorgelegt. Hierin analysiert er die Bundesrepublik als autoritäre „Staatsdemokratie“, die an der deutsch-deutschen Grenze bis zu 17,2 Millionen „staatsgefährdende“ Broschüren jährlich durch Vernichtung zensierte. Mit „Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg“ legt der Freiburger Historiker nun nach und bringt damit zugleich das eingangs erwähnte DFG-Projekt zu einem spektakulären Ende. ‚Spektakulär‘ vor allem deshalb, da das Verbot von 1956 nach Foschepoths Dafürhalten verfassungswidrig war – weil es die Bundesregierung dem Gericht geradezu aufzwang, aber auch weil mindestens ein Beweisstück offensichtlich gefälscht wurde.

Die Annahme, dass das Bundesverfassungsgericht die KPD nur unter exekutivem Druck verboten habe, war zeitgenössisch unter anderem von Wolfgang Abendroth und Diether Posser artikuliert worden. Letzterer trat mit Gustav Heinemann in politischen Prozessen als Anwalt auf. Foschepoth kann

nun anhand von Gerichts-, Kanzleramts- und Ministeriumsakten zeigen, dass die beiden richtig lagen.

Warum wollten die Karlsruher RichterInnen kein KPD-Verbot? Foschepoth führt eine ganze Reihe von Gründen auf. Erstens sei die KPD viel zu schwach und zu isoliert gewesen, als dass sie eine nennenswerte Gefahr hätte darstellen können. Der Autor folgt hier der Einschätzung alliierter Stellen und den Berichten der Verfassungsschutzämter, die die KPD zwar als klar verfassungsfeindlich einschätzten, nicht aber als akute Gefahr. Zweitens arbeitet er heraus, was schon Patrick Major in seiner wichtigen Studie „The Death of the KPD“ (1997) zeigen konnte: Dass es nach 1945 nämlich vor allem die Anhänger bürgerlicher, konservativer und natürlich rechtsradikaler Parteien waren, die im Kommunismus die Hauptgefahr für die Demokratie erblickten. Viele alliierte Akteure und Personen aus dem SPD-Spektrum hingegen fürchteten eher ein Wiedererstarken der Rechten. Drittens schließlich nimmt Foschepoth an, dass Herrmann Höpker Aschoff, der bis 1954 amtierende erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts, einen KPD-Prozess vor allem deshalb ablehnte, weil er fürchtete, die KPD-Propaganda würde ihm dann seine Tätigkeit bei der Haupttreuhandstelle Ost vorhalten, die im Krieg die Vermögen osteuropäischer Juden und polnischer Staatsbürger geraubt hatte.

Weshalb kam es dann doch zum KPD-Verbot? Auch hier bietet der Autor mehrere Erklärungen an. Erstens kann er detailliert nachzeichnen, wie insbesondere das Justiz- und das Innenressort immensen Druck auf den Ersten Senat ausübten und damit immer wieder die Gewaltenteilung aufhoben. Zweitens hebt Foschepoth aber auch hervor, was (Rechts-)Historiker wie Joachim Perels und Johannes Lameyer bereits in den 1970er Jahren herausgearbeitet haben: Die Richter mochten etwas weniger

obrigkeitsstaatlich eingestellt sein als die in Bonn amtierenden Justiz- und Innenminister, doch am Ende machten auch sie sich den autoritär-antikommunistischen Zeitgeist zu eigen. Foschepoth weist zur Recht auf die Rolle hin, die der Antikommunismus – oder genauer: ein hinter dem Antikommunismus mehr schlecht als recht versteckter, gegen ‚den Osten‘ gerichteter Nationalismus – als Integrationsideologie gespielt habe, nicht zuletzt mit Blick auf die immensen personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus. Drittens sei der KPD-Prozess ein „Staatsprozess“ gewesen, wie es auch in zeitgenössischen Quellen bisweilen heißt, der zur Legitimierung der Weststaatsgründung mindestens ebenso beitragen sollte wie zur Delegitimierung der DDR. Sich einer solchen Staatsräson ganz zu verweigern, so scheint es, war auch dem Erstem Senat unmöglich.

Josef Foschepoth hat – wieder einmal – ein lesenswertes Buch vorgelegt, das wichtige Impulse setzt für die Historisierung der Bundesrepublik. Diese hängt in puncto innere Sicherheit derjenigen der SED-Diktatur weiter hinterher. Dabei stellt das Buch eine deutsch-deutsche Verflechtungsgeschichte par excellence dar und Foschepoths Plädoyer, den sicherheitspolitischen Kampf zwischen BRD und DDR im Anschluss an Patrick Major als „Kalten Bürgerkrieg“ zu bezeichnen, erscheint durchaus plausibel – zumal wenn man mit bedenkt, wie brutal die DDR gegen ihre „inneren Feinde“ vorging.

Unberücksichtigt lässt der Autor freilich, dass die „rote Gefahr“ aus Bonner Sicht auch darin bestand, dass die KPD im Konfliktfall mit den Ostblock-Armeen kooperieren würde: Kalter Bürgerkrieg und Kalter Krieg gingen in den Bedrohungsszenarien ineinander über. Vor allem aber übersieht er, dass der Erste Senat noch einen vierten wichtigen Grund für die Verhinderung des KPD-Verbots hatte: Er stand für eine ‚streitbare Demokratie‘, die nicht nur vom Staats-

schutz her dachte, sondern auch von den Menschenrechten. Hier rächt sich, dass Föschepoth von einer Interpretation der SRP- und KPD-Urteile, absieht und ausblendet, dass der Erste Senat mehrheitlich – und ganz im Gegensatz zur Bonner Ministerialbürokratie – mit ehemaligen Gegnern des Nationalsozialismus besetzt war. Außerdem rezipiert er einige einschlägige Studien nicht oder nur oberflächlich (etwa Lameyer „Streitbare Demokratie“, 1978 und Rigoll „Staatschutz in Westdeutschland“, 2013).

Potsdam

Dominik Rigoll

### **Stammheim – ein Ort des Staatsversagens**

*Bergstermann, Sabine: Stammheim. Eine moderne Haftanstalt als Ort der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF, 338 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2016.*

Kein anderes deutsches Gefängnis ist annähernd so bekannt wie die Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim. Denn zwischen 1974 und 1977 war Stammheim weit mehr als ein Gefängnis – es war die „Hauptstadt der RAF“ (Stefan Aust). In ihrer Münchner Dissertation untersucht Sabine Bergstermann die erstaunliche Entwicklung der 1959 errichteten Haftanstalt vom Reformgefängnis zum „Gegenort“, der für viele Linke zum „Inbegriff des staatlichen Vernichtungsinteresses“ wurde (S. 260). Konservative deuteten ihn dagegen als Symbol einer unverzeihlichen Permissivität des Staates. Die Verfasserin selbst versteht Stammheim in erster Linie als einen Ort, „an dem Staatlichkeit neu verhandelt“ (S. 6) wurde. Sie geht dabei von der Annahme aus, dass die für das Haftregime der Mitglieder der Roten Armee Fraktion verantwortlichen Vertreter von Exekutive und Judikative – seit 1975 war Stammheim bekanntlich auch Gerichtsort – „der Herausforderung ‚Linksterrorismus‘ nicht

gewachsen“ (S. 8) waren. Nach der Lektüre des lesenswerten Buches ist diesem Urteil fraglos zuzustimmen.

Bergstermann ordnet ihr Thema zunächst grob in die zeitgenössischen Debatten um Strafrechtsreform und Innere Sicherheit ein. Anschließend geht sie den Anfängen Stammheims als Prestigeobjekt und Musteranstalt nach, die die neuen Vorgaben zur Resozialisierung als Ziel des Strafvollzugs vor allem durch hochmoderne Sicherheitsanlagen gewährleisten sollte: Erst die perfekte technische Überwachung, so hieß es, ermögliche für die Insassen eine humane Unterbringung und einen menschenwürdigen Alltag. De facto scheiterte die Umsetzung der ehrgeizigen Vorgaben jedoch am Geld; spätestens seit Ende der 1960er Jahre haperte es in der überbelegten und personell unterbesetzten Justizvollzugsanstalt vor allem an angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Seit 1974 waren jedoch alle Scheinwerfer auf den sogenannten ‚Hochsicherheitstrakt‘ im siebten Stock gerichtet. Der Begriff war eine mediale Schöpfung ohne sachliche Grundlage, die sich laut Bergstermann allein deshalb durchsetzte, weil die von ihm erzeugten Assoziationen sowohl im Interesse der Behörden als auch der RAF lagen. Die Vorstellungen von den Bedingungen, unter denen deren Gründer dort einsaßen, seien sowieso lange vor ihrer Verlegung nach Stammheim in staatskritischen Milieus fest verankert gewesen: Die unverhältnismäßigen Härten der Frühzeit – etwa im ‚Toten Trakt‘ von Köln-Ossendorf – sollten sich als „desaströs für die Glaubwürdigkeit der Behörden“ (S. 101) erweisen. Bekanntlich verkehrten sich die Zumutungen, unter denen einige RAF-Häftlinge anfangs zu leiden hatten, in Stammheim in ihr genaues Gegenteil. Es sind die mit Abstand stärksten Passagen des Buches, in denen die Verfasserin deutlich macht, wie es zu diesen beispiellosen Privilegierungen kam. Eine schier grenzen-

lose Einsatzbereitschaft der Anwälte (die sich für die Häftlinge nicht zuletzt finanziell positiv auswirkte, da sie sich dank großzügiger Spenden und Honorare interessierter Medien eine Fülle von Extras leisten konnten) traf auf die Hoffnung der Behörden, sich die Kooperation der Angeklagten vor Gericht durch entsprechende Zugeständnisse erkaufen zu können. Dazu kam die Angst vor dem weiteren gesundheitlichen Verfall der RAF-Prominenz angesichts permanent aufrechterhaltener Hungerstreikdrohungen. Wie Bergstermann erstmals nachweisen kann, spielte auch der für die Belange der Häftlinge übersensible Anstaltsarzt Helmut Henck eine wichtige Rolle, dessen Motive sich aus den Quellen nicht erschließen lassen. Das Gleiche gilt für die Hintergründe der ebenso rechtswidrigen wie im Ergebnis fatalen Entscheidung, Brigitte Mohnhaupt für die letzten Monate ihrer Haft in den siebten Stock zu verlegen, wo Baader und Ensslin sie während des täglichen ‚Umschlusses‘ systematisch auf ihre zukünftige Führungsrolle in der RAF vorbereiten konnten. Zeigte sich hier einmal mehr die Erpressbarkeit der Behörden? Oder steckte doch die Hoffnung dahinter, durch das illegale Abhören der Gespräche an wertvolle Informationen zu gelangen?

Insgesamt, so Bergstermann, war die Lage durch so viel Disfunktionalität gekennzeichnet, dass sich der Verdacht aufdrängt, das Chaos hatte womöglich Methode, um den vor Ort tätigen Diensten, wie dem Verfassungsschutz des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, ihre verdeckte Tätigkeit zu erleichtern. Spätestens im ‚Deutschen Herbst‘ wurde Stammheim jedenfalls zum Ort des Staatsversagens. Auch wenn es weiterhin keine begründeten Zweifel am Selbstmord gibt – dass die offizielle Version der ‚Todesnacht von Stammheim‘ in allen Punkten zutrifft, hält die Autorin für „nicht wahrscheinlich“ (S. 233). Ihre eigene Argu-

mentation in dieser heiklen Angelegenheit kann allerdings auch nicht durchweg überzeugen; übertrieben misstrauisch geht sie etwa mit den plausiblen und bis heute nicht widerlegten Aussagen Volker Speitels um (S. 234–237).

Auch wenn sich die zuständigen Behörden bis heute weigern, alle relevanten Bestände für die Forschung zu öffnen (auch die Gefangenenakten der RAF-Häftlinge in Stammheim gelten als „verloren“): Sabine Bergstermanns Buch zeigt, wie lohnend es ist, den Gang in die Archive anzutreten. So hat die Verfasserin unter anderem in Koblenz, Stuttgart, Ludwigsburg und Hamburg eine Fülle an unbekanntem Quellenmaterial erschlossen und mit Gewinn ausgewertet. Weniger befriedigend ist ihr Umgang mit der Forschungsliteratur ausgefallen. Wichtige Titel fehlen, andere tauchen nur im Literaturverzeichnis auf, ohne dass die entsprechenden Thesen im Text aufgenommen und diskutiert würden.

Göttingen

Petra Terhoeven

### Urbanisierung und *urban politics*

*Baumeister, Martin/Bonomo, Bruno/Schott, Dieter (Hrsg.): Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s, 382 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2017.*

Das rückblickende Urteil, dass nach der Epoche des erfolgreichen Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit die folgenden 1970er Jahre zu einem Jahrzehnt eines ganz erheblichen strukturellen Umbruchs geworden seien, war der Anlass für eine Konferenz des Deutschen Historischen Instituts in Rom im Mai 2015, die vor allem auf einen Vergleich der Formen und Folgen dieses Umbruchs für die urbanen Verhältnisse in Westdeutschland und Italien hinauslief. Dabei wurde davon ausgegangen, dass es in diesem Jahrzehnt trotz der

Tatsache, dass Westdeutschland und Italien grundsätzlich intensiv von der Urbanisierung geprägt waren, in beiden Staaten erhebliche Unterschiede gegeben habe – dies nicht zuletzt infolge der damals unterschiedlichen Regierungsstrukturen. Die Traditionen und die aktuellen Erscheinungsformen des urbanen Lebens sowie die verschiedenartigen Auseinandersetzungen der jeweiligen Politik mit deren Folgen sind – durchweg exemplarisch ausgehend von Verhältnissen in einzelnen Städten – Gegenstand der insgesamt 14 Beiträge der Publikation in den drei Blöcken „Urban Politics and Visions of the City“, „The Historic City Between Protection and Reinvention“ sowie „Contested Spaces and Social Movements“. In diesen Beiträgen sollte es allerdings auch darum gehen, die jeweiligen Rechercheergebnisse mit den allgemeinen historischen Verhältnissen in den beiden Ländern in Verbindung zu bringen. In einem Vorwort der drei Herausgeber mit ausführlichen Informationen zu ihrem Projekt „Cities Contested“ sowie in einem Einleitungsbeitrag des Trierer Zeithistorikers Lutz Raphael, der um die grundsätzliche Frage kreist, ob die 1970er Jahre sowohl in Deutschland als auch in Italien tatsächlich die Periode eines jeweils erheblichen strukturellen Umbruchs gewesen seien, werden die Kernfragen der Konferenz von 2015 einleuchtend dargestellt und bereits mit den Hauptergebnissen der folgenden Einzelbeiträge in Verbindung gebracht.

Ausgegangen bei der Planung ihrer Tagung waren die Veranstalter von der Vorstellung, dass die bisher oft geäußerte Idee einer „Parallelgeschichte“ Italiens und Deutschlands, bezogen auf die Zeit des Faschismus und die Nachkriegszeit, angesichts der dann unterschiedlichen politischen Verhältnisse in den beiden Staaten seit Beginn der 1970er Jahre nicht mehr vertretbar war – dies nicht zuletzt vor allem auch bezogen auf die urbane Situation in beiden Ländern. Um den jewei-

ligen Veränderungen mit deren politischen, sozialen, kulturellen und teilweise auch ökonomischen Folgen auf die Spur zu kommen, ging es in der Konferenz – angestoßen nicht zuletzt durch Anregungen von Raphael – um den Versuch, zum einen die unterschiedlichen Gründe für und Reaktionen auf die Krisensituation in Italien und Westdeutschland vor allem mit Blick auf das jeweilige urbane Leben in den 1970er Jahren an konkreten Beispielen zu untersuchen. Zum anderen sollte es aber auch darum gehen, die gegenseitigen deutsch-italienischen Wahrnehmungen, die beobachtbaren Kontraste, die Art der Kontakte und schließlich auch die schließlich wieder deutlichen Annäherungen in der Folgezeit bis in die 1990er Jahre in den Blick zu nehmen. In seinem Einleitungsartikel ist Raphael deshalb von der Feststellung ausgegangen, dass sich die seit Beginn der 1970er Jahre immer deutlicher feststellbaren Unterschiede zwischen beiden Ländern vor allem durch den wachsenden, aber jeweils recht unterschiedlichen Einfluss politisch linker Kreise in Richtung auf ein „rotes Jahrzehnt“ deutlich zugespitzt hätten – ausgelöst nicht zuletzt durch die politische Mobilisierung der jeweiligen jungen Generation seit Ende der 1960er Jahre, was sich besonders auch in der Kommunalpolitik ausgewirkt habe. In den folgenden Beiträgen der Publikation werden die konkreten Folgen dieser Entwicklung dann zum Teil detailliert dargestellt und analysiert. In Italien führte diese Entwicklung zunächst zu erheblichen Auseinandersetzungen bis hin zu einer massiven Krise des bisherigen Parteiensystems, während es in Westdeutschland meist gelang, durch ein Zusammenwirken unterschiedlicher kritisch-politischer Kreise und nicht zuletzt auch durch die Akzeptanz der neugegründeten Partei der Grünen die von der jungen Generation in den Städten angestoßenen Auseinandersetzungen kom-

munikativ und mit Blick auf neue Horizonte weitgehend zu bewältigen.

Dass die nach der Tagung von 2015 nun vorgelegte Publikation zum Thema „Cities Contested“ lediglich infolge ihres ausschließlichen Bezugs auf Italien und Westdeutschland eine spezielle Schneise im gesamteuropäischen Kontext im Blick hat, wird von den Herausgebern in der Einleitung ausdrücklich betont und auch mit dem Befund in Verbindung gebracht, dass nach der Bewältigung der Krise der 1970er Jahre jetzt vor allem auch diverse italienische Städte geradezu zu Zentren einer neuen und vorbildlichen urbanen Kulturpolitik in Europa wurden. Mit Recht verstehen sie ihre Veröffentlichung deshalb ausdrücklich auch als Anregung, in weiteren internationalen Forschungsprojekten die urbanen Entwicklungen in den übrigen europäischen Staaten seit den späten 1960er Jahren vergleichend zu untersuchen.

Essen/Gießen

Jürgen Reulecke

### Konsumverhalten in Krisenzeiten

*Fabian, Sina*: Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990, 494 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Zu den 1970er und 1980er Jahren gibt es eine Vielzahl zeitgenössischer Diagnosen. Zum einen sprachen verschiedene Akteursgruppen aus Politik, Wissenschaft und Medien mehrfach von einer Krise, zum anderen beklagte man wortreich eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft. In ihrer Studie zum „Boom in der Krise“, die auf ihrer 2015 an der Universität Potsdam abgeschlossenen Dissertationsschrift beruht, differenziert Sina Fabian diese beide Meistererzählungen, die auch mehrfach Eingang in zeithistorische Darstellungen gefunden

haben. Diese Differenzierung leistet sie anhand umfangreicher Analysen der besonders kostenintensiven Konsumbereiche Tourismus und Autofahren, die sie für Westdeutschland und Großbritannien vergleichend untersucht. Die Arbeit beruht auf einem breiten Quellenkorpus, welcher sich überwiegend auf archivalisches Material aus beiden Staaten stützt. Neben Egodokumenten aus dem deutschen Tagebucharchiv und dem britischen Mass Observation Archive zieht sie vor allem Unternehmensarchive (TUI, Thomas Cook, Volkswagen, British Motor Industry Trust) heran. Die umfangreiche Arbeit ist klar gegliedert und umfasst neben der Einleitung und dem Schluss drei Kapitel in denen sich die Autorin zunächst allgemein der Entwicklung des Konsumverhaltens für ihren Untersuchungszeitraum widmet, um dann ausführlich Tourismus und Autofahren zu diskutieren.

Für ihren konzisen konsumgeschichtlichen Überblick, den sie im zweiten Kapitel bietet, stützt sich Fabian auf eine Vielzahl bereits publizierter Studien und Quellen. Genau wie in den beiden folgenden Kapiteln beschränkt sie sich dabei nicht auf ihren engeren Untersuchungszeitraum, sondern skizziert die Entwicklung seit der Nachkriegszeit. Konsumhistorisch, so macht sie hier deutlich, sind die zeitgenössischen und zeithistorischen Deutungen der „ersten Ölpreiskrise 1973/74“ (S. 65) als Zäsur nicht haltbar. Während in den ersten Nachkriegsjahrzehnten längst nicht „alle gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen von der Ausweitung des Lebensstandards“ (S. 63) profitierten, bildeten die 1970er Jahre eine „Hochphase der Einkommensentwicklung“ (S. 119). Eine Einschränkung findet sich weder im Bereich der Einkommensentwicklung noch, so zeigt die Autorin ebenfalls ausführlich, im Bereich des Konsums. Diesen schränkten die Zeitgenoss\_innen zwar kurzfristig ein; lang- und mittelfristig nahm er indes zu.

Anhand des Tourismus zeigt Fabian im folgenden Kapitel ausführlich, wie diese Branche geradezu eine „Gegengerählung zu den zeithistorischen Diagnosen“ (S. 283) der 1970er und 1980er Jahre bildete. Es kamen immer mehr und immer fernere Reiseziele für eine wachsende Anzahl an Menschen hinzu. Trotz der Krise, so ließe sich knapp zusammenfassen, wurde immer noch verreist. Dabei dehnte sich nicht nur die absolute Zahl der Reisenden aus, sondern auch deren „sozioökonomische und -demografische“ (ebd.) Basis. Wie schon im vorherigen Kapitel zeigt Fabian auch hier, dass die Krisen eher kurzfristige Effekte zeitigten. Mit der abflauenden Krise beziehungsweise dem Reden davon knüpfte man an die vorherigen Praktiken wieder an. Anhand des Tourismus zeichnet sie zudem ein differenziertes Bild des zeitgenössisch monierten Aufbruchs in die individualisierte Gesellschaft. Zwar stieg der Wunsch nach individuellen Reisen graduell an, doch quantitativ überwogen nach wie vor standardisierte Pauschalangebote.

Gekonnt verschränkt Fabian auch im Kapitel zum Autofahren ihre beiden Analysestränge. Erneut wird deutlich, dass die Krisen, in erster Linie die beiden Ölpreiskrisen, lediglich kurzfristige Effekte auf die Konsument\_innen hatten. Nachhaltiger wirkten vielmehr die Umweltschutzdiskurse, die gerade in der Bundesrepublik zur Zunahme (nach damaligem Standard) umweltfreundlicherer Automobile führte. Fabian konstatiert für den Untersuchungszeitraum ein ambivalentes Verhältnis von Autofahren und Individualität. Zwar sei auch in den 1970er und 1980er Jahren kaum ein Konsumgut so stark mit Individualismus verbunden gewesen wie das Automobil. Doch finden sich gerade im Bereich der Verkehrspolitik erstmals deutliche Beschränkungen des „Ausleben[s] der individuellen Freiheit“ (S. 430).

In ihrem konzisen Fazit legt Fabian das Augenmerk auf zwei Kernbereiche. Neben

einer Zusammenfassung und Einordnung ihrer Ergebnisse widmet sie sich hier Periodisierungsfragen. So seien die geläufigen Diagnosen zu den 1970er Jahren als „Krisenjahrzehnt“ (S. 432 für den Bereich des Konsums ebenso wenig haltbar wie der vielfach behauptete Zäsurcharakter der ersten Ölpreiskrise).

Inhaltlich wie auch analytisch lässt Fabians Studie kaum Wünsche offen. Ein kleiner Kritikpunkt betrifft die Bezugnahmen auf Pierre Bourdieus Habituskonzept. Was soll es bedeuten, dass die Studie „nur punktuell explizit“ darauf eingehe, obwohl es „für die hier untersuchten Bereiche essenziell“ (S. 19) sei? Ein expliziter Bezug wäre beispielsweise dort sinnvoll gewesen, wo Fabian folgert, „dass alle Urlaubserfahrungen individuell sind“ (S. 261). Genau das wäre jedoch im Kontext des Habituskonzepts zumindest zu hinterfragen. Ungeachtet dessen hat Sina Fabian eine gelungene Studie vorgelegt. Sie bietet zugleich eine inhaltlich anregende Beschäftigung mit Tourismus und Autofahren wie auch eine empirisch gesättigte ‚Tiefenbohrung‘ in zwei aktuell boomende Dekaden der Zeitgeschichtsschreibung.

Hamburg

Jörn Eiben

### Ungarischer Jeanssozialismus

Müller, *Fruzsina*: Jeanssozialismus. Konsum und Mode im staatssozialistischen Ungarn, 276 S., Wallstein, Göttingen 2017.

Ungarn galt unter den staatssozialistischen Ländern als vergleichsweise liberal. Seit den 1970er Jahren gab es bei der Lebensmittelversorgung keine Engpässe mehr, was Begriffe wie „Gulaschkommunismus“ oder „fröhlichste Baracke des Sozialismus“ spiegeln. Hat die vergleichsweise starke Orientierung auf den Westen den anschließenden Transformationsprozess erleichtert? Die

Dissertation von Fruzsina Müller beantwortet diese Frage, indem sie Diskurs und Praxis von Konsum und Mode in Ungarn untersucht.

Müllers Blick richtet sich auf den Handel und die Konsumgüterindustrie in der – wie sie es bezeichnet – „reformierten Planwirtschaft“, also der Kommandowirtschaft nach der Einführung des „Neuen ökonomischen Mechanismus“ 1968. Sie will aufzeigen, wie diese funktionierte und wie daraus Legitimation bezogen wurde (S. 12). Die Autorin stellt die aktive Rolle der Akteure (einschließlich der Konsumenten) in den Mittelpunkt und analysiert Mode als Motor der Individualisierung. Die Untersuchung des „Jeanssozialismus“ erlaubt ihr, zentrale Problempunkte des Konsums wie den Umgang mit der „Jugend“ und die Übernahme kapitalistischer Produktions- und Vermarktungskonzepte zu beleuchten. Sie betrachtet dabei Konsum als kulturelle Praxis, schenkt dem symbolischen Wert der Konsumprodukte Beachtung und hat auch Transnationalisierungs- und Globalisierungstendenzen im Blick.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil geht es um die öffentlich geäußerten Ansichten und Denkmuster über Konsum und Mode. Der zweite Teil behandelt, wie der Staat sein Wohlstandsversprechen umzusetzen suchte. Müller präsentiert drei Fallbeispiele von Betrieben, die die neuen Freiheiten wie Markenschutz und Orientierung an westlichen Marketingmodellen erfolgreich nutzten: Burda-Flax (Trapper-Jeans als sozialistische Variante westlicher Markenjeans), 1. Mai (Lizenzproduktion von Levi Strauss Jeans, mit Übernahme der „kapitalistischen Organisation der Produktion“) und die Tisza-Schuhfabrik (Aufnahme der Produktion von Freizeitsportschuhen aus eigener Initiative mit Eintragung der Markenrechte).

Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört Müllers Feststellung, dass die frühe Anerkennung der Mode die Praxis der Kádár'schen Machtausübung offenbarte, „deren Grundla-

ge die Entpolitisierung des Privatlebens und die Gewährung immer größerer Zugeständnisse im Alltag war“ (S. 56). Die Aussagen der Partei zur Mode seien in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von wirtschaftlicher Argumentation durchdrungen gewesen. Sie strebte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Konsum- und Modeproduktion zur Verbesserung der Haushaltsbilanz an. Da sie kaum noch ideologisch argumentierte, dienten die öffentlichen Konsumdebatten als Ausgleich. Somit sieht die Autorin auch die moralisierende Kleinbürgerdebatte als Teil der Legitimierungsstrategien (S. 73f.). Das Konsumversprechen taugte nur so lange zur kollektiven Identitätsbildung, wie es nicht zum Gegenstand öffentlicher Diskussion wurde (S. 237). Müller konstatiert, „dass ein geschicktes Manövrieren zwischen Wohlstandsversprechen und ökonomischer Argumentation, zwischen Anerkennung des Konsums und Zulassung seiner Kritik in Worten und Taten den Machterhalt sicherte“ (S. 241).

Als entscheidende Leistung des Kádár-Regimes wertet Müller die Anerkennung von Jugendlichen als spezifische Gesellschaftsgruppe und die Tolerierung ihrer Versuche, ihr Anderssein durch eigene Konsummuster auszudrücken. Der politischen Führung sei es um die Loyalität aller Generationen gegangen. Sie glaubte, diese nur durch die Befriedigung aller Konsumwünsche zu erreichen. Die Akzeptanz westlicher Modetrends hätte den Funktionären erlaubt, Protestformen zu vereinnahmen, die sich früher durch Kleidung geäußert hätten: „Kleidung und Aussehen verloren ihre politische Aussagekraft, indem die Staatspartei begann, die Symbole der Jugendlichen nicht nur zu verharmlosen, sondern selbst zu nutzen“ (S. 102).

Müller hebt die mythische Bedeutung der Jeans hervor: sie waren ein Objekt der Begierde und weckten Sehnsüchte. „Wegen der eingeschränkten Möglichkeiten des



Konsums westlicher Produkte bildete sich der imaginäre – oder virtuelle – Konsum als Praxis des Ersetzens heraus“ (S. 122). Durch die Aufwertung heimischer Konsummöglichkeiten gegen die der Nachbarländer erschien der ungarische Konsumstandard als höher, die heimische Wirtschaft als entwickelter, das Kádár-Regime als nachsichtiger“ (S. 122). Als Besonderheit Ungarns sieht die Autorin an, dass Kádár zwar die Kaufkraft drosselte, aber das Versorgungsniveau zugleich erhöhte. Das Konsumieren habe vom individuellen Geschick abgehängt und sich auch auf Selbstversorgung (etwa über den zugelassenen Einkaufstourismus) gestützt. Um die nötigen Mittel zu erhalten, habe sich ein Großteil der Bevölkerung über eine Zweit- und Drittbeschäftigung in der zweiten Wirtschaft selbst ausgebeutet.

Müller nutzt überzeugend das Beispiel der Jeans als Querschnitt der Kádár-Ära zwischen Planwirtschaft und Marktelementen, Fortschritt und Bremsen, Zugeständnissen und Einschränkungen. Sie zeigt auf, wie brüchig die Freiheiten zur Entwicklung von Eigenständigkeit waren. Der Staat habe an seinen Kontrollmöglichkeiten festgehalten und gängelte die Betriebe mit der Kontrolle des Außenhandels und Unwägbarkeiten bezüglich der Bereitstellung von Krediten und Investitionsmitteln: „Durch mehrfache Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten besaß der Staat also ein umfassendes Einflussvermögen im Bereich der Herstellung von Bekleidungsprodukten“ (S. 153) und hielt so seinen paternalistischen Anspruch aufrecht. Unternehmen galten im internen Sprachgebrauch als hilfebedürftige Institutionen, die versorgt und unterstützt werden mussten.

Die Produktion von Waren für den Westen habe zur Legitimierung der Partei beigetragen: sie befriedigte die Konsumentenbedürfnisse und schuf Arbeitsplätze, ohne den Staatshaushalt zu belasten, erhöhte die Bereitschaft von Betriebsleitungen und

Arbeitern, sich Anforderungen westlicher Unternehmen anzupassen und bot leistungsorientierte Gehälter. Paradox war, dass das sozialistische Konsumversprechen nur mithilfe kapitalistischer Mittel zu erreichen war. Müller spricht außerdem die Bedeutung des nichtstaatlichen Sektors an. So gelang es dem 1976 in Budapest eröffneten Genossenschaftswarenhaus Skala wesentliche Impulse im Handel zu geben, die der staatliche Handel anschließend aufgriff. Skala hatte Erfolg, weil es relativ frei von ministeriellen Ansprüchen war, wurde aber bei Krediten und Waren benachteiligt.

Überzeugend arbeitet Müller die Widersprüche der „reformierten Planwirtschaft“ und der ungarischen Konsumorientierung heraus. Indem sie gerade Betriebe untersucht, die erfolgreich die neuen Möglichkeiten ausschöpften, zeigt sie auf, unter welchen staatlichen Zwängen diese litten. Die Autorin verdeutlicht, warum selbst der reformierte ungarische Wirtschaftsmechanismus kein Experimentierfeld für die Transformationsperiode war. Keiner der behandelten Reformbetriebe schaffte die Anpassung an die neuen Marktbedingungen. Der Effizienzgewinn blieb durchweg überschaubar, eine Konkurrenzfähigkeit mit der kapitalistischen Produktion wurde nicht erreicht.

Müller weist in ihrer gut lesbaren Studie nach, dass die relativ guten Konsummöglichkeiten in Ungarn das Ergebnis einer auf Stabilisierung des Systems zielenden, bewussten Politik waren. Das Konsumversprechen interpretiert sie überzeugend als kommunikative Strategie zur kollektiven Identitätsbildung. Da bisher zu Ungarn kaum konsumgeschichtliche Arbeiten vorliegen, handelt es sich auch in dieser Hinsicht um eine Pionierstudie. Es ist sehr zu begrüßen, dass sie ihre Ergebnisse abschließend vergleichend einordnet.

*Bielefeld*

*Stephan Merl*

## Berufsverbrecher, Partisanen, Terroristen

*Mangold, Hannes*: Fahndung nach dem Raster. Informationsverarbeitung bei der bundesdeutschen Kriminalpolizei, 1965–1984, 246 S., Chronos, Zürich 2017.

Über die Politik der Inneren Sicherheit der Bundesrepublik der 1970er Jahre ist in den letzten zwei Jahrzehnten viel geforscht worden. Schwerpunkte waren die biografischen und kulturellen Dimensionen des linksextremen Terrorismus, dessen gesellschaftliche Wahrnehmung und, vor allem, die staatlichen Reaktionsmuster. Gerade das Agieren der Sicherheitsbehörden wurde bisher vorwiegend aus einer politikgeschichtlichen Perspektive untersucht. Demgegenüber setzt sich Hannes Mangold mit seiner an der ETH Zürich entstandenen Dissertation das Ziel, die Handlungsmuster der Kriminalpolizei durch eine Analyse der polizeilichen Informationsverarbeitung neu zu vermessen. Aus einer wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive und mit dem Instrumentarium einer Kulturgeschichte der Technik will Mangold den Wandel des „westdeutschen Sicherheitsdispositivs“ zwischen den 1960er und frühen 1980er Jahren nachzeichnen. Hierzu will er die „konkreten Verfahren des polizeilichen Wissensmanagements“ analysieren. Seine erkenntnisleitende These lautet, dass die polizeiliche Wissensproduktion „jeweils an einem spezifischen Verbrechertyp ausgerichtet“ wurde, der die „Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung paradigmatisch verkörperte“ (S. 21).

Mangolds These gibt die Gliederung seiner Arbeit vor. Das erste seiner sechs Kapitel behandelt den „Fall Fabeyer“, eine sich in den Jahren 1965/66 über Monate hinziehende Fahndungsaktion nach dem Serientief und Polizistenmörder Bruno Fabeyer. Anhand dieses Falls illustriert der Autor die Fahndungs- und Informationsverarbeitungsmethoden der westdeutschen

Kripo der 1960er Jahre. Diese Methoden fußten einerseits auf dem in den 1920er Jahren entstandenen Bild des „Berufsverbrechers“ und andererseits auf der sogenannten Perseveranztheorie, der Annahme, dass der Typus des Berufsverbrechers auf bestimmte Delikte spezialisiert sei und sich in der Regel ähnlicher Methoden bediene. Tat er dies nicht – wie Bruno Fabeyer –, so war die Polizei auf Zufälle angewiesen, um zum Fahndungserfolg zu kommen.

Ausgehend von dem Fall Fabeyer entwickelte sich, so Mangold in seinem zweiten Kapitel, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein Diskurs über eine vermeintliche Krise der Polizei, auf welchen die Politik im Herbst 1969 mit einem „Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung“ reagierte. Dieses erweiterte die Kompetenzen des Bundeskriminalamts und schrieb diesem die Rolle einer Zentralstelle für ein zu schaffendes polizeiliches EDV-Verbundsystems zu. Dies ging, so zeigt der Autor in seinem dritten Kapitel, mit einer Transformation des „Berufsverbrechers“ in den „Partisanen“ einher. Im Unterschied zu dem als „perseverant“ imaginierten „Berufsverbrecher“ zeichnete sich der „Partisan“ durch Flexibilität und Mobilität aus. Die Fahndung nach Partisanen wie Fabeyer erforderte mehr Kommunikation und Koordination zwischen den kriminalpolizeilichen Stellen und legitimierte damit eine starke Zentralstelle mit großen Informationsverarbeitungskapazitäten wie das ab 1970 reformierte BKA. Freilich sei das als „Partisan“ konfigurierte Verbrecherbild nur eine Übergangserscheinung der späten 1960er Jahre gewesen. Bald sei es vom Konzept der „Stadtguerilla“ und dann von dem des „Terroristen“ überlagert worden – in einem Zusammenspiel mit dem „fundamentalen Umbau des informationellen Dispositivs der Kriminalpolizei“ (S. 108) durch die EDV.

In Kapitel 4 zeigt Mangold die Effekte der EDV-Einführung der frühen 1970er Jahre anhand einer weiteren Fallgeschichte auf – der Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz Ende Februar 1975 durch die Bewegung ‚2. Juni‘ –, während er die Makroebene, die EDV-Projekte des Bundeskriminalamts und die westdeutsche Politik der inneren Sicherheit in Kapitel 5 untersucht. Hier konzentriert er sich auf ausgewählte Dateien wie die Straftaten-/Straftäter-Datei (SSD), die Methode der Rasterfahndung und die Datenbank ‚PIOS/Terrorismus‘, die neue Möglichkeiten boten, gegen jene Delinquenten vorzugehen, denen die analogen Fahndungsmittel nicht gewachsen waren. Mangold betont die enge Wechselwirkung, die zwischen dem Verbrecherbild des Terroristen – der sich nach außen als Teil der bürgerlichen Gesellschaft präsentierte – und der zunehmenden Digitalisierung der polizeilichen Informationsverarbeitung in Gestalt des Aufbaus komplexer Datenbanken und einer extensiven Speicherpraxis. Freilich führte Letztere nach dem ‚deutschen Herbst‘ 1977 und dem Scheitern der Fahndung nach den Entführern von Hanns Martin Schleyer zu politischem Widerstand gegen die angeblich überbordende Machtfülle des BKA-Präsidenten Horst Herold. Es kam zu einem „Showdown zwischen Datenschützern und Kriminalpolizisten“ (S. 192) in den späten 1970er Jahren und der Etablierung stärkerer politischer Kontrolle über die kriminalpolizeiliche Datenverarbeitung.

Mangolds Verschränkung der jeweils aktuellen Konfiguration des Verbrechers mit dem Wandel der kriminalpolizeilichen Informationssysteme ist bestechend. In dieser Zusammenführung von Perspektiven einer Kulturgeschichte der Technik und einer neueren Wissensgeschichte wird das Potenzial für eine Geschichte der Digitalisierung sichtbar, die nach den gesellschaftlichen und politischen Implikationen der EDV-Einführung

fragt. Allerdings überzeugt die Übersetzung seines theoretischen Ansatzes in seine Analyse nicht durchgängig; so bleibt der für die Studie zentrale Begriff des Sicherheitsdispositivs vage und Mangold behandelt alle thematisch passenden Aussagen, gleich ob sie in einer polizeilichen Fachzeitschrift oder im „Spiegel“ erfolgten, als Konstituenten des westdeutschen Sicherheitsdispositivs. Weniger innovativ als sein theoretisch-methodischer Zugriff erscheint auch seine Rahmenerzählung: Da der Autor auf die archivalische Überlieferung des BKA kaum Zugriff hatte und sich vor allem auf Publikationen des BKA, auf die politische Publizistik und auf journalistische Texte stützt, endet er bei einer Reproduktion des wohlvertrauten Narrativs von dem durch den Terrorismus herausgeforderten und überreagierenden Rechtsstaat, der durch zivilgesellschaftlichen Protest wieder auf liberalere Bahnen gelenkt worden sei. Zudem lässt Mangold offen, wie verbreitet die von ihm jeweils als dominant identifizierten Verbrecherbilder innerhalb der Kriminalpolizei tatsächlich waren. So führt er für das Bild des Partisanen (neben dem Verweis auf einen einschlägigen Aufsatz von Klaus Weinbauer) nur einen einzigen Beleg an, der aus der polizeilichen Fachpresse stammt (S. 97ff.).

Hierdurch beeinflusst, verwendet Mangold häufig Begriffe und Formulierungen, die etwas zu stark die zeitgenössische Faszination von der Digitalisierung der Verbrechensbekämpfung wiedergeben – „schnell und mit mathematischer Präzision“ (S. 145), so liest man zum Beispiel, hätten die Polizeibeamte aus dem ganzen Bundesgebiet auf die INPOL-Datensätze zugegriffen. Der Autor konzentriert sich auf EDV-Anwendungen und Fahndungsmethoden, die, wie ‚PIOS/Terrorismus‘ und die ‚Rasterfahndung‘, zwar die zeitgenössische Öffentlichkeit stark beschäftigten (und in keinem „Spiegel“-Artikel zum Thema unerwähnt blieben), aber

aufgrund von Zugriffsbeschränkungen und des mit ihnen verbundenen Aufwands nur bedingt Teil des kriminalpolizeilichen Alltags wurden. Gleichwohl bietet Mangolds „Fahndung nach dem Raster“ wichtige konzeptionelle Anstöße für neue Zugriffe auf die westdeutsche Politik der inneren Sicherheit der 1970er Jahre und zudem Ideen, den gesellschaftlichen und technischen Wandel des ausgehenden 20. Jahrhundert aufeinander zu beziehen.

Potsdam

Rüdiger Bergien

### Europäische Terrorismusbekämpfung

*Oberloskamp, Eva: Codename Trevi. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren, 313 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2016.*

Gemessen an ihren politischen Fernzielen, waren terroristische Strategien meist nicht sehr erfolgreich. Als Provokation des Staates hatten sie jedoch oft weitreichende Konsequenzen. Richard B. Jensen („The Battle Against Anarchist Terrorism“, 2014) hat für die anarchistischen Attentate des späten 19. Jahrhunderts gezeigt, dass diese nicht nur eine massive Ausweitung und Modernisierung nationaler Polizeiapparate, sondern auch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zur Folge hatten. Eva Oberloskamp kommt nun zu einem ähnlichen Befund für die 1970er Jahre. In einer fundierten und gut lesbaren Studie zeigt sie, wie die wahrgenommene Bedrohung durch zunehmend transnational agierende, sich terroristischer Mittel bedienende klandestine Gruppen den Anstoß für eine stärkere europäische Kooperation bei der Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ und im Bereich innere Sicherheit insgesamt gab. Entsprechend versteht sich das Buch sowohl als Beitrag

zur Geschichte der Terrorismusbekämpfung als auch zur Geschichte der europäischen Integration.

Entstanden ist die Studie als Teil des Projekts „Demokratischer Staat und terroristische Herausforderung. Die Anti-Terrorismus-Politik der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa“ am Münchener Institut für Zeitgeschichte. Während die übrigen Teilprojekte im nationalstaatlichen Rahmen bleiben, widmet sich die vorliegende Untersuchung der grenzüberschreitenden Dimension der Terrorismusbekämpfung. Dabei konzentriert sie sich zeitlich auf die Jahre 1972 bis 1980 und in der Sache auf Vorgeschichte und Praxis der sogenannten TREVI-Konferenz, die 1976 von den EG-Mitgliedsstaaten als intergouvernementales Gremium mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Arbeit nationaler Sicherheitsbehörden besser zu koordinieren. Dass die Konferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagte und die genauen Inhalte geheim gehalten wurden, stellt die Verfasserin vor Herausforderungen – und führt auch dazu, dass sich Herkunft und Bedeutung der Bezeichnung TREVI, wie Oberloskamp darlegt, nicht zweifelsfrei ermitteln lassen (S. 3f.).

So wünschenswert multiperspektivische und -archivalische Zugänge zur Geschichte der europäischen Integration sind, stoßen sie in der Praxis bekanntermaßen an Grenzen des Machbaren. Oberloskamps Untersuchung stützt sich vor allem auf deutsche Archivquellen, allen voran des Auswärtigen Amts, des Innen- und des Justizministeriums; konsultiert wurden darüber hinaus britische Regierungsbestände in den Londoner National Archives und Akten des französischen Innenministeriums in Paris. Damit bleibt die Perspektive primär die der bundesdeutschen Akteure, diese wird jedoch ergänzt durch französische und britische Sichtweisen. Methodisch orientiert sich die Arbeit an der in der Politikwissenschaft gängigen

Unterscheidung zwischen *policy*, *politics* und *polity* und fragt entsprechend nach den inhaltlichen Zielen und Motiven der Akteure, den Entscheidungsprozessen wie auch dem systemischen Handlungsrahmen. Einen theoretischen Hintergrund bilden die Debatten zwischen Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus zur Erklärung des europäischen Integrationsprozesses.

Überzeugend werden die führende Rolle der Bundesrepublik bei dem Bemühen um eine europäische Zusammenarbeit und die Bedeutung des Olympia-Attentats 1972 als „Initialschock“ herausgearbeitet. Obgleich noch zaghaft, war die Kooperation im Rahmen von TREVI, so eine zentrale These, konstitutiv für das „europäische Politikfeld“ innere Sicherheit, das von den 1980er Jahren bis heute wie kein anderes Politikfeld expandiert ist. Gerade der niedrige Formalisierungsgrad der TREVI-Kooperation mit juristisch nicht oder „kaum“ bindenden Entscheidungen habe die Entstehung dieses neuen europäischen Politikfelds ermöglicht (S. 133). Als entscheidend sieht die Verfasserin dabei die Herausbildung „transnationaler Experten-Netzwerke“ an (S. 174ff.). Zentrale Akteure und treibende Kräfte der weiteren Kooperation wurden damit die Ministerialbürokratien, die bedeutende Eigeninitiative entwickelten. Das gegenseitige Kennenlernen der Akteure und die Erprobung neuer Praktiken habe, so die weitergehende These, „durchaus weitreichende Wirkungen“ gezeigt, nämlich die Grundlage für die Intensivierung der Zusammenarbeit in den 1980er Jahren geschaffen. Damit bestätigt die Studie die neuere Forschung in ihrer Revision der lange herrschenden Sicht, die 1970er Jahre seien ein Jahrzehnt des Stillstandes der europäischen Integration gewesen. Die zunehmende Europäisierung im Feld der inneren Sicherheit lässt sich Oberloskamp zufolge weder allein neofunktionalistisch noch intergouvernementalistisch erklären, sondern am besten in ei-

ner Kombination beider Ansätze: Während die Anfänge der TREVI-Zusammenarbeit klar intergouvernemental geprägt waren, stellte die Vertiefung der Kooperation in späterer Zeit auch einen *spill-over-Effekt* (im Sinne neofunktionalistischer Theorien) der Reisefreizügigkeit dar. Diese Argumentation überzeugt, auch wenn einige weitergehende Thesen eher plausibilisiert als belegt werden können, da die eigentliche Untersuchung um 1980 endet.

Mit Blick auf die Geschichte des Terrorismus mag man einige Lücken bei der verwendeten Literatur beklagen. Auch wären Begrifflichkeit und Diktion mitunter zu hinterfragen, etwa wenn unkritisch von „Terrorgruppen“ oder „Terroristen“ die Rede ist. Zu selbstverständlich übernimmt die Verfasserin Kategorien und Begriffe der Akteure der Terrorismusbekämpfung. Dass Terrorismus neben einem mittlerweile etablierten sozialwissenschaftlichen Analysebegriff vor allem auch ein stark wertender und politisch umkämpfter Diffamierungsbegriff war und ist, wäre zumindest eine Reflexion wert. Zu beachten wäre in Kapitel 2 ferner, dass das Fehlen einer einheitlichen Definition von Terrorismus die Vergleichbarkeit von Statistiken erschwert. Unglücklich ist die Formulierung und verzerrt die Perspektive, wenn Libyen, Syrien, Irak und Iran als „kleinere Staaten“ bezeichnet werden (S. 10; der Iran hatte eine mehr als sechsmal so große Fläche und mehr als halb so viele Einwohner wie die damalige Bundesrepublik).

Diese kleineren Monita schmälern aber nicht den positiven Gesamteindruck. Über die genannten Ergebnisse hinaus bietet die Studie weitere interessante Einblicke, etwa in den noch 1975 miserablen Zustand der kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit in Westeuropa. Aufschlussreich ist auch Kapitel 6.3 zu kulturellen und begrifflichen Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern. Die Verfasserin fördert hier unterschiedliche na-

tionale Traditionen und politische Kulturen, aber auch die Bedeutung nationaler Stereotypen zutage, etwa wenn das britische Home Office das Bemühen der deutschen Verhandlungspartner um möglichst erschöpfende und formalisierte Regelungen als „a prime example of Prussian bureaucracy at its worst“ (S. 211) bezeichnete. Verdienstvoll ist, dass die Verfasserin für alle der damals neun EG-Mitgliedsstaaten die wichtigsten nationalen Polizeien und Nachrichtendienste samt den jeweiligen ministerialen Zuständigkeiten aus der Literatur herausdestilliert und in einer Übersicht darstellt (S. 202). Insgesamt handelt es sich um eine sorgfältig recherchierte, gut konstruierte und flüssig geschriebene Studie mit überzeugenden Ergebnissen.

Bochum

Fabian Lemmes

### Scharnierphase der Schuldenpolitik

*Ullmann, Hans-Peter:* Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren, 424 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017.

Die öffentlichen Finanzen nehmen eine Schlüsselstellung ein, weil sie sich an der Schnittstelle von Politik und Ökonomie befinden. Sie bilden Wandlungsprozesse in beiden Bereichen ab und treiben die Politik auf diesen Feldern gleichzeitig voran. So eröffnet Hans-Peter Ullmann seine Thematik und stellt die einleitende Frage, warum Politiker eigentlich geneigt sind, Schulden zu machen. Immerhin bürden sie damit den nachfolgenden Generationen eine nicht unbeträchtliche Last auf. Der Anreiz liegt darin, dass größere Projekte bezahlt werden können, ohne sie mit Steuern zu finanzieren, die ihrerseits bei der Bevölkerung unbeliebt sind. Gegen Schuldenaufnahme gibt es dagegen vergleichsweise wenig Widerstand und die Tilgung

erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Unter diesem Leitgedanken zeichnet Ullmann die Schuldenpolitik der verschiedenen Bundesregierungen nach. Seine Quellenbasis sind die einschlägigen Bestände der Bundesministerien für Wirtschaft, für Finanzen und für Justiz im Bundesarchiv Koblenz.

Seit Mitte der 1960er Jahre formierte sich in der Bundesrepublik eine ‚Koalition der Expansion‘. Unter dem Eindruck einer augenscheinlich erfolgreichen antizyklischen Konjunkturpolitik ging die Große Koalition noch unter CSU-Finanzminister Franz-Josef Strauß zu einer mittelfristigen Finanzplanung über. Die sozial-liberale Koalition beschleunigte das Tempo der finanziellen Expansion. Wirtschaftswachstum schien planbar, die Konjunktur politisch beherrschbar. Die Ressorts wetteiferten um bereits seit Längerem vorgesehene Projekte, die sie als Reformen darstellen. Auf diese Art wuchs der Bundeshaushalt zwischen 1969 und 1973 im jährlichen Durchschnitt um acht bis neun Prozent. Es herrschte die Erwartung, die Wachstumsentwicklung setze sich wie vor 1970 fort. Gleichzeitig war das Bewusstsein, dass eine Unterversorgung mit öffentlichen Leistungen herrsche, weit verbreitet. Fortan entbrannte geradezu ein Wettbewerb, in dem auch die CDU-geführten Länder ihre Etats in Konkurrenz mit dem Bundeshaushalt erhöhten. Die Finanzen wurden zum Instrument für die ökonomische und gesellschaftliche Gestaltung. Allerdings sollten die Bürger nicht mit höheren Steuern belastet werden, sodass die Politiker die als beherrschbar betrachtete Verschuldung als probaten Weg ansahen. Mit der Nettokreditaufnahme stieg der Staatsverbrauch von 37 auf 45 Prozent des Sozialproduktes. Die öffentlichen Personalausgaben wuchsen ebenso wie die Subventionen für strukturschwache Branchen der Privatwirtschaft. Auf der anderen Seite gingen die Sachinvestitionen anteilmäßig zurück. Infolge der Verschuldung beliefen

sich die Zinsausgaben 1982 bereits auf acht Prozent des Bundeshaushaltes.

Die keynesianische Politik der Globalsteuerung blieb in der Wirtschaftskrise, die der Ölpreisschock von 1973 auslöste, wirkungslos. Bald stand die politische Diskussion um den Schuldendienst im Mittelpunkt der Debatte, insbesondere im Bundestagswahlkampf 1980. Die nun entstehende Konsolidierungskoalition war angeführt von der Deutschen Bundesbank, die sich für Geldmengensteuerung im Sinne des Monetarismus aussprach. Ihr schlossen sich der Sachverständigenrat, das heißt die Wirtschaftsweisen, und der Bundesverband der deutschen Industrie an. Die CDU/CSU, die sich noch in der Opposition befand, hatte Schwierigkeiten, dem politischen Umdenken ad hoc zu folgen. Allerdings wandte sich der wirtschaftsliberale Flügel der FDP der Konsolidierungskoalition zu. Wachsende Zinslasten, zunehmende Sozialleistungen und sinkende Investitionen bedrängten die öffentlichen Haushalte immer stärker. Die sozial-liberale Regierung rückte immer weiter auseinander, der Bruch wurde unvermeidlich. Ob die darauf folgende christlich-liberale Koalition „eine finanzpolitische Wende einleitete, wie sie stets betonte, und jene Konsolidierungspolitik auf den Weg brachte, die Helmut Kohl als neuer Kanzler enthusiastisch ankündigte, ist fraglich“ (S. 385). Gegen die Neuorientierung der Finanzpolitik gab es nicht nur Widerstände der Länder und Gemeinden, sondern auch die Forderungen der Sozial-, Umwelt-, Verkehrs- und Verteidigungspolitiker stellten sich entgegen. Um sich die Wählergunst zu erhalten, schraubte die CDU/CSU-Regierung die Konsolidierungsbemühungen zurück; nach der Bundestagswahl von 1987 flauten sie vollends ab. Dem Bundeshaushalt wurden wieder hohe Subventionen, steigende Überweisungen an die Europäische Gemeinschaft sowie neue Sozialleistungsgesetze aufgebürdet.

Dennoch wurde die Sozialpolitik restriktiver betrieben, die Sozialleistungsquote ging zurück, wobei die Grundlagen des Sozialstaates nicht infrage gestellt wurden.

Ullmann greift einen begrenzten, wenn auch sehr entscheidenden Zeitabschnitt von Deutschlands „Abgleiten in einen Schuldenstaat“ auf. Die zweite Hälfte der Periode hatte eine Scharnierfunktion in der Entwicklung von einem Expansions- zu einem Konsolidierungskurs. Beide Strömungen lassen sich in der Bundesrepublik nicht eindeutig einer politischen Richtung zuordnen, sondern wurden in den jeweiligen Zeitabschnitten von einem größeren politischen Konsens getragen. Eindeutige Kurskorrekturen blieben auch bis zum Ende des 20. Jahrhundert aus, denn mit der Vereinigung der deutschen Staaten stiegen die Staatsschulden erneut. Das Buch leistet einen kenntnisreichen, quellengesättigten Beitrag zum Verständnis des Wandels öffentlicher Haushaltspolitik.

Lyon

Marcel Boldorf

### Postnationalsozialistische Erinnerungskultur

*Hammerstein, Katrin: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung?. Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, 591 S., Wallstein, Göttingen 2017.*

Katrin Hammersteins Studie über Gedächtnisdiskurse und Identitätskonstruktionen in der Bonner Republik, der DDR und in Österreich beruht auf ihrer 2017 bei Edgar Wolfrum abgeschlossenen Dissertation an der Universität Heidelberg. Wie sie eingangs feststellt, habe sich die „Dreiteilung des ‚Großdeutschen Reiches‘“ nach 1945 in einer dreigeteilten Erinnerungskultur und Geschichtspolitik niedergeschlagen, bestehend aus „österreichischen Opfern,

ostdeutschen Widerstandskämpfern und [...] westdeutschen Tätern“ (S. 9f.). Dabei wurde dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den kleineren Nachbarn gemeinhin großer Erfolg attestiert. Hammerstein geht demgegenüber von der These aus, dass die kollektive Erinnerung in den drei Staaten „bezogen auf- und verbunden miteinander ist“ (S. 22). Ausgeführt wird dies anhand von unterschiedlichen Quellen: Stellungnahmen staatlicher Repräsentanten, Äußerungen in Publikationen zur politischen Bildung, in der veröffentlichten Meinung und – seit den 1980er Jahren – in Tagungsdokumentationen und auf Gedenktafeln und Denkmälern im öffentlichen Raum; von wenigen Ausnahmen abgesehen fand Archivmaterial keine Berücksichtigung (S. 31).

Ausgehend von den Gründungsmythen der Nachfolgestaaten des ‚Großdeutschen Reiches‘ und übergehend zu den nationalen Identitätskonstruktionen untersucht Hammerstein den Umgang mit der gemeinsamen NS-Geschichte in den frühen Nachkriegsjahrzehnten. Im Hauptteil steht der Wandel der öffentlichen Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus zwischen dem Ende der 1970er und den späten 1980er Jahren im Mittelpunkt. Diese waren bekanntlich geprägt von aufwühlenden, oft zeitlich zusammenfallenden Schlüsselereignissen in Form von Debatten kritischer nationaler Selbstsuche, von politischen Skandalen und vieldiskutierten runden Jahrestagen. Die dadurch in Gang gesetzte Umgestaltung als falsch empfundener Geschichtsbilder führte dazu, dass sie sich gleichzeitig einander anglichen und das in Westdeutschland etablierte selbstkritische Narrativ immer mehr Anziehungskraft entfaltete.

Wie vielen vor ihr erscheint Hammerstein die Fernsehausstrahlung der „Holocaust“-Serie 1979 als „Startschuss des Gedenkmarathons“ (S. 153). Im Ergebnis einer

Transfergeschichte bildete sich dann eine übernational verflochtene Erinnerungspraxis heraus, die sich in neuen Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus ausdrückte – und in der mühevollen bewussten Abgrenzung von geistigen und ideologischen Restbeständen der NS-Zeit, welche dem Generationenwechsel zu verdanken ist. Deutlich wird dies beim Ausblick auf die 1990er Jahre, als sich die Debatte vergessenen Opfergruppen – Sinti und Roma, Zwangsarbeitern und Deserteuren der Wehrmacht – zuwandte.

Kaum ausgeleuchtet wird der Beitrag der Geschichtswissenschaft zum Wandel des kollektiven Geschichtsbilds – und wie weit deren Erkenntnisse in die populärhistorische Sphäre von Fernsehen und Publizistik hineinwirkten. Zudem bleibt unberücksichtigt, dass eine ‚Angleichung‘ nicht nur unter den Nachfolgestaaten Hitler-Deutschlands erfolgte, sondern dass die Einstellungen in der Bonner Republik sich stets dem angenähert haben, was in den USA und in Großbritannien seit Längerem die herrschende Auffassung war. Für die 1990er Jahre liegt der maßgebliche Einfluss US-amerikanischer Wissenschaftler auf der Hand, von Christopher Brownings „Ordinary Men“ (1992) über Daniel J. Goldhagens internationalen Bestseller „Hitler’s Willing Executioners“ (1996) bis zu Jeffrey Herfs „Divided memory. The Nazi Past in the Two Germanys“ (1997), worauf sich die Verfasserin wiederholt bezieht. Diese Bücher wurden fast gleichzeitig auch auf Deutsch herausgebracht. Über einen sprachlichen Mischmasch bei den Kapitelüberschriften darf man geteilter Meinung sein. Der argumentativen Klarheit ist nicht gedient, wenn von „Connected Memories“ (S. 339) die Rede ist und der Umgang mit dem Nationalsozialismus in den 1990er Jahren mit „Towards a Memory of Guilt“ überschrieben wird, ohne solche Begrifflichkeiten genauer



zu erläutern und auf überzeugende Weise in die eigene Sprache zu übertragen.

Hammerstein hat einen wichtigen vergleichenden Beitrag zur Gedächtniskultur vorgelegt. Er ermöglicht es, die Transformationsprozesse des auf die NS-Zeit bezogenen Vergangenheitsdiskurses angemessener zu beurteilen. Denn was nach 1945 – an neu errichteten Staatsgrenzen orientiert – Erinnerungspolitisch getrennt erschien, war in weiten Teilen miteinander verflochten. Zu verzeichnen sei, wie Katrin Hammerstein abschließend resümiert, eine Entwicklung der Vergangenheitsaufarbeitung von der anfänglich „getrennten Erinnerung zur ‚Gedächtnismélange‘“ (S. 488), welche die drei Staaten miteinander verband – „bis hin zu einer teilweise transnationalen Auseinandersetzung und Memorialisierung sowie einem Vermischungen und Verschmelzungen nach sich ziehenden Ineinandergreifen der Diskurse“ (S. 504).

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

## 21. JAHRHUNDERT

### Nach dem Kalifat

*Luizard, Pierre-Jean*: Die Falle des Kalifats. Der Islamische Staat oder die Rückkehr der Geschichte, 152 S., Hamburger Edition, Hamburg 2017 (franz. 2015).

Als Pierre-Jean Luizard, Historiker am Centre Nationale de la Recherche Nationale und ausgezeichnete Kenner des Iraks, seine zuerst 2015 erschienene Studie verfasste, stand der Islamische Staat (IS) im Zenit seiner Macht im nördlichen Irak und Syrien. Das im Sommer 2014 proklamierte Kalifat – Abu Bakr al-Baghdadi hielt im Juli des Jahres in Mosul seine Ramadan-Predigt, die akribisch darauf angelegt war, sich durch

Berufung auf ein frühislamisches Vorbild zu legitimieren – gab dem Anspruch auf Territorium, staatliche Ordnung und islamische Gesetzmäßigkeit in emblematischer Weise Ausdruck. Ausgerufen war damit eine neue und für millenaristisch denkende Anhänger finale Epoche einer nach langer Unterbrechung wiederhergestellten allumfassenden sunnitischen Autorität, die anderen islamischen Bekenntnissen keine Existenzberechtigung beließ und die monotheistischen Schwesterreligionen islamischer Herrschaft unterstellte. Seit Ende 2017 kann der Islamische Staat als militärisch besiegt gelten. Luizards Intervention ist damit sicher nicht überholt. Das mit 150 Seiten schmale und flüssig geschriebene Buch stellt Hintergründe des Geschehens dar, die das Phänomen IS erst möglich gemacht haben. Dabei geht es dem Autor nicht um seinen tatsächlichen oder vermeintlichen islamischen Charakter. Er betont dagegen die Einbettung des IS in regionale Geschichte und lokale Perspektiven. Die Rationalität der ikonografischen Strategie des IS, seiner Beuteökonomie und staatsähnlichen Verwaltung, welche die lokale Versorgung der Märkte wiederherstellte und ein gewisses Maß an Rechtssicherheit bot, hat sunnitischen Muslimen, die in seinem Herrschaftsgebiet lebten, als das kleinere Übel gegenüber den Unrechtsregimen der amtierenden Staatsorgane erscheinen können. Gleichzeitig bildete die menschenverachtende Brutalität im Umgang mit Minderheiten eine „Falle des Kalifats“, die zur Vehemenz der internationalen Gegenwehr und damit zu seinem Untergang beigetragen hat (S. 129). Die systematische Strategie des IS, seinen Kampfverband und die Front der feindlichen Gegenwehr zu internationalisieren, wie auch die wissenschaftsfeindliche ideologische Verengung seiner Vision von „Bildung“, sind systemimmanent rational, aber gleichzeitig weltentrückt und destruktiv.

Gefangen im System sind Luizard zufolge aber auch die westlichen Akteure im Nahen Osten. Im Nachwort zur deutschen Ausgabe unterstreicht er noch einmal die Hauptthese seines Buches. Die Konfessionalisierung des Mittleren Ostens, die den Aufstieg des IS befeuert hat, ist mit der „Vorliebe der Mandatsmächte für Minderheiten in Verbindung mit der fehlenden Legitimität der Staaten und seiner Grenzen“ (S. 144) historisch verbunden, weil die daraus hervorgegangenen Staaten zur Ressource von Clans und regionalen Eliten wurden. Konfessionalismus bot gesellschaftlichen Zusammenhalt und vor allem Schutz und wurde so Teil und Folge eines politischen Scheiterns, das im Verfall des öffentlichen Dienstes und in der Korruption der politischen Klasse seinen sichtbarsten Ausdruck findet. Die Weigerung sich den Fehlern der Vergangenheit zu stellen, so Luizard, bedingt, dass es der westlichen Diplomatie schwer fällt, eine Zukunft für den Nahen Osten zu antizipieren; denn dazu gehört, den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und dabei auch denen, die den IS als das kleinere Übel betrachteten, eine politische Perspektive zu bieten. Das ist die „Falle“, die der IS den westlichen Demokratien stellt und die dem Buch den Titel gibt.

Die von Luizard eingenommene Blickrichtung setzt andere Akzente als die verbreitete Sichtweise. Ihr zufolge ist der Mangel an einer effektiven Staatlichkeit den betroffenen Gesellschaften inhärent, weil interne Faktoren, insbesondere patrimoniale Strukturen, den Aufbau einer dem Gemeinwohl förderlichen Steuerpolitik, rational-legalen Funktionslogik der Institutionen und legalen Legitimation verhindern. Luizards konzise, allerdings stark geraffte Darstellung der Geschichte der Region vom Ende der osmanischen Herrschaft bis zum Erscheinen des IS verdeutlicht indes historische Gründe für die politischen und sozialen Verwerfungen. Sie sind mit dem Wirken der Mandatsmächte

und seinen Folgen unter den Bedingungen postkolonialer Abhängigkeiten verbunden. Kristallisationspunkt der Darstellung in den ersten Kapiteln zum Auftauchen des IS und der Gründung der Nationalstaaten Syrien und Irak unter der Ägide europäischer Mächte ist das symbolische Niederreißen der Grenze zwischen den beiden Ländern (S. 31, 44) durch den IS. Damit ist eine „Rückkehr der Geschichte“ eingeleitet, weil eine solche Grenze in dem durch osmanische Provinzen verwalteten Gebiet ohnehin nicht existierte und im Sykes-Picot Abkommen von 1915/16 bekanntlich auch nicht vorgesehen war. Die später von den Mandatsmächten durchgesetzte Gründung der beiden Nationen brach auch die Versprechen, mit denen die Briten den Aufstand der Araber gegen die Osmanen unterstützt hatten und führte in Syrien 1920 zu einer militärischen Konfrontation mit der Mandatsmacht Frankreich, an welcher der Traum von einem vereinigten arabischen Königreich zerschellte. Diese Zusammenhänge sind auch einem breiten Lesepublikum wohlbekannt, erhalten jedoch bei Luizard eine neue Bedeutung als Ausgangspunkt für ein Narrativ, dessen roter Faden die Entstehung des politischen Konfessionalismus ist.

Das irakische Drama, das sich aus dem von einer sunnitischen Minderheit importierten Konzept der ethnischen Nation ergab, wird in dem vielleicht dichtesten Kapitel des Buches erläutert. Den Hauptaspekt bildet die sunnitisch-schiitische Polarisierung. Etappen auf diesem Weg sind die schwierige Ausgangslage mit einer land- und rechtlosen schiitischen Bevölkerungsmehrheit, das Scheitern einer von Schiiten aktiv mitgetragenen sozialen Reformpolitik unter dem Druck einer zunehmend diktatorisch agierenden Baath-Partei unter Saddam Hussein und der – westlichen – Funktionalisierung seines Regimes als Bollwerk gegen die islamische Revolution in Iran. Der Fall des Saddam-

Regimes während der amerikanisch-britischen Besatzung 2003 etablierte keinen Rechtsstaat. Der Regimewechsel zu einer schiitischen Mehrheit wird belastet durch die schwere politische Hypothek, die sich aus der dysfunktionalen Dreiteilung der schiitisch-kurdisch-sunnitischen Ämterstruktur ergibt, und droht, in der neuen Konstellation „das irakische Muster eines gegen die Gesellschaft kriegführenden Staates“ (S. 70) wieder aufzunehmen.

In Syrien steht die sunnitische Bevölkerungsmehrheit einer markanten konfessionellen Vielfalt gegenüber. Das Scheitern des politischen Panarabismus und die Kolonisierung des ohnehin von Minderheitengruppen stark geprägten Militärs durch Alawiten, die Machtkonzentration im Assad-Clan, die geopolitisch motivierte Unterstützung der Islamischen Republik Iran, das Massaker beim Niederschlagen des sunnitischen Aufstands 1982 in Hama, führte, so legt der Autor nahe, zu einer nachhaltigen Entfremdung der Sunniten vom Regime. Diese konnte auch von der Politik des syrischen Staatsislams (S. 84) nicht aufgefangen werden. Die Konfessionalisierung der sich seit 2012 fast über das ganze Land ausbreitenden strukturellen Gewalt, erscheint aber nicht als zwingende Folge dieser Entwicklung, sondern wurde begünstigt durch das bewusste Agieren des Assad-Regimes und seiner arabischen Gegner.

Dass einige Details und die Gewichtung einzelner Gesichtspunkte eingehender diskutiert werden müssten, und dass der durchgängige politische Mechanismus, die Zugänge zur Macht in Clans zu monopolisieren, mehr Aufmerksamkeit verdient, tut der insgesamt überzeugend vorgetragenen und anregenden Darstellung keinen Abbruch. Politische Konsequenzen sind allerdings schwer zu benennen. Das vom Autor zu Recht hervorgehobene Kalkül des Assad-Regimes, der Kampf gegen den IS würde

es legitimieren und die wichtigen internationalen Akteure von seiner Unersetzbarkeit überzeugen, ist zunächst aufgegangen. Und doch gibt es für die Zukunft der Region keine Alternative zu einer integrativen politischen Ordnung, für die es wohl nur jenseits der derzeitigen Kombattanten Garanten gibt.

Beirut

Stefan Leder

## POLITIKWISSENSCHAFT

### Der diskrete Charme der Monarchie

*Thieme, Tom: Monarchien. Auslauf- oder Zukunftsmodelle politischer Ordnung im 21. Jahrhundert?, 200 S., Nomos, Baden-Baden 2017.*

Die monarchische Staatsform hat bisher nur selten das Interesse der politikwissenschaftlichen Forschung auf sich gezogen. Königshäuser scheinen eher ein Thema für die Boulevardpresse zu sein und firmieren ansonsten unter der Rubrik „politische Folklore“. Dass das zu kurz gegriffen ist, zeigt Tom Thieme in seiner auch für den politikwissenschaftlichen Laien gut lesbaren, kompakten Abhandlung. Diese weitet das Thema zum einen auf die nicht-demokratischen Regierungssysteme aus, in denen die monarchische Staatsform tatsächlich einen Unterschied bedeuten könne, zum anderen nennt sie Gründe für die erstaunliche Stabilität der Monarchien in den demokratisch verfassten Staaten.

Monarchien lassen sich anhand von drei Merkmalen definieren: Das Staatsoberhaupt wird durch seine Abstammung legitimiert und kommt durch Erbfolge ins Amt, es weist eine historisch-identitäre Beziehung zu seinem Volk auf, und es übt das Amt zumeist auf Lebenszeit aus. Von allen drei Merkmalen kann es auch Abweichungen geben, die aber an der prinzipiellen Gültigkeit der De-

finition nichts ändern. So kommen zum Beispiel Amtsverzichte (Abdankungen) häufiger vor als man denkt, in den Niederlanden und Luxemburg sind sie sogar die Regel.

Das Buch intendiert einen doppelten Vergleich. Zum einen werden die monarchischen Staatsformen in demokratischen und nicht-demokratischen Systemen einander gegenübergestellt, zum anderen werden sie innerhalb der jeweiligen Systemtypen mit den nicht-monarchisch verfassten (republikanischen) Formen verglichen. Die Grundlage dafür bietet eine Typologie, die zusätzlich zu dem Systemtypus (Demokratie oder Autokratie) nach dem Amtsverständnis des Monarchen differenziert: Dessen Herrschaftsanspruch und -reichweite kann absolutistisch sein, mehr oder weniger umfangreiche Mitregierungsbefugnisse umfassen oder auf rein repräsentative Funktionen beschränkt bleiben. Der erstgenannte Fall eines absolutistischen Monarchen kann naturgemäß nur in den autokratischen Systemen vorkommen.

Die empirische Verteilung zeigt, dass Monarchien sowohl unter den demokratischen als auch unter den nicht-demokratischen Systemen deutlich in der Minderheit sind. Von den weltweit 27 Monarchien, die der Autor ausmacht, befinden sich zwölf in der demokratischen und 15 in der nicht-demokratischen Staatenwelt. Von den demokratischen Monarchien entfallen dabei bis auf zwei – Japan und Lesotho – alle auf Europa. Monarchien mit rein-repräsentativen Funktionen oder limitierten Machtbefugnissen sind unter den autokratischen Ländern vor allem in Asien anzutreffen, während die absoluten Monarchien sämtlich auf den arabischen Raum entfallen.

Der Vergleich zwischen den demokratischen und nicht-demokratischen Herrschaftsformen basiert auf der Vermutung, dass die Monarchien durch ihre integrierende Kraft in beiden Fällen „funktionale Äquivalente“ bilden könnten. Ein spezieller Mehrwert gegenüber den nicht-monarchischen Staats-

formen lässt sich empirisch aber nur für die autokratischen Systeme erkennen, wo die Rolle des Monarchen als Vertreter Gottes und Hüter der Religion die Legitimationsbasis des Systems stärkt. Ein Beispiel dafür sind die arabischen Herrschaftshäuser.

Weniger ertragreich sind die Ausführungen zu den demokratischen Monarchien. Dies hat auch damit zu tun, dass der Autor deren historische Genese eher stiefmütterlich behandelt, womit ihm die entscheidende Pointe des Vergleichs in gewisser Weise entgeht. Auf der einen Seite war es gerade der vergleichsweise früh erfolgte Durchbruch zur parlamentarischen Regierungsweise, der im Zuge einer schrittweisen Entmachtung der Monarchie dazu geführt hat, dass diese in Großbritannien, den Benelux-Ländern und in Skandinavien als politisch einflusslose Institution neben der verantwortlichen Regierung weiterbestehen konnte. Auf der anderen Seite haben aber auch die nicht-monarchischen parlamentarischen Systeme an der Institution eines von der Regierung abgetrennten Staatsoberhauptes festgehalten, dessen Erfindung beziehungsweise Neuschaffung durch die Franzosen im Jahre 1875 später allen anderen Republiken als Vorbild diente.

Gerade der Vergleich mit den USA illustriert die Vorteile einer solchermaßen geteilten Exekutive. Denn wenn das Staatsoberhaupt, wie es der derzeitige Präsident Donald Trump nachdrücklich demonstriert, als Regierungschef gleichzeitig Exponent einer bestimmten parteipolitischen Richtung ist, wird er die Rolle eines Integrators, der die Einheit des Landes verkörpert und die Meinungen und Interessen aller Bevölkerungsteile vertritt, nicht glaubhaft einnehmen können. Bleibt die Frage, ob man diese Rolle in den Ländern mit abgetrennten Staatsoberhaupt besser einem Monarchen oder einem gewählten Präsidenten anvertraut. Auch hierzu fallen die Überlegungen Thiemes zu oberflächlich aus. Dass durch den Zufall der Erbfolge eine dem Amt nicht

gewachsene Person an die Spitze rückt, ist das eine. Ein Nachteil der Monarchie könnte aber auch darin liegen, dass dem Staatsoberhaupt die Möglichkeit fehlt, seine Integrations- und Repräsentationsfunktion durch öffentlich wirksame Reden in einem politischen Sinne auszuüben, wie es einem Präsidenten kraft seiner demokratischen Legitimation automatisch zukommt. Dass in großen Ländern wie Kanada und vor allem Australien über die Zukunftsfähigkeit der Monarchie heute lebhaft diskutiert wird, findet in dem Buch keine Erwähnung. Es hätte den Autor möglicherweise bewogen, seine letztlich unentschiedene Antwort auf die im Untertitel gestellte Frage nach „Auslauf- oder Zukunftsmodell“ in Richtung des Auslaufmodells etwas zu verschieben.

Bonn

Frank Decker

### Demokratie ohne Liberalismus?

*Ober, Josiah: Demopolis . Oder was ist Demokratie? , 320 S., WBG, Darmstadt 2017.*

Kann es eine Demokratie jenseits des politischen Liberalismus auch im 21. Jahrhundert geben? Und wenn ja, wie lässt sich eine derartige Demokratie rechtfertigen? Diese beiden Fragen stehen im Zentrum des jüngsten Buches des US-amerikanischen Altertums- und Politikwissenschaftlers Josiah Ober, der hierzulande vor allem durch seine Studien über die attische Demokratie bekannt ist. Das ist ein reizvolles Unternehmen, gerade auch mit Blick auf Menschen, die sich dem politischen Liberalismus nicht anschließen möchten, also etwa jene in stark religiös geprägten Gesellschaften, die doch zugleich durchaus offen für demokratische Institutionen sind. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Republik Iran. Das Unterfangen besitzt aber auch aus einer weiteren, von Ober lediglich im Epilog angesprochenen Perspektive an Relevanz, steigt doch in westlichen Demokratien das Unbe-

hagen am real existierenden Liberalismus. Ist also auch im Westen eine Demokratie ohne Liberalismus vorstellbar?

Um auf diese Fragen eine Antwort geben zu können, ist es erforderlich, analytisch klar zwischen Demokratie und Liberalismus zu trennen. Demokratie ohne Liberalismus bezeichnet Ober als „Kerndemokratie“, worunter er „die legitime Machtausübung eines *demos* – einer Bürgerschaft oder eines ‚Volkes‘“ (S. 8) versteht. Zur Kerndemokratie gehören jedoch keine liberalen Errungenschaften wie Menschenrechte, persönliche Autonomie, Verteilungsgerechtigkeit und religiöse Neutralität (S. 249). Legitim ist ihm zufolge die Kerndemokratie dann, wenn sie sich auch jenen gegenüber rechtfertigen lässt, die ihr nicht aktiv zugestimmt haben (S. 96). Um aufzuzeigen, dass das durchaus möglich ist, versucht Ober sozialwissenschaftliche und philosophische Ansätze zusammenzuführen.

Eine demokratische Verfassung muss Ober zufolge, wenn sie denn legitim sein soll, zunächst im rationalen Eigeninteresse eines jeden liegen. Das bedeutet, die für den Erhalt der Demokratie aufgewendete Zeit muss für mich einen Vorteil erbringen und es muss sichergestellt werden, dass die Kerndemokratie Trittbrettfahrer von ihren Gütern ausschließen kann. Die zentralen Güter der Kerndemokratie sind Sicherheit, Wohlfahrt und politische Teilhabe. Können erstere vielleicht auch von Autokratien hergestellt werden, ist politische Teilhabe für alle Bürger (und Bürgerinnen, wie Ober betont) allein in einer Demokratie realisierbar. Und es ist dieses letzte Gut, welches die eigentliche Beweislast in Obers Verteidigung der Kerndemokratie trägt. Zwar erwähnt er an einigen Stellen die Überlegenheit von Demokratien hinsichtlich der Bereitstellung von Sicherheit und Wohlstand, doch das zentrale Argument für die Legitimität einer demokratischen Ordnung beruht auf Aristoteles' Postulat einer genuin politischen Natur des Menschen

(S. 140f.). So wie eine Katze nur dann ge-  
deiht, wenn sie sich möglichst frei bewegen  
kann, muss ein Mensch „seinen Verstand ein-  
setzen und innerhalb eines sozialen Milieus  
kommunizieren können“ (S. 142). Und eben  
dies sei nur in einer Demokratie möglich,  
denn durch die demokratische Praxis komme  
es zu einer Kultivierung dreier menschlicher  
Grundfähigkeiten: Geselligkeit, Vernunft und  
Kommunikation. Der intrinsische Wert der  
Kerndemokratie besteht für Ober also darin,  
dass sich in ihr diese „menschlichen Grund-  
fähigkeiten“ voll entfalten können. Wobei  
man natürlich fragen kann, ob eine genuin  
liberale Demokratie aus dieser Perspektive  
sich nicht noch als vorzugswürdiger erweist.

So ist es wenig verwunderlich, dass Ober  
den Ausschluss von Frauen, Sklaven und  
Metöken aus der attischen Bürgerschaft  
kritisiert (S. 147). Hier greift er auf einen li-  
beralen Universalismus zurück, der sich zwar  
mit guten Gründen verteidigen lässt, Obers  
ursprüngliches Vorhaben, eine nicht-liberale  
Demokratie zu begründen, jedoch sprengt. So  
stellt sich die Frage, ob es des Umwegs über  
eine nicht-liberale Kerndemokratie überhaupt  
bedurft hätte, zumal Ober sie selbst lediglich  
als „eine theoretische Option für eine hypo-  
thetische Menschengruppe“ (S. 266) begreift.

Methodisch lässt sich fragen, ob man es  
hier nicht mit einem Zirkelschluss zu tun hat,  
ob also die von Ober benannten mensch-  
lichen Grundfähigkeiten, in deren Kultivierung  
sich der besondere Wert der Demokratie  
offenbare, sich tatsächlich anthropologisch  
verallgemeinern lassen oder nur in demokrati-  
schen Gesellschaften besondere Wertschät-  
zung erfahren. Der aufgeführte Vergleich mit  
der eingeschränkten Bewegungsfreiheit von  
Katzen kann diese Beweislast jedenfalls  
nicht stemmen. Ober ist zudem an vielen  
Stellen bemüht, die wissenschaftliche Über-  
zeugungskraft seiner Gedanken dadurch zu  
erhöhen, dass er sie mit Argumentations-  
figuren aus der „positiven Theorie“ zu stützen

versucht, etwa dann wenn er im Anschluss an  
die *rational-choice*-Theorie ein „Bürgerwürde-  
Spiel“ (S. 176–182) skizziert, um zu zeigen,  
dass es im Interesse aller Individuen ist, dass  
sie sich wechselseitig als gleichwertige Bür-  
ger anerkennen. Das vernachlässigt die kon-  
kreten soziökonomischen Machtgefälle und  
kulturellen Praktiken von Gesellschaften. Ein  
weiteres Beispiel für den problematischen  
Rückgriff auf eine „positive Theorie“ besteht  
in der im Anschluss an soziobiologische  
Theorien formulierten Schlussfolgerung, dass  
„Demokratie die natürliche, als Folge evolutio-  
närer Anpassung genetisch in uns verankerte  
Form des Zusammenlebens ist“ (S. 130).  
Hier werden wissenschaftliche Theorien sehr  
verkürzt wiedergegeben. Vor allem aber blendet  
Ober aus, dass sich der zitierte Befund  
auf Kleingruppen, jedoch nicht auf anonyme  
Gesellschaften bezieht. Und selbst wenn sich  
die Erkenntnisse der Soziobiologie als ‚wahr‘  
erweisen sollten, folgt daraus nicht unmittel-  
bar ein normatives Sollen.

Josiah Obers Vorhaben, auf einer nicht-  
liberalen Basis die Vorzugswürdigkeit der  
Demokratie zu gründen, kann daher in der  
vorgeschlagenen Form nicht überzeugen.  
Methodisch irritieren die Anleihen bei der  
„positiven Theorie“, inhaltlich bleibt der  
Mehrwert einer nicht-liberalen Demokratie-  
begründung zu blass.

*Darmstadt*

*Dirk Jörke*

### **Demokratische Unübersichtlichkeit**

*Abdelhamid, Rames*: Die Unübersichtlichkeit  
der Demokratie. Ein Dilemma spätmoderner  
Politik, 356 S., transcript, Bielefeld 2017.

Ist „Unübersichtlichkeit“ eine griffige Kate-  
gorie, um das gegenwärtige Erscheinungs-  
bild der Demokratie zu beschreiben? Oder  
ist die Rede von der Unübersichtlichkeit eine  
kleinmütige Verzichtserklärung gegenüber

dem wissenschaftlichen Anspruch, die Funktionsweisen und die Dynamiken demokratischen Handelns analytisch begreifen und systematisch bewerten zu können? Von Jürgen Habermas wurde die Kategorie Mitte der 1980er Jahre prominent gemacht, um verlorengehende Gestaltungsmöglichkeiten der Wohlfahrtsstaaten zu bezeichnen. Abdelhamid greift den Begriff der Unübersichtlichkeit beherrzt auf und betrachtet ihn, angesichts wachsender politischer Problemkomplexität, als Instrument einer angemessenen Lagebeschreibung der Demokratie.

Zunächst verwirrt er jenen Leser, der eine kritische Gegenwartsbetrachtung der Demokratie erwartet, mit einer langatmigen Einführung in die Begrifflichkeit der politischen Systemtheorie. Es werden – formuliert im sperrigen kybernetischen Sprachjargon – Kommunikations- und Strukturmuster, Funktionen, Teilsysteme, „Umwelten“ und Beobachtungsmöglichkeiten des politischen Systems vorgestellt, die allesamt nichts weiter zeigen, als dass Politik komplex ist und bisweilen kontingent erscheint. Das klingt banal und irritiert deshalb, weil ein Verweis auf die Unübersichtlichkeit ja einer hermeneutischen Methode entstammt und aus der Analyse heraus die Perspektive von Handelnden stark macht, denen Verständnisse, Erklärungen, Handlungsoptionen und Gestaltungsmöglichkeiten des Politischen verlorengehen. Die Systemtheorie aber beschreibt lediglich Funktionen. Sie würde die Unübersichtlichkeit allenfalls kühl als ein Funktionsmuster verminderter Steuerungsfähigkeit klassifizieren. Zu einer Unübersichtlichkeit der Demokratie kann es dabei eigentlich gar nicht kommen, denn auch die Demokratie erscheint nur als ein Funktionsmechanismus, den der Systemtheoretiker nüchtern beobachtet – aber eben nicht als ein unübersichtliches Handlungsmuster, sondern als einen durchaus sehr übersichtlichen, lediglich unterkomplexen Kommunikationsmodus. Abdelhamid stiftet

mit seiner systemtheoretischen Grundierung erst einmal Verwirrung. Deshalb wird man besonders neugierig auf ein Kapitel mit der Überschrift „Quellen der Unübersichtlichkeit“. Geht es Abdelhamid vielleicht doch um einen Hinweis auf das Versagen der Systemtheorie und um eine letztendlich handlungstheoretisch begründete Zeitdiagnostik, die eine verlorengehende Einflussnahme partizipatorischer Politikgestaltung beklagt?

Offenbar nicht, denn Abdelhamid spinnt zunächst den Faden der Systemtheorie zu einem dicken Knäuel weiter, indem er abstrakt auf „multiple Gegenwarten“ eingeht, von einer „Desynchronisierung des Politischen“ spricht, von „Systemexpansion“, von „multipler Kommunikation“ sowie von Differenzierung und Beschleunigung. Spätestens an dieser Stelle der Lektüre gewinnt man den Eindruck, in einem Handbuch der Systemtheorie zu blättern anstatt in einer demokratiekritischen Studie. Umso gespannter ist man auf ein Kapitel, das sich endlich der „Unübersichtlichkeit der Demokratie“ widmet. Aber auch hier geht es im gleichen systemtheoretischen Duktus weiter. Abdelhamid erklärt, dass die Demokratie „per se“ unübersichtlich sei (S. 130). Sie handle von der „Kontingenz der Dinge“ (S. 133). Dann finden sich aber doch Passagen, in denen Abdelhamid die Demokratie als gestaltungsoffen klassifiziert. Das wird nun allerdings höchst erklärungsbedürftig: Hat Abdelhamid die Beobachtung von Funktionen stillschweigend aufgegeben und ist zur Auseinandersetzung mit demokratischer Handlungsfreiheit umgeschwenkt? Tatsächlich häuft sich jetzt die Rede von einer „politischen Öffentlichkeit“, von Individuen und Subjekten, die als politische ‚Akteure‘ in Erscheinung treten. Abdelhamid arbeitet sich auf methodisch verschlungenen und fragwürdigen Wegen zum Plädoyer für den „kompetenten Bürger“ vor, der, soweit man dem Perspektivenwechsel noch folgen kann, offenbar die politischen Systeme gleichzeitig kritisch ‚beobachten‘ wie

auch in ihnen ‚aktiv‘ werden soll – also sowohl als externer Beobachter wie als politisch Involvierter in Erscheinung tritt. Jetzt ist im Buch eigentlich der Punkt der Argumentation erreicht, an dem handelnde Demokraten die Logik des systemtheoretischen Beobachterstatus aufsprengen. Nur so lässt sich ja die Demokratie begründen: Sie ist kein Funktionsbereich, sondern ein Interaktionsmodus. Das gesteht Abdelhamid jedoch nur beiläufig ein, indem er am Ende zu einer Intensivierung politischer Bildung, zu mehr Bürgerengagement und zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure aufruft.

Das ganze Buch ist durchdrungen von einem unaufgelösten Widerspruch zwischen einer systemtheoretischen Funktionsbestimmung der Demokratie und einer handlungstheoretischen Auseinandersetzung mit ihrer politischen Gestaltungsfähigkeit. Die methodische Ambivalenz – man ist geneigt, sie ironisch als ‚methodische Unübersichtlichkeit‘ zu klassifizieren – steht der bündigen Argumentation in die eine oder andere Richtung im Wege. Neutrale Systembeschreibungen, analytische Demokratiebestimmungen und normative Gegenwartskritik im Namen der Unübersichtlichkeit stehen im Buch beziehungslos nebeneinander. Weder der Demokratietheoretiker, noch der demokratisch Handelnde vermag aus diesen Überlappungen von methodischen Perspektiven einen substanzialen Gewinn zu ziehen.

Aachen

Emanuel Richter

### **Direkte Demokratie in Zeiten des Populismus**

*Hornig, Eike-Christian: Mythos direkte Demokratie. Praxis und Potentiale in Zeiten des Populismus, 169 S., Budrich, Opladen u. a. 2017.*

Gibt es eine Affinität der direkten Demokratie zum Populismus? Diese Vermutung drängt

sich auf, wenn man bedenkt, dass es heute in erster Linie die rechtspopulistischen Parteien sind, die sich der Forderung nach „mehr direkter Demokratie“ bemächtigen. So fordert beispielsweise die AfD in der Bundesrepublik nicht weniger als die „Übernahme des Schweizer Modells“ in seiner ganzen Bandbreite – explizit genannt werden das fakultative Referendum, die Volksinitiative für einfache Gesetze und Verfassungsänderungen sowie das obligatorische Referendum. Im Gegenzug lässt sich bei den anderen Parteien – insbesondere auf der linken Seite – eine deutliche Abkühlung ihrer früheren Begeisterung für die direkte Demokratie feststellen. Das mag auch mit dem Ausgang bestimmter Volksabstimmungen zu tun haben, die sich dort, wo diese Parteien die Regierungen stellten, zum Teil explizit gegen ihre eigenen Vorhaben richteten.

Die Schrift des Gießener Politologen Eike-Christian Hornig, die der Autor eher als Essay denn als streng wissenschaftliche Abhandlung verstanden wissen will, versucht vor diesem Hintergrund die weit verbreiteten und populären Vorurteile zugunsten der direkten Demokratie zu entlarven. Diese fasst er zu Beginn der Darstellung zu zwei Mythen zusammen. Der erste Mythos besteht darin, dass die direkte Demokratie ein geeignetes Mittel sei, um die Interessen und Meinungen des Volkes gegen jene der gesellschaftlichen und politischen Eliten zum Ausdruck zu bringen und durchzusetzen. Die Verbindung zum Populismus, dessen Wesensmerkmal seine Anti-Establishment-Orientierung ist, wird hier offensichtlich. Der zweite Mythos besagt, dass direktdemokratisch getroffene Entscheidungen sachlicher (besser wäre: sachgerechter), das heißt dem Gemeinwohl dienlicher, seien als Entscheidungen innerhalb des von Partikularinteressen beherrschten repräsentativen Systems. Daraus werde eine generelle demokratische Höher-



wertigkeit der Volksabstimmung gegenüber Parteien und Parlamenten abgeleitet.

Ziel des Buches ist es, diese Mythen zu „dekonstruieren“. Dazu weist der Autor zunächst auf die Dominanz der „von unten ausgelösten“ Verfahren in der deutschen Verfassungsgebung hin, die der populistischen Demokratieauffassung scheinbar in die Hände spielt. Die zu Recht konstatierte „Fixierung auf die Volksgesetzgebung“ ist jedoch keine Folge des aktuellen Populismus, selbst wenn sie durch diesen verstärkt wird. Sie stellt vielmehr das Produkt einer pfadabhängigen institutionellen Entwicklungsgeschichte dar, deren Ursprünge bis weit in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Weil die Darstellung über diese Zusammenhänge hinweggeht, wird die Singularität des deutschen Falles im Vergleich anderer parlamentarischer Demokratien übersehen. Auch die restriktive Ausgestaltung der Verfahren, die eine unmittelbare Konsequenz der Entscheidung für das weitreichende Demokratieversprechen darstellt, das die Volksgesetzgebung abgibt, wird nicht näher reflektiert.

An anderen Stellen erfolgt die Entlarvung der Mythen mit verdrehten oder verkürzten Argumenten. So wird zum Beispiel zur Widerlegung der angeblich größeren Gemeinwohlnähe der Volksbeschlüsse zunächst die Prämisse aufgestellt, dass die richtigen Entscheidungen dann eigentlich mit großer Mehrheit getroffen werden müssten. Anschließend bestreitet der Autor für die Abstimmungspraxis in den deutschen Ländern diesen Zusammenhang, um gleich im folgenden Satz das Gegenteil, nämlich nur wenige knapp ausgegangene Entscheidungen, zu behaupten (S. 86f.). Letzteres trifft in der Tat zu, hat aber einen anderen Grund als den in der Prämisse postulierten. Dieser liegt im außer von Bayern und Sachsen überall vorgeschriebenen Zustimmungsquorum, das es für die Gegner einer Vorlage sinnvoller erscheinen lässt, der Abstimmung fernzublei-

ben als mit Nein zu stimmen. Das Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmen ist unter diesen Bedingungen kein aussagekräftiger Indikator für die wirkliche Meinungsverteilung.

Bei der Widerlegung des „Höherwertigkeits“-Mythos verkennt der Autor, dass Entscheidungen durchaus eine höhere Legitimation beanspruchen können, wenn sie statt vom Parlament vom Volk selbst getroffen werden – ansonsten ließe sich ja nicht erklären, warum man in Deutschland die verfassungsgerichtliche Überprüfung am liebsten schon ex ante (im Stadium des Volksbegehrens) greifen lassen möchte, also bevor es zum Volksentscheid kommt. Eine ganz andere Frage ist, ob Regierungssysteme, in denen plebiszitäre Elemente vorkommen, den rein repräsentativen Systemen unter Demokratiegesichtspunkten überlegen sind. Die Skepsis des Autors, der dafür zumindest im deutschen Kontext keine empirischen Belege sieht, ist hier wohl begründet, auch wenn sie etwas zu einseitig auf das Problem der Regierungsfähigkeit abhebt. Auch seine eigenen Reformvorschläge für die Bundesrepublik zielen auf diesen Punkt ab.

Überzeugend wird ausgeführt, warum sich gerade die von unten ausgelösten Verfahren in eine parlamentarische Wettbewerbsdemokratie nicht sinnvoll integrieren lassen (S. 108ff.). Das gilt auch für das fakultative Referendum, das bei den Befürwortern der direkten Demokratie in Deutschland bezogen auf die Bundesebene inzwischen größere Beliebtheit zu genießen scheint als die in den Ländern dominierende Volksgesetzgebung. Dem einfachen, von Regierung und/oder Parlament auszulösenden Referendum, dessen prinzipielle Systemverträglichkeit außer Frage steht, kann der Autor nichts abgewinnen. Seine Vorliebe gilt stattdessen allein dem obligatorischen Referendum, das bei im Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetzen sowie bei Verfassungsänderungen ins Spiel kommen soll.

Der letzte Teil des Buches ist der Ausarbeitung dieses Vorschlages gewidmet. Er greift auf Überlegungen zurück, die Hornig bereits in einem älteren, 2011 erschienenen Aufsatz entwickelt hat. Das obligatorische Referendum soll demnach einen Beitrag leisten, um parteipolitisch motivierte Blockaden zwischen der Regierungsmehrheit und dem Bundesrat zu beseitigen, die als Hauptproblem des deutschen Regierungssystems ausgemacht werden. Aus heutiger Sicht mutet diese These antiquiert an, da es oppositionelle Mehrheiten in der Länderkammer seit 2013 nicht mehr gibt; im Zuge der sich pluralisierenden Parteien- und Koalitionslandschaft dominieren vielmehr die gemischt zusammengesetzten Landesregierungen, von denen aber keine wirkliche Blockadegefahr ausgeht. In der 18. Legislaturperiode (2013 bis 2017) gab es nur einen prominenten Fall, wo ein von der Regierung geplantes Gesetz durch die in der Mehrzahl der Länder mitregierenden Grünen aus parteipolitischen Motiven gestoppt wurde, nämlich die Erklärung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern von Flüchtlingen.

Bonn

Frank Decker

### Linksextremismus und „linke“ Einstellungen

*Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, 411 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2016.*

Der stattliche Band der beiden Berliner Sozialwissenschaftler Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder ist aus einem Forschungsprojekt zu „demokratiegefährdenden Potenzialen des Linksextremismus“ hervorgegangen, dessen erste Ergebnisse bereits 2015 veröffentlicht wurden („Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland“). Er besteht

aus drei Teilen. Der erste präsentiert die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zu linksextremen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung, die Infratest dimap im Sommer 2014 bei 1.400 Personen durchführte. Die dazu eigens erstellte „Linksextremismuskala“ setzt Bemühungen der empirischen Sozialforschung fort, die seit den 1960er Jahren unternommen wurden, um autoritäre, antiliberale und antidemokratische Einstellungen bei Personen zu erfassen, die anhand bestimmter Merkmale als linksorientiert gelten. Die Skala verbindet mithin die Untersuchung pointiert „linker“ Einstellungsmuster (Anti-Kapitalismus, Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Kommunismus-nahes Geschichtsbild/Ideologie, Anti-Repression) mit Items, die eine ablehnende Haltung gegenüber Fundamentalnormen des demokratischen Verfassungsstaates zum Ausdruck bringen (Demokratiefeindlichkeit). Zwar ist die zweite Untersuchungsdimension etwas schwach entwickelt und unterkomplex (eine Ergänzung um einschlägige Items der Demokratie- und Autokratieforschung wäre leicht möglich gewesen, zudem hätte man verschiedene Aspekte der Demokratiefeindschaft wie Antiliberalismus oder Antikonstitutionalismus differenzieren können), aber die Ergebnisse dürften dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt werden: Vier Prozent der Befragten werden als Linksextremisten mit „nahezu geschlossenem“, weitere 13 Prozent als Personen mit einem „überwiegend linksextremen beziehungsweise linksradikalen Welt- und Menschenbild“ (S. 50) eingeordnet. Die Items sind gut komponiert und der Schwellenwert ist so gesetzt, dass keineswegs der Eindruck entsteht, es komme den Autoren darauf an, einen möglichst großen Bevölkerungsteil als linksextremistisch auszuweisen.

Der zweite Teil der Studie ist konzeptionell und methodisch heterogener. Er stellt den Linksextremismus auf der Ebene politischer

Ideen und Verhaltensformen dar, wobei das Verhältnis zu den zuvor gemessenen Einstellungen einer genaueren Klärung bedürfte. Während der erste Teil die Vorarbeiten im Bereich der Einstellungsforschung nahezu lückenlos erfasst und verarbeitet, werden die vorliegenden Untersuchungen über links-extreme Theoriezirkel, das Wahlverhalten linksextremer Parteien, linksextreme Protestformen und politisch motivierte Gewalt nur zum kleineren Teil herangezogen. Auch der sicherheitsbehördliche Erkenntnisstand hätte stärkere Berücksichtigung verdient. Die Bestimmung der „Kontinuitäten und Brüche“ erfolgt zu sehr aus der Perspektive des studentischen Protestes der „1968er“ Tradition. Seither ist viel Wasser die Spree hinuntergelaufen. Jedoch bietet Kapitel III über „Strukturen und Entwicklungslinien des aktuellen Linksextremismus“ ein facettenreiches aktuelles Lagebild. Kapitel IV behandelt „Alte und neue Feindbilder“ der Szene und informiert detailliert über die Kampagnen gegen die Berliner Wissenschaftler Jörg Baberowski, Michael Makropoulos und Herfried Münkler.

Der dritte Teil der Studie ist methodisch wiederum ‚aus einem Guss‘. Er präsentiert zunächst die Ergebnisse von Interviews mit „linksradikalen/linksextremen“ Jugendlichen, um auf dieser Grundlage Politisierungsprozesse, Motive und Einstellungen zur deutschen Demokratie, zur sozialen Marktwirtschaft, zu den Grenzen der Freiheitsrechte, zum Rechts- und Linksextremismus und zur Gewaltfrage zu erkunden. Daran schließen sich Befragungen von Schülern (ohne politische Vorauswahl) in DDR-Gedenkstätten an. Das alarmierende Ergebnis lautet: Die meisten Schüler können „mit den Begriffen ‚linksradikal‘ und ‚linksextrem‘ wenig anfangen [...]“. Außerdem lässt sich nur schwer ein Zusammenhang zwischen den Verhältnissen in der DDR und dem aktuellen Linksextremismus herstellen“ (S. 368)

Man stelle sich vor, eine Studie käme zu dem Ergebnis, Schüler könnten mit den Begriffen ‚rechtsradikal‘ und ‚rechtsextrem‘ wenig anfangen und es lasse sich nur schwer ein Zusammenhang zwischen den Verhältnissen im NS-Regime und dem aktuellen Rechtsextremismus herstellen! Die verdienstvolle Studie liefert so nicht nur eine Wissensgrundlage über die Verbreitung linksextremer Einstellungen und Verhaltensformen in der deutschen Bevölkerung, sondern wirft darüber hinaus drängende bildungspolitische Fragen auf.

Dresden

Uwe Backes

### Öffentlichkeit und Demokratieversagen

*Maxwell, Lida: Public Trials. Burke, Zola, Arendt, and the Politics of Lost Causes, 256 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.*

Linda Maxwell präsentiert uns in diesem Buch einen Appell für einen neuen theoretischen Umgang mit Demokratieversagen und stellt sich ausdrücklich gegen den Mainstream der Staatstheorien seit Sokrates, die Demokratie mit institutionellem Einschreiten durch Politiker, Technokraten oder Justiz vor dem Versagen schützen wollen. Sie sieht in mehr Demokratie, Aktivismus, Öffentlichkeit und vor allem in gesellschaftlichen Lernprozessen die sinnvollere Antwort auf das Versagen einer Demokratie.

Sie hat damit durchaus recht. Von Demokratien wurden lange Zeit in der europäischen und US-amerikanischen Staatsphilosophie eine um vieles höhere Rechts- als auch politische Sicherheit abverlangt als von den vielen Formen autokratischer Systeme. Dies liegt wohl auch am Selbstanspruch der Demokratien, Gerechtigkeit herstellen zu wollen, während autokratische Systeme keinen Wunsch äußern, sondern sich selbst als prinzipiell gerecht proklamieren und Ungerechtigkeiten zu notwendigen Kollateralschäden der Staats-

räson und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erklären. Technokratie, Justiz und mit erhöhter Macht ausgestattete Politiker, können autokratische Elemente in unserer Demokratie sein, denen aus der traditionellen westlichen Demokratietheorie zugeschrieben wurde und wird den Launen des Volkes Herr werden zu können. Kaum ein Bild aus der Tradition der westlichen Staatstheorie beschreibt dieses Politikverständnis radikaler als Thomas Hobbes' Leviathan: ein Staat, der nicht vermittelt, sondern im Sinne des Allgemeinwohls Widerstände gewaltsam bricht, um seine Ziele und sein Verständnis von Gerechtigkeit durchzusetzen. Demgegenüber stehen jedoch immer mehr Theoretiker, die gerade in der öffentlichen Sphäre das wichtigste demokratische Mittel sehen, um autokratischen Tendenzen und Willkür der politischen, juristischen und bürokratischen Eliten Herr zu werden. Im Gegensatz zu konservativen Staatstheorien sehen sie Institutionalisierung nicht als wichtigsten Stabilisierungsfaktor unserer Gesellschaft an, sondern wollen die Gesellschaft und den Staat mit Diskurs, stetigem Verhandeln und Selbstreflexion fit und achtsam für den Umgang mit sich selbst und mit neuen Problemen machen.

Mehr Demokratie zur Lösung demokratiepolitischer Dilemmata beziehungsweise demokratischen Versagens zu fordern, wie dies im vorliegenden Buch der Fall ist, ist also noch keine ungewöhnliche Stoßrichtung, jedoch Untersuchungsdesign, Untersuchungsobjekt und Argumentationslinie der Analyse sind neu. Das Untersuchungsdesign erscheint auf den ersten Blick etwas verworren und bedarf einer seitenlangen Aufklärung durch die Autorin, ist jedoch sehr interessant. Das Buch behandelt keine legislativen oder exekutiven Prozesse, sondern vergleicht als Quelle Texte dreier Autoren, die sich mit öffentlichkeitsrelevanten Gerichtsverfahren ihrer Epoche auseinandersetzen: so Edmund Burkes Texte über den Freispruch

Warren Hastings in Großbritannien im späten 18. Jahrhundert, Emile Zolas Texte zur Dreyfus-Affäre in Frankreich des späten 19. Jahrhunderts und Hannah Arendts Texte zum Eichmannprozess in den 1960ern in Israel.

Die Untersuchungsobjekte sind dabei nicht nur diese öffentlichkeitswirksamen Prozesse, sondern vielmehr noch die Rolle der Öffentlichkeit und damit des demokratischen Souveräns bei diesen Prozessen. Alle drei im Buch untersuchten Autoren sehen die jeweiligen Prozesse als zumindest teilweise gescheitert an. Burke sah den Freispruch Hastings', der als Gouverneur die indische Bevölkerung unterdrückt hatte, als Justizversagen und machte den britischen Nationalstolz der Bevölkerung mitverantwortlich, der diesen Freispruch zuließ. Zola klagte den öffentlichen Betrug der französischen Armee im manipulierten Spionageprozess gegen den Offizier Alfred Dreyfus an. Betrug, der seiner Meinung nach nicht zuletzt durch die überhöhte Wertschätzung des Militärs in der französischen Öffentlichkeit ermöglicht wurde. Und Arendt bedauerte den Tatbestand „Verbrechen gegen das jüdische Volk“ unter dem Eichmann angeklagt wurde, denn sie sah sein Verbrechen im Holocaust als größer an, nämlich als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Auch für sie ist die nationalistische Einstellung der israelischen Öffentlichkeit als Mitschuld an dieser einseitigen Anklage auszuweisen.

Maxwells Argumentationslinie in ihrer Analyse der drei Autoren ist dadurch geprägt, alte Begriffe neu zu definieren und neue Begrifflichkeiten zu operationalisieren. „Demokratieverfagen“ (*democratic failure*) ist ein bekannter politikwissenschaftlicher Begriff, der meist das Versagen demokratischer Institutionen oder die für die Allgemeinheit nachteilige Umsetzung eines Mehrheitswillens beschreibt. Maxwell jedoch versteht Demokratieverfagen als Moment, in dem

sowohl das Gesetz, als auch die Menschen dabei scheitern Gerechtigkeit herzustellen. Zur genaueren Bestimmung der narrativen Schlagrichtung der drei untersuchten Autoren konzipiert Maxwell das neue diskursanalytische Konzept des „Verlorenen-Sache-Narratives“ (*lost cause narrative*), in dem ein Demokratieversagen als zukünftige demokratische Chance interpretiert wird. Demokratieversagen wird so zu einer längerfristigen Möglichkeit die Demokratie zu verbessern, auch wenn der unmittelbare Schaden nie wieder gutzumachen ist, der Kampf gegen diesen also eine „verlorene Sache“ darstellt. Teil dieses Narrativs ist es auch aufzuzeigen, dass dieser Fall hätte gewonnen werden können, hätte es das entsprechende demokratische Bewusstsein und Handeln im richtigen Moment gegeben. Die Hoffnung dieses Narrativs liegt auf einer, wie es Maxwell definiert, „verspäteten Öffentlichkeit“ (*belated public*), die, beeinflusst durch kritische Stimmen, ihr eigenes Verhalten in diesen öffentlichkeitswirksamen Prozessen überdenkt, aus ihrem Scheitern Gerechtigkeit herzustellen lernt und Strukturen, die hierzu geführt hatten, bekämpft.

Das Buch ist ein spannender und gelungener Versuch, Gerichtsverfahren in die Diskussion um Demokratieversagen mit einzubinden und offeriert uns dabei neue nützliche Begriffe, um die Verantwortung der Öffentlichkeit bei der Herstellung von Gerechtigkeit und Demokratie zu analysieren.

Haifa

Florian Musil

### Grenzlinsen – Grenzräume – Grenzfiguren

Schulze Wessel, Julia: Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings, 235 S., transcript, Bielefeld 2017.

Julia Schulze Wessels Studie widmet sich einer sowohl in zeitdiagnostischer als auch

demokratiethoretischer Hinsicht ausgesprochen brisanten Thematik. Sie richtet das Augenmerk auf das fragile Verhältnis zwischen Flüchtenden und demokratischem Recht, das sich eindringlich an der Figur des undokumentierten Migrierenden als Grenzfigur zwischen der klar definierten Sphäre staatlicher Zugehörigkeit und einer unbestimmt bleibenden Sphäre transnationaler *non-citizenship* veranschaulichen lässt. Bislang galt in der Politischen Theorie die Staatsbürgerin als politisches Subjekt par excellence, als Verkörperung erkämpfter Volkssouveränität. Ihr Gegenbild hatte sie im Flüchtling, der eine Ausnahmeerscheinung versinnbildlichte (vgl. S. 13). Hannah Arendt und Giorgio Agamben haben die Dichotomie zwischen Staatszugehörigkeit als Privileg umfänglichen Rechtebesitzes der Bürger\_innen eines politischen Gemeinwesens einerseits und Staatenlosigkeit als Zustand totaler Rechtslosigkeit andererseits begrifflich analysiert und entsprechend skandalisiert. Arendts Ansatz, den undokumentierten Migrierenden als Exklusionsfigur zu fassen, erscheint Julia Schulze Wessel jedoch als überholt; Agambens Beschreibung des Flüchtlings als Ausnahmefigur nationalstaatlicher Souveränität als nicht differenziert genug.

Das Anliegen von Schulze Wessels Studie besteht in einer politiktheoretischen Standortbestimmung der Figur des Flüchtlings, die zu einer Neueinschätzung nicht nur der arendtschen und agambenschen Kategorien, sondern auch einer der zentralsten Fragen der Politischen Theorie, nämlich der nach der Spannung zwischen globaler Mobilität und souveränem Recht, führt.

In den ersten Kapiteln der Studie rekapituliert die Autorin Arendts und Agambens Konzeptionen des Flüchtlings als Exklusionsbeziehungsweise Ausnahmefigur (vgl. Kap. 2 und 3) und zeigt im vierten Kapitel, inwiefern dagegen eine Charakterisierung als Grenzfigur angemessener ist. Statt von Ausschluss

des undokumentierten Migrierenden aus dem Recht müsse präziser von einer Vorenthaltung des Rechts gesprochen werden. Genau diesen Rechtsvorenthalt markieren und verkörpern die staatenlosen Flüchtenden im Vollzug ihrer Migrationsbewegungen insofern, als sie (unfreiwillig) als Akteure der Grenze auftreten. Flüchtlinge seien nicht nur „Grenzverletzer“, indem sie bestehende nationalstaatlich-territoriale Grenzlinien übertreten, sondern sie wirken darüber hinaus als „Grenzgestalter“, weil sich die nationale und supranationale Grenzüberwachung zum Beispiel seitens der Europäischen Union – etwa in Reaktion auf die Fluchtrouten über Gewässer wie das Mittelmeer – nicht mehr allein entlang von territorialen Grenzlinien vollzieht. Vielmehr entstehen durch die wechselnden Migrationsbewegungen dynamische Grenzräume (vgl. Kap. 5), in denen Flüchtende zudem zu Grenzpersonen, also zu Personen an den Grenzen des Rechts werden (vgl. Kap. 6).

Das sechste Kapitel bildet das Kernkapitel des Buches. Hier entfaltet Schulze Wessel schlüssig ihre zentrale These, dass der Grenzraum aufgrund der Ex- und Deterritorialisierungstendenzen der Grenzverläufe und deren Bewachungspraktiken wie beispielsweise durch die EU-Agentur für Grenz- und Küstenwache „Frontex“ einen höchst fragmentierten Raum der Rechtsunsicherheit und -verletzung darstellt. Die Ex- und Deterritorialisierung von Grenzkontrollen geht in der Praxis häufig damit einher, dass Menschen weit entfernt von den Zieländern abgefangen und teils im Rahmen von Rückübernahmeabkommen zurückgeschickt werden. Damit werden ihnen fundamentale Rechte wie das Recht auf Asyl und das Recht auf *non-refoulement* faktisch versagt (vgl. S. 147ff.). Als weitaus problematischer für die Legitimität demokratischer Rechtsordnungen sieht die Autorin jedoch eine spezifische strukturelle Veränderung der

EU-Migrationspolitik: Die Externalisierung der Grenzkontrolle, also die Übertragung der Grenzkontrollfunktion an Drittstaaten, die selbst nicht an die Gesetzgebung der EU sowie ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten gebunden sind (vgl. S. 179). Zugespitzt lässt sich mit Schulze Wessel sagen, der Grenzraum trenne das Recht und die Flüchtlinge und bringe die undokumentierten Migrierenden, die vergeblich versuchen in einen der demokratischen EU-Staaten zu gelangen, überhaupt erst als sogenannte Illegale hervor. Der Grenzraum wird für die Flüchtenden zu einem diffusen Territorium „voller Unsicherheiten und Ambivalenzen, voller Zufälle und Willkür. Innerhalb des Grenzraums sind sie weder drinnen noch draußen“, und zwar „ausgeschlossen aus dem Recht bei gleichzeitigem Einschluss in das Recht“ (S. 155). Der spezifische Ort des Grenzraumes wird somit zum Ort der Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaates (vgl. S. 184), wie im siebten und letzten Kapitel der Studie nochmals bekräftigt wird.

In methodologischer Hinsicht ist neben geringfügigen Redundanzen der Darstellung zu beanstanden, dass der Wechsel zwischen der begrifflichen Analyse der flucht- und grenzspezifischen Phänomene und der Deutung ihres symbolischen Gehalts, der nicht nur im akademischen Rahmen der Arendt- und Agambenrezeption aufschlussreich ist, sondern auch für praxisbezogene Fragestellungen zum Grenzregime der EU relevant sein könnte, zuweilen verschwimmt. Das große systematische Verdienst von Julia Schulze Wessels Studie liegt zweifellos in der Plausibilisierung der These, dass Flucht und Migration nicht als beliebige Themen der Politischen Theorie neben anderen zu begreifen sind, sondern ihr Herzstück, die Legitimität demokratischer Rechtsstaatlichkeit, betreffen.

*Kiel/Hannover*

*Franziska Martinsen*

## Max Webers Rechtssoziologie in der Diskussion

Gephart, Werner/Witte, Daniel (Hrsg.): *Recht als Kultur?*. Beiträge zu Max Webers Soziologie des Rechts, 542 S., Klostermann, Frankfurt a.M. 2017.

Bereits im Jahr 2012 fand die ertragreiche Diskussion über Max Webers Texte zu „Wirtschaft und Gesellschaft“ am Bonner Käte Hamburger Kolleg statt. Die Vorträge dieser Tagung wurden, erweitert um zusätzliche Beiträge, die aus jeweils disziplinärer Perspektive auf Webers Rechtssoziologie Bezug nehmen, in dem Aufsatzband „Recht als Kultur? Beiträge zu Max Webers Soziologie des Rechts“ gesammelt. Die Herausgeber Werner Gephart und Daniel Witte betonen den interdisziplinären Ansatz der Forschungen zu Weber. Dessen vielschichtiges Schrifttum sei auch für den Bereich der Rechtssoziologie von „grundlegender Bedeutung“ (S. 7). Eine „kulturvergleichende Rechtsanalyse“ gelte es zu betreiben, unter Berücksichtigung der „Wiederverflechtung“ einzelner Bereiche – insbesondere religiös imprägnierter Rechtskulturen – „in die Vielzahl von Wechselwirkungsverhältnissen rechtskultureller Traditionen, Begegnungen und auch Konflikte“ (S. 9). Die Antwort auf die implizit gegenwärtige Frage, warum Webers Arbeiten heute studiert werden sollten, beantworten die Herausgeber wie folgt: „Endlich aber ist Webers Weltgeschichte des Rechts damit auch eine große Chance, sich aus nationalen Verengungen zu befreien und den Ressortpatriotismus strafrechtlicher, zivilistischer und publizistischer ‚Claims‘ zu überwinden, um Formen, Variationen und Entwicklungen von Normativität im unendlichen Meer der Rechtsgeschichten in ihrer Genese und ihren Fernwirkungen zu studieren“ (S. 9). Sie äußern zugleich die Hoffnung, dass die hier vorgelegten einzelnen Deutungsansätze kontrovers diskutiert würden, „im Sinne des

Weber'schen Verständnisses von Wissenschaft als eines unabschließbaren Diskurszusammenhanges“ (S. 19).

Gephart zeigt anschaulich, dass Weber über die Darlegung der „wirtschaftsrelevanten Rechtsentwicklung“ hinaus die „Bedingungen rationaler Rechtsentwicklung“ überhaupt aufgreift und so die „Eigenart der okzidentalischen Moderne“ (S. 27) erschließt, die kulturvergleichende Studien voraussetzt und auch künftig erfordert. Weber erörtert somit Beziehungsverhältnisse, die, monodisziplinär erfasst, nicht nur sachlich nicht ausgeschöpft, sondern grundsätzlich missverstanden werden könnten. Gephart legt Webers Unterscheidungen kenntnisreich dar: „Das formal irrationale Recht ist durch kulturelle, insbesondere religiöse Mittel der Rechtsfindung wie Orakel, prophetische Rechtsschöpfung und deren Surrogate gekennzeichnet. Das formal rationale Recht hingegen wird durch die Eigengesetzlichkeit der ‚rechtlichen Sphäre‘ geprägt. Auch wenn das Naturrecht aus dem formal rationalen Rechtsraum definitorisch ausgeschlossen ist, wird die Berücksichtigung der religionsvergleichenden Studien – gegen den Strich einer trivial positivistischen Vereinnahmung Webers gelesen – erweisen, dass erst die *Spannung* von Naturrecht und positivem Recht die Eigendynamik der *okzidentalischen Rechtskultur* freisetzt, während dieses Spannungselement gerade den außerokzidentalischen Rechtskulturen Webers Deutung nach zu fehlen scheint“ (S. 35, Kursivierung im Original). Politiktheoretische wie rechtsphilosophische Interpretationen dieser instruktiven Überlegungen könnten sodann neue, auch notwendige Diskurse initiieren, in denen die Differenz der Rechtskulturen veranschaulicht und analysiert wird. Hierzu gehört auch die Berücksichtigung der vorpolitischen Grundlagen von Verfassungen oder Rechtsauffassungen sowie der jeweiligen Menschenbilder und Menschenrechtsverständnisse. François

Chazel diskutiert anschließend den „Rationalitätsgrad“ der Rechtsbücher, die in Kulturen entstanden, die von der „Vorherrschaft des religiösen Denkens“ (S. 62) geprägt sind. Hierzu äußert sich in gleicher Weise Andreas Thier: „The relation between law and religion occupies a prominent position in Max Weber's monumental narrative on the evolution of social rationality and rational law in the occidental world“ (S. 190). Zu berücksichtigen seien indessen Webers „strong reductions of historical complexity“ (S. 194).

Bemerkenswert erscheinen die von Christopher Adair-Totefoff vorgebrachten Reflexionen zur charismatischen Herrschaft und den sprachlichen Wendungen in Webers Schriften. Der Verfasser denkt vor allem an rhetorische Aspekte, mit Blick auf „Weber's emphasis on speech“ (S. 82). Zu bedenken bleibt jedoch, ob der emphatische Duktus und die spezifische sprachliche Gestalt zwar die gelegentliche subjektive Faszination, die Webers Denken ausübt, erklären könnten – analog möglicherweise zu Friedrich Nietzsche – aber für die Deutung von dessen Schriften als nachrangig angesehen werden sollte.

Provokativ, zugleich diskutabel mutet der Ansatz Philipp Stoellgers an, der den Einfluss des Protestantismus für das okzidentale Rechtsdenken erörtert. Statt einer „konfusen Entdifferenzierung“ postuliert er eine „differenziertere Differenzierung“, zugleich sei es ein „Freiheitsergebnis, von Religion denken und schreiben zu können, ohne in das allzu vertraute Für und Wider zu verfallen“ (S. 281). Zu fragen sei, welche konstruktive Rolle der Protestantismus für die „Genese moderner Ordnung“ oder für die „Entwicklungsbedingungen des Rechts“ (S. 281) gespielt habe. In Webers Werken sei ein „protestantisches Spurenelement“ interessant, nämlich die „Hermeneutik“, die zur Entwicklung des „modernen Rechts“ beigetragen habe und in Webers Arbeiten

ebenso sichtbar sei, da „seine Soziologie dezidiert als *verstehende* auftritt“ (S. 290, Kursivierung im Original).

Webers Schriften verdankt sich die von Hubert Treiber formulierte Einsicht, es sei „eine Illusion, zu glauben, es sei möglich, die allem vorfindbaren Recht zugrunde liegenden *genuinen* Eigenschaften mithilfe eines allgemeinen Rechtskonzepts erfassen zu können, mit dessen Hilfe sich intra- und interkulturelle Rechtsvergleiche ohne Verzerrungen durchführen ließen“ (S. 350, Kursivierung im Original). Illusionslosigkeit und Nüchternheit gehören untrennbar zu Max Weber. Zu einer somit disziplinär wie interdisziplinär gegenstandsorientierten Neubesinnung auf die Anregungen, die dessen gedankenreiches Schrifttum für die Soziologie und über die Soziologie hinaus noch immer bietet, lädt dieser Aufsatzband ein.

Hannover

Thorsten Paprotny

### **Aktuelle philosophische Zugänge zu Michel Foucaults „Überwachen und Strafen“**

Röllli, Marc/Nigro, Roberto (Hrsg.): Vierzig Jahre „Überwachen und Strafen“. Zur Aktualität der Foucault'schen Machtanalyse, 227 S., transcript, Bielefeld 2017.

Die Beiträge in diesem von Marc Röllli und Roberto Nigro herausgegebenen Sammelband gehen mehrheitlich (mit Ausnahme der Texte von Petra Gehring und Gerhard Unterthurner) auf Vorträge im Rahmen einer Tagung zurück, die im Jahr 2015 zum 40. Jubiläum des Erscheinens der französischen Originalausgabe von „*Surveiller et punir*“ am Institut für Wissenschaft und Kunst (IWK) in Wien stattgefunden hat. Der Band besteht aus zehn Aufsätzen, denen eine Einleitung der Herausgeber vorangestellt ist.

Im ersten Beitrag des Bandes macht Petra Gehring Michel Foucaults Ausführungen zum Panopticon für die Einordnung gegen-



wärtiger Überwachungsformen fruchtbar. Andreas Gelhard nimmt sich der Rolle von Prüfungstechniken für die Foucault'sche Disziplinarmacht an, während sich Gerhard Unterthurner auf die Funktion des Ausschlusses und des Ausschließens für diese Machtform konzentriert. In einer Diskussion der Kategorie des Infamen erweitert Maria Muhle die Perspektive der Disziplinarmacht mit Blick auf Foucaults Überlegungen zur Biopolitik. Marc Rölli hebt in seinem Aufsatz die Bedeutung anthropologischer Diskurse für die Entwicklung moderner Machttypen und -techniken hervor. Hieran schließen sich Walter Seitters Überlegungen zur Kategorisierung und Differenzierung von „Menschenformen“ (S. 139) am Beispiel der essenzialistischen Geschlechterunterscheidung Otto Weiningers an. Nachfolgend lenkt Martin Saar den Blick auf das kritische und damit auch widerständige Potenzial einer Machtanalytik im Anschluss an Foucault, das nicht in der Absenz von Machtverhältnissen, sondern vielmehr ihrer Immanenz auch in kritischen Diskursen begründet liegt. Der Frage nach den Möglichkeiten von Widerstand geht auch Roberto Nigro nach, der das Verhältnis zwischen Foucault'scher und Marx'scher Analytik sowie Foucaults eigene Befassung mit Marx, dem Marxismus und den politischen und sozialen Kämpfen der 1960er und 1970er Jahren diskutiert. Andreas Reckwitz richtet den Blick in die unmittelbare Gegenwart und konstatiert eine diversifizierte Sichtbarkeitsordnung, die über den von Foucault skizzierten disziplinären Blick hinausgeht und der Produktion von „kompetitiven Singularitäten“ (S. 197) diene. Der den Sammelband abschließende Beitrag von Joseph Vogl ist mit der Genealogie der „seignoralen Macht“ (S. 213) des Finanzsystems der Geschichte einer hochaktuellen Problematik verpflichtet, die er insbesondere mit Foucaults späten Texten zur Gouvernementalität perspektiviert.

Trotz der unterschiedlichen Anchlüsse an Foucaults „Überwachen und Strafen“ vermag der Band eine breite Sichtung der vielfältigen theoretischen, methodischen, thematischen wie disziplinären Rezeptionen, Adaptionen und Fortentwicklungen der Foucault'schen Machtanalytik nicht zu leisten. Dies liegt auch an seinem beinahe ausschließlichen Schwerpunkt im philosophischen Fach. Eine über den philosophischen Zugriff hinausgehende Einbeziehung von Beiträgen aus anderen Disziplinen wäre sinnvoll gewesen.

Zugleich sind die versammelten Texte trotz ihrer gemeinsamen disziplinären Fokussierung nicht systematisch aufeinander oder auf bestimmte, je unterschiedliche Aspekte der Foucault'schen Machtanalytik bezogen, sondern stehen in einem eher additiven beziehungsweise kumulativen Verhältnis zu- und nebeneinander. Das Sammelwerk kann seinen Tagungsbandcharakter nicht verhehlen.

Als beinahe schon ärgerlich muss gelten, wie die Herausgeber mit großer Geste, aber ohne jedwede Plausibilisierung oder auch nur Erläuterung, in der Einleitung die Abwendung von „Rezeptionsklischees“ (S. 9, 12) für den Band in Anspruch nehmen. Da weder Namen noch Denkrichtungen genannt werden, denen diese Rezeptionsklischees zuzurechnen seien, bleibt der Leserschaft lediglich die Spekulation oder Assoziation. Offensichtlich zählen die Herausgeber nicht zuletzt die Kritik Jürgen Habermas' zu diesen Klischees (S. 9) – freilich ohne ihn beim Namen zu nennen.

Gleichwohl können und sollen diese (zugegebenermaßen recht akademischen) Kritikpunkte keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass es sich um eine intellektuell überaus anregende Aufsatzsammlung handelt – und hierauf kommt es bei einem Sammelband letztlich an. Der Band zeichnet sich durch die hohe Qualität der Einzeltexte und die Zusammenkunft inspirierter Über-

legungen aus, die weniger auf das Erbe als vielmehr die Gegenwartigkeit und Zukunft des Machtdenkens im Anschluss an Foucault bezogen sind.

So besteht der besondere Vorzug dieses Buches in der Fruchtbarmachung und kritischen Fortentwicklung der Foucault'schen Machtanalyse für zeitgenössische Phänomene und Probleme. Keiner der Beiträge erschöpft sich in rezeptionsgeschichtlichen Nacherzählungen oder einer reinen Textexegese. Vielmehr zeichnen sich sämtliche Texte – freilich in unterschiedlicher Intensität – durch die originelle thematische Kontextualisierung und Nutzbarmachung unterschiedlicher Aspekte der Foucault'schen Analytik für das Verständnis aktueller theoretischer Fragen und gegenständlicher Herausforderungen aus. Da nicht die systematische Gesamtkomposition, sondern die Einzelbeiträge im Zentrum dieses Bandes stehen, werden dabei auch Leser\_innen fündig, die sich für die spezifische Foucaultlektüre einzelner Beitragenden interessieren.

Kurzum: Der Band glänzt durch eine hohe Dichte origineller Zugriffe auf das Foucault'sche Machtdenken in „Überwachen und Strafen“. Er ist eine lohnende Lektüre für alle, die sich für poststrukturalistische Machtanalytik oder aber für die Analyse und Kritik aktueller Machtphänomene und -techniken interessieren. Daher ist diesem Band eine breite Leserschaft zu wünschen.

*Bielefeld*

*Andreas Vasilache*

### **Mit Foucault für Foucault und durch ihn hindurch**

*Caillat, François: Foucault gegen Foucault, 144 S., Passagen, Wien 2017.*

Da es sich bei diesem Buch nicht um ein wissenschaftliches Buch – entsprechend bestimmter Definitionen und Konventionen –

handelt, es vielmehr in einem guten Sinne ungewöhnlich ist, will ich diese kurze Rezension mit meiner Leseerfahrung beginnen, weil sie ebenfalls ungewöhnlich war. Denn zunächst war ich etwas genervt, in der Einleitung des Filmemachers und Herausgebers François Caillat zum wiederholten Male den mir relativ unverständlichen Allgemeinplatz lesen zu müssen, in Michel Foucaults Denken habe es große Brüche im Sinne von Widersprüchen gegeben. Diese These wird an vier zu Widersprüchen stilisierten Wandlungen (scheinbar) belegt: in Bezug auf Foucaults Machtauffassung, an der Disparatheit von Denken und Aktivismus, an der Subjektaufassung und an Foucaults Position in der Gesellschaft. Caillat stützt seine These mit dem Selbstzeugnis Foucaults, man müsse immer wieder in Distanz zu sich selber treten – vor welchem Hintergrund aber, muss man hier mit Foucault fragen, werden weiterführende Transformationen, Erweiterungen, Grenzüberschreitungen des Denkens als widersprüchlich und inkohärent beurteilt? Und: warum und wozu?

Erfreulicherweise geht es aber dann fast gar nicht mehr darum, denn das Buch enthält viel mehr als die unpassende, wenngleich titelgebende These des gleichnamigen Films „Foucault contre lui-même“, die die akademischen Wegbegleiter in den vier kurzen Interviews zunehmend weniger bereit sind zu affirmieren. Stattdessen spiegelt sich in den Antworten das offene Denken Foucaults gepaart mit einem tiefen Verständnis sowohl für die vielschichtigen, vielseitigen Facetten seiner Analysen als auch für die Ästhetik seiner Darstellungsformen. Und das ist das Überraschende, Wunderbare an diesem kleinen Bändchen. Denn es vermag zu zeigen, was die Interviewten in der persönlichen Begegnung mit Foucault und von seinen Texten gelernt haben, ohne dass sie Schüler\_innen im klassischen Sinne werden mussten.

Der offensichtlichsten, in den Interviews wiederholten Grundüberzeugung Caillats am nächsten kommt allemal noch das erste Interview „Was heißt es, zu denken?“ mit Geoffroy de Lagasnerie, Soziologe und Philosoph an der ENS in Paris. Hier geht es um die Auffassung von Macht, deren Fokus sich zwischen „Wahnsinn und Gesellschaft“ und „Der Wille zum Wissen“ verschoben hat. Aber obwohl Caillat wiederholt versucht, die Widersprüche dingfest zu machen, zeigen die Antworten, dass Lagasnerie viel mehr Brüche mit seiner Zeit sieht, mit dem, was Philosophie für Foucault bedeutet hat, wie er sie im Namen eines Denkens, das den Namen Freiheit verdient, verschieben wollte. Ja – er sieht sogar darüber hinaus nicht einmal wirklich die klassisch behaupteten Widersprüche zu Sartres und Bourdieus Denken.

Das zweite Interview „Das Untragbare wahrnehmen“ mit der Historikerin Arlette Farge ist auf eine sehr besondere Weise ganz wunderbar: Denn es ist ruhig und dabei dennoch sehr berührend, sehr persönlich in Bezug auf sie selbst, auf ihr Arbeitsverhältnis zu Foucault, mit dem sie ein Buch zusammen geschrieben hat, und in Bezug auf Foucault selbst. So zum Beispiel dann, wenn sie gleichsam in einem Nebensatz schildert, dass sie als Historikerin, als Frau kein Recht hatte, ein Kribbeln (*vibrations*) oder Emotionen (*émotions*) in Bezug auf den Gegenstand ihrer Forschungen zu empfinden – weshalb sie Foucaults diesbezügliche Äußerung lieber nicht kommentiert. Wenn Farge dann über das Lebensthema Foucaults spricht – sie nennt es „einen Teil von ihm“ (S. 80), ein Wort, das er oft gebraucht habe, nämlich *l'effroi*, das Isolde Schmitt mit ‚Schrecken‘ übersetzt, wäre vielleicht das stärkere ‚Entsetzen‘ oder ‚Grausen‘ angemessener gewesen. Dann hätte deutlicher werden können, wie sehr Foucaults Gegenstände und Analysen

ihn berührt und durchdrungen haben; dass er nicht der kühle, unbeteiligte Denker war.

Das leitet unmittelbar über zum dritten, kurzen Interview „Flüchten lernen. Über Beziehungsformen“ mit dem Literaturwissenschaftler Leo Bersani. Dort geht es um die Bedeutung der Auseinandersetzungen Foucaults mit bereits existenten, nicht der Heteronormativität entsprechenden oder auch nicht sexuell zu interpretierenden Beziehungsformen für das Denken des Ethischen, des Politischen. Bersani macht deutlich, dass es Foucault immer viel mehr um die Auflösung von als gewalttätig empfundenen Strukturen ging als um die Stabilisierung von Identitäten – und verweist darauf, dass dies *das* Thema im San Francisco, mithin im Berkeley der 1970er Jahre war. Zugleich öffnet er auch den Blick für den Zusammenhang von Foucaults Analysen und seinem Leben – aber nicht auf eine platte Weise, sondern als philosophische Fragestellung.

Ganz voll von diesen nicht-konventionellen Co-Einsichten, die einem die ersten drei Interviews bereits gewähren, schließt das letzte Interview „Von der Fähigkeit zu entscheiden und zu zerschneiden“ mit dem Philosophen und Kunsthistoriker George Didi-Hubermann den Band in einer Weise ab, die einen wiederum dem Denken Foucaults *insgesamt* sehr nah sein lässt und vielleicht beim einen oder anderen eigene Lese-Erfahrungen reproduziert. Nicht nur werden die Einstiege Foucaults anhand von Bildern – seien sie ikonografisch oder textuell erzeugt – erinnert, sondern auch Synthesen gesehen zwischen Methode und Inhalten, die Spaß machen: „Und hier komme ich auf die wirklich grundlegende Idee zurück: einen Schnitt machen, eine Entscheidung treffen zu können. Das heißt, gleichzeitig einen Schnitt im Raum und einen Schnitt in der Zeit machen zu können und eine Entscheidung zu treffen. Eine Entscheidung auf der Grundlage von Wissen. Eine ethische Entscheidung. Eine politische

Entscheidung. Und das wirft die Frage auf, wie man Wissen organisiert. Das ist in gewisser Weise eine Frage der Methode“ (119f.).

So lehrt einen die Lektüre dieses Bändchens nicht nur sehr viel über Foucaults Intentionen und Schaffen. Es führt einem ohne Zweifel auch die Kunst vor, auf suggestierende Fragen überschreitend, überraschend, anders zu antworten und damit eine Denkpraxis zu vollziehen, deren Freiheit darin besteht, sich nicht an Widersprüchen abarbeiten zu müssen, sondern zu wagen, Neues sichtbar zu machen. Das spiegelt mehr und besser die Wirkung dieses Denkers und Werkes als viele klassische Einführungen – chapeau!

München/Frankfurt a. M.

Tatjana Schönwälder-Kuntze

### **Macht: Besser ‚mikro‘? Besser ‚makro‘?**

*Roth, Phillip H. (Hrsg.): Macht. Aktuelle Perspektiven aus Philosophie und Sozialwissenschaften, 319 S., Campus, Frankfurt a.M./New York 2016.*

*Paris, Rainer: Der Wille des Einen ist das Tun des Anderen. Aufsätze zur Machttheorie, 375 S., Velbrück, Weilerswist 2015.*

Max Weber trifft John Austin – und Michel Foucault ist im Hintergrund präsent: Der Soziologe Rainer Paris studiert Machtprozesse mit phänomenologisch genauem Blick, wobei so etwas wie eine Performanz der Machtausübung sowie eine von daher auch zu entschlüsselnde Typik von Machtlagen sein Ausgangspunkt sind. Und was sind Gegenstände der Analyse? Mit Foucault gesprochen: das, was ein Tun ‚tut‘. Was etwa den Akt der Provokation ausmacht und was er (wie) leistet, das Spenden von Lob, das Drohen oder das Warten-Lassen (und Warten-Müssen als Element administrativer Machtausübung), der Einsatz von Frechheit (einschließlich seiner Risiken), ebenso die

subtilen Machtlagen des Helfens, der mehr oder weniger politikgesättigten Geste des persönlichen ‚Ratschlags‘ oder auch der Praxis des ‚Beratschlagens‘ in der Politikerpolitik sowie abseits davon und vieles mehr. Paris erläutert seine oftmals zeitlupehaft genauen, immer aber gewinnbringenden, an vertrackter Formenvielfalt, am Labilen und Vermischten von Machtverhältnissen interessierten Mikrologien als „Figurationsanalyse“ – über Weber hinaus: Denn für Paris zählt, „in welchem Maße Machtbeziehungen häufig dadurch modifiziert werden, dass sie immer schon in übergreifende Figurationen, also in mehrstellige dynamische Relationen und Netzwerke, eingebunden sind. Dies blendet die dyadische Machtdefinition Webers zunächst aus. Wenn A seinen Willen gegen B durchsetzt, ändert sich die Situation grundlegend, sobald C hinzutritt. Dabei kann die Rolle des Dritten oder der vielen Dritten grundsätzlich sehr verschieden sein. [...] Mithin muss die Machtanalyse stets die ganze Figuration erfassen“ (S. 173).

Der so gewählte Blickwinkel des sich selbst als Außenseiter bezeichnenden Soziologen Paris führt zu überquellenden Ergebnissen, die sich einer verallgemeinernden Theoriebildung allerdings hartnäckig entziehen. Macht sei „Interaktion“, wobei „[f]ließende Übergänge, Gradualität, Vermischung und Überlagerung“ nicht nur objektstufig registriert werden, sondern zu „methodischen Imperativen“ avancieren (vgl. S. 18). Da man dies durchweg spürt, verliert man sich gern im Garten der Beobachtungen und der mit diesen geschickt verflochtenen, gelehrten Bezügen. Paris' Buch – es handelt sich um eine Zusammenstellung von Aufsätzen – ist von Redundanzen nicht ganz frei. Gleichwohl will man das Buch lesend eigentlich nicht verlassen. Weil es nahezu spielerisch viel lehrt. Und auch, weil es sehr schön geschrieben ist.

Um von vornherein theoretische Schematisierungen des Problems „Macht“ ringt der Sammelband des Politikwissenschaftlers

Phillip H. Roth. Jedenfalls in der Einleitung des Herausgebers misslingt dies, sofern der Autor an dieser Stelle mittels sortalen Gesichtspunkten wie ‚symmetrisch/asymmetrisch‘ oder ‚manifest/latent‘ von Hannah Arendt bis Foucault machttheoretisch Überblick zu gewinnen sucht, dabei aber nicht vermitteln kann, was Gegenstand oder Thema sein sollen – oder inwiefern die Beiträge des Buchs oder beteiligte Disziplinen die Machtfrage auf spezifische Weise stellen. Dass „eine zentrale Eigenschaft von Macht in ihrer Vielseitigkeit“ liege und „jeder Versuch, Macht auf einen einheitlichen Begriff zu bringen, das Phänomen notwendig verzerrt“ bleibt denn auch die Haupteinsicht, die der Herausgeber seinen Lesern mitgibt (S. 18).

Etlche der Beiträge des Sammelbandes sind hingegen deutlich themensouveräner – entweder, weil sie sich von vornherein auf die Kritik eines bestimmten, unterkomplexen machttheoretischen Ansatzes beschränken (so Katrin Meyer zu allzu strikten Trennungen von Macht und Gewalt, Patrick Thor mit einem semiotischen Ansatz, Hendrik Claas Meyer mit – angesichts zerfahrener Debatten – einem knackigen Plädoyer für den Rückgang auf Elias). Oder weil sie ihren Gegenstand tatsächlich begrifflich eigenständig und originär zu entfalten vermögen – so Werner Stegmaier, der situative (auf „Orientierung“ bezogene), fixe und latente Macht unterscheidet und Kurt Röttgers mit einem Beitrag zum medialen Charakter der Macht als einer „Praxis des Zwischen“. Im Vergleich blass bleiben die Beiträge von Andreas Anter (zu Heinrich Popitz), von Marco Walter (zu Arendt), von Marita Rainsborough (zu einer „Ethik“ der Macht bei Foucault, ohne dessen einschlägige späte Texte allerdings überhaupt vollständig heranzuziehen), Stefano Grosso (der mit eigenen Mittel einen „positiven“ Machtbegriff skizziert) und Phillip H. Roth (der weit ausholend vorschlägt, ein Konzept sozialer Macht aus der Fusion von

Friedrich Nietzsche und Niklas Luhmann zu gewinnen), Manuel Knoll (zur Macht des Kapitals, die in dessen unbeherrschbarer „Eigendynamik“ liege) sowie von Pia Becker und Julian Dörr (deren Kritik an der Macht-abstinz der Ökonomik sehr nahe liegt – allerdings sicher eine große Berechtigung hat).

Über die Zielstellung des Bandes mag man nach absolvierter Lektüre sinnieren. „Aktuelle Perspektiven“ (so der Untertitel) hat man am Ende nicht unbedingt kennengelernt. Zumindest vielfach handelt es sich eher um Versuche, sich zwischen womöglich übermächtigen Theoriebeständen in am Ende eher forschungspragmatischer Absicht oder disziplinär passender Weise zu orientieren. Die geradezu atemberaubende Vielfalt bereits existierender Machttheorien wird gerade von den jüngeren Autorinnen und Autoren in einer Weise beschworen, die an eine Selbstlizenzierung zum Weglassen und ‚nicht-rezipieren-Müssen‘ grenzt. Das wirft Fragen an das Projekt auf. Inwiefern handelt es sich um ein Buch für Leser oder doch nur eines für Autoren?

Abschließend noch ein Wort zur Interdisziplinarität. Auf ihre Weise erkennen alle Beitragenden des Bandes an, dass Macht „als konstitutives Element menschlichen Handelns und sozialer Beziehungen“ (Anter, S. 31) zu sehen sei. Dennoch zitieren die Sozialwissenschaftler keine aktuellen Philosophen und vice versa wird jenseits von Luhmann und Popitz auch nicht allzu viel rezipiert. Gerade die Politikwissenschaft – das Fach des Herausgebers – scheint mit dem Band zwar in programmatischer Absicht die Fächer an einen Tisch zu holen. Sie steht aber nicht ein für eine Kultur der wechselseitigen Lektüre. Lediglich in dem Beitrag von Andreas Anter wird übrigens auch auf einen Text von Rainer Paris referenziert.

*Darmstadt*

*Petra Gehring*

## **Wilsonianism in der U.S.-amerikanischen Außenpolitik**

Smith, Tony: *Why Wilson Matters. The Origin of American Liberal Internationalism and Its Crisis Today*, 352 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2017.

Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten leitete eine Wende in der U.S.-Außenpolitik ein, die auch von George W. Bush, der seinerzeit häufig für seinen Unilateralismus kritisiert wurde, als gefährlicher Isolationismus eingeschätzt wird. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sich mit den geistigen Wurzeln der U.S.-Außenpolitik auseinanderzusetzen: Was sind ihre Grundsätze, seit die Vereinigten Staaten im Kontext des Ersten Weltkriegs zu einer Weltmacht aufgestiegen sind, und wie haben sich diese Grundsätze verändert?

Mit dem Rückgang auf das Werk von Woodrow Wilson, der von 1913 bis 1921 der 28. Präsident der Vereinigten Staaten war, soll eben dies geleistet werden. Während in Deutschland neben der Würdigung von Wilsons Verdiensten beim Aufbau des Völkerbundes seine Rolle bei der Aushandlung der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg durchaus kritisch gesehen wird, sieht Tony Smith in ihm vor allem den Vordenker einer Außenpolitik, die die verantwortungsvolle Gestaltung der internationalen Beziehungen zum Ziel hat. Der umfassenden Studie über Wilson und seine Bedeutung für die spätere Außenpolitik der USA hat Smith das Motto des delphischen Orakels vorangestellt: „Know thyself“ (S. 1) – es geht also dem Anspruch nach um nichts Geringeres als um ein Projekt U.S.-amerikanischer Selbsterkenntnis oder zumindest Selbstvergewisserung. Dieses Projekt umfasst zwei Teile: Im ersten Teil schildert der Autor die außenpolitischen Prinzipien von Wilson und deren praktische Umsetzung während seiner Präsidentschaft, im zweiten Teil zeigt er, wie

diese Prinzipien seit dem Zweiten Weltkrieg fortwirkten und wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges deformiert wurden.

Eine Besonderheit im Werdegang von Wilson liegt darin, dass er bisher der einzige U.S.-Präsident ist, der zuvor eine Karriere als Universitätsprofessor gemacht hat: Von 1890 bis 1902 war er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Princeton, von 1902 bis 1910 Präsident dieser Universität (S. 34). Smith betont den Zusammenhang zwischen den Grundsätzen der Außenpolitik, die Wilson als Akademiker entwickelte, und seinem politischen Wirken. Wilsons Politik ist in ihrem Kern liberal im Sinne der Paradigmen der Internationalen Politik: Sie wird von dem Ziel geleitet, Frieden und Demokratie in der Innenpolitik der USA wie auch in den internationalen Beziehungen zu fördern. Dieses Ziel wird erreicht, wenn auf der internationalen Ebene vier Teilziele gemeinsam verwirklicht werden (S. 12). Erstens muss der Freihandel gesichert werden, der jedoch eine Regulierung der Märkte voraussetzt, um Fehlfunktionen der Märkte und wirtschaftliche Ungleichgewichte zu kompensieren. Diese Regulierung setzt zweitens ein System der multilateralen Kooperation der Staaten voraus, die gemeinsam ein System der kollektiven Sicherheit errichten und darin auch den internationalen Handel regulieren. Drittens aber ist diese Kooperation nur möglich zwischen Staaten, die eine gemeinsame Werthaltung haben, auf der die internationalen Institutionen aufbauen können – und damit müssen sie Demokratien sein. Nur demokratisch regierte Staaten sind in der Lage, die Vorteile internationaler Kooperationen zu erkennen, während Autokratien in der Außenpolitik in der Kategorie relativer Machtzuwächse denken. Folglich ist die internationale Demokratieförderung eine *conditio sine qua non* für die Sicherung des Friedens in der Welt. Viertens schließlich setzt das Gelingen der internationalen

Zusammenarbeit die führende Rolle der Vereinigten Staaten voraus – Wilson ging ganz selbstverständlich von der Idee des „american leadership“ aus und war davon überzeugt, dass den USA eine besondere Rolle in der weltweiten Förderung der Menschenrechte und der Demokratie zukommt.

Von diesen vier Teilzielen ist aus der Sicht von Smith die Demokratieförderung das wichtigste (S. 16). Nur demokratische Regierungen können Märkte hinreichend regulieren; nur Demokratien können in multilateralen Organisationen vertrauensvoll kooperieren; und nur die USA mit ihrer vorbildlichen demokratischen Verfassung können diese internationale Kooperation führen. Doch der damit skizzierte „Wilsonianism“ ist nach Smith nicht als Idealismus zu verstehen: Die Demokratieförderung wird zwar angestrebt, aber Wilson war sich der begrenzten Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses Ziels durchaus bewusst (S. 284) und ging davon aus, dass nicht alle Kulturen mit einer demokratischen Regierung vereinbar sind (S. 27).

Der zweite Teil des Bandes befasst sich mit der Bedeutung von Wilsons Konzept der Demokratieförderung für die spätere U.S.-amerikanische Außenpolitik. Der *Wilsonianism* wurde während des Zweiten Weltkriegs zur Leitidee der U.S.-Außenpolitik und erzielte seine größten Erfolge mit der demokratischen Transformation von Deutschland und Japan nach 1945 (S. 156). Die Wende zum „Neo-Wilsonianism“ (S. 182) kam mit dem Ende des Kalten Krieges, mit dem das Projekt der Demokratieförderung einen imperialistischen Charakter bekam und entscheidende Voraussetzungen für die Demokratisierung vormals autoritärer Systeme vernachlässigte, die Wilson stets betonte – insbesondere das Vorhandensein einer Mittelschicht und einer „civic culture“ (S. 200). Diese Fehlentwicklung lag der Intervention im Irak im Jahr 2003 zugrunde, die

Ausdruck des Verrats der Ideen von Wilson im „Neo-Wilsonianism“ war (S. 276). Smith plädiert eindringlich für einen Rückbezug der U.S.-Außenpolitik auf Wilson und fordert statt eines weiteren Demokratie-Exports die Stabilisierung bestehender Demokratien durch eine bessere Zusammenarbeit in der NATO, eine multilaterale Zusammenarbeit für die Regulierung des internationalen Freihandels sowie Reformen in den USA, um die dortigen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zu überwinden. Dass gerade diese Ungleichgewichte den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, wurde mit der Wahl von Trump zum U.S.-Präsidenten (die offensichtlich nach Fertigstellung des Bandes erfolgte) nur allzu deutlich. Die Konsequenz dieser Wahl ist ein Rückbezug auf die Nachfolger von Wilson: den Isolationismus der 1920er Jahre. Smith hat eine ausgesprochen lesenswerte und informative Studie über Wilson und die Entwicklung des *Wilsonianism* vorgelegt, mit der sich auch die gegenwärtige U.S.-Politik besser verstehen lässt. Zugleich wird deutlich, wie verheerend die Konsequenzen sein werden, wenn auf die Fehler des *Neo-Wilsonianism* mit einer Politik des Isolationismus reagiert wird.

Budapest

Hendrik Hansen

### Privatisierung als Verfassungsbruch

*Michaels, Jon D.*: *Constitutional Coup. Privatization's Threat to the American Republic*, 320 S., Harvard UP, Cambridge, MA/London 2017.

Jon D. Michaels, Rechtswissenschaftler an der Universität Los Angeles mit Arbeits-erfahrungen am Obersten Berufungs- und am Verfassungsgericht, hat in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Publikationen seine Analyse des modernen US-amerikanischen Verwaltungsstaates

entwickelt. „Constitutional Coup“ stellt eine Synthese dieser Arbeiten dar, mit der eine theoretische Einordnung und Kritik der Privatisierungspraxis in den USA vorgenommen wird. Die Arbeit wurde Ende 2016 fertiggestellt. Sie enthält daher kein eigenständiges Kapitel zur Regierung Trump, die mit ihrem ‚regulatory freeze‘ im unmittelbaren Anschluss an die Amtsübernahme zahlreiche bundesstaatliche Maßnahmen aufgehoben oder abgewickelt hat. Folgt man dem Autor, so sei dies für die Darstellung auch nicht entscheidend (S. 205), da Trump nur Strukturbrüche forcieren werde, die seit den späten 1970er Jahren zu beobachten seien.

Michaels entwickelt seinen Argumentationsgang in drei Teilen: Eine historische Rekonstruktion des modernen Interventionsstaates im Zuge wachsender Staatstätigkeit bildet den Auftakt. Hier führt der Autor neben anderen Beispielen die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben durch Söldner, Kopfgeldjäger und Steuereintreiber an, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts anerkannter Bestandteil der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten waren (S. 24–27). Mit fortschreitender Industrialisierung wuchs der Bedarf an staatlichen (Kontroll-)Leistungen, die eine Neuverteilung der Kompetenzen und Institutionalisierung erforderlich machten. Politische Programme, aber auch die Vereinheitlichung der Rechtsprechung verlangten Michaels zufolge eine koordinierte und routinisierte Verwaltungspraxis, die einer eigenen Logik folgte (S. 45).

Für diese Logik findet Michaels den Begriff der *pax administrativa*, eine Art Rechtsfriede zwischen den Verfassungsgewalten, der mit den innenpolitischen Reformen Roosevelts einen ersten Niederschlag gefunden hätte. Träger dieses Rechtsfriedens seien die Zweige des modernen Verwaltungsstaates, allen voran der öffentliche Dienst, der auf beruflicher Spezialisierung, technischer Expertise und eigenen Karrierewegen fußt und

dadurch vom politischen und ökonomischen Wettbewerb entkoppelt sei. Eigenständige Bundesbehörden mit begrenzter Gesetzgebungskompetenz und die Öffnung für Vertreter der Zivilgesellschaft hätten eine neuartige Arbeitsteilung hervorgebracht (S. 59–62). Zentrale Aufgabe sei die Kontrolle von Regierungshandeln im Wege der Planung, Modellierung und Implementierung von politischen Vorhaben. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dies zum parteiübergreifend getragenen Konsens, charakterisiert durch „thick legal webs constraining and guiding administrative exercises of State power, and broad [...] popular support“ (S. 40).

Dieser Friede war indes nur von kurzer Dauer. Der Vietnam-Krieg und innenpolitische Skandale wie im Watergate-Fall verursachten einen Vertrauensverlust in die politischen Institutionen, der durch die anhaltende Wirtschaftskrise der 1970er Jahre verschärft wurde. Der öffentliche Unmut konnte von Akteuren aufgegriffen werden, die sich zu keiner Zeit mit der steuerfinanzierten Ausweitung der Regierungsprogramme einverstanden zeigten oder deren Zustimmung allein strategisch motiviert war (S. 84). Michaels führt schlaglichtartig das Powell-Memorandum aus dem Jahr 1971 an. Der spätere Verfassungsrichter Lewis Powell referierte darin im Auftrag der US-Handelskammer mögliche Gefährdungen des Wirtschaftssystems durch Verbraucherschutzaktivisten und politisierte Akademiker. Deren Einfluss auf die Studierenden müsse durch veränderte Berufungspraxis an den Universitäten vermindert und das Ansehen der unternehmerischen Freiheit in der Öffentlichkeit über gezielte Medienpartnerschaften wiederhergestellt werden (S. 89f.). In der historischen Rückschau lesen sich diese Vorschläge wie eine Blaupause für das, was ex post als neoliberale Revolution bezeichnet wird.



Der dritte und umfassendste Teil des Buches widmet sich der verfassungs- und staatsrechtlichen Interpretation. Hier begründet Michaels eine „constitutional theory of the Privatization Revolution“ (S. 120). Inhaltlich stützt sich dieser Teil auf Ausführungen von John Hart Ely über die Sicherung demokratischer Repräsentation im Prozess der richterlichen Gesetzesüberprüfung. In Deutschland ist diese fallweise Überprüfung als Normenkontrolle nach 1945 fester Bestandteil des Grundgesetzes geworden. Die US-Verfassung indes kennt keinen sozialen Rechtsstaat und ist durch Zusatzartikel und Einzelgesetze im Lauf der Zeit ausgedeutet worden. Ein Umstand, der sich für den Verwaltungsstaat als prekär erwiesen hat und dessen Rückabwicklung erleichterte. Michaels fordert nunmehr eine prozeduralistische Rechtsprechung, die die formalen Beteiligungsrechte der Akteure des Verwaltungsstaates wahrt, ihnen Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten einräumt und durch wechselseitige Abhängigkeit die Gewaltenverschränkung bestärkt (S. 180). Proaktive Richter, die ihren Bewertungsmaßstab von einem verfassungsgemäßen Verwaltungsstaat ableiten, bräuchten hierfür politische Unterstützung.

Zu diesen Unterstützungsmaßnahmen zählt Michaels neben einem Moratorium für geplante Auslagerungen, eine Revision laufender Verträge sowie die Anstellung von rund einer Million neuen Beschäftigten im öffentlichen Dienst (S. 206ff.). Verbesserte Personal- und Qualifizierungspolitiken müssten mit einer höheren Bezahlung einhergehen. Um diese Änderungen politisch zu vermitteln, bedürfe es wiederum vorausschauender Öffentlichkeitsarbeit und steter Rückkoppelung mit der Zivilgesellschaft, auch unter Verwendung sozialer Medien. Nicht mehr, aber auch nicht weniger sei dem Autor zufolge von Nöten, um die Umwand-

lung der Regierung in einen Wirtschaftsbetrieb zu verhindern (S. 232).

Die Umsetzbarkeit seiner Forderungen diskutiert Michaels nicht. Für ihn stehen normative Verpflichtung, aber auch Einsicht in die potenziellen ökonomischen Vorteile eines koordinierten Vorgehens im Vordergrund. Der Wert der Darstellung ergibt sich vorrangig aus der historischen Einordnung sowie der Konzeptualisierung von Privatisierung als Verfassungsproblem. Ihre Übertragung auf den deutschsprachigen Raum bedarf vergleichender Arbeit. In der Summe vereint Michaels' Darstellung somit staatstheoretische Abhandlung und politische Streitschrift. Das konzis strukturierte und bemerkenswert eloquent geschriebene Buch kann von Lesern aus Politik- und Verwaltungswissenschaft, aber auch der Rechtstheorie mit Gewinn gelesen werden.

Lüneburg

Alexander Leipold

#### **Korruption aus der Sicht der Politikwissenschaft**

*Rothstein, Bo/Varraich, Aiysha: Making Sense of Corruption, 184 S., Cambridge UP, Cambridge 2017.*

Bo Rothstein und Aiysha Varraich greifen in ihrem Buch einige zentrale Fragen der Korruptionsforschung auf und beantworten diese in einer stringenten und kohärenten Weise. Dabei gehen die Autoren vor allem auf die Bezüge zu politikwissenschaftlichen Inhalten ein – was beispielsweise eine „unkorrupte“ Gesellschaft ist, wird anfangs mit Blick auf politikwissenschaftliche Klassiker wie Aristoteles erörtert. Den Umstand, dass die Politikwissenschaft als die führende Wissenschaftsdisziplin verstanden wird, wenn es um die Beantwortung aktueller Fragen der zeitgenössischen Korruptionsforschung geht, darf man nicht aus den Augen verlieren,

wenn man das angenehm zu lesende Buch in die Hand nimmt. Dabei greifen die Autoren zu Beginn durchaus auf Ansätze anderer Wissenschaftsdisziplinen zurück und beginnen ihre Erörterung mit fachspezifischen Verständnisweisen und Sichtweisen auf Korruption wie etwa der ökonomischen (vor allem institutionenbezogenen) Perspektive oder den juristischen und soziologischen/anthropologischen Zugängen. Sie wählen aber vornehmlich die fachspezifischen Beiträge aus, die ihre Vorstellung unterstützen, nach der die Wirkung von Korruption vor allem ein Top-down-Prozess von höheren Gesellschaftsebenen (wie der Regierung) zu darunter gelagerten Ebenen (wie den Bürgern) ist. Das wird beispielsweise klar, wenn die Autoren im Kapitel über soziologische Ansätze vorwiegend einen Beitrag von Hussein Alatas zitieren, den sie zudem noch im Sinne eines Top-down-Prozesses („der Fisch stinkt vom Kopf her“) interpretieren.

Von einem politikwissenschaftlichen Ausgangspunkt greifen die Autoren dann solche Fragen auf wie die, ob Korruption ein universales Konzept sein kann, unter dem alle möglichen (denkbaren) Ausprägungsformen wie Klientelismus oder Patronage subsumiert und dann auch auf jede Gesellschaft angewendet werden könnten. Ihre Antwort lautet, dass es ein Kernkonzept von Korruption gebe, das ungeachtet des imperialistischen Einflusses westlicher Korruptionskonzepte als universal verwendet werden kann. Die Begründungen gegen eine relativistische Definition von Korruption sehen Rothstein und Varraich in universalen Menschenrechten und den empirischen Befunden aus Einstellungsuntersuchungen, die feststellen, dass Befragte aus unterschiedlichen Kulturen gleiche Inhalte als korrupt bezeichnen. Den Kern, so die Autoren, mache die Gleichsetzung von Korruption mit einer besonderen Form der Ungerechtigkeit aus. Korruption wird damit zu einem „collective action“ Pro-

blem, bei dem eine korruptionsfreie Gesellschaft die Lösung und ein öffentliches Gut darstellt.

In jeder Gesellschaft werden öffentliche Güter nach einem anderen Prinzip als private Güter erstellt. Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, sollen diese nicht nach (ihren) privaten Bedürfnissen erstellen – was nach Ansicht der Autoren in jeder Gesellschaft gilt. Korruption als Abweichung von diesem Prinzip wird in allen Gesellschaften als illegal angesehen, weil es ein besonderes Verbrechen und ein Vertrauensbruch ist, welches das „öffentliche Guts“-Prinzip verletzt. In der Folge beziehen sich viele Interpretationen von kulturspezifischer Korruption auf unscharfe Abgrenzungen von öffentlichen und privaten Gütern. So wird etwa in feudalen Staaten die öffentliche Verwaltung als privates Eigentum der Verwaltungsmitarbeiter gesehen. Solche Mitarbeiter haben also kein per se anderes Verständnis von Korruption als westliche Mitarbeiter. Sie definieren lediglich das anders, was ein öffentliches Gut ist.

Dahinter steht das „Unparteilichkeits“-Prinzip, nach dem der Staat diejenigen gleich behandeln sollte, die gleiche Behandlung verdienen. Die Anwendung eines solchen Prinzips auf Korruption verlangt eine positive Formulierung, was Korruption tatsächlich ist. Das Gegenteil von Unparteilichkeit (und Gerechtigkeit) ist nicht Gleichheit, sondern Bevorzugung. Damit haben Rothstein und Varraich aus ihrer Sicht eine nicht-relativistische Perspektive auf Korruption gefunden, die für jede Gesellschaft gültig ist.

Menschenrechte sind daher diesem Zusammenhang von Bedeutung, weil sie eine Menge an nicht-diskriminativen Rechten mit universalem Charakter darstellen. Menschenrechte und Korruption teilen einen gemeinsamen normativen Rahmen, der bisher noch nicht dargestellt wurde. Beide basieren auf normativen Vorstellungen der

Nicht-Diskrimination und Gleichheit vor dem Gesetz.

Auch wenn man nicht den fachdisziplinären Standpunkt der Autoren teilt, erschließt sich die direkte und immer am Problem orientierte Argumentation. Das liegt insbesondere daran, dass die Autoren keinen Gegenargumenten der aktuellen Forschungsdiskussionen ausweichen, sondern diese offensiv aufgreifen und diskursiv erörtern. Eine Frage wird in diesen Erörterungen in verschiedenen Facetten gestellt: Was ist das Gegenteil von Korruption? Diese Frage lässt sich nicht dadurch beantworten, dass man eine hinreichende Definition von Korruption vorlegt, die üblicherweise bei der Mehrheit der Forscher eine relativistische und multidimensionale Konzeptualisierung umfasst. Vielmehr ist es nötig, sowohl den Korruptions- als auch den gegenteiligen Begriff theoretisch so zu verorten, dass beide zu bisherigen empirischen Studienergebnissen passen. Die Autoren finden das Gegenteil von Korruption in der Qualität der Governance(-Prozesse), welche sich mit philosophischen Vorstellungen über Gerechtigkeit (etwa von John Rawls) in Verbindung bringen lassen. Sie machen deutlich, dass es ihnen darum geht, eine Grundlage für eine länder- und systemvergleichende Analyse zu liefern und sich von der relativistischen, Einzelfallbezogenen Betrachtungsweise zu differenzieren. Daher greifen sie auch die aktuelle Problematik auf, die oftmals paradigmatisch die Verwendung einer kulturspezifischen Annäherung an Korruptionsphänomene rechtfertigt: das „China-Paradox“. Nach der

vorherrschenden institutionenbezogenen Theorieperspektive sollten Administrationen und Organisationen (sowie deren Regelwerke) mit „hoher Qualität“ auch positive gesellschaftliche Resultate wie steigenden Wohlstand oder eine verbesserte Lebensqualität hervorbringen. Umfassende Korruption in den Administrationen/Organisationen ist allerdings kein Kennzeichen von „hoher Qualität“. Es trifft zurzeit für China zu, dass das Land über eine hohe Korruption, eine autokratische Regierung und eine geringe Qualität der Regierungsinstitutionen verfügt. Gleichzeitig weist es aber auch hohe Wachstumsraten, große Fortschritte im Wohlbefinden der Bevölkerung und (inzwischen) eine große Mittelschicht auf. Diese ‚Erfolge‘ hat China ohne ein unparteiisches weberianisches Verwaltungsmodell geschafft, das in den westlichen Ländern oftmals als Schlüsselindikator für „un-korrumperte“ Praktiken dient. Rothstein und Varraich stellen fest, dass das in China praktizierte „Kader“-Modell der Verwaltung unter Umständen sogar effizienter sein kann als das Weber-Modell. Sie machen dies unter anderem daran fest, dass Chinesen ein relativ hohes soziales Vertrauen und ein hohes Vertrauen in die Polizei oder in die öffentliche Verwaltung besitzen.

In diesem Lichte betrachtet, fügt sich auch der Sonderfall China in ein kohärentes Erklärungsgebäude ein, das eher Aussagen über dessen Gegenteil – nämlich die Qualität der Governance – macht als über Korruption selbst.

*Kiel*

*Peter Graeff*